

<b>Zeitschrift:</b>	Zeitschrift für schweizerisches Recht = Revue de droit suisse = Rivista di diritto svizzero = Revista da dretg svizzer : Halbband II. Referate und Mitteilungen des SJV
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerischer Juristenverein
<b>Band:</b>	7 (1888)
<b>Rubrik:</b>	Rechtsquellen des Cantons Wallis

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 20.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Schweizerische Rechtsquellen.

---

## Rechtsquellen des Cantons Wallis.

Von

ANDREAS HEUSLER.

---

### Einleitung.

#### Die Rechtsbildung der Landschaft Wallis.

Hauptwerke :

*Documents relatifs à l'histoire du Vallais, recueillis et publiés par l'Abbé J. Gremaud.* Tome I—V, den 29.—33. Band der Mémoires et Documents publiés par la Société d'histoire de la Suisse Romande (Lausanne G. Bridel) bildend. Eine treffliche Urkundensammlung bis zum Jahre 1375. Im folgenden einfach Gr. citiert.

*Chartes Séduinoises*, in denselben Mémoires et Documents, tome XVIII.

*De Charrière, M. L.*, Les Sires de La Tour, mayors de Sion, seigneurs de Chatillon en Vallais, et leur maison. In denselben Mémoires et Documents, XXIV p. 177 s. mit Nachträgen in Band XXVI p. 127 s. et XXXIV p. 141 s.

Einige auf Wallis bezügliche wichtige Urkunden in *Cibrario e Promis, Documenti, sigilli e monete appartenenti alla storia della monarchia di Savoia.* Torino 1833.

*Stumpff*, gemeiner loblicher Eydgnoschaft Stetten, Landen und Völckern chronikwirdiger Thaaten Beschreibung. Buch XI: Beschreibung der Landschaft und des Bisthums zu Wallis.

Stumpff kannte das Wallis genau (vgl. auch dessen Reisebericht von 1544, in Quellen der Schweizer Geschichte herausgeg. v. d. allg. geschichtforsch. Gesellschaft der Schweiz, Bd. VI, Basel 1884, bes. S. 240—274). Seine Mittheilungen sind reichhaltiger als die seines, ebenfalls auf persönlichen Besuch des Landes und des bischöflichen Hofes sich berufenden Zeitgenossen Seb. Münster.

*Sebastian Münster*, Cosmographia, Buch III: Von den Wallisern.

Aehnlich wie letzterer ist *Jos. Simler*, Descriptio Vallesiae, zuerst 1574.

*Boccard, M.*, Histoire du Vallais avant et sous l'ère chrétienne jusqu'à nos jours. Genève 1844.

*De Gingins-la Sarraz, F.*, Développement de l'indépendance du Haut-Vallais et conquête du Bas-Vallais. Im Archiv für schweiz. Geschichte, herausgeg. auf Veranstaltung der allg. geschichtforsch. Gesellschaft der Schweiz, Band 2 und 3. Zürich 1844.

*Rameau, B.*, abbé, Le Vallais historique. Châteaux et Seigneuries. Sion 1886.

Nahezu unbrauchbar ist der unzuverlässige *P. Furrer*, Geschichte, Statistik und Urkundensammlung über Wallis. 3 Bände. Sitten 1850.

Ueber *Rivaz*, Op. hist., in der Uebersicht oft citiert, vgl. de Gingins-la Sarraz, a. a. O. Bd. II S. 4 Anm. 1; über sonstige Angaben ungedruckter Quellen Gremaud, a. a. O. Bd. I, préface p. IX ss.

---

### § 1. Die Zeit der bischöflichen Herrschaft und der Kämpfe mit Savoyen.

Das gewaltige, von der Furka bis zum Leman durch die Rhone gebildete Thal, oder wie wir besser sagen Flussgebiet, das sich in unsren Tagen mehr und mehr und bis in die entlegensten Winkel den Freunden der Alpenwelt erschliesst, bietet der wissenschaftlichen Ergründung nach allen Seiten die anziehendsten Probleme zur Lösung dar. Natur- und Geschichtsforschung finden hier analoge und parallel laufende Aufgaben. Eingebettet zwischen die unvermittelt aus dem ebenen Thalboden aufstrebenden himmelhohen Gebirgszüge, selbst gegen die südlichen Seitenthaler abgeschlossen, welche erst hoch oben an der Bergwand sich dem Zugange öffnen und bloss ihre Wasser durch eine enge Schlucht sich Bahn zu dem Hauptflusse haben brechen lassen, trägt dieses Thal einen eigenartigen Character, der schon den jungen Goethe<sup>1)</sup> mit Staunen erfüllt hat und heute noch an die Naturforschung die mannigfachsten Fragen bezüglich dieser eigenthümlichen Thalbildung stellt. Und diese Abgeschlossenheit der Thäler und selbst der einzelnen Thalstufen im Hauptthale ist in der Geschichte der politischen Entwicklung und der Rechtsbildung des Landes reproduziert: eine

<sup>1)</sup> Reisebriefe aus der Schweiz 1779.

ungemeine Zersplitterung der Herrschaftsrechte in den einzelnen Thälern und Gemeinden hat von Anfang an die Entwicklung der bischöflichen Grafschaftsgewalt zu einer einheitlich organisierten Landeshoheit gehindert, und nur allmählig haben sich die zur politischen Freiheit strebenden Gemeinden der Landleute des Hauptthals zusammengefunden und in der Folge, oft sehr spät, auch die Nebenthäler an sich herangezogen.

Es kann sich hier nicht um eine eigentliche Rechtsgeschichte des Landes handeln, es soll bloss versucht werden, aus der vielbewegten Geschichte des Thales das für das Verständniss der abzudruckenden Quellen Nothwendige herauszugreifen und zu einem übersichtlichen Bilde der staatlichen und rechtlichen Entwicklung des Wallis zu gestalten.

Nicht, wie man erwarten könnte, von der alten Reichsabtei der burgundischen Könige, dem Heilighum des Märtyrers Mauritius, auch nicht von dem späteren burgundischen Reiche noch von dem, seine Erbschaft in diesen Gebieten antretenden Hause Savoyen ist die zum Freistaat des Wallis führende staatsbildende Thätigkeit ausgegangen, sondern die weltliche Herrschaft des Bischofs von Sitten und die ihr zuerst zur Seite tretende, dann sie mehr und mehr einengende und verdrängende Selbstverwaltung der Landgemeinden des oberen Thales haben die Führung übernommen und die Geschichte des Wallis gemacht.

Zwar weisen genug Anzeichen auf eine ursprüngliche Präponderanz der savoyischen Herrschaft in dem ganzen Thale.<sup>2)</sup> Bis ins 14. Jahrhundert hinein steht die weltliche Herrschaft des Bischofs auf wankendem Boden, in beständigem Kampfe mit dem Hause Savoyen, und kaum nach dieser Seite des Besitzes einigermassen froh geworden findet sie in der Rivalität mit den Landleuten einen noch gefährlicheren Gegner. Wir verstehen das beständige Ringen zwischen Bischof und Savoyen um das Regiment im Wallis, wenn wir bedenken, dass bei dem öfteren Wechsel der höchsten Gewalt in den burgundischen Landen von den jeweiligen Machthabern in ganz verschiedenem Sinne über die Regalien in Wallis verfügt wurde. Dem Bischof von Sitten hatte König Rudolf von Burgund im Jahre 999 den comitatus Vallensis geschenkt.<sup>3)</sup> Nicht sowohl auf diese Schenkung, als auf eine angebliche Uebertragung der Grafschaftsrechte im Wallis

<sup>2)</sup> Näheres hierüber bei de Gingins, a. a. O. im Archiv, II S. 4 ff.

<sup>3)</sup> Die Urk. bei Gr. I Nr. 71.

Seitens Karls des Grossen an den h. Theodul, die sog. Carolina, haben sich die späteren Bischöfe immer zur Begründung ihrer Hoheitsrechte gegenüber den Landleuten berufen. Eine Urkunde hierüber hat nie existiert, ist selbst im späteren Mittelalter nie fabriert worden, so nahe dies bei der damaligen in dieser Beziehung beliebten Praxis gelegen hätte, der einzige Beweis dafür wurde in der Legende des Kaisers Karl und des h. Theodul gefunden, welche im bischöflichen Archiv lag<sup>4)</sup> und die Schenkung erzählte. Die Tradition kann nicht schlechthin darum verworfen werden, weil, wie die Landleute in ihrem Streit mit Bischof Hildebrand Jost im Jahre 1623 geltend machten,<sup>5)</sup> Theodul um 550, Karl aber um 800 gelebt habe, es liesse sich denken, dass Karl der Große dem Bischof Theodul als dem Heiligen des Stifts und der h. Maria<sup>6)</sup> ein Privileg ertheilt hätte, das dann erst später als dem Bischof Theodul persönlich und bei seinen Lebzeiten gegeben wäre aufgefasst worden. Jedenfalls aber hätte es sich höchstens um ein Immunitätsprivileg Karls zu Gunsten der domus s. Theoduli handeln können, da Grafschaftsvergabungen jener Zeit noch gänzlich fremd sind.

Ueber den Umfang des in der Urkunde von 999 dem Bischof übertragenen comitatus Vallensis sind wir im Zweifel. Der alte pagus Valensis, den die Urkunde für St. Maurice von 515 (Gr. I Nr. 7) erwähnt, gieng bis Chillon, also bis zum Leman, denn Vouvry wird als darin liegend angegeben; ebensoweit reichte der Comitatus Vallisorum, der in der Theilung Ludwigs des Frommen vom Jahre 839 genannt ist als einzige Grafschaft zwischen Aosta und Waadt. Doch ist es möglich, dass im Privileg von 999 bloss das Gebiet von Martigny bis zur Furka als Comitatus Vallensis verstanden war<sup>7)</sup> und schon damals der untere Theil des Thales die Grafschaft Chablais (Caput Lacense) gebildet hat. Jedenfalls lag hier der Keim von Verwicklungen; der Bischof mochte sich berechtigt halten, die Grafschaft in altem Um-

<sup>4)</sup> S. Gr. III p. 390 Note 1. Auszüge aus beiden Legenden in der Gallia Christiana, XII Nr. 23 und 24 p. 447 ss.

<sup>5)</sup> Antwort der sieben Zenden auf die bischöflichen Beschwerden, v. 15. Aug. 1623, in den Landrathsabschieden zu Sitten, Band XV.

<sup>6)</sup> So sagt derselbe Bischof Hildebrand Jost 1622, man habe widerrechtlich aus dem Schloss Majoria die alten Briefe und Titel, so von Kaiser Karl dem Bischof Theodul und der Jungfrau Maria zu einer Morgengabe gegeben worden, weggenommen. Weihnachtslandrath 1622, Absch. Bd. XIV.

<sup>7)</sup> So Gr. V Vorrede p. XVII.

fange zu beanspruchen, aber die Behauptung der Gewalt im unteren Theile wurde immer schwieriger, seit die burgundische Krone an den deutschen König gelangt war. Graf Odo von Champagne, der sich der Besitznahme Burgunds durch Konrad II. widersetze, besass das Gebiet von Martigny und Entremont,<sup>8)</sup> dort griff ihn Konrad von vorne an, während ihm italiänische Grosse unter Anführung des Hupertus comes Burgundiae in den Rücken fielen.<sup>9)</sup> So unterlag er. Ist dieser Hupert ein Humbert und Graf von Savoyen,<sup>10)</sup> so könnte leicht an diese Waffenthat die Erwerbung des untern Rhonethals durch das Haus Savoyen sich angeschlossen haben.

Auch in einer andern Beziehung war der Untergang des burgundischen Reichs für den Bischof ungünstig: er empfiehlt seit dieser Zeit die Investitur mit den Grafschaftsrechten nicht mehr direct vom König. Nach Ottos von St. Blasien Bericht<sup>11)</sup> hatte Herzog Berchtold von Zähringen die *advocatia cum investitura regalium episcopatum Lausannensis, Genovensis, Sedunensis*, nach einer Urkunde Heinrichs VI. von 1189<sup>12)</sup> dagegen *episcopi de manu comitum Sabaudiae per aliquod tempus recipiebant regalia*. Es ist möglich, dass die Zähringer kraft ihrer herzoglichen Rechte über Burgund als kaiserliche Statthalter diese Befugniss der Investitur geübt haben, und dass Berchtold IV. in Folge der um 1157 mit K. Friedrich I. getroffenen Vereinbarung über die Hoheitsrechte in Burgund die Vogtei und Investitur der Grafschaft Wallis kraft des Titels eines *rector Burgundiæ* sich erhielt.<sup>13)</sup> Ob damals schon Savoyen im factischen Besitze der Vogtei

<sup>8)</sup> Gr. I Nr. 83.

<sup>9)</sup> Wipo, *Vita Conradi Salici*, c. 32 bei Pertz, *Mon. Germ. hist. Script.* XI 270. Vgl. auch die Erzählung Arnulfi bei Pertz, *Script. VIII* 14, auch Gr. I Nr. 84.

<sup>10)</sup> Worüber nachzusehen Cibrario e Promis, a. a. O. p. 38 ss, Gegen die Ansicht, dass Savoyen damals, im Kampfe König Konrads gegen Odo, die Grafschaft Chablais erhalten habe, vgl. übrigens Gisi, im *Anzeiger für schweiz. Gesch.* 1886 Nr. 3 S. 52.

<sup>11)</sup> Bei Pertz, *Script. XX* 314, und Gr. I Nr. 138.

<sup>12)</sup> Gr. I Nr. 176.

<sup>13)</sup> Vgl. übrigens Wurstemberger, *Geschichte der alten Landschaft Bern*, II 261 f. und Sécretan, *un procès au douzième siècle ou l'avouerie impériale dans les trois évêchés romans*, im *Archiv f. Schweizer Gesch.* XVI 37 f. 89 f.

und der Regalienrechte war,<sup>14)</sup> ist nicht zu ermitteln, aber so viel ist ersichtlich, dass der Bischof des Privilegs Heinrichs VI. von 1189, das ihn direct unter den Kaiser für Empfang der Regalien gestellt hatte,<sup>15)</sup> nicht froh wurde, sondern allen Ansprüchen ausgesetzt blieb, welche Zähringen und Savoyen zu gelegener Zeit durchzusetzen suchten, bis die Bevölkerung des Wallis selbst für ihn eintrat und zuletzt i. J. 1211 durch die Schlacht bei Ulrichen die Prätentionen des zähringischen Hauses blutig niederwarf.

Glücklicher waren die Grafen von Savoyen; die königliche Macht war nicht im Stande, gegenüber diesem aufstrebenden Hause das Recht der Regalienverleihung aufrecht zu erhalten. Bis zum Jahre 1425 empfingen die Bischöfe die Regalien von dem Hause Savoyen.<sup>16)</sup> Sie übten auch kein eigenes Münzrecht, die zu St. Maurice geschlagene Münze, *moneta Maurisiensis, denarii Mauris.*, hatte gesetzlichen Curs im Wallis. Erst Bischof Walther von Supersax schlug nach der Eroberung des Unterwallis 1476 eigene Münze.

Frage man sich, wie das Haus Savoyen zu dieser Verleihung der Regalien im Oberwallis möge gelangt sein, so liegt es nahe, den Grund darin zu finden, dass die Grafen durch überaus reichen Grundbesitz im Wallis und als Lehns-herrn einer grossen Zahl edler Geschlechter des Landes eine Macht besassen, die ihnen von vorneherein ein Uebergewicht gab und die Behauptung jenes vielleicht usurpierten Rechts

<sup>14)</sup> Wurstemberger, a. a. O. S. 264. Derselbe, Peter II. Graf von Savoyen, I S. 43: „Die Belehnung der Bischöfe mit den Regalien durch die Grafen (von Savoyen) dürfte wohl ein durch wiederholte Ertheilung zum erblichen Reichslehen gewordener kaiserlicher Auftrag an die letzteren gewesen sein.“ Das ist doch sehr fraglich, eher würde ich Usurpation annehmen. Sécretan a. a. O. S. 57 giebt an, Berthold IV. habe seinen Schwager Humbert von Savoyen mit der Vogtei über das Bisthum Sitten belehnt, entgegen einem Protest des Bischofs. Aber das Alles, selbst die Schwägerschaft der beiden ist, so viel ich sehe, sehr zweifelhaft und nicht quellenmässig zu begründen.

<sup>15)</sup> *Sed unensem episcopatum ad manum imperii retinuimus specialiter, sub hac forma ut ecclesia Sedunensis et eiusdem ecclesie episcopi ad coronam imperii jure perpetuo specialiter pertineant, ac de manu imperii regalia recipiant.*

<sup>16)</sup> Gr. V Vorrede p. XXII s.; de Gingins, a. a. O. II 10 f., wo auch die näheren Angaben über die Hoheitsrechte der Grafen und ihre Abgrenzung von denen des Bischofs.

ermöglichte.<sup>17)</sup> Gräfliche und bischöfliche Rechtsame lagen so bunt durcheinander im ganzen Thale, dass der Stärkere Uebergriffe leicht durchzuführen vermochte. Das konnte nun wohl unter Umständen für die Grafen angenehm sein, weil es genug Anlass zu Einmischung in die bischöflichen Angelegenheiten bot, namentlich in den vielen Streitigkeiten des Bischofs mit dem Landadel, wie gerade in der schweren Fehde des Stiftes unter Wischard Tavelli mit dem mächtigen Geschlechte derer von Thurm (de la Tour) i. J. 1350, aber andererseits brachte es für eine geordnete Landesverwaltung so schwere Nachtheile mit sich, dass schon Peter II. von Savoyen, „le petit Charlemagne“, i. J. 1260 dem Bischof Heinrich von Raron einen Tausch aufnöthigte, der zwar bald nach Peters Tode wieder annulliert, durch die Verträge von 1384 und 1392 indess im Wesentlichen wieder hergestellt wurde. In diesen Verträgen tritt als die fortan massgebende Grenze zwischen den Grafschaften Wallis und Chablais, d. h. zwischen dem bischöflichen und dem savoyischen Wallis, die Mors, la Morge, Morgia Conthegii auf.<sup>18)</sup>

Kaum eine halbe Stunde unterhalb der Stadt Sitten, bei dem Dorfe Gundis oder Conthey, ergiesst sich von Norden, den Berner Alpen, herabkommend ein Flüsschen Namens Mors (franz. Morge) in die Rhone. Es theilt das Thal in das Land ob und nid der Mors, a Morgia Conthegii superius und inferius. Dieses Flüsschen hat ursprünglich nicht die Grenze zwischen der Bevölkerung deutscher und französischer Zunge gebildet, die Grenze hat weiter oben, zwischen Leuk und Raron gelegen, aber in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts ist unter dem Einflusse der Oberwalliser Landschaften und ihrer politischen Vorherrschaft die deutsche Sprache wirklich bis zur Mors vorwiegend und massgebend geworden, und erst in neuerer Zeit hat sich die Sprachgrenze wieder nach oben verschoben und bewegt sich jetzt zwischen Siders und Leuk. Dieses Gebiet ob der Mors, die gegenüber Savoyen abgegrenzte Grafschaft Wallis, bildet den Ausgangspunkt der Walliser Geschichte.

<sup>17)</sup> Vgl. de Gingins, a. a. O. II 6 f.

<sup>18)</sup> Vorher hatte zum bischöflichen Wallis das Land bis nach Martigny gehört, vgl. Gr. IV Nr. 1683, 1684, V Nr. 2068 (p. 213 i. f.), aber Martigny, Chamoson und Ardon, der bischöfliche Besitz nid der Mors, musste eben vom Bischof im Vertrage von 1384 dem Grafen Amadeus VII. von Savoyen zur Entschädigung für das zerstörte Schloss Gestelen abgetreten werden (Archiv Valeria B. 57.).

Die Periode, welche wir uns als die Blütezeit der bischöflichen Herrschaft zu denken haben — wenn überhaupt der Bischof jemals in den unaufhörlichen Reibungen mit dem Hause Savoyen und in dem Getriebe der inneren Parteiungen, den Anfechtungen des Landadels und den Prätentionen der Landleute, zu ruhigem Genusse seiner Rechte gelangt ist, — diese Periode ist uns in undurchdringliches Dunkel gehüllt. Kaum dass ein paar mal ganz nebenher in Zeugenreihen von Urkunden u. dgl.<sup>19)</sup> ein *advocatus ecclesie Sedunensis* erwähnt wird.<sup>20)</sup> Seit dem Ende des 13. Jahrhunderts taucht der *ballivus episcopi* auf (Gr. II Nr. 849 i. J. 1277.). Ich möchte ihn als den in die Functionen des alten Kirchenvogts eingetretenen Beamten ansehen.<sup>21)</sup> Aber freilich die Hauptfunction, die Ausübung des Blutbannes, ist ihm schon erheblich geschmälert, er ist nur noch Appellationsinstanz und die Unterbeamten haben bereits neben der niedern auch die hohe Gerichtsbarkeit.<sup>22)</sup> Diese Unterbeamten sind zunächst die

<sup>19)</sup> Etwa Gr. I Nr. 93: *per manum advocati ecclesie (episcopus confert terram).*

<sup>20)</sup> Bei Gr. I Nr. 283, i. J. 1219 heisst es, die Edeln von La Tour sollen *pretextu sive ratione advocatie nullum onus inferre ecclesie vel hominibus vel rebus ipsius.*

<sup>21)</sup> In den Gebieten der Bischöfe von Lausanne und von Genf finden sich die gleichen Verhältnisse und die gleichen Beamtungen für hohe und niedere Gerichtsbarkeit. In Lausanne ist laut Vertrag von 1343 (Mém. et Docum. VII p. 127) der *ballivus* Inhaber der *omnimoda jurisdictio temporalis* und empfängt für den Grafen von Savoyen die Hälfte der Gerichtsgelder, wie früher der *advocatus*, s. daselbst S. 57 (Nr. 24) verglichen mit S. 31 und 33.

<sup>22)</sup> Neben dieser bischöflichen und später dazu tretenden landräthlichen Appellationsinstanz findet sich noch spät ein Recht der Bürger von Sitten auf Nachprüfung und Bestätigung der im ganzen Lande gefällten peinlichen Urtheile durch ihr Gericht unter dem Vicedom, später unter dem an dessen Stelle getretenen Castlan (vgl. Furrer, II 125. Boccard, p. 369). Dieses Recht führt vielleicht darauf zurück, dass der Vicedom von Sitten ursprünglich eine höhere und angesehene Stellung im Lande hatte als die andern. Ein Papierheft, betitelt *liber jurium, libertatum, franchisesiarum et immunitatum civitatis Sedunensis*, im Archiv der Bourgeoisie Sitten, Tir. 22 Nr. 25, enthält hierüber folgendes: Fol. 72, Urk. v. 1466, Nov. 8: Die Bürger von Sitten beschweren sich, dass der Castlan von Niedergestelen verschiedene der Ketzerei Angeklagte abgeurtheilt habe, da doch das Endurtheil den Bürgern von Sitten gebühre *tanquam ad hoc judices secundum laudabilem consuetudinem ab antiquo observatam*; der Castlan erklärt, es

maiores. Der Name weist auf ursprüngliche herrschaftliche Wirthschaftsbeamte in den verschiedenen bischöflichen Villen oder Dorfgemeinden, wie denn in der That solche Majorien über das ganze Land verbreitet waren und Anfangs, wie es scheint, in grösserer Zahl als später existierten und in jedem Dorfe sich vorfanden. Zu einer Zeit, da diese Meier noch ausschliesslich Wirthschaftsbeamte gewesen sein mögen, muss die Verwaltung der Gerichtsbarkeit als einer öffentlichrechtlichen Function in der Hand eines andern Beamten gelegen haben, als welchen wir dann nur den *vicedominus* (*vidomne*) ansehen können. Der entspricht wohl ursprünglich dem Schultheissen der deutschen Gerichtsverfassung, ist aber Stell-

---

sei aus Unkenntniss dieses Rechts geschehen und solle nicht mehr vorkommen. Fol. 50, 1559 Aug. 2: Derselbe Castlan von Niedergestelen als Richter der 5 obren Zenden hat ein Todesurtheil gefällt und vollzogen, und die Stadt Sitten beschwert sich beim Landrath, dass dieses Urtheil nicht vor der Stadt Castlan und Bürger gebracht worden, „dasselbe nach ihrer Stadt Freiheit und altem Herkommen zu bestäten, zu mindern oder mehren“. Auf Einwilligung der 5 obren Zenden erklärt der Landrath, dass fortan solche letzte Urtheile über das Blut in der Castlanei zu Niedergestelen gleichergestalt als in den übrigen Orten und Zenden der Landschaft sollen durch die Burger von Sitten gefällt und gegeben werden. — In demselben Hefte findet sich noch Folgendes: Fol. 58, 1550 Juli 17: Landrathsbeschluss, dass Niemand in Sitten durch bischöfliche Beamte ins Schloss der *Majoria* gefangen abgeführt werden dürfe ohne vorangegangene Ausrufung auf der grossen Brücke. Fol. 94, 1553 Nov. 26: gleicher Entscheid des Bischofs in ähnlichem Fall. Fol. 77, 1581 Mai 6: Der procurator *fiscalis* des Bischofs hat einen Verbrecher in der *Majoria* gefangen gesetzt, die Stadt Sitten beschwert sich darüber, da ihr Vicedom im Mai und October alle Jurisdiction in Sitten habe, und der procurator thut Abbitte. Fol. 75, 1581 Juli 27: der viceballivus von Sitten hat eine Frau aus Iséable wegen Verbrechen in der *Majoria* gefangen gesetzt, die Stadt Sitten beschwert sich beim Landrath darüber, da ihre Freiheiten weisen, *quod nulla persona diffamata aliquo die sabbati intra banna et limites civitatis Sed. detineri debeat per alium judicem quam castellanum civitatis tanquam omnimodam jurisdictionem similibus diebus sabbatinis inibi habentem*; der Bischof wandte ein, die Frau sei innerhalb des Schlosses der *Majoria* abgefasst worden, wo die Bürger von Sitten keine Jurisdiction hätten. Der Landrath entscheidet: *quod viceballivus Sed. adhibitis civibus Sed. in requisito numero pro suis assessoribus judex processus illius detentæ personæ remanere debeat usque ad jus dictum et sententiam definitivam liberatoriam vel condemnatoriam citra tamen aliquod præjudicium libertatum civium Sed. Endlich noch ein Actenstück im Archiv der Bourgeoisie Sitten Tir. 22 Nr. 32,*

vertreter des Grafen (resp. Vogts) geworden<sup>23)</sup> und hat als solcher die Gerichtsbarkeit in den herrschaftlichen Gemeinden geübt.

Doch ich verfolge diese Vermuthungen nicht weiter, denn in der Zeit, da unsre historische Kenntniss dieser Verhältnisse beginnt, sind die Functionen aller dieser Beamten verschoben und durch einander geworfen. Maiores und vice-domini üben gleichmässig hohe und niedere Gerichtsbarkeit oft neben einander, so dass z. B., wie die Recognition des vom Bischof die Vicedominate von Sitten, Siders und Visp zu Lehen tragenden Peter von Chivron (v. J. 1476) zeigt, der Vidomne die hohe und niedere weltliche Gerichtsbarkeit nur noch in den Monaten Mai und October übte (in Sitten auch die Gerichtsbarkeit über nächtliche Verbrechen), in der übrigen Zeit der Meier diese Gewalt handhabte (vgl. auch Gr. V Vorrede p. LXII ss.). In Vielem mahnt die sonstige Thätigkeit des Vicedoms an die spätere burggräfliche in manchen deutschen Städten, z. B. Strassburg. Später sind namentlich in den Unterthanenländern Castellane an die Stelle dieser Beamten getreten.

Die Meierämter und Vicedominate waren sämmtlich Lehen meist in der Hand adlischer Familien des Landes und schon dadurch dem Bischof oder dem Grafen von Savoyen halb entfremdet, auch oft gar nicht einmal bei Handwechsel recognoscirt. In den vielen Fehden, die den Wohlstand des Adels zerrütteten, gelang es dem Bischof etwa, solche verfallene Lehen wieder momentan an sich zu bringen, aber schliesslich erwarben sie die in den innern Zwistigkeiten er starkten Gemeinden der Landleute selber, wie z. B. die Stadt Sitten 1560 das Vicedominat über Sitten von Niclaus von Chivron für 800 Ducaten gekauft, der Zenden Visp im Anfang des 16. Jahrhunderts das Vicedominat von Visp von der Familie Chivron zu eigenen Handen eingelöst und i. J. 1527

---

1430 Jan. 2: Der Landeshauptmann, sowie Vicedom und Weibel von Sitten erklären, von der Stadt Sitten die Erlaubniss erhalten zu haben, bis nächste Pfingsten von Amtswegen oder auf Anklage gegen Verbrecher aller Art zu verfahren, vocatis nobiscum sindicis seu uno ipsorum et aliquibus ex juratis civitatis ad hoc, quod civitas malis gentibus expurgetur; mit Pfingsten soll die Freiheit der Bürger von Sitten wieder in Kraft treten.

<sup>23)</sup> Vgl. Vertrag zwischen Bischof von Lausanne und Grafen von Savoyen von 1348: *jura pertinentia ad officia avoerie, maiorie et vicecomitatus* (Mém. et Doc. VII 137).

der Zenden Raron das Meierthum daselbst den Brüdern des Cardinals Schiner als dessen Erben abgekauft hat.<sup>24)</sup>

## § 2. Die Landleute (patriotæ) und die sieben Zenden.

In dem Hauptthale des bischöflichen Wallis liegen sieben grössere Gemeinden, *communitates*, welche seit dem 14. Jahrhundert in die Regierung des Landes mit Gewicht eingreifen.

Gleich hinter der Mors betreten wir das Stadtgebiet von Sitten, Sion, Sedunum, das als der alte Bischofssitz, auf welchem alle Herrschaft über das Land ruht, von jeher den Rang der Landeshauptstadt behauptet hat, daher es durch den einfachen Beinamen *caput* (*Sedunum caput*) ausgezeichnet ist. Thalaufwärts an Valeria und Tourbillon vorbei, längs den hochaufgetürmten Terrassen, auf welche unermüdliche Thätigkeit der Einwohner die Erde für Anpflanzung des Weinstocks getragen, der die harte Arbeit mit dem feurigsten Weine lohnt, gelangt man nach Siders, Sierre, Sirrum, inmitten üppiger Gefilde, die in sonnigen Halden hier sanfter gegen das eine Einbuchtung bildende nördliche Gebirge ansteigen, reich an Obst und Wein, im Rahmen der gewaltigsten Gebirgszüge ein Bild voll landschaftlicher Anmuth, wie das vor Alters schon die Bezeichnung *Sirrum amoenum* ausgedrückt hat. Nun hinauf nach Leuk, Louèche, Leuca, hoch über der Rhone sowohl das Hauptthal beherrschend als das Leukerthal schliessend, in seiner steil auf dem Vorberge ansteigenden Anlage und der Deckung seines Eingangs durch den burgähnlichen Thurm den Eindruck einer Bergfeste machend, daher Leuca *fortis*. Hinter Leuk tritt der Weinbau bereits zurück, Wald und Weide beginnen sich in die Herrschaft der Berge zu theilen, die Natur gewinnt einen ernsteren Character; da liegt Raron fest geschlossen unter dem Hügel, der früher die Freiherrenburg getragen und jetzt die Kirche trägt, mit dem Ehrennamen *Raronia prudens*, der

---

<sup>24)</sup> An Schiner selbst war es durch Kauf von den Esperlin gelangt. Die Urk. (Perg.) im Pfarrarchiv Raron, A 8: anno 1527, 7. Febr. *Gaspardus et Johannes Schiner fratres tanquam universales heredes domini Cardinalis vendiderunt pro 300 libris Maur. toti communitati parochie Rarognie maioratum loci et parochie Rarognie cum omnimoda iurisdictione, dominio, jure et pertinenciis, sibi tanquam heredibus universalibus domini Cardinalis resignatum per nobilem dominam Johannam filiam quondam Petermandi Esperlini olim maioris Rarognie.*

ebenso sehr dem ich möchte sagen nachdenklichen, überlegten und in sich gekehrten Wesen der Natur entspricht als er die Erinnerung daran festhält, dass sich dieses Gemeinwesen mit Geschick und Klugheit, wenn auch nicht ohne Gewaltthätigkeit, mächtiger Adelsgeschlechter erwehrt hat. Gleich hinter Raron am Eingang zum Nicolai- und Saasthal die durch ihre schönen Kirchenbauten hoch über der schäumenden Vispach imposant und edel sich darstellende Stadt Visp, zugleich die Wiege der vornehmsten Geschlechter des Landadels, Vespia nobilis. Der Rhone entgegen weiter aufwärts wandernd, glaubt man sich dem Abschlusse des Thales zu nähern; die Berge bilden ein wunderbares Amphitheater, dessen Längenachse von den Schluchten des Simplon zu dem von Nuss- und Kastanienbäumen verdeckten Naters gelegt ist, und dessen eine Langseite nach Südwesten offen ist; mitten in diesem reichen, durch saftige Wiesen und Weiden zum nackten Fels und zum ewigen Schnee aufsteigenden, mit Weilern und Dörfchen übersäeten Gelände lagert breit und bedeutend die Stadt Brig, Briga dives. Aber das Thal ist nicht zu Ende. Dort hinter Naters bricht zwischen den nahe zusammentretenden Gebirgszügen die Rhone hervor; in mässiger Steigung erreicht man eine etwas höhere Thalstufe, auf welcher Mörel liegt, ursprünglich ein von Savoyen relevierendes Lehn der „Grafen von Mörel“ (Herren von Mangepan und Dirrenberg), nach mehrfachem Wechsel ein Besitzthum der Freiherrn von Raron und darum später in dem freigewordenen Lande dem Zenden Raron als ein Drittheil desselben zugetheilt. Hinter Mörel aber legt sich ein hoher Berg Rücken gleich einem mächtigen Damme quer über das enge Thal; in zahlreichen Windungen steigt die Strasse daran hinauf und gewinnt hoch oben die zweite Thalstufe. Dieser Bergdamm ist der Dieststalden oder Deischberg, Mons Dei, und die hinter ihm liegende, bis zum Rhonegletscher reichende Landschaft heisst Gombs, Conches, Gomesia, wegen ihres Eifers in Aufrechthaltung des alten Glaubens zur Reformationszeit Gomesia catholica genannt.

Sitten, Siders, Leuk, Raron, Visp, Brig und Gombs sind die sieben Gemeinden, *communitates, contractae* (franz. *contrées*, ital. *contrade*), aus denen sich der Freistaat Wallis gebildet hat. Ihre officielle Bezeichnung im Organismus der Verfassung ist seit dem 15. Jahrhundert Zenden oder Zehnen, *disains* oder *dizains*, *deseni*. Was bedeutet dieser Name?

Aeltere Schriftsteller, auch Stumpff, und neuerdings noch

Jahn und L. Tobler,<sup>25)</sup> hatten das Wort als centena erklärt. Muss das auch aus sprachlichen und sachlichen Gründen aufgegeben und die Herleitung von decima und zehn angenommen werden, so bleibt doch noch der Dunkelheit genug übrig. Gremaud V Vorrede p. LXXXI führt den Ausdruck auf eine Eintheilung des ganzen bischöflichen Wallis in zehn Theile zurück.<sup>26)</sup> Hinwiederum de Gingins (a. a. O. Archiv II 25 Note 1) erklärt die Zenden als identisch mit den bischöflichen Meier- und Vicedominatbezirken, und führt den Namen darauf zurück, dass das Domcapitel in diesen Bezirken den Zehnt von allen bischöflichen Einkünften für sich bezog. Dabei ist nur schwer zu denken, dass in der politischen Gestaltung und Organisation diese nebensoräumliche Bezeichnung statt der von Majorien und Vicedominaten den Sieg davon getragen hätte. Dürfen wir aber nicht von dieser Auffassung die Rücksicht auf Meier- und Vicedominatbezirke weglassen und blos im Anschluss an den zweiten Gedanken die Vermuthung aussprechen, dass wir es bei diesen Zenden mit alten Zehntfluren und Zehntbezirken der mensa episcopalis zu thun haben? Gar Manches spricht dafür in sehr empfehlender Weise.

Vorerst dass es ein örtlicher, geographischer Begriff ist und nicht Amts- oder Regierungsbezirke oder dgl. bezeichnet, scheint aus dem oft gleichbedeutend gebrauchten Ausdrucke Contracta hervorzugehen; Amtsbezirke wären zudem nach dem Namen des Beamten, Majorien, Vicedominate u. s. f. genannt worden. Ja man möchte glauben, dass zu der Zeit, da diese Gemeinden in selbständige Action traten, gerade im Gegensatz zu jener an die bischöfliche Herrschaft erinnernden Amtsbezirksbezeichnung der neutralere Name Zend erst wieder beliebt geworden sei. Man wende nicht ein, auch der Name Zend habe an die bischöfliche Gewalt erinnert: nicht an die weltliche Herrschaft des Bischofs mahnte er, sondern an die geistliche der mensa episcopalis, die man fernerhin anerkannte. Und auch die Beziehung auf die alte

<sup>25)</sup> Jahn, Gesch. d. Burgundionen, I 95. Tobler, ethnographische Gesichtspunkte der schweizerdeutschen Dialektforschung, im Jahrbuch f. schweiz. Gesch., XII (Zürich 1887) S. 192 f.

<sup>26)</sup> Gremaud auf Grund der Urkunde IV Nr. 1683 und 1684 zählt dazu ausser den 7 Zenden des Oberwallis Martigny, Chamoson und Ardon, und Granges. Es wäre auch hinzuweisen auf die Urk. V Nr. 2068 (p. 213 i. f.): communitates Leuce, de Sirro, de Seduno, de Schamosun, de Ardon et de Martiniaco. Vgl. auch IV Nr. 1930 p. 484.

Herkunft des Namens von den Zehntfluren kann schon im 14. Jahrhundert verdunkelt gewesen sein, da ja in dem Bündniss der fünf obren Zenden v. 1355 derselbe etwas sonderbar mit decima pars communitatum wiedergegeben wird,<sup>27)</sup> und der sonst gewöhnliche Ausdruck decimagium oder decimatus vermisst wird.

Auf alte Zehntbezirke weist nun aber auch, wie mir scheint, der ursprüngliche Umfang dieser sieben Gemeinwesen: derselbe ist keineswegs so gross, dass er nicht in der Zeit, welcher die erste Organisation der Zehntfluren angehört, also zu einer Zeit, da die Bevölkerung noch schwach und der Anbau des Landes in den Anfängen begriffen war, auch ausser in den Hauptorten kaum weitere Pfarrkirchen bestanden, je einem Zehntbezirk könnte entsprochen haben.<sup>28)</sup> Zu dem Zenden Sitten gehörten i. J. 1366 (laut Urk. Gr. V Nr. 2110) ausser der Stadt noch die parochiae de Bramosio, de Vex, de Herens, de Magy, de Nas, de Grimisuat, de Ayent et de Sancto Germano, also ausser dem tiefer liegenden Herens und allenfalls Magy lauter Dörfer in nächster Umgebung der Stadt Sitten. Zu dem Zenden Siders zählt noch Stumpff auf dem linken Rhoneufer blos die Dörfer Chippis, Vercorin, Chaley und Grone, auf dem rechten die Weiler Mura, Villa, Lagges (Lock) bis zum Dorfe S. Léonard hinauf. Was Leuk betrifft, so ist es nicht unmöglich, dass der Zenden ursprünglich nur die in drei Drittheile getheilte Burgschaft (Gr. IV Nr. 1977) umfasste, 1322 steht dieselbe allerdings schon in Mark- und Waldgenossenschaft mit den communitates von Inden, Albinen und Dorban,<sup>29)</sup> in dem Frei-

<sup>27)</sup> Gr. V Nr. 2029. Im Verlauf derselben Urkunde dann decima schlechtweg, wie auch das. Nr. 2110.

<sup>28)</sup> Wenn in den Urkunden öfter von parochia Leucæ, Raroniæ, Vespiæ u. s. f. die Rede ist, so scheint sich dies auch mit dem Zendenbegriff zu decken, vgl. etwa Gr. V Nr. 2099: castrum meum in Vespiæ una cum maioria seu iurisdictione ad me pertinente in tota parochia de Vespiæ. Nr. 2029: wo zuerst communitates de Leuca, de Rarognia, de Vespiæ etc., nachher communitates Vallesii et parochiarum predictarum und decima communitatum, alles gleichbedeutend steht. Später decken sich natürlich Zenden und Parochie nicht mehr, vgl. z. B. Gr. V Nr. 2052: parochia S. Germani (Saviese).

<sup>29)</sup> Gr. III Nr. 1443: procuratores communitatum (von Inden, Albinen und Dorban) recognoverunt, quod homines communitatis de Leuca in omnibus supradictis (pascuis, nemoribus et pasturagiis im Leuker Thal) debent pascere, frui, uti et gaudere communiter unacum communitatibus supradictis.

heitsbrief von 1338 (Gr. IV Nr. 1719) § 5 werden die burgenses de Leuca und illi de perrochia de Leuca unterschieden, und in einer Urkunde vom 10. Febr. 1683<sup>30)</sup> wird der Zenden Leuk beschrieben als aus der loblichen Burgschaft und Baden, dem loblichen Drittheil vor Zuben auf und dem loblichen Drittheil enent dem Rhodan bestehend. Dieser letztere Drittheil ist wohl erst später dazu gezogen worden, denn er genoss nicht gleicher Rechte mit den andern, welche ihm erst jetzt (1683) das bisher beharrlich verweigerte Recht concedieren, in bestimmtem Turnus mit ihnen den Castlan von Lötschen und Niedergestelen (Unterthanenland der fünf obern Zenden) zu setzen, wenn die Reihe an Leuk kommt. — Sehr klein war ursprünglich der Zenden Raron, der wohl nur aus den sog. vier Vierteln Raron, Unterbächs, Ausserberg und Bürchen bestand, später auch die Ortschaften Niedergestelen, Hohtenn, Steg und Eyschol (den sog. niedern Drittheil) und den Drittheil Mörel in sich aufnahm, welch letzterer hie und da in älteren Urkunden als besondere contracta, communitas, Zenden genannt wird. — Ob St. Niclaus (Chouson), Zermatt (Pratoborno) und Saas (Sausa) von Anfang an zu communitas und Zenden Visp gehört haben, ist mir zweifelhaft, 1334 (Gr. IV Nr. 1674) wird von den parochiae de Vesbia, de Chouson, de Pratoborno et de Sausa gesprochen, das Nicolaithal gehörte damals noch dem Geschlechte de la Tour,<sup>31)</sup> es und Saas hatten besondre Meier,<sup>32)</sup> später allerdings hat der Zenden Visp auch diese Thäler in sich aufgenommen. — Brig und Naters, ursprünglich getrennt, erscheinen in der Folge vereinigt; laut Urkunde von 1516 über Schuld betreibung (s. unten Uebers. Nr. 412) besteht der Zenden Brig aus Naters, Brig, Glys, Termen, Ried, Ganter, Brey, Schlucht (lauter kleine Weiler an der jetzigen Simplonstrasse nahe bei Brig) sowie den Dörflein hinter Naters bis Rischenen bei Bellalp,<sup>33)</sup>

<sup>30)</sup> Im Archiv der Burgerschaft Leuk.

<sup>31)</sup> Peter von La Tour giebt in seinem Testament von 1350 seinem Sohne Anton als Voraus castrum meum de Castellione una cum vallibus de Liech (Lötschen), de Schauson et de Praborny. Gr. IV Nr. 1971.

<sup>32)</sup> Gr. IV Nr. 1755 (a. 1339): Wullemus maior de Chouson.

<sup>33)</sup> Diese Oertlichkeiten heissen in den Zendensatzungen von 1418 (Uebersicht Nr. 411) Gumper. Gump, Gumper kommt von dem compra der lateinischen Urkunden, welches hinwiederum sprachlich nicht compars, comparticipes ist, sondern als deutsches Lehnwort in romanischer Form aufzufassen und zu dem ahd. cumbal, chumbarra, chumbirra, cumpurie = tribus

nach den Oertlichkeiten wohl als eine ursprüngliche Zehntflur aufzufassen. — Der Zenden Gombs endlich ist nachweisbar sehr allmählig zu seinem späteren Umfang erwachsen. Für die erste Zeit kommen von dem Lande ob dem Deisberg überhaupt nur die zwei Thalbecken von Münster und Aernen in Betracht, zwischen denselben lag die sog. Grafschaft Biel, eine besondre Herrschaft, die von den Grafen von Blandrate, ihren alten Inhabern, den Titel Grafschaft trug und nur sehr allmählig von Gombs incorporiert und zu den vollen Zendenrechten zugelassen wurde. Auch Münster und Aernen waren ursprünglich schwerlich zu einem Zenden verbunden, der Brief des Bischofs Wischard Tavelli von 1362 (Gr. V Nr. 2068) unterscheidet die *communitates de Aragnon et de Conches*, welches letztere wohl Münster allein bedeutet, wie der Schluss der Urkunde in *stupa domus nostre Monasterii de Conches* annehmen lässt, ebenso erscheinen i. J. 1408 bei der Wahl Wischards von Raron zum *capitaneus generalis Vallesii* durch die *communitates Vallesii et universitas gentium de parochiis de Leuca etc.* auch die *de Aragnon* und die *de Conches* getrennt aufgeführt; und noch im 15. und 16. Jahrhundert haben die beiden Gemeinden, wie wir sehen werden, immer unter sich über das Recht der Beamtenwahl und andre Regierungsbefugnisse gezankt. Doch spricht anderseits für ursprüngliche Einheit der Umstand, dass Münster und Aernen eine einzige Majorie bildeten, wie es in der Urk. v. 1247 (Gr. I Nr. 505) heisst: *mansuarii a monte Dei superius de Aragnon et ex parochia de Monasterio, qui sunt de majoria de Aragnon.*

Diese sieben Zenden haben also in sehr engen Kreisen ihren Ausgangspunkt, sie umfassten lange nicht das ganze bischöfliche Wallis. So, um nur Hauptsächliches aus den vielen grossen und kleinen Herrschaften hervorzuheben, lag mitten im Gombserland die eben erwähnte Grafschaft Biel. Das Eifischthal (Val d'Anniviers) gehörte als bischöfliches Lehn den Raron und Esperlin, bildete auch nachher, als es frei geworden war, nach Stumpff eine „freie sonderbare Herrschaft mit eigenem Banner,“ und wurde erst durch die Landratsabschiede vom Juni 1565 und Mai 1566 dem Zenden Siders vollständig incorporiert, indem bestimmt wurde, die von Eifisch sollten dem Landeshauptmann auch Gehorsam schwören und in allen gewöhnlichen Kosten nach Markzahl

---

(im Vocab. S. Galli) zu stellen sein wird. Vgl. Graff, ahd. Sprachschatz, IV 405. Schade, altdeutsches Wörterb. S. 520. Steinmeyer und Sievers, ahd. Glossen, I 293, 13; 203, 3.

helfen abtragen in ihrem Zenden, und nachdem sie den 1565 geforderten Gehorsam geschworen, fortan mit ihren Mitbotten im Landrath sitzen, mit dem Vorbehalt, dass ihnen solches Gehorsamschwören an ihren Rechten und Freiheiten nimmer nachtheilig sei. Das Lötschenthal endlich wurde nach der Verjagung der Herren von La Tour zunächst wieder bischöflicher Besitz, aber in der Raron'schen Fehde 1426 dem Bischof von den fünf obern Zenden abgenöthigt, weil, wie sie sagten, sie es mit ihrem Blut von den La Tour gewonnen hätten, und seitdem war es Unterthanenland der fünf obren Zenden, von denen es sich erst 1791 durch eine grosse Summe Geldes frei kaufte. Es wusste nicht, sagt Furrer a. a. O. I 394, dass seine Erlösung ohne Geld so nahe sei.

So viel scheint nach allem dem klar, dass die sieben Zenden keine eigens gemachte politisch-administrative Eintheilung des Landes sind, sie sind die bedeutendsten Gemeinden des Thales und als solche zuerst zu einer gewissen Selbständigkeit und einer Beteiligung an der Regierung gelangt, während kleinere Gemeinden länger unter Grundherrlichkeit zurückgeblieben sind oder doch eine Theilnahme an der Regierung nicht haben beanspruchen können, und später eine solche nur dadurch zu erzielen vermocht haben, dass sie sich an einen der schon bestehenden Zenden angeschlossen haben, wie z. B. (laut unten folgender Uebersicht Nr. 365 Ziff. 5) das Thal Hérémence am 19. Juni 1513 dem Zenden Sitten incorporiert worden ist. So ist die Ausdehnung der sieben Zenden auf die ganze Landschaft im Laufe der Zeit vollzogen worden.

Diesen Anfangs kleinen Bauerschaften kam es zu Gute, dass die Bischöfe nie zu einer sichern Begründung ihrer weltlichen Macht gegenüber den Eingriffen Savoyens und den unruhigen und gewaltthätigen Herrengeschlechtern des Thales gelangten. Schon früh und oft waren die Landleute berufen, mit ihrem Blute die Unabhängigkeit gegen Savoyen zu verteidigen oder den Uebermuth der Edelleute zu brechen. In all den Drangsalen des Stiftes härtete sich ihr Freiheitssinn und erwuchs ein kräftiges Gemeindeleben, und der Bischof hatte zu oft ihrer Hilfe die Rettung aus Fährlichkeiten zu verdanken gehabt, als dass er nicht hätte geneigt sein sollen, ihre werthvolle Treue und Anhänglichkeit selbst mit Concessions zu erkaufen, zu denen er sich kaum verstanden hätte, wenn ihm das Glück ruhiger und unangefochtener Herrschaft beschieden gewesen wäre. Seit dem 14. Jahrhundert finden wir die Landleute der sieben Zenden, die *patriotae septem*

desenorum, an der Regierung des Landes betheiligt, ihre Boten bilden den Landrath, der unter dem ballivus oder Landeshauptmann sich jährlich versammelt und die Gesetzgebung wie die Beschlussfassung über alle Landesangelegenheiten mehr und mehr in seine Hand nimmt.

Die ersten genaueren Nachrichten hierüber beginnen unter dem Bischof Wischard Tavelli 1342—1375.<sup>34)</sup> Das war der Bischof, der sich zuerst, so viel wir wissen, den Titel *comes et praefectus Vallesii* beilegte, einen Titel, der fortan dem Bischof bis zur französischen Revolution geblieben ist, obwohl er später der wahren Sachlage nicht mehr entsprochen hat. Wie darin die entschiedene Absicht der Ablehnung aller Ansprüche Savoyens und der Unterdrückung der Adelsherrschaft ausgesprochen lag, so war doch auch damit nothwendig die Zulassung der Landleute zum Regiment gegeben, ohne welche dieser Titel nicht realisiert werden können.

In der Zeit nun, aus der unsre nachfolgenden Rechtsquellen stammen, versammelt sich der, aus dem Domcapitel und Gesandten (Rathsboten) der sieben Zenden bestehende Landrath jährlich regelmässig zweimal, im Mai und im December (Maien- und Weihnachtslandrath) und ausser dieser Zeit in Nothfällen und zur Erledigung dringlicher Geschäfte. Der Versammlungsort ist gewöhnlich, wenigstens für die regelmässigen Mai- und Decembersitzungen, die Majorie zu Sitten, d. h. der ursprüngliche Sitz des bischöflichen Meiers von Sitten, der durch Verkauf Seitens des Maior Bertholet de Greysier am 15. Januar 1373 an Bischof Wischard übergegangen war und seitdem die bischöfliche Residenz bildete, ein im Laufe der Zeit reich und stattlich ausgebautes Schloss über der Stadt Sitten, das durch den grossen Brand des Jahres 1788 gänzlich ist zerstört worden. Den Vorsitz des Landraths führte von Rechts wegen der Bischof, und dann sass ihm zur Seite der ballivus oder Landeshauptmann, mit officiellem Titel später als grossmächtiger Herr oder schaubare (*spectabilis*) Grossmächtigkeit angeredet. In Abwesenheit des Bischofs, was später regelmässig der Fall war, prä-

---

<sup>34)</sup> Die Sache selbst ist schon wesentlich älter, schon im Anfang des 14. Jahrhunderts giebt der Bischof Satzungen namentlich über Processgang mit dem *consilium generale ad hoc et quedam alia negotia convocatum* (Gr. III Nr. 1483), die Urk. v. 1339 bei Gr. IV Nr. 1771 spricht auch von einem in *concilio generali totius terre Vallesii* gefassten Beschluss über Gerichtsstand, und bei Gr. IV Nr. 1811 ist eine Berufung der Gesandten zu einem Landrath von 1341 abgedruckt.

sidierte der Landeshauptmann. Ursprünglich war er vom Bischof ernannt worden, später ist die Wahl an den Landrath übergegangen, welcher ihn jeweilen auf zwei Jahre wählte. Wiederwahl war statthaft bis 1659, wo nach Tod des Johann Roten, der 21 Jahre lang dieses höchste Amt innegehabt hatte, beschlossen wurde, hinfort alle zwei Jahre einen andern zu wählen, „damit die Last des Amts auf Mehrere abgetheilt werde,“ auch wohl damit alle Zenden regelmässig an die Reihe kommen könnten.<sup>35)</sup> Nach seiner Wahl empfing der Landeshauptmann von dem Fürsten (Bischof) den Eid und wurde von ihm durch Auflegung des Schwertes als des Symbols der Regalia bestätigt. Das Secretariat besorgte der vom Landrathe gewählte Landschreiber, der als schaubare Weisheit betitelt wurde.

Der Landrath war nicht aus dem Bedürfniss einer Einigung der Gemeinden (Zenden) zu einem einheitlichen Staatskörper hervorgegangen, sondern aus dem Streben der Landleute nach einer Controle der bischöflichen Verwaltung und nach einer Theilnahme an Ausübung der herrschaftlichen Rechte. In voller Stärke blieb daneben bestehen das Selbstgefühl und der autonomische Unabhängigkeitssinn der Zenden. Daraus erklärt sich die Doppelstellung des Landraths gegenüber dem Bischof einer- und den Zenden anderseits. Gegenüber dem Bischof trat er als geschlossene einheitliche Vertretung der Landleute (patriotae patriae Vallesii) auf und theilte mit ihm die wichtigsten Regierungsrechte, wie er sich namentlich auch mehr und mehr zu der höchsten und letzten Appellationsinstanz für alle Gerichtsurtheile aufschwang. Die Zenden dagegen wollten sich in ihre inneren Angelegenheiten vom Landrathe nicht hineinregieren lassen, in dieser Hinsicht bildeten sie einen Staatenbund von sehr lockerer Verbindung. Die einzelnen Zenden führten auf eigene Faust Kriege und schlossen in gleicher Weise Bündnisse (mit den Waldstätten und sonst), und schon äusserlich zeigte sich diese Souveränität der Zenden darin, dass es kein gemeines Landessiegel, nur Siegel der Zenden gab, wie noch das Landrecht von 1571 unter dem Siegel des Bischofs, des Capitels und der sieben Zenden ausgefertigt wurde. Schon 1556 war zwar beschlossen worden, ein grosses und ein kleines Landessiegel machen zu lassen, aber es wurde nicht ausgeführt; i. J. 1582, Sept. 4 auf einem Landrath zu Glys wurde der Beschluss

---

<sup>35)</sup> Beschluss des Weihnachtslandtags 1659, in der Sammlung der Abschiede zu Sitten, Band XVIII.

erneuert: es sollen zwei Landessiegel gemacht werden, ein grosses für die Bündnisse mit Fürsten und Eidgenossen, ein kleines für Briefe und Missiven, und 1602 wurde an einen Bundbrief mit Solothurn der Landschaft grosses Siegel angehängt.

Daher ist, was uns hier hauptsächlich angeht, die Gesetzgebung des Landraths der Annahme durch die Zenden unterworfen. Der Landrat hat kein Gesetz als Landrecht erlassen können, mit der Wirkung, dass es kraft seines Beschlusses in sämmtlichen Zenden Geltung erlangt hätte, sondern die Zenden hatten das Recht, es für ihr Gebiet anzunehmen oder abzulehnen. Daraus ist das Princip des Referendums der späteren Walliser Verfassung hervorgegangen. So heisst es im Abschied des Landraths zu Visp 1557 Jan. 18: die Zenden haben das Verbot betreffend das Wild angenommen; im Abschied des Weihnachtslandraths 1558 zu Sitten: der Artikel des Zugs halb ist von allen sieben Zenden angenommen, ausgenommen die von Gombs, welche sich die Antwort vorbehalten; im Abschied des Weihnachtslandraths 1589 zu Sitten, nachdem mehrfach das Lärchenbohren war verboten worden, heisst es: der Lärchenbohrer halb mag jeder Zend insunders nach Gelegenheit der Zeit und Gestaltsame der Sachen hierin Ordnung geben und Satzung machen, die weil man sich der Sach nicht gänzlich hat vergleichen können. Noch 1727 im Abschied des Weihnachtslandraths von Sitten wird gesagt: nach altem Brauch und Landesconstitutionen werden die Abschiede dergestalt verfasst, dass so darin ein oder mehr Puncte beschwerlich fallen, solche Beschwerden auf nächsten Landrat in friedliebender Manier durch die Gesandten der Versammlung pflegen hinterbracht zu werden, um darüber endlichen Entschluss zu fassen; daher bringen die Gesandten von Gombs jetzt gegen einen Beschluss des vorigen Landraths an u. s. w. Besonders bemerkenswerth ist das Beispiel, das die i. J. 1525 vom Landrat beschlossene neue Processordnung, die sog. Kürzerung des Rechtens, bietet. Auf dem Landrat von 1527 wird berichtet, die Artikel über Kürzerung des Rechtens seien von fünf Gemeinden versiegelt, von zwei noch nicht; 1528: sie seien von Siders angenommen, Leuk sei noch zweifelhaft, doch solle jeder Richter künftig richten nach den neuen Artikeln; aber auf dem Weihnachtslandrat 1543 zeigt der Bischof an, dass die Landschaft die Kürzerung des Rechtens nicht einhelliglich habe wollen annehmen, daher er nichts anders thun könne als es beim alten Herkommen bleiben zu lassen, und darauf

wurde beschlossen, solches an die Gemeinden zu bringen mit der Aufforderung, wenn sie an Artikeln ein Missfallen hätten, es auf nächsten Landrath anzuzeigen. Im Jänner 1550 beantragte Sitten, dass die Kürzerung des Rechtens hinfür in allen Zenden solle gehalten werden. Das wurde am 27. Hornung beschlossen, aber die Gesandten von Gombs behielten sich vor, es an ihre Gemeinde zu bringen, und berichteten dann wieder am 16. April, sie hätten in ihrem Zenden die Artikel nicht finden können; was aber andre Zenden thun werden, werde ihr Zenden Gombs kein Sunders drin machen. So gieng es bis zum neuen Landrecht von 1571 und man wusste nie, ob diese Kürzerung des Rechtens eigentlich angenommen sei oder nicht.

### § 3. Der Streit um die Hoheitsrechte zwischen Bischof und Landleuten.

Das Verhältniss unter Bischof und Landleuten war von jeher ein zwischen Frieden und Hader schwankendes gewesen. Es bedurfte immer grosser politischer Gewandtheit des Fürsten, um dem oft in leidenschaftlicher Bewegung ausbrechenden stürmischen Drange der Patrioten nach der Herrschaft die Spitze abzubrechen. Im 15. Jahrhundert waren die Gegensätze sehr geschärft, die Berufung der Bischöfe auf ihre verbrieften und hergebrachten Rechte verfieng nicht mehr gegenüber der Losung der Landleute: wir haben das Land mit unserm Blute erkauft. Wir werden bei Betrachtung der Rechtsquellen (§ 5) sehen, wie heiss es in dieser Zeit hergieng. Nach den Erfolgen, welche die Landleute in diesem Jahrhundert den Bischöfen abgedrungen hatten, trat eine Periode verhältnissmässiger Ruhe ein. Im Jahre 1565 starb Bischof Johannes Jordan und der Landrath stellte sofort eine Wahlcapitulation auf, die er dem Capitel zur Annahme vorlegte, bevor ein neuer Bischof gewählt werde, „damit man künftig mit dem Bischof keine Zwietracht darin haben müsse.“ Das Capitel nahm „nach etwas Abred“ die Artikel an, worauf sich der Landeshauptmann mit dem Capitel und den Gesandten der Zenden<sup>36)</sup> in die Domkirche begab zur Wahl

<sup>36)</sup> Die Gesandten der Zenden nahmen schon seit längerer Zeit neben dem Capitel an der Bischofswahl Theil. So lautet Art. 21 des Landfriedens von 1517: Wan ein herr von Sitten abstirpt, hat das Erwirdig Capitel mit sampt der lantschaft vollmechtigen gwalt, ein andren herren zu erwählen.

des Bischofs, als welcher der Domherr Hildebrand von Riedmatten erkoren wurde.<sup>37)</sup>

Die in dieser Wahlcapitulation aufgestellten Puncte waren im Grunde nicht durchgreifender Natur und liessen die Hoheitsrechte des Bischofs ausser Frage. Erst mit des Bischofs Adrian von Riedmatten Tode 1613 wurde die Entscheidungsfrage gestellt: Der Landrat forderte jetzt von Capitel und Bischof den Verzicht auf die Carolina, „und zum Zeichen der Aufhebung derselben, heisst es im Abschied von Sitten 7./16. Oct. 1613, soll der Landeshauptmann dem erwählten Bischof als repräsentierender die hohe Herrlichkeit und höchsten Gewalt das Schwert in die Hand geben und die Schlüssel des Schlosses der Meyerin zu Handen stellen.“ Der Landeshauptmann solle ferner befugt sein, in Kriegs- und andern weltlichen Sachen den Landrat zu berufen; er soll dem Landvogt von Monthei den Eid geben, als der mit sammt den sieben Zenden einzige hohe Herren des Gouvernements Monthei seien und daselbst hohe und niedere Gerichtsbarkeit haben. Das Capitel nahm diese Forderungen an und unter solchen Umständen erfolgte die Wahl des Bischofs Hildebrand Jost. Aber dieser war nicht gewillt, die bischöflichen Rechte leichthin fahren zu lassen, und so begann der Streit. Der Bischof beanspruchte kraft der Carolina die Wahl des Landeshauptmanns, der nur sein Statthalter sei. Die Landleute antworteten darauf im Landrat zu Siders 19. Juni 1616: Der Landeshauptmann sei Amtmann ebensowohl als der Bischof und zugleich ein Haupt als der Bischof, jedoch beidsamen Häupter der Landschaft, und der Landeshauptmann trage darum den kaiserlichen Ehrentitel Grossmächtiger Herr Landeshauptmann, als der vom Kaiser herkomme. Betreffs der Carolina sagen sie: sie hätten sich

---

<sup>37)</sup> Alles des Näheren in dem Abschied des Landrats zu Sitten, 20./23. Juni 1565. Die Hauptpunkte der Wahlcapitulation sind: Der Landschaft soll die todte Hand nid der Mors gehören, ausser zu Ardon, Chamson, Martinach und Massonger. Die Appellation von Urtheilen der Vögte nid der Mors soll an Landeshauptmann und gesessenen Landrat gehen. Die aus Eyfisch sollen dem Landeshauptmann auch Gehorsam schwören. Ueberall in der Landschaft sollen die kleinen Bussen (von 3 lib.) dem Ortsrichter bleiben. Der Fürst soll den Landschreiber besolden. Es soll ein gemeiner Richter ernannt werden, damit man versorgt ist für die Fälle, da man mit dem Fürsten oder seinem Fiskal oder dem Capitel oder geistlichen Herren zu rechtfertigen hätte, damit solches nicht durch eines Fürsten Unterrichter zugehen müsste.

von den fremden Fürsten, welche nach dieser Schenkung die Landschaft eingenommen, mit ihrer Macht und Tapferkeit, Schweiss und Blut befreit, wodurch diese Schenkung annuliert sei und die Herrschaft jetzt von der Landschaft herfliessend und an die Bischöfe gekommen sei. Auf das, heisst es im Abschiede, stand der Bischof zornmüthig von Rathe auf und reiste ab.

Von da an nehmen nun die langen Verhandlungen zwischen Bischof und Landrath ihren Lauf, wie sie hauptsächlich in den Landrathsabschieden von 1619, 11./13. Februar, 9./22. Juni; 1620; 1622, 12./25. December; 1623; 1626 u. s. f. enthalten sind.<sup>38)</sup> Der Bischof seinerseits stellte ein Verzeichniss seiner Rechte und Ansprüche auf, welche letztere besonders auch auf Rückgabe aller Gerichte an ihn giengen, indem die Gerichtslehen in Folge unterlassener Recognitionen ihm verfallen seien.<sup>39)</sup> Da die Sache auf dem Verhandlungswege zu keinem Ziele führte, so griffen die Landleute wieder in alter gewaltthätiger Weise zu dem schon vor Jahrhunderten practizierten Mittel der Gefangensetzung des Bischofs (1630), bis er unter Thränen den Verzicht auf die Carolina aussprach. Erledigt war damit die Sache nicht, da Hildebrand Jost selbst durch diesen abgezwungenen Widerruf sich nicht gebunden glaubte, und auch spätere Bischöfe sind immer wieder darauf zurückgekommen, bis dann nach Bischof Blatters Tode 1752 ein leidliches Abkommen getroffen wurde, welches den Bischof als Haupt des Staates erklärte und festsetzte, dass er bei der Wahl das Schwert der Regalia zugleich durch den Domdekan und den Landeshauptmann erhalten solle. In dieser Form war für den Bischof wenigstens die Ehre, wenn auch nicht viel mehr gerettet.

#### § 4. Die Erwerbung des Unterwallis.

Die sieben Zenden der Landschaft Wallis ob der Mors hatten sich im Laufe des 15. Jahrhunderts, zumal in der

<sup>38)</sup> Zahlreiche Acten auch in der zweiten Hälfte von Band XV der Abschiede. In der Gallia Christiana XII, unter Nr. 31—33, p. 464 f. die Beschwerden des Capitels von 1613 und 1614 und des Bischofs an die Eidgenossen von 1618.

<sup>39)</sup> So z. B. heisst es darin von dem Vicedominat über Sitten, das selbe sei feudum homagii ligii der Edeln von Chivron vom Bischof gewesen: *his successerunt cives Sedunenses, qui anno circiter 1560 ab illis de Chivrone vicedominatum sedunensem acquisiverunt et illum multis modis commiserunt, ita ut episcopus illum omni jure possit apprehendere, si hic jus valere posset.*

grossen Raron'schen Fehde, innerlich genugsam gefestigt, um mit dauerndem Erfolge auch nach aussen in die Weltbegebenheiten eingreifen zu können. Hier werfen wir blos einen Blick auf die Erwerbungen, die ihnen ein bleibendes Unterthanengebiet verschafft und die Gestalt des heutigen Cantons Wallis hergestellt haben.

Mannigfache, theilweise kleinliche Chicanen und Streitigkeiten zwischen Savoyen und Wallis, zumal ein Hader zwischen dem bischöflichen Dorfe Savièse und dem savoyischen Gundis und Gewaltthätigkeiten der durch das Wallis dem Herzog von Burgund zu Hilfe ziehenden italiänischen Soldtruppen hatten ein Bündniss des Wallis mit Bern hervorgerufen. Noch bevor 1476 bei Grandson und Murten die entscheidenden Schläge gegen Karl den Kühnen fielen, war es im Rhonethal zu einem Zusammenstosse gekommen, die savoyischen Truppen waren bei Sitten geschlagen worden und die Landleute des Wallis hatten in raschem Ansturm das Land bis St. Maurice erobert.<sup>40)</sup> Der Bischof (Walther Supersax) und die Landleute waren hiebei in gemeinsamen Interessen verbunden aufgetreten, beiden hatte die drohende Haltung Savoyens gegolten, beide hatten einträchtig des Landes Freiheit gewahrt, wie ja auch die Walliser Miliz unter dem Namen militia Sancti Theoduli im Felde erschienen war. Das eroberte Gebiet war darum ein dem Bischof als comes et præfектus Vallesii wie auch den Patrioten der sieben Zenden gewonnenes Unterthanenland. Dieser Umstand erklärt die Verständigung, welche die beiden Theile über das Regiment in dem eroberten Lande durch eine Reihe von Verträgen und Compromissen<sup>41)</sup> schliesslich<sup>42)</sup> trafen: der Bischof als der unus dominus spiritualis et temporalis in tota patria Vallesii nimmt das Unterwallis (mit Entremont und Bagne) bis zum Thalschluss von St. Maurice als Unterthanenland in seinen, der Kirche von Sitten und des Landes Wallis Gehorsam und Schutz (in suam, ecclesie Sedunensis et patrie Vallesii obedientiam, tuitionem et defensionem). Die Patrioten erhalten für ihre labores in re-

<sup>40)</sup> Das Genaueste darüber hat de Gingins, a. a. O. Archiv III S. 135 ff.

<sup>41)</sup> Besonders sind hervorzuheben Urk. v. 31. Dec. 1477, bei de Gingins, Archiv III S. 234 f. Urk. v. 28. Febr. 1483, im Archiv der Bourgeoisie Sitten, abgedr. Gallia Christiana, XII Nr. 26, p. 454, auch mangelhaft bei Furrer, III S. 272. Urk. v. 16. Februar 1488, Archiv Valeria B. 24. Urk. v. 30. März/4. April 1489 und v. 20. Dec. 1490, Archiv Valeria, auch Furrer, III S. 277.

<sup>42)</sup> Aber über einzelne Rechtsamen gab es beständig wieder Differenzen.

cuperatione terre passos von allen Abgaben und Einkünften aus dem eroberten Lande, jeder Zenden jährlich 200 Gulden, an die zur Vertheidigung des Landes nöthig werdenden Befestigungen und Anschaffungen von Kriegsmaterial zahlen sie zwei Drittel der Kosten und geloben das Land zu vertheidigen. Der Bischof verspricht die Beamten des eroberten Gebietes aus Landleuten des Landes ob der Mors zu nehmen, und nimmt die Abtragung einer auf den Castlaneien Conthey und Saillon haftenden Schuld an Freiburg i. Uechtl. auf sich. Später wird vereinbart, dass der Bischof die Einkünfte von Ardon, Chamoson, Martigny und Massonger allein beziehen solle, dagegen alle übrigen Einkünfte den Landleuten überlasse. Der Landvogt, gubernator, des ganzen Gebiets soll ernannt werden in gleicher Weise und zu gleicher Zeit wie der Landeshauptmann aus den Landleuten ob der Mors und leistet in die Hände des Bischofs den Eid, dass er ihm und den Landleuten treu und gehorsam sein wolle. Der Gouvernator ernennt alle Beamten und Richter im Lande und der Bischof hat sie zu bestätigen.

Der Gouvernator hatte seinen Sitz in St. Maurice. Das eroberte Land war in sechs Banner getheilt, 1. Gundis (mit Nenda), 2. Ardon, 3. Saillon (mit Leytron, Fully und Riddes), 4. Entremont (mit Bagne und Saxon), 5. Martigny, 6. St. Maurice.

Als i. J. 1536 Bern die Waadt eroberte und die Reformation einführte, beeilten sich die Walliser, auch ihrerseits von dem bedrängten Savoyen ein Beutestück zu gewinnen. Es kam ihnen zu gut, dass die Gemeinden diesseits der Dranse (zwischen Evian und Thonon) selbst darum baten, Wallis möchte sie besetzen, um sie bei dem katholischen Glauben zu erhalten, unter dem Vorbehalte, dass sie an ihren Fürsten zurückgegeben würden, wenn dieser in sein ancien patrimoine restituiert werde. Wallis ergriff dieses Anerbieten der 47 Gemeinden von Monthey bis über Evian hinaus mit Freuden und besetzte das Land unter dem Vorbehalte, dass es zurückgegeben würde, wenn Bern die Waadt zurückgebe. Das Gebiet wurde in zwei Gouvernements getheilt, Monthey (vom Thalschluss bei St. Maurice bis zum Leman) und Evian. Die bisherigen savoyischen Beamten blieben als Castlane bestehen. Erst durch den Vertrag von Thonon vom 4. März 1569 zwischen Emanuel Philibert von Savoyen und Wallis wurde Evian mit Zubehör (St. Jean d'Aulph) zurückgegeben, Monthey dagegen (das Gebiet von St. Maurice bis zur Brücke von St. Gingolphe) verblieb bei Wallis als zur alten Schenkung

Karls d. Gr. an die Kirche von Sitten gehörig, und wurde unter einem besondern Landvogt in gleicher Weise wie das Gouvernement St. Maurice verwaltet, wobei es ebenfalls nie an Differenzen zwischen Bischof und Landleuten fehlte.

## § 5. Die Rechtsquellen.

### A. Das Landrecht.

Aus der Consolidation der sieben Zenden zu einem staatlichen Verbande ist ein Landrecht der Landschaft Wallis (Statuta patriæ Vallesii) hervorgegangen. Denn ist auch kein Zweifel, dass die Rechtsgewohnheiten im Wesentlichen durch das ganze Land die gleichen waren, so ist doch andererseits nicht weniger klar, dass ohne die Vereinigung der sieben Zenden zu einem Staatenbunde und die dadurch gebildete Behörde (Landrath) und deren gesetzgeberische Thätigkeit ein gemeines Landrecht nicht wäre geschaffen worden, sondern die Rechtsbildung in jedem einzelnen Zenden unbekümmert um die der nachbarlichen Gemeinwesen für sich fortgeschritten oder auch verkümmert und versiegt wäre. In dem Fortschreiten der Gemeinden zu grösserer staatlicher Einheit liegt auch der Fortschritt zur Verwirklichung der Rechtseinheit eingeschlossen. Anfangs waren die fünf obern Zenden besonders eng mit einander verbunden, sie hatten gemeinschaftlich schwere Kriege geführt, besonderes Unterthanenland (das Lütschenthal) erworben; die Verbindung mit Siders und Sitten wurde erst später fester und dauernd geknüpft. Die Grenze aber zwischen Leuk und Siders bildet die Raspille oder Rappilly, ein vom Wildstrubel herabfallendes und bei Salgesch (Salquenen) in die Rhone sich ergieissendes Flüsschen, und die Erinnerung an die Verschiedenheit des Rechtes der fünf obern und der zwei untern Zenden spricht sich noch in späten Quellen (dem Landrecht von 1571 und sonst) aus, welche für das Land a Raspilia superius andere Grundsätze aufstellen als für die terra a Raspilia inferius, z. B. bezüglich des Niessbrauchs der Ehefrau: Art. v. Naters 1446 Art. 10, Stat. Card. Art. 42, § 5 und 8, Stat. v. 1571, c. 112, § 4; bezüglich Competenz der bischöflichen Gerichte, Stat. v. 1571 Art. 1 § 3.<sup>43)</sup>

<sup>43)</sup> Vgl. Absch. des Weihnachtslandraths 1560: Dass die so ob der Rappilly uf gesessen, sollen vor unser h. hauptmann oben in der landschaft getagt werden, und die nicht dem wasser zu Sitten vor sinem statthalter. — Absch. 1631, 22. Juni/13. Juli: kein landeshauptmanns statthalter, gleich ob als nid der Rappely wohnhaft, soll keine mandaten an die unterthanen nid der Mors absenden.

In die allmähliche Ausbildung des Landrechts ist uns nun ein ziemlich genauer Einblick möglich. Von noch ungelenken und dürftigen Aufzeichnungen alter Gewohnheiten steigen wir auf zu der abschliessenden Codification des Walliser Landrechts von 1571. Was dazwischen liegt, zeigt uns nicht nur, wie sich der Stoff allmählig erweitert, sondern auch wie die Technik zunimmt und das römische Recht die Lehrmeisterinn wird. Aber wie erfreulich massvoll und vorsichtig geht man vorwärts, wie selbständige erhält man sich gegen das fremde Recht trotz mannigfacher Verwendung des aus ihm und an ihm Gelernten. Wenn wir sehen, wie gewaltsam vielfach anderwärts die Gesetzgebung des 16. Jahrhunderts mit Althergebrachtem aufgeräumt hat, wie Doctoren und Stände (Ritter und Bauern) sich Jahrzehnte lang um das Recht gestritten haben, ohne doch zu einem sehr befriedigenden Resultate zu kommen, so dürfen wir wohl sagen, dass diese Walliser Landleute in ruhig und verständig fortgesetzter Thätigkeit eine Assimilation ihres alten deutschen Volksrechts mit dem römischen Rechte hergestellt haben, die den Vergleich mit den besten Gesetzbüchern jener Zeit nicht zu scheuen hat, sie bezüglich Klarheit der Fassung und Sauberkeit der Gedankendurchführung vielfach übertrifft.

Als erste Aufzeichnung von grösserer Bedeutung, nächst den Artikeln über Processrecht aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts (Gr. III Nr. 1483), fallen in Betracht die „aucuns cas de costume,“ welche Gremaud IV Nr. 1973 aus einer Handschrift im Archiv der Valeria publiciert hat. Wir setzen die Aufzeichnung an das Ende des 14. Jahrhunderts und nehmen als Ort ihrer Entstehung Sitten an, auf welches hie und da (Art. 32, 64, 67, 99) besonders Bezug genommen ist. Sie bezeichnet sich selbst mehrmals (Art. 1, 18, 21, 46) als coustume de Valoys, und es ist kein Zweifel, dass wirklich gemeines Walliser Recht hier dargestellt ist, wie das aus einer Vergleichung mit den späteren Landrechtsaufzeichnungen hervorgeht. Im Uebrigen wage ich nicht zu entscheiden, ob es eine Privatarbeit oder eine officielle Zusammenstellung ist, wenn ich schon die Vermuthung äussern möchte, dass die einzelnen Artikel Beschlüsse des Landraths sind, die gelegentlich von Beschwerden oder Appellationen oder sonstigen Anlässen gefasst wurden, wie wir einen solchen bei Gr. IV Nr. 1771 (vgl. cas de costume Art. 105) bezüglich des Gerichtsstandes besitzen.

Aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts ist das hochinteressante Weisthum ohne Datum über das Landrecht

(Uebersicht Nr. 17) hervorzuheben. Die ersten 14 Artikel desselben tragen eher einen officiellen Character und könnten auf einem Beschluss des Landraths beruhen. Die Fortsetzung lautet nicht mehr durchgängig so absolut (z. B. *credo quod ita sit*, auch oft Erwähnung von Localgewohnheiten), und könnte bloss Material zu einem Entwurf geblieben sein. Denn in jener Zeit, da die Landleute durch ihre mit Erfolg gekrönte Bewegung gegen das Geschlecht der Freiherren von Raron einen grossen Schritt zur Selbständigkeit thaten, mochte ihnen eben so sehr der Wunsch nach einer Aufzeichnung und Verbriefung ihres Landrechts am Herzen liegen als die Zeit und die Stimmung zu ruhiger Durchberathung fehlen. Jenes Verlangen siegte aber doch über diese äussern Hindernisse und sie realisierten es in einem stürmischen Acte des Zwanges gegen den Bischof.

Zu Anfang des Jahres 1446 nämlich, als der Bischof Wilhelm von Raron auf seinem Steine zu Naters sich befand, erschienen vor diesem Schlosse mehr als 2000 Landleute aus allen Zenden und drängten ihn zum Erlasse eines Landrechtes, das unter dem Namen der Artikel von Naters bekannt ist und das Datum des 28. Januar 1446 trägt.

Nach Wilhelms von Raron Tode wurde der Domdekan Heinrich Esperlin zum Bischof gewählt, 1451. Er machte die Annahme der Wahl davon abhängig, dass die Landleute die Artikel von Naters als gegen die Freiheiten der Kirche von Sitten erlassen revocieren würden. Die Landleute, nachdem sie die Frage an die Zenden gebracht, erklärten, dass sie bereit seien, alle gegen die Rechte des Bischofs laufenden Capitel zu revocieren, dass sie aber diejenigen, welche den bischöflichen Rechten nicht zuwider seien, behalten wollten. Esperlin beharrte auf völligem bedingungslosem Widerruf. Da gaben die Landleute nach und die Artikel von Naters wurden annulliert.<sup>44)</sup> Diese Nachgiebigkeit erklärt sich daraus, dass die Wahl Esperlins den Landleuten sehr genehm war und sie fürchteten, bei Widerstand gegen dessen Befehren könnte eine Einmischung des Papstes und Ernennung eines dem Lande fremden Prälaten zum Administrator (wie kurz vorher des unbeliebten Andreas Gualdo) erfolgen. Andrerseits darf es auch nicht zu sehr verwundern, dass Esperlin nicht einmal die grosse Mehrzahl der dem Stift ganz unverfänglichen Artikel concedieren wollte. Das ganze Statut

---

<sup>44)</sup> Die Urk. im Archiv der Valeria B 55. Abgedr. Gallia Christiana, XII Nr. 21, p. 444 s.

war von Anfang an als für das Stift höchst präjudicierlich angesehen worden, der Bischof Wilhelm hatte sich sogar wegen seiner Nachgiebigkeit auf päpstliche Vorladung in Rom verantworten müssen; man behandelte die Frage von dem grundsätzlichen Standpuncte aus, dass der Bischof als der weltliche Herr einzig das Gesetzgebungsrecht habe und nichts anerkennen dürfe, was die Landleute festgesetzt hätten, wie die Artikel von Naters sich kund gaben. Darum berief sich Esperlin auch auf die Carolina für sein Begehr. Immerhin sind uns die Artikel, im Vergleich mit den *cas de costume* und dem Landrecht des Cardinals Schiner, ein höchst wichtiges Document für die Erkenntniss des damals geltenden Gewohnheitsrechtes; sie sind auch, trotz der formellen Aufhebung, doch bis zu den neuen Statuten des Cardinals als das geltende Landrecht betrachtet worden.

Was die Landleute hier unter dem Drucke politischer Erwägungen preisgegeben hatten, holten sie unter den Nachfolgern Esperlins wieder ein. Dem Bischof Jost von Silinen wurde 1487 eine für die bischöflichen Rechte bedenkliche Concession abgedrängt. Dann, als die Differenzen mit dem Bischof in offenem Aufstand ausgebrochen waren und Jost von Silinen gezwungen wurde, vom Bisthum zurückzutreten, errichteten die Landleute sofort (19. April 1496) die noch wichtigeren Landsatzungen, welche, wie aus der am Schlusse angegebenen Absicht hervorgeht, zu einer Wahlcapitulation für Bischof Niclaus Schiner bestimmt waren. Und unter dem Cardinal Matthæus Schiner kam die Landschaft auch zu einem vollständigen Landrecht.

Von dem Landrecht des Cardinals hat man bisher nichts gewusst; nicht einmal, dass überhaupt unter Bischof und Cardinal Schiner eine solche Gesetzgebung stattgefunden hat, ist bekannt gewesen. In den Landrathsabschieden sah ich hie und da von dem Landrechte des Cardinals gesprochen,<sup>45)</sup> und fand zufällig kurz darauf in einem nicht catalogisierten Convolut auf dem Staatsarchiv eine Handschrift desselben, wozu ich später noch eine zweite, unvollständige, aus dem Besitze des H. Präfecten Anton v. Riedmatten erhielt. Auch in der ersten Handschrift fehlt der Schluss, welcher das

<sup>45)</sup> Z. B. im Landrath v. 15. Dez. 1539 brachte Brig an, ob sach weri, das u. g. h. auch houptmann und rhatbotten einer lantschaft welti gut dunken, angesehen das unser lantrecht an vil orten dunkel und finster ist, zu besichtigen das landrecht, das da gemachet was zu den zeyten säliger gedächtnus des Cardinals.

sog. Eschatokoll mit dem Datum muss enthalten haben. Da sich der Bischof im Eingang als Cardinal bezeichnet, so kann die Publication nicht vor 1511 gesetzt werden; Anfangs dieses Jahres wurde Schiner zum Cardinal ernannt, nach meiner Meinung (gemäss Raynald, XX 100) am 20. März, aber schon der Lucerner Abschied v. 9. Febr. tituliert ihn so. Es bleibt also die Zeit vom Jahre 1511 bis zum 30. Sept. 1522 (Todestag Schiners) offen.

Und zwar lässt sich das Datum näher auf die Jahre 1511—1517 bestimmen. Nach dem Landfrieden vom 12. Sept. 1517 kann das Landrecht nicht mehr erlassen worden sein, weil der Cardinal durch diesen Act förmlich aus dem Lande vertrieben wurde und fortan bis zu seinem Tode mit den Landleuten gänzlich zerfallen war. Dem gegenüber kann der Umstand nicht ins Gewicht fallen, dass in Art. 1 des Landfriedens das Landrecht, welches die Landleute zu schirmen geloben, als „durch unsre altvordern ufgericht“ bezeichnet wird, denn so konnte gesprochen werden, auch wenn die neue Redaction des Cardinals schon bestand, weil dieselbe doch ganz der Ausdruck alten Gewohnheitsrechtes der Landschaft war. Ja eine andere Stelle des Landfriedens möchte auf den ersten Blick als direct von dem Landrecht des Cardinals sprechend angesehen werden. Unter den dem Cardinal vorgeworfenen Verunglimpfungen des Walliser Volkes kommt nämlich auch folgende vor: „Item sprach der Cardinal, das die landlüt von Wallis beruften sich eines landrechts, das wer gemacht mit der matzen und mit gewalt, und legen vor dem schloss, do der byschof in was, hettin dar tragen ein grossen haufen holtz und sprechin, wölt er inen das landrecht nit versiglen, so wöltin aber sy den byschof darin verbrennen.“ Könnte das auf den Cardinal selbst bezogen werden, so wäre dadurch hergestellt, dass ihm das Landrecht in ähnlich gewaltthätiger Weise abgetrotzt worden sei wie weiland die Artikel von Naters dem Bischof Wilhelm von Raron. Aber ich möchte doch eher annehmen, dass was Schiner in dieser Hinsicht mag gegen die Landleute geäussert haben, nicht auf einen solchen ihm selbst widerfahrenen Tumult, von dem wir sonst nichts wissen, sondern entweder auf das Ereigniss von 1446 bei Naters, oder, was noch wahrscheinlicher ist, auf die Belagerung des Jost v. Silinen in Sitten 1496 Bezug hat, in Folge welcher dieser Bischof genöthigt wurde, vom Bisthum abzutreten, und die Landleute die Landsatzungen vom 19. April 1496 errichteten. Auf letzteres Ereigniss weist die Fortsetzung obiger Stelle: „Wyter hat der byschof zu

Sitten uf dem kilchhof syn byschofliche zierz abzogen vor dem heiltum sant Theodors, do sein ampt ufgeben und gesprochen, er wolt lieber den tod lyden dann verwilligen, darzu inen die landlüt welten gewaltenglich zwingen.“ Ueberhaupt erscheint diese von den Landleuten so übel vermerkte Aeuserung des Cardinals nur als eine Illustration des seit Jahrhunderten von den Patrioten gegen die Bischöfe geübten Verfahrens, das Schiner laut derselben Quelle in die folgende drastische, aber nicht unwahre Schilderung gefasst hatte: „unsere altvordern sign sither hundert, zweyhundert jaren der gröbi und unstüme gesin, das sy kein byschof nie hant gelassen, sy habent sy gewaltenglich überfallen und mit der matzen recht wol erpantschet, auch etlich erwürgt, erstochen und zu den zinnen us geworfen, auch etliche vertrieben, darumb wundert inen nit, das man mit im also huss hab.“

Gegen eine unter ähnlichen Vorgängen erfolgte Abtrotzung des Landrechts vom Cardinal spricht vor Allem der Eingang dieses Landrechts selbst, der dasselbe, in anscheinend sehr unbefangener Weise, als eine Arbeit des Friedens, hervorgegangen aus gründlicher Berathung mit dem Landrath, bezeichnet. So hätte der Cardinal bei einem ihm unter Drohung des Verbrennens abgezwungenen Landrechte nicht gesprochen, und auch die Landleute selbst, trotz ihrer „Gröbi und Unstüme“, ja gerade wegen derselben, hätten ihm solches zu unterschreiben nicht zugemuthet, so wenig als sie in den Artikeln von Naters die Entstehung derselben in dieser Art gefälscht haben. Wird daher die Aufstellung des Landrechts einer Zeit angehören, da der Cardinal mit den Landleuten in gutem friedlichem Vernehmen gestanden, so haben wir nur die Wahl zwischen den ersten Wochen des Cardinalats (Ende März und Anfang April 1511) und dem Winter 1513 auf 1514. Aus folgenden Gründen. Im Frühjahr 1511 befindet sich Schiner noch in vollem Besitze der bischöflichen Herrschaft und urkundet z. B. noch am 9. April 1511 zu Gunsten der Leute von Liddes (unten Uebersicht Nr. 509). In dieser Zeit könnte auch die definitive Ausfertigung des schon vorher vorbereiteten Landrechts erfolgt sein. Aber noch im April 1511 muss Schiner vor dem ins Wallis zurückkehrenden Georg Supersax in die schweizerische Eidgenossenschaft weichen, kommt nur für kurze Zeit und in Entzweizung mit dem Landrath wieder ins Land und entfernt sich unmittelbar nach dem Rechtstag zu Sitten vom 28. Juli 1511 heimlich wieder. Von da an ist seine Anwesenheit im Wallis nicht nachweisbar bis in den Spätherbst 1513. Selbst wenn er vorübergehend nach

dem glorreichen Ausgang des Feldzugs von Pavia (1512), der seinen Triumph über die Partei Supersax mit sich führte, im Wallis gewesen sein sollte, wäre er kaum zu solcher Thätigkeit des Friedens, wie das Landrecht sie voraussetzt, gekommen. Ebenso war Schiner den grössten Theil des Jahres 1513 in Italien festgehalten. Nun aber trat mit dem Sieg der Eidgenossen bei Novarra (6. Juni 1513), der Italien für einmal gründlich von den Franzosen befreite, und dem Frieden von Dijon (13. Sept. 1513) volle äussere Ruhe in der europäischen Politik ein, und jetzt kehrte der Cardinal, der noch am 26. Sept. 1513 in Cremona sich befand, nach seiner Heimat zurück. Schon im April 1514 durch die neu ausgebrochene italiänische Frage wieder nach Italien zurückgerufen, war er von da an seiner Heimat entfremdet, beständig auf Reisen im Dienste der päpstlichen Politik bis nach London hinaus, dann im Feldlager in der Lombardei, und seit der verhängnissvollen Schlacht von Marignano betritt er, so viel ich sehe, nur einmal noch, kurz vor dem Landfrieden von 1517 (Ende August) das Wallis, er erscheint in Münster, und wird sofort (am 30. August) von Supersax wieder in die Fremde getrieben. So bleibt von dieser Periode nur der Winter 1513 auf 1514 übrig, und auf diese Zeit passen die Eingangsworte des Landrechts „armorum strepitu quiescente et cessante“ so trefflich, dass ich die Abfassung des Landrechts ihr zuweisen möchte.

Für die Zeit, welche zwischen dem Landrecht des Cardinals und dem des Hildebrand von Riedmatten (1571) liegt, fliessen die Quellen für Erkenntniss der Rechtsentwicklung reichlich. Das Archiv der Bourgeoisie von Sitten bewahrt die Protokolle der Landrathssitzungen von 1523 bis 1762. Diese in deutscher Sprache abgefasssten „Landrathsabschiede“ sind in 24 starke Foliobände gebunden, von denen allerdings der 20ste, die Jahre 1678—1689 enthaltend, verloren ist. Ich habe diese Bände sämmtlich nach der uns hier angehenden Richtung excerptiert und gebe in der Uebersicht das darin Gefundene regestenartig wieder. Um dort des Citierens überhoben zu sein, gebe ich hier die Vertheilung der Jahre auf die einzelnen Bände an:

Band I: 1523—1532. II: 1533—1543. III: 1544—1555.  
 IV: 1556—Aug. 1562. V: Aug. 1562—1569. VI: 1570—1576.  
 VII: 1577—1583. VIII: 1584—1589. IX: 1590—1593. X:  
 1594—1599. XI: 1600—1605. XII: 1606—1614. XIII:  
 1615—1619. XIV: 1620—1623. XV: 1622—1626. XVI:  
 1627—1634. XVII: 1635—1646. XVIII: 1647—1659. XIX:

1660—1677. XX: 1678—1689 fehlt in Sitten.<sup>46)</sup> XXI: 1690—1699. XXII: 1700—1719. XXIII: 1720—1743. XXIV: 1744—1762.

Der nachfolgenden Uebersicht die Aufzählung der einzelnen gesetzgeberischen Erlasse zuweisend, werfe ich hier an der Hand der Abschiede einen Blick über die Landrechtsentwicklung nach ihren allgemeinen Tendenzen.

Im Processgange vor hohen und niedern Gerichten waren grosse Uebelstände fühlbar, namentlich gab das bischöfliche Hofgericht zu Sitten Anlass zu vielen Klagen über ungebührliche Weitläufigkeit des Verfahrens und „Ausflüchte“, wodurch grosse Kosten erwachsen. Das Landrecht des Cardinals hatte das Processrecht nur sehr kurz berührt. Schon auf dem Weihnachtslandrath von 1522 wird über „Kürzerung des Rechten“ verhandelt, es liegt auch in einem Convolut des Sittener Bourgeoisearchivs unter einzelnen, auf lose Blätter geschriebenen Abschieden von 1501—1523 ein Entwurf vom 21. Dec. 1522 vor. Wesentlich davon abweichend ist die Redaction der Processordnung, die im Weihnachtslandrath 1525 unter dem Titel „Nüwe Artickel Kürzerung des Rechten“ definitiv ist festgestellt worden.<sup>47)</sup> Ueber die Handschriften, die mir von dieser Processordnung bekannt geworden, wird unten bei Abdruck derselben berichtet werden.

Aber nicht bloss das Processrecht erschien revisionsbedürftig, wir haben (Anm. 45) bemerkt, dass 1539 das Landrecht überhaupt als dunkel und finster erfunden war; in diesem Jahre lag dem Landrath sogar schon ein neuer Entwurf vor, der in den Zenden bereits war berathen worden, und zu dem die Rathsboten die Bemerkungen ihrer Zenden auf dem Landtag eingaben. Es waren nur wenige Artikel beanstandet, so dass eine Einigung leicht schien, doch kam es zu keinem Beschluss, und als auf dem Maienlandtag 1541 der procurator fiscalis Hieronymus Wälschen sein Honorar „für die nüwen Landrecht zu schreiben“ verlangte, wurde dieses Begehren in Bedacht genommen.

Der Gedanke einer vollständig neuen und umgestaltenden

<sup>46)</sup> Der Haupttheil der bezüglichen Abschiede war im Archiv der Bürgergemeinde Visp zu finden, wo nächst Sitten die reichste Sammlung vorhanden ist. Da diese Protokolle (Abschiede) immer für alle Zenden sind ausgefertigt worden, so sollten sie eigentlich siebenfach vorhanden sein, aber in den meisten Zendenarchiven sind sie verloren gegangen.

<sup>47)</sup> Dass sie in den einzelnen Zenden lange auf die Publication und Einführung hat warten müssen, ist schon oben Ende des § 2 angeführt. (Irrthümlich steht dort mehrmals K. des Rechtens statt des Rechten.)

Redaction des Landrechts wurde jetzt zunächst aufgegeben, dagegen schlug der Bischof Johannes Jordan (1548—1565) einen Weg ein, der auch später (nach dem Landrecht von 1571) wieder betreten wurde: er liess die seit den Zeiten des Cardinals ergangenen Landrathsabschiede sammeln und als Nachtrag zum Landrechte zusammenstellen. Diese Sammlung, beginnend mit dem Abschied vom 20. Dec. 1503 über Friedegebot (unten Uebersicht Nr. 32) und bis in das Jahr 1550 reichend, übrigens die Abschiede nicht genau chronologisch aufführend, kenne ich aus vier Abschriften, zwei in lateinischer und zwei in deutscher Redaction; die zwei letzteren sind Papierhefte im Archiv Valeria, 4, 2 signiert, beiden fehlt der Schluss; die eine lateinische ist ein Papierheft im Archiv der Bourgeoisie Sitten, Tiroir 131 Nr. 14, die andere befindet sich in einem, Herrn Abbé Gremaud gehörigen Bande, betitelt *Miscellanea Vallesiana*, und ist gegen den Schluss sehr beschädigt. Diese Abschriften sind unter sich nicht völlig übereinstimmend. Dass aber diese Sammlung ein auf förmlichem Landrathsbeschluss beruhender Landrechtsnachtrag war, gleich den *Additiones* von 1598 und der Revision von 1780 (s. unten), beweist der Eingang, aus dem ich das Wesentliche hier mittheilen will.

Nos Johannes Jordani Dei gratia episcopus Sedunensis præfectus et comes Vallesii pro commodo et profiguo reipublicæ terræ Vallesii proque communī bono ac tranquillo statu subditorum nostrorum ab aqua Morgiæ superius quam inferius promovendo de consilio ac matura deliberatione magnifici et præstantis viri Johannis Kalbermatter ballivi terræ Vallesii ac circumspectorum providorum ac honestorum viorum (folgen die Namen) oratorum septem desenorum subsequentes constitutiones, ordinationes, decreta et statuta jam exactis decem lustris in generalibus consiliis patriotarum edita, quæ oblivionis dispendio apud plerosque abolita frugi esse et utilitati cedere reipublicæ nostræ poterant . . . (Hauptsatz unbeendigt). Cum igitur nullum statutum nullaque lex videantur ab initio sufficienter ad omnia fuisse promulgata, sed correctione quodammodo indigere, ut ad humanæ naturæ versibilitates et machinationes sufficient, ne quoque partibus litigantibus in longum protrahendi relinquatur occasio, easdem constitutiones gnava opera et dedita diligentia de et ex libro arrestorum generalium terræ Vallesii perquiri et in hoc compendium describi fecimus sub titulis subinfertis ac denuo ad audientiam communitatum septem desenorum terræ Vallesii eosdem articulos proferri ac publice perlegi curavi-

mus. Quibus intellectis ipsæ communitates eosdem prout et prius communi populi suffragio laudaverunt et acceptaverunt. Quos per cunctos officiarios et subditos nostros mediatos vel immediatos in judicio et extra plene et inviolabiliter observari ac eis tanquam legibus uti declaramus.

Die deutsche Redaction fügt bei: Datum zu Sitten in offenem landrat im schloss der Meyrin am XI decembris anno do man zalt von der geburt unsers lieben Herren 1550.

Der Schluss lautet: cum et sub tali tum protestatione per prælibatum rev. dominum nostrum circa præmissa omnia et singula, videlicet quod nec sibi neque ecclesiæ suæ Sedunensi infuturum ulla tenus in franchesiis, libertatibus et immunitatibus Regaliæ etiam circa styli curiæ abbreviationem præjudicari possit, quod illis derogare ullo modo non intendit.

Die einzelnen Abschiede, welche die Sammlung bilden, werden in der Uebersicht aufgeführt, das Werk als Ganzes hat keine selbständige Bedeutung.

Mit diesem Werke hatte Bischof Johann Jordan die Befehren nach Revision des Landrechts vorläufig zum Schweigen gebracht, und auch der Landrath war in der nächsten Zeit von bezüglichen Klagen und Wünschen nicht behelligt. Erst im Abschied vom 8. Mai 1570 finde ich wieder eine Notiz, „wie von Nöthen, das Landrecht zu verbessern, weil viel Irrthums und Missverstands brucht.“ Auf 29. Mai möge daher ein jeder Zenden einen weisen Mann nach Sitten schicken zu fleissiger Betrachtung aller Landrechte und Abschiede und zu neuer Redaction behufs Vorlage an alle Zenden. In dem Abschiede 22. Jan./7. Febr. 1571 von Sitten heisst es sodann: „Da verrückter Jahren in Rechtsübungen viel Spans sich erhebt, und das Landrecht von dem einen auf diese, von dem andern auf andere Weise ausgelegt worden, dazu auch kein ganz gründlich und beschlossen und vollkommen Landrecht nit gesin ist, damit künftig sich jeder eines ganz vollkommenen Landrechts gegen ein andren wisse zu halten, und damit dem gemeinen Mann, der hievor zu Zeiten in etlichen Gerichtshöfen mit schweren langwierigen Täglichen (Gerichtsterminen) ist umbzogen worden, geholfen werde, sind die Boten der sieben Zenden zusammengekommen und haben alte und neue Landrecht, Statut, Edict, Ordnungen, Decret und Satzungen, welche von jeder Zeit her gemacht, vornemlich die Kürzerungen des Rechten, welche von unsfern Altvordern aufgericht und angenommen sind worden, auf welche man auch dieses Landrecht, als wyt Gerichtsübung belanget, gegründet hat, vorgenommen.“ Die in der Berathung

genehmigte Redaction, deren Verfasser ich leider nirgends genannt finde, wurde in alle Zenden zur Prüfung geschickt. Schon auf dem Landrath vom 25. April 1571 erklärten die Boten die Annahme Seitens der Zenden und auch der Bischof Hildebrand von Riedmatten stimmte zu. So wurden unter dem Datum des 23. Mai 1571 diese Statuta patriæ Vallesii publiciert.<sup>48)</sup>

Es hat bisher, da man das Landrecht des Cardinals gar nicht und die Artikel von Naters nur sehr oberflächlich kannte, bei den Freunden der Geschichte des Wallis vielfach die Meinung bestanden, dass diese Statuten von 1571 ein Landrecht des Wallis so zu sagen aus dem Nichts hervorgerufen und es mit einem Schlage geschaffen hätten, und dann glaubte man weiter den Bischof Hildebrand selbst als den Schöpfer desselben und das Werk als die durchdachte und reife Frucht seiner Rechtsstudien in Paris betrachten zu dürfen. Diese ganze Auffassung ist nun wohl vollständig hinfällig. Das Landrecht von 1571 erweist sich als den Ausbau des Schiner'schen, wie dieses auf den Artikeln von Naters fußt.<sup>49)</sup> Sehr Vieles ist wörtlich herübergenommen, Vieles bloss in der Redaction verändert, Manches allerdings, zumal das den Process, die Appellationen, die Pfändungen Betreffende, dann auch das eheliche Güterrecht, umgestaltet und nach neuen Grundsätzen bearbeitet. Immerhin soll den Statuten von 1571 der Ruhm und die Anerkennung einer mit grossem technischem Geschick ausgearbeiteten, klar und präcis durchgeführten Gesetzgebung ungeschmälert bleiben.

Ganz zufrieden war man freilich damals mit dem Werke nicht. Schon auf dem Maienlandrath 1573 erhob der Bischof Anstände gegen das Landrecht, und es wurde beschlossen, der Bischof solle mit etlichen verständigen Leuten die neuen Landrechte noch einmal übersehen und in dunkeln Orten verbessern. Das geschah und der Bischof legte auf den Weihnachtslandrath 1573 neue Redactionen vor, worüber man beriet und sich verständigte. Ein Hauptbeschwerdepunkt des Bischofs war der, dass im neuen Landrecht zugelassen sei,

<sup>48)</sup> Nebst einer Uebergangsbestimmung: gegenüber dem Zinsmaximum (5%) des neuen Landrechts sollen höhere Zinse, die schon vorher bei Grunddarlehen ausbedungen worden, während der nächsten zwei Jahre noch gelten, der Gläubiger soll aber in dieser Zeit das Capital einziehen.

<sup>49)</sup> Man vergleiche die an den Schluss gestellten Concordanzen der *aucuns cas de costume*, der Artikel von Naters, des Landrechts des Cardinals und des Landrechts von 1571.

dass ledige und uneheliche Personen, die ohne Leibeserben sterben, über das Drittel aller ihrer liegenden und fahrenden Güter testieren dürfen,<sup>50)</sup> welches dem Tisch von Sitten (mensa episcopalis) ein grosser Verlust sei, auf welches die Gesandten antworteten, das Landrecht setze dafür viele grosse Bussen auf, welche vormals nicht gemeldet worden und dem Tisch von Sitten Ersatz für jenen Nachtheil bieten; der Bischof befriedigte sich dabei, wenn es erläutert werde. Darauf wurde beschlossen, bestimmt zu setzen, dass von allen grossen Bussen der Richter des Orts 3  $\text{æ}$  Busse nehmen und das Uebrige dem Bischof zukommen solle, vorbehalten die freien Gerichte als zu Raron Castlanei nieder Gestilen, Visperthal vor den Rufinen, in Simpeln, im Wald Agören und andre Ort.

Jetzt erst wurde das Landrecht von Bischof, Capitel und sieben Zenden besiegt.<sup>51)</sup>

Diese officielle und besiegelte Redaction war in lateinischer Sprache abgefasst, der Sprache, der sich überhaupt das Walliser Notariat auch für Privatakte bis zur französischen Revolution bedient hat.<sup>52)</sup> Ob ein deutscher Text auch förmlich besiegt wurde, ist mir nicht bekannt. Aber es gab einen solchen, wie das ja schon für den Gerichtsgebrauch in den untern Gerichten der Zenden und für den Gebrauch des gemeinen Mannes nöthig war,<sup>53)</sup> und zwar war derselbe laut Abschied vom Mai 1577 (s. sofort unten) vom Landschreiber „gesetzt“, hatte also doch auch officielle Bedeutung. Es führten aber diese beiden Texte hie und da in Einzelfällen zu verschiedenen Auslegungen, wie wir auch heute bezüglich der deutschen und der französischen Texte von Bundesgesetzen diese Erfahrung machen. Der Landrath war dann veranlasst, eine authentische Erklärung zu Gunsten des einen Textes zu geben.<sup>54)</sup>

<sup>50)</sup> Gemeint ist cap. 101 § 1.

<sup>51)</sup> Daher röhrt wohl die Aenderung im Datum des Originals im Archiv der Valeria. Dort ist nämlich das primo in der Jahrzahl 1571 ausgeradiert, merkwürdiger Weise aber dafür secundo, nicht tertio gesetzt.

<sup>52)</sup> Erst im Maienlandrath 1733 wurde beschlossen, was in Landräthen und Rathstagen beschlossen und schriftlich verfasst wird, soll in keiner andern als in deutscher Sprache aufgesetzt an Räth und Gemeinden gebracht werden.

<sup>53)</sup> Abschriften des deutschen Textes findet man doch ziemlich selten, während solche des lateinischen Textes im Wallis sehr häufig sind.

<sup>54)</sup> So schon auf dem Weihnachtslandrath 1575: der Bischof bringt vor, das Landrecht im Artikel von Entführung und Entfremdung der Mägden

Eine weitere Schwierigkeit erhob sich bald hinsichtlich der Authenticität der im Lande gebrauchten Abschriften. Auf dem Maienlandrath 1577 wurde beschlossen, dass kein Richter Urtheil fällen solle auf eine Copie, die nicht durch zwei glaubwürdige Schreiber gegen dem rechten Original collatiert oder aber mit eigener Handschrift des Landschreibers, welcher die Landrecht anfänglich in beiden Sprachen auf latein und deutsch gesetzt, unterzeichnet sei.

Das Landrecht war eigentlich nur für das alte bischöfliche Gebiet erlassen. Es erschien aber hauptsächlich in Rücksicht auf den chicanosen Processgang im Unterthanen-gebiet wünschenswerth, es auch dort in Kraft zu setzen. Schon auf dem Maienlandrath 1575 wurde beschlossen, die Unterthanen zu ermahnen, dass sie das Landrecht auch annehmen, weil sie sich in beiden Landvogteien, St. Maurice und Monthey, mit langwierigen Täglichen umziehen, ein Theil sich hält an das geschriebene Recht, ein anderer auf das Statut Dominical,<sup>55)</sup> ein Dritter auf das Landrecht. Von einer zwangsweisen Einführung wurde aber abgesehen, man bot das Landrecht den Unterthanen an, worauf dieselben auch sich zur Annahme bereit erklärten, falls ihnen ihre Gewohnheiten namentlich in ehelichen Güterrechte und Erbrechte vorbehalten blieben. Dies wurde ihnen concededirt, das Land-

---

oder Vogtskinder werde ungleich verstanden, da fast am Ende stehe, dass wenn einer ein Vogtskind zur Ehe verkupple ohne des Vogts Wissen und Willen, der solle um 60  $\text{fl}$  gestraft werden; dieweil solches dem lateinischen Buchstab nach auf ein 40, 50 jähriges Vogtskind möchte bezogen werden, möge hierum eine Erläuterung beschehen. Nachdem die Boten das lateinische Landrecht gegen der deutschen Verdollmetschung gestellt, haben sie gefunden, dass der Verstand des lateinischen sich weiter erstrecken mag weder das deutsch, dagegen aber dass der wahre Verstand des deutschen das lateinische übertreffe, doch sich darüber so weit erläutert, dass die Busse der 60  $\text{fl}$  verwirkt sein solle durch die, so einen Knaben unter 18 oder ein Meitlin unter 16 Jahren ohne Wissen und mit Widerwillen ihres Vaters, Mutter, Vögten und Freundschaft in die Ehe sich zu ergeben verkuppelten. — Es bezieht sich das auf cap. 131, wo die deutsche Uebersetzung für pupilos utriusque sexus sagt: junge kündt, sie seyn knöblein oder meydtlini, und für inducens tales: so ein mönsch solche kündt aufwieste.

<sup>55)</sup> D. h. die sog. Statuta dominicalia (so genannt wohl wegen der im Eingang aufgezählten Sonn- und Festtage, an denen keine Gerichtsaudienzen stattfinden) des Herzogs Amadeus v. 26. Juni 1423, eine ausführliche Processordnung für das ganze savoyische Gebiet auf Grundlage der Clem. Saepe (c. 2 Clem. de V. S. 5,11).

recht somit nur als subsidiäres Recht eingeführt, das Mangels ausdrücklich verbrieftter Gewohnheiten Geltung haben solle.

Es ist bereits erwähnt worden, dass das Landrecht von 1571 schon von Anfang an als erläuterungs- und ergänzungsbefürftig betrachtet wurde. Gelegentlich einer auf Wunsch des Officials gegebenen authentischen Interpretation von Art. 41 § 2<sup>56)</sup>) wurde festgesetzt: Erläuterungen späriger Artikel des Landrechts sollen in die Abschiede verfasst, durch den Landschreiber in ein besonderes Buch eingetragen und über etliche Jahre hinten zu an die Landrechte geschoben werden. Ja auf dem Weihnachtslandrat 1577 ergieng sogar der Beschluss, der Landeshauptmann wolle zu gelegener Zeit etliche verständige Landleute, die ihm dazu zum dienlichsten bedunken, zu sich berufen, das Landrecht von Neuem übersehen, und was dunkel oder in zweierlei Verstand möchte gezogen werden, bass erläutern, auch die Zusätze der Erläuterungen schriftlich vor Räth und Gemeinden aller sieben Zenden kommen lassen. Sodann Abschied v. 26. März 1578: Alle Richter sollen dem Hauptmann schreiben, was für Artikel des Landrechts vor ihnen und ihrem Gericht bisher in zweierlei Verstand gezogen oder für dunkel erachtet worden.

Auf dem Landtag zu Sitten am 30. Juli 1594 erschien vor gesessenem Rath der „guldy schryber“ Niclaus Heckman und legte drei Exemplare des Auszugs vor, den er aus den Abschieden, so seit dem neuen Landrecht ausgegangen, gemacht habe von den namhaftesten Artikeln, Verbesserungen oder Erklärungen der Landrechte, auch Satzungen, so nützlich und zu Kürzerung der Rechtshandel dienen. Er habe, sagte er, viel Mühe damit gehabt, weil er die Abschiede in verschiedenen Zenden habe zusammensuchen müssen. Es wurde beschlossen, diesen Auszug durch je einen Mann von jedem Zenden mit den Abschieden vergleichen und verbessern zu lassen.

Für das Folgende lasse ich einfach die Abschiede reden.

Weihnachtslandrat 1595: betreffs Auszug aus den Abschieden, die seit Annahme des neuen Landrechtes ergangen: der Landeshauptmann und Abgesandte aus den Zenden sollen über die im letzten Decemberlandtag erwähnten Rechtsfragen Bericht erstatten (es betrifft Ablösung von Pfandsummen und Nachbarrecht bezüglich Baumnähe).

<sup>56)</sup> Auf dem Weihnachtslandrat 1575; die Interpretation wurde übrigens auch erst nach Anfrage der Zenden ertheilt.

Landrath 1597, 7./15. Juni: Der Beschluss, zu Kürzerung der Rechtshändel eine Revision der neu angenommenen Landrechte zu thun und alle seither zur Erklärung der dunkeln Artikel gemachten Abschiede in ein Summarium zu bringen, ist ausgeführt, und haben die dazu Verordneten ihre Arbeit vorgelegt, und diese soll in die Gemeinden geschickt werden, und was von Abschieden unverändert aufgenommen worden, soll für eine immerwährende Satzung gleich als die Landrechte gehalten werden.

Weihnachtslandrath 1597: Wegen des Summarium, da dasselbe wegen Kürze Zeit nicht in alle Gemeinden hat verschickt werden können, auch in einer so wichtigen Sache nöthig ist sich wohl zu bedenken, hat man die Sache verschoben bis nächsten Maienlandrath.

Maienlandrath 1598 (Sitten): Bischof, Capitel und Landrath beschliessen über Revision, Erläuterung und Zusatz des Landrechts nach vielem Rathschlagen etlicher späner Artikel, wie dann Räth und Gemeinden aus dem so durch den Landschreiber zu erster Gelegenheit in die Zenden geschickt wird, mögen Bericht empfahen, bei welchem es gar und ganz bleiben soll, damit ein solch loblich und nothwendig Werk nicht länger aufgezogen werde, mit gleichem Vorbehalt wie am Ende des Landrechts, dass auch diese Revision den Rechten des Tischs zu Sitten u. s. f. keinen Abbruch thun soll. Jedoch haben Bischof und Capitel begehrt über den Artikel der jährlichen Zins so weder ewig noch ablösig, und wie man sich deren freien mag (Additiones Art. 55), noch sich bas zu bedenken, welches bis auf Weihnachtslandrath bas zu bedenken aufgeschoben.

So entstanden die Zusätze, welche den Namen und Titel führen:

*Ad pristina patriae Vallesii Statuta Additiones aliquot ad quosdam articulos elucubrandos in revisione eorundem novissime facta subjunctae.*

Die zahlreich vorkommenden Handschriften des lateinischen Textes schon weichen in Zahl der Artikel und in kleineren Redactionspuncten von einander ab; vollends aber ergiebt sich eine grosse Verschiedenheit des lateinischen Textes gegenüber dem deutschen. Jener ist über die Massen knapp, wo dieser in behaglicher Breite, aber eben darum auch viel genauer den Gegenstand behandelt, ja es ist oft die Identität zwischen beiden schwer zu erkennen. Die lateinische Redaction ist abgedruckt auf S. 137 ff. der von Prof.

und Gerichtspräsident Cropt in Sitten veranstalteten Ausgabe des Landrechts von 1571, deren Titel lautet: *Statuta Vallesiae, cum duabus revisionibus. Seduni 1843.* In der Uebersicht der Rechtsquellen werden die einzelnen Landrechtsabschiede, aus denen sich dieser Nachtrag von 1598 zusammensetzt, grossentheils, soweit ich sie aus den Protokollen ermittelt habe, nach der deutschen Fassung mitgetheilt.

Das 1598 eingeschlagene Verfahren wurde auch für die Zukunft im Auge behalten. Aus den Abschieden habe ich blos noch bemerkt und notiert:

Weihnachtslandrath 1634 Sitten: Da früher beschlossen worden, ein Landbuch zu machen und alle Satzungen, die von der Revision der Landrechten her sind verabschiedet worden, darin einzutragen, so wird eine Commission ernannt, welche diese Satzungen ausziehen und zusammenstellen soll.

Zur Ausführung ist diese zweite Revision erst kurz vor der Revolutionszeit gelangt, im Maienlandrath 1780, und zwar gemäss dem Beschluss von 1733 (oben Anm. 52) in deutscher Redaction. Handschriften derselben sind sehr zahlreich, ebenso solche der für das Unterwallis angefertigten französischen Uebersetzung, deren eine in der angeführten Ausgabe der *Statuta Vallesiae* S. 171 ff. abgedruckt ist. Ich würde gern den deutschen Text, soweit er nicht schon in der Uebersicht der Landrathsabschiede aus den Protokollen kann datiert und mitgetheilt werden, publicieren, wenn es der für diese Veröffentlichung zulässige Raum gestatten würde.

### B. Zendenrechte und Ortsrechte.

Die Zenden betrachteten sich bezüglich der Gesetzgebung als souverän, wir haben schon vielfach Anlass gehabt zu bemerken, dass der Landrath keinem Zenden durch einen Mehrheitsbeschluss ein Gesetz aufnöthigen konnte, dass die Zenden vielmehr gegen alle Beschlüsse und Gesetze des Landraths sich volle Unabhängigkeit wahrten und dieselben nach freier Selbstbestimmung annahmen oder ablehnten. So geht denn auch neben der Landesgewohnheit und der Landesgesetzgebung ein besonderes Gewohnheitsrecht und eine Particulargesetzgebung der einzelnen Zenden nebenher, und in wichtigen Fragen hat oft das Landrecht die Zendengewohnheiten vorbehalten, z. B. Landrecht von 1571, Art. 48, I § 4 i. f. Die uns erhaltenen Aufzeichnungen von Zendenstatuten sind aber nicht gerade sehr zahlreich, wir werden

sie in der Uebersicht aufzählen, und verweisen hier nur auf die besonders bedeutenden des Zenden Leuk v. 1338 (bei Gr. IV Nr. 1719), des Zenden (resp. Hauptdrittels) Raron v. 1548, und des Zenden Brig von 1418 und 1516.

Ungemein reichlich aber fliessen die Quellen für einzelne Ortsrechte. In erster Linie stehen die Statuten der Stadt Sitten, welche den Fortschritt aus einer hofrechtlichen Bischofsherrschaft zu freier Selbstverwaltung darstellen. Das älteste, um das Jahr 1217 erlassene Stadtrecht (Gr. I Nr. 265) mahnt nach Inhalt und Form vielfach an jene Statuten deutscher Städte, deren Typus in dem sog. Wormser Hofrecht des Bischofs Burchard dargestellt ist. Das Stadtrecht von 1269 (Gr. II Nr. 751) gewährt der Bürgerschaft schon einen Stadtrath für Berathung von Gemeindesachen, insbesondere für Regelung der Almendnutzung (isti sunt XII consules qui de consilio dominorum debent de omnibus communitatibus ordinare). Schon sehr viel reicher entwickelt ist die Selbständigkeit der Stadt in dem Freiheitsbrief des Bischofs Philipp I. v. 12. März 1339 (s. unten Näheres in der Uebersicht). Im 15. Jahrhundert hat sich eine einlässliche polizeiliche Gesetzgebung des Stadtrathes entwickelt.

Auf schon viel bescheidenerem Fusse bewegen sich die Statuten der Burgschaften von Leuk und Visp, welche wesentlich nur Polizei- und Almendsachen betreffen. Und je kleiner die Ortschaften werden, desto mehr schrumpfen die Statuten zu blosen Einungen über Dorfgenosssamerechte, Almendnutzung u. dgl. zusammen. Ein im Oberwallis hiefür beliebter Name ist Bauernzunft. Dieselben sind ausserordentlich zahlreich und würden für eine Darstellung der alten und vielfach bis auf den heutigen Tag bewahrten genossenschaftlichen Verhältnisse und Rechte ein prächtiges Material bieten.

Von den Particularrechten des Unterwallis finden sich die ältesten aus der Zeit der Savoyischen Herrschaft bis zum Jahre 1375 bei Gremaud abgedruckt. Was ich aus späterer Zeit kenne, wird unten zusammengestellt werden. Die wichtigsten sind die gelegentlich der Einführung des Landrechts von 1571 vorbehaltenen und verbrieften Statuten über Erbrecht und eheliches Güterrecht.

Die nachfolgende Uebersicht kann keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Selbst von dem, was ich mir aus den einzelnen Dorfladen notiert habe, muss ich schon Manches weglassen, um den Umfang dieser Uebersicht nicht zu sehr anschwellen zu lassen. Der Canton Wallis ist über-

aus reich an Archiven und Rechtsquellen aller Art. Jede Ortschaft bis in die entlegenste Dorfgemeinde in Thälern und auf Höhen, welche weit ab von den Hauptwegen liegen, hat ihr Archiv mit reichen Schätzen zumal für das Studium der alten Alp- und Almendverhältnisse. Bei mehrmaligem Besuche des Wallis von Vouvry bis zum Rhonegletscher hinauf habe ich wohl die Archive der Hauptortschaften und die Dorfladen vieler kleinerer Gemeinden durchstöbert, aber noch mehr, entlegenere, nicht aufsuchen können, und auch bezüglich jener kann ich nur die Hoffnung aussprechen, nicht mit Zuversicht behaupten, dass mir besonders Wichtiges nicht entgangen sei. Unzweifelhaft ist noch manches Schöne zu finden, aber ich habe geglaubt für einmal jetzt abschliessen zu sollen und späteren Forschern das Weitere überlassen zu dürfen; und ein Recht dazu glaube ich immerhin zu haben, da des Neuen genug in dem hier Mitgetheilten enthalten und zumal in der Geschichte der Entwicklung des Landrechts die Hauptlücke ausgefüllt ist.

Nicht unterlassen aber kann ich, mit wärmster Anerkennung die Aufnahme zu verdanken, die ich überall im Wallis für meine Nachforschungen gefunden habe. Zunächst bei der Regierung des Cantons und dem trefflichen Archivar der Archive des Domcapitels auf Valeria und der Bourgeoisie von Sitten, Herrn Domherrn Grenat, dann aber auch bei allen Gemeindevorständen im Unter- und Oberwallis ohne Ausnahme, die sich oft nicht haben verdriessen lassen, von ihrer Feldarbeit abgerufen zu werden, um ihre Dorfladen zu öffnen, und die — was besonders vergnüglich war — sich dann mit Interesse und Freude ihre alten Ordnungen vorlesen liessen und ihre verständigen Bemerkungen darüber machten. Ich kann hier nicht alle die Namen aufzählen, deren Träger sich so freundlich entgegenkommend bewiesen haben, aber ich sende ihnen diese Blätter zum Zeichen, dass sie nicht bei mir vergessen sind. Zum Schluss verdanke ich noch die Mitwirkung dreier Freunde: des Herrn Dr. K. Stehlin von Basel, der mich auf einem Besuche im Wallis begleitet und sich namentlich mit mir in das Excerptieren der Landrathsabschiede getheilt hat; des Herrn Abbé J. Gremaud in Freiburg und des Herrn Pfarrer F. Schmid in Mörel, der zwei in der Walliser Geschichte wohl bewanderten Forscher, welche beide mir ihre reichen Collectaneen von Urkunden zur Durchsicht und Benutzung vorgelegt haben.

## Uebersicht der Rechtsquellen des Wallis.

### I. Das Landrecht.

1. 1291, Jan. 3. Erwähnung von „*jus et terrae consuetudo*“ bezüglich des Vorzugs des primogenitus ex prima uxore bei Erbgang.  
(Gr. V Nr. 2180.)
2. Anfang XIV. Jahrh. *Articuli consuetudinis correcti per epis-copum et eius consilium generale*, hauptsächlich den Process betreffend.  
(Gr. III Nr. 1483.)
3. 1331, März 1. Verbot an die Notare, Verträge auf länger als acht Jahre auszufertigen zu Präjudiz des Canzleirechtes des Capitels betreffend immerwährende Contracte.  
(Gr. IV Nr. 1625. Vgl. das. II Nr. 1027.)  
Ein gleiches Verbot von Usurpation der Canzleirechte des Capitels 1338 Aug. 6 (Gr. IV Nr. 1725), Erneuerung 1340 April 7 (Gr. IV Nr. 1798), und 1378 Aug. 21 (Archiv Valeria), letztere mit Erweiterung der acht Jahre auf neun.
4. 1329—1337, Febr. 1. Reglement des Domcapitels über die Canzleitaxen.  
(Gr. IV Nr. 1702.)
5. 1339, Juli 9. Landrathsabschied über Gerichtsstand.  
(Gr. IV Nr. 1771.)
6. 1340, Mai 4. Statut des Capitels über Bestrafung der gegen Nr. 3 handelnden Notare und Schreiber.  
(Gr. IV Nr. 1800.)
7. 1345, Aug. 5. Eidesformel der Canzleibeamten des Capitels.  
(Gr. IV Nr. 1889.)
8. 1346, Juli 11/25. Kundsaufnahme über die Gerichtsbarkeit des Capitels, besonders im Schloss Valeria.  
(Gr. IV Nr. 1911.)
9. 1347, Febr. 9. Statut über Freiheit des Verkehrs im Wallis.  
(Archiv der Bourgeoisie Sitten, Tiroir 131 Nr. 5 Perg.)  
Guychardus Sedun, episcopus et plures tam canonici nobiles quam alii qui venerant in armis ad mandatum episcopi maxime de capitulo Sedunensi, de Leuca, de Sirro, de Annivisio, de Vercorens, de Granges, de Ayent, de Seduno, de Savisia, de Chamoson et de Martigniaco statuerunt, quod nullus offendat mercatores vel alios transeuntes per terram Vallesii; offendens seu auxilium dans incurrat penam corporis et heris, de qua pena nulla fieri valeat gratia usque quartam generationem. Sub eadem pena qui videbunt

mercatoribus seu transeuntibus offensam fieri, offensam passum defendant et offendentem detineant et curie episcopi tradant. Nullus predam faciat hominum, rerum vel animalium, nisi licentia a domino episcopo obtenta, sub eadem pena. Das wird 1348, April 3 und später von zahlreichen Personen aus besagten Gemeinden feierlich beschworen.

10. 1347, Nov. 22. Bischöfliche Anerkennung der bindenden Kraft der Urkunden, die nach dem Formular der Capitelcanzlei gefertigt sind, für Parteien und Richter.  
(Gr. IV Nr. 1925.)
11. 1355, Juli 6. Bestätigung der Canzleirechte des Capitels durch Peter von Aarberg als vicarius et capitaneus generalis patriae Vallesii.  
(Gr. V Nr. 2026.)
12. 1365, Juni 21. Bestätigung der Canzleirechte des Capitels durch Kaiser Karl IV.  
(Gr. V Nr. 2097.)
13. Um 1400. **Aufzeichnung von Walliser Gewohnheitsrecht: „aucuns cas de costume“.**  
(Gr. IV Nr. 1973.)
14. 1422, Juni 17. Aufzählung der Gebühren des ballivus gelegentlich der Ernennung des Joh. Henggart zu diesem Amt durch den Bistumsverweser Andreas v. Gualdo.  
(Gallia Christiana, XII Nr. 19 p. 440 s.)  
Besoldung 150 fl. jährlich und Naturalien; alle kleinen Bussen erhält er ganz, von den Bussen bis auf 60 sol. ein Drittel, von den Bussen über 60 sol. das Fünftel, von rückständigen Bussen aus der Zeit vor seinem Amtsantritt, die er noch eintreiben muss, ein Zehntel.
15. 1428, Aug. 7. Verordnung der Landleute über Hexenverfolgung.  
(Unten vollständig abgedruckt.)
16. 1435, März 16. **Landes- und Gerichtsverfassung vereinbart durch Bischof und Landleute.**  
(Unten vollständig abgedruckt.)
17. Erste Hälfte des XV. Jahrh. **Weisthum über Walliser Gewohnheitsrecht.**  
(Unten vollständig abgedruckt.)
18. 1446, Jan. 28. **Statuta patriæ Vallesii, sog. Artikel von Naters.**  
(Unten vollständig abgedruckt.)
19. 1474, Juni 8. Abschied von Bischof und Landrath über Münze und Hausieren.  
(Archiv Valeria, Diarium episcopi Waltheri Supersaxo, wo eine weitere Münzordnung desselben Bischofs von ca. 1480.)

20. 1487, Mai 18. Capitulation des Bischofs Jost von Silenen.  
(Unten im Wesentlichen mitgetheilt.)

21. 1496, April 19. *Landsatzungen der sieben Zenden des Wallis*, zu einer Wahlcapitulation für Bischof Niclaus Schiner bestimmt.

(Unten vollständig abgedruckt.)

22. 1501, Febr. 8. Straflosigkeit einer Tödtung zur Rächung eines Verwandten.

(Pfarrarchiv Biel, Nr. 35.)

Hans Tschan hat den Peter Wolleb in der Grafschaft Biel erschlagen. Der Landrath spricht ihn frei, weil er einen von Wolleb getöteten, innerhalb des vierten Grades mit ihm Verwandten gerächt hat.

23. 1501. Prämie für Erlegung von Raubthieren.

(Unter diesem Datum in der Abschiedsammlung des Bischofs Johannes Jordan, Nr. 154.)

Für einen Bären 2 Gulden, für einen Wolf 1 Gulden.

Hier schliesse ich an:

24. 1541, Dec. 14. Wer im Lande unterhalb St. Maurice einen Bären oder Wolf erlegt, erhält vom Vogte 30 Gros, gegen Vorweisung des Kopfes und der rechten Spallen mit dem Tappen.

25. 1577, Dec. 11/19. Wer die Prämie für einen Wolf haben will, muss dem Landvogt oder dem Zendenrichter den rechten Vorderfuss präsentieren. Verkauf des Anspruchs ist nicht gestattet.

26. 1626, Dec. 13/23. Erneuerung alten Gesetzes: für einen erlegten Geier oder Falken, der dem Landvogt oder Zendenrichter vorgewiesen wird, 6 Batzen 1 Kreuzer, für einen Weih 6 Gros, für Nachteule, Kauz und Wanerly<sup>1)</sup> 3 Gros.

27. 1627, Dec. 6/24. Ein Jäger hat einen Wolf umgebracht, so zehn Junge in ihm gehabt, und verlangt von jedem Jungen die 15 Batzen Prämie. Es wird für ein Gesetz statuiert, dass er Alles in Allem die doppelte Prämie, 30 Batzen, erhalten soll. Wenn einer ein Nest von Wölfen ausnimmt, die noch „unabgeseigt“ wären, sollen zwei für einen gerechnet und bezahlt werden.

28. 1503, Juli 8. Landrathsabschied betr. Verbot der Appellation ausser Landes.

(Archiv der Bourgeoisie Sitten, Convolut von Abschieden 1503—1525.)

Erneuerung alten Statuts: an Leib und Gut wird gestrafft, wer ein Urtheil von einem weltlichen Richter des Landes in fremde Höfe ausser Landes appelliert, oder

Wanerly, falco tinunculus. Stalder, schweiz. Idiotikon, II 434.

solche Appellationen und Citationen ins Land bringt und öffentlich anschlägt.

Das Verbot wird öfter erneuert:

29. 1523, Weihnachtslandrath. Verbot des Rechtssuchens überhaupt vor fremden geistlichen Gerichten.
30. 1550, Febr. 27. Dass Niemand den Andern um keinerlei Sachen in die Fremde austagen solle noch mit Bannbriefen oder Excommunicationen beschweren. Erneuert 1617, Dec. 11/24 und 1697, Mai 8/21 (bei Strafe des Gefängnisses).
31. 1558, Dec. 9/18. Verbot der Erwirkung päpstlicher Briefe durch Appellation gegen Endurtheile, die in der Landschaft in geistlichen und weltlichen Sachen gefällt werden. Urtheile des Officials oder gemeinen Richters können nur an den Bischof appelliert werden. In geistlichen Sachen, die vor dem Bischof empfangen werden, soll dieser mit seinen Beisitzern Urtheil fällen, und die Appellation geht wieder an den Bischof, der den dritten Theil mehr Beisitzer beruft und definitiv entscheidet. Weltliche Händel sollen im gesessenen Landrath ihre Endschaft nehmen.
32. 1503, Dec. 20. Abschied betr. Aufnahme von Fried und Trostung.

(Gleicher Fundort wie Nr. 28.)

Dieser Gegenstand hat den Landrath ungemein oft beschäftigt, die alten Abschiede werden immer wieder erneuert, „weil viele Stösse sich zutragen und etwa keinerlei Frieden gegeben wird,“ wie es im Absch. 1565 Mai 23/30 heißt. Die Sache ist die: wenn zwei oder mehr in thätzlichen Streit gerathen sind, soll ihnen jeder, der dazu kommt, zurufen: „ich büt üch myner herren friden“ (Absch. 1556, Juli 1/9). Gehorchen sie auf dreimalige Aufforderung nicht, so sind sie als Friedbrecher der Busse verfallen und der Richter soll sie gefangen setzen, bis sie Trostung (Caution) für Friedhalten geben. Der Absch. v. 1503 setzt fest, dass wer einen Friedbieter (Scheider) verletzt, diesem allen Kosten und Schaden abtragen und dem Richter 3  $\text{fl}$  Busse bezahlen soll. Das Nähere, was die Absch. v. 1532 Weihnachtslandrath, 1534 Dec. 21 (für das Land ob und nid der Mors gültig), 1537 Dec. 19, 1541 Dec. 14, 1556 Juli 1/9, 1559 Dec. 12, 1562 Dec. 9/19, 1565 Mai 23/30, 1566 Mai 15/26, 1567 Mai 21/31 festgestellt haben, ist zusammengefasst in den Stat. v. 1571 cap. 138 und 145. Der Absch. v. 1566

enthält auch noch die Bestimmung, die in Stat. v. 1571 cap. 139 aufgenommen ist, in folgender drastisch knapper Fassung: „Wer erfunden wird zum ersten Mal in Friedbruch, soll verfallen sein die grosse Busse der 60 lib. sammt dem guldinén Helbling, welcher guldin Helbling soll verstanden werden, dass er die Ehr mit ihm hinwegzücht; zu dem andern Friedbruch die rechte Hand, zu dem dritten mit Recht und Urtheil den Kopf von Achseln.“

Auch nach den Stat. v. 1571 finden sich in Abschieden Erneuerungen der Vorschrift, so 1578 Mai 7/11.

**33. 1511—1514. Statuta patriae Vallesii: „Landrecht des Cardinals“.**

(Unten vollständig abgedruckt.)

**34. 1517, Sept. 12, Sitten. Landfrieden der Landleute.**

(Mehrfach in Copien vorhanden, z. B. Berner Stadtbibliothek Manuser. Helvetica, II 87. Documenta historica Vallesii, ein früher dem Grosscastlan zu Martigny, Anton Vantery (1717), jetzt Herrn Abbé Gremaud gehöriger Band mit Walliser Manuser.)

Inhalt: 1. Festhalten am Landrecht. 2. Verbot heimlicher „Ursuche“ (Haussuchung) bei Landleuten. 3. Verhandlung der Fiscalhändel vor gemeinen Richtern, nicht vor dem Herrn. 4. Verbot an den Fiscal, einen Process anders als auf gemeine Läumding anzuheben. 5. Zu Kundschafthen ist dem andern Theil zu bieten. 6. Jedem ist auf Begehren Abschrift der gegen ihn aufgenommenen Kundschafft zu geben und Werung gegen Caution zu gestatten. 7. Der in einem Zenden Gefangene ist, falls er Caution leistet, in diesem Zenden zu berechtigen. 8. Der Fiscal soll den Angeklagten Bedenkzeit zur Antwort auf die Klage lassen. 9. Oeffentliche Aufforderung im Blutgericht zur Vorbringung entlastender Momente für den Angeklagten vor der Urtheilsfällung vorgeschrieben. 10. Strafe von 10 lib. für die, welche dem gemeinen Mann im Gerichte nicht seinen Rath thun wollen. 11. Den Armen soll umsonst Rath gethan werden. 12. Der Fiscal soll, wo nicht Leib und Gut verfallen, keine grössere Busse als 60 lib. heischen. 13. Kein Landmann soll den andern um weltliche Schulden bannen. 14. Die in den Höfen von Sitten anhängigen Processe sind von den jetzt versammelten Räthen beförderlich zu erledigen. 15. Welcher Landmann den andern mit ausländischen und päpstlichen Briefen und Bändern beladet, verfällt der Landschaft Leib und Gut. 16. Bestätigung des alten Hauptmanns. 17. Besoldung der zur Erledigung der obschwe-

benden Rechtshändel gesetzten Räthe aus den Einkünften des Bischofs. 18. Eheliche Kinder unehelicher Eltern beerben ihre Verwandten, der Fiscal hat nichts anzusprechen. 19. Verfällt einer Leib und Gut, der eheliche Kinder hat, so nimmt der Herr nur die Hälfte des Guts, die andere nehmen die Kinder. 20. Mannlehen von Witwen und Waisen verfallen nicht ausser bei Verweigerung der Recognition, welche bei edeln Lehn innerhalb Jahr und Tag, bei schlechten Mannlehn innerhalb 40 Tagen erfolgen muss. 21. Bischofswahl durch Capitel und Landrath. 22. Der Bischof soll dem Lande schwören, seine Freiheiten zu respectieren. 23. Capitel und Landschaft dürfen einen andern Bischof wählen, wenn er ohne ihren Willen länger als 6 Wochen und 3 Tage landesabwesend ist. 24. Verbot der Rückkehr des Cardinals bis nach Erledigung der Beschwerden der Landschaft gegen ihn. 25. Strafe des Bekriegens der Landschaft. 26. Strafe des Aufruhrs (Verfall Leibes und Gutes). 27. Keinem soll Recht verweigert werden. 28. Zwietracht in der Landschaft soll geschlichtet sein; wer dem andern aus Ursache derselben Scheltworte sagt, büsst 10 lib. 29. Verbot des Rathens oder Thatens gegen der Landschaft Nutzen, bei Verfall Leibes und Gutes. 30. Jeder Landmann ist bei seinem Richter zu schirmen. 31. Die Rechte der Landschaft im Land nid der Mors sind zu verbrieften und wohl zu verwahren. 32. Unruhestifter an Leib und Gut zu strafen. 33. Den Unterthanen ist ein neuer Eid abzunehmen. 34. Dieser Landfrieden soll die Wahlcapitulation des neuen Bischofs sein. 35. Jährlich sollen höchstens vier Landtage stattfinden, vorbehalten fremde Händel. 36. Brüder und Bruderkinder sollen mit einander erben und von der Linie der nächst Erb. 37. Vorbehalt der Aenderung dieser Artikel. 38. Kein Geistlicher soll Instrumente in weltlichen Händeln aufnehmen und verschreiben.

35. 1523, Dec. 14. Landrathsabschied, dass anhängige Processe vor demselben Richter zu Ende zu führen seien.

1523 Weihnachtslandrath. Rechtsuchen in der Fremde. S. Nr. 29.

36. 1524, Maienlandrath. Verbot der Wildpretausfuhr.

Erneuert 1636 Dec. 7/21. Busse 6 lib. und Confiscation des Wilds. Zugleich Taxe der Wildpretpreise, „damit das Wild nicht so unleidlich theuer verkauft werde.“

37. 1525, Sept. 13. Abschied betr. Zugrecht der nächsten Freunde, dann der Nachbarn, zuletzt jedes Landmanns gegenüber Ausländern, welche Güter kaufen, innerhalb Jahresfrist von Kenntniss des Kaufs an.
- Hier folgt gleich die spätere (in Stat. v. 1571 c. 79—84, Addit. v. 1598 Art. 40 und 41 und Revision von 1780 Art. 9 grossentheils zusammengestellte) Gesetzgebung über Zugrecht.
38. 1548, Dec. 12. Dasselbe wie Nr. 37 mit Zusatz betr. Schätzung des Guts durch den Richter bei Verdacht von Gefährde (Stat. v. 1571, c. 83, 2te Hälfte).
39. 1558, Juli 13/22. Frist für Ausübung des Zugrechts Jahr und Tag (wie in Nr. 37), „harneben soll ein jar und sechs wuchen für jar und tag gehalten werden.“ Doch soll der Zug geschehen „allweg inwendig 14 tagen nachdem so es dem züger kund than wird.“
40. 1559, Juli 26/Aug. 3. Änderung der Frist gegenüber Ausländern: „solcher zug soll aber beschechen inwendig zechen jaren nach thanen verkauft und inwendig jar und tag nach einem der merckt kunt würt.“
41. 1559, Dec. 12. Zugrecht des Landmanns gegen fremde Käufer von Vieh, Leder und Schmalz, doch soll der Züger dem Fremden für seinen Markt 3 Gros erlegen, so der Zug auf den Tag des Marktes geschieht; so es aber über drei Tage oder mehr geschieht, noch die Kosten nach Billigkeit.
42. 1560, Dec. 4/21. Geistliche haben bei Kauf von Gütern verlangt für den Zug vor dem Bischof eingeklagt zu werden. Verordnet: der Zug soll vor dem Richter des Orts geschehen, da der Verkauf erfolgt oder das verkauftes Gut liegt, „wie wol U. Gn. H. in disem artickel nit verwilliget.“
43. 1562, Juni 30. Auf Beschwerde derer von Simpeln, dass die Lamparten und Eschenthaler den Ihrigen nach und nach alle ihre Alpen in Zwischenbergen abkaufen, wird erkannt: bei Verkauf an Fremde soll fortan jeder Landmann zu ewigen Zeiten den Zug haben, zuerst die Verwandten, dann die Nachbarn, zuletzt ein jeder Landmann des Verkäufers. — Hiezu fügt der Absch. v. 1562, Dec. 9/19 den Zusatz von 1548 (Nr. 38) bei.
44. 1563, Juni 16/28. Die Gemeinde Pryang beschwert sich über den Absch. Nr. 43, denn sie hätten seit mehr als 100 Jahren Kaufbriefe und der Zug gegen sie sei nicht zu ewigen Zeiten vorbehalten gewesen. (Die Landleute

wollten also gegen sie den Absch. Nr. 43 rückwirkend anwenden.) Erkannt: dass die Güter, so sie vor den letzten 10 Jahren gekauft, ihnen bleiben sollen, aber Güter seit 10 Jahren von ihnen erkauft und fortan sollen den Zug haben. (Also rückwirkende Kraft des Absch. Nr. 43 auf die in den letzten 10 Jahren gekauften Güter.) Vgl. dazu Addit. v. 1598, Art. 41.

45. 1570, Dec. 11/21. Inhalt des c. 83 der Stat. v. 1571.
46. 1579, Mai 29/Juni 6. Die von Brig begehrten Erläuterung über das Verhältniss des Beschlusses Nr. 43 zu den Stat. v. 1571 bezüglich der Frist für Zugrechtsausübung, „ob die Abscheidt oder das Landrecht fürtreffen solle.“ Erkannt: das Landrecht gelte; damit aber die Fremden desto minder in der Landschaft nisten, soll ihnen künftig der Kauf von Gütern ohne Wissen und Bewilligung des Richters der gelegenen Sache untersagt sein, bei Strafe Verlusts des Gutes und des bezahlten Kaufpreises.
47. 1583, Juni 26/Juli 3. Landleute, welche Güter an Fremde verkaufen, verwirken das Drittels des Kaufpreises.
48. 1583, Dec. 11/20. Wenn ein verkauftes Gut vom ersten oder zweiten Käufer weiter verändert und die Summe von Betrugs wegen gesteigert wird, so soll der Züger die Wahl haben, den Zug zu thun so wie der erste Kauf bescheinhen, oder das Gut schätzen zu lassen und die Schätzungssumme zu bezahlen.

(Additiones v. 1598, Art. 41 § 2.)

49. 1586, Mai 25/Juni 4. Zwei Italiänner beschweren sich, dass der Zug gegen sie entgegen Nr. 44 geübt worden. Erkannt: da solches zum Theil in Vergessenheit kommen, dass der Zug von Landleuten gegen Fremde mag gethan werden um Verkäufe seit 1553 und von der Zeit her ewiglich, so hat man angesehen solches in Abschied zu fassen.

(Additiones v. 1598, Art. 41.)

50. 1587, Mai 25/Juni 3. Da Fremde, welche Frauen im Lande heiraten, zur Umgehung des Zugrechts alle Käufe im Namen ihrer Eheweiber, so Landmänninnen sind, stellen, erkannt: dass wenn eine Frauensperson dieses Landes einen in keinen Bünden begriffenen Fremden heiratet, ihre liegenden Güter geschätzt werden und nachmals gleich wie ein verkauft Gut erstlich von dem nächsten Gesippten und dann von jedem Landmann auf Erlegung der Schatzung gezogen werden sollen.

(Additiones v. 1598, Art. 42.)

51. 1594, Dec. 4/12. Belangend die Artikel der Versatzung auf gewisse Jahre und verstrickte Ziele<sup>1)</sup> der Verfallniss, wo dann bei rechter Zeit die Ablösung nicht geschieht, dieweil der Artikel des Landrechts (wohl Stat. v. 1571, c. 82 § 1) den Versatz zu ziehen unter gleichen Bedingungen wie in ledigen Verkäufen zulässt, und dann der Nächste den Zug nicht thut, und der Versatz in einen ewigen Verkauf geräth, lässt man es bei jenem Artikel bewenden, in der Meinung, dass keiner genöthigt ist den Zug zu thun bis nach Verfallniss inwendig der nächsten 14 Tage nach abgelaufenem Ziele.
52. 1602, Dec. 8/17. Die von Leuk bringen vor, die Revision des Landrechts, wonach das Zugrecht gegen Fremde, anstatt blos 10 Jahre, ewig dauern solle, werde von den Lamparten umgangen, indem dieselben „von den Unsern keine liegenden Güter vollkommenlich noch anders als auf ewige Ablösung erkauf und an sich zogen haben.“ Erkannt: dass hinfort nicht allein die ewigen Käufe, sondern auch alle Versatzungen so den Fremden beschehen, den dritten Pfennig schuldig und dem ewigen Abzug unterworfen sein sollen.
53. 1606, Mai 19/20. Der Meier von Nendaz berichtet, ein fremder Käufer habe sich mit einem Landmann, der den Zug gethan, abgefunden, jetzt wolle ein anderer Landmann ziehen, der Fremde halte das für unzulässig; er fragt, wie es zu halten sei; ebenso, ob wenn ein Fremder eine Landsmänninn heiratet und mit derselben Kinder überkommt und dann stirbt, man demselben noch fernerhin Zug thun möge. Erkannt: der Landmann habe ewiglich den Zug, bis die Fremden zu Landleuten angenommen seien, unangesehen einigen Abbund oder Mutterstammen nachgelassen.
54. 1608, Dec. 14/23. Ein von einem fremden Gläubiger im Schuldentreib ausgeschätztes Gut wurde von den Verwandten des ausgeschätzten Schuldners gezogen, der Gläu-

<sup>1)</sup> Verstricktes, öfter noch verzwicktes Ziel, z. B. Nr. 235 und mehrmals in Nr. 65, hier Verfalltermin, im Process peremtorischer Termin. Eigentlich „verzicktes Ziel“, d. h. gefährlicher Termin. Schmeller, bayr. Wörterbuch, s. v.; redlicher, unverzickter Kauf, d. h. ohne Gefährde. Schmid, schwäb. Wörterbuch S. 555. Landsordnung v. Tyrol v. 1532, VI 26: „nachdem etlich geytzig leüt den armen auf ligende gütter umb ungebürlich zins auf ain verzickte zeit und wucherischen gewynn fürleihen.“ Gerichtsbuch der Stadt Zürich von 1553 (herausg. v. Schauberg), S. 41: „was auch quotes gelihen wirt, darinn verzick tag werdent gemacht.“

biger aber meinte in rechtlich ausgeschätzten Gütern keinen Zug gestatten zu müssen. Erkannt: der Zug sei zugelassen innerhalb gesetzlichen Ziels.

(Revision v. 1780, Art. 9 § 1.)

55. 1616, Mai 23/Juni 1. Bei Schenkungen an Fremde sollen die nächsten Freunde des Schenkers wie bei Verkäufen den Zug haben innerhalb 5 Jahren, doch allezeit mit Bezahlung des Werths solcher Schenkung und des billigen Kostens.
56. 1619, Juni 9/22. Die Landleute haben Zugrecht betr. Vieh, das die Italiäner im Lande kaufen.
57. 1682, Mai 7/16. Wenn Kirchen oder Gotteshäuser Güter kaufen oder vergibt erhalten, so soll zur Abwendung der Immortalisation der Güter den nächsten Freunden, und wo solche nicht begehrten, der Generalität und Gemeinde des Orts, und bei Ausschlag deren einem jeden freien Landmann der Zug gestattet sein.
58. 1695, Mai 11/20. Wenn ein Fremder Güter kauft und sie erbweise seinen Kindern hinterlässt, so sind diese ererbten Güter doch dem Zugrechte unterworfen, solang die Erben nicht als Landleute erkannt worden sind.

(Revision v. 1780, Art. 9 § 4.)

59. 1709, Dec. 4/18. Zur Verhinderung Betrugs Behufs Umgehung des Zugrechts beschlossen: wenn eine Schenkung, ein Tausch oder ein Kauf und dessen Preis zweifelhaft wäre, so sind beide Contrahenten zu eidlicher Offenbarung der Wahrheit gehalten, und wo sich Betrug ereignete, soll der Richter den Betrüger abstrafen. Die Marktkosten sind regliert von 1000 lib. Hauptschlags auf 10 lib., und was darunter oder darüber, nach Proportion.

(Revision v. 1780, Art. 9 § 9 und 13.)

60. 1711, Dec. 9/22. Gegen alte Unterthanen, die sich in einen Zenden begeben und dort Güter kaufen, ist kein Zugrecht statthaft.
61. 1740, Dec. 6/16. Der Landvogt von Monthei bringt vor, im Schlossbuch sei enthalten, welcher einem Ausländer den Zug thue, der solle ein halbes Laudemium zahlen, und das sei auch in praxi von den Zügen gegen Landleute bezogen worden; jetzt weigere es einer, weil es die Feudalrechte nicht zuliessen. Erkannt: es soll kein Laudemium in solchem Fall bezogen werden, weil der tentarius, der anstatt des Käufers eintritt, nur dazu verbunden ist, den Käufer schadlos zu halten.

62. 1748, Mai 8/17. Ein Bruder kann dem andern um ein Gut, so ihm der dritte Bruder verkauft, keinen Zug thun, weil laut Landrechts der Züger dem Verkäufer näher verwandt sein soll als der Käufer, was hier nicht zutrifft.  
(Revision v. 1780, Art. 9 § 6.)
63. 1758, Mai 5/12. Auf Anfrage des Landvogts von Monthey, ob einer mit einem Fremden verheirateten Weibsperson, welche Güter hierlands kauft, von Einheimischen der Zug gethan werden könne, erkannt: dass einer solchen Frau, da sie das Landrecht vermannet, für das von ihr erkaufende Gut der Zug möge gethan werden, aber das erbliche könne sie geneussen, wie bisher auch gestattet worden.  
(Revision v. 1780, Art. 9 § 7.)
64. 1761, Dec 2/11. Auf Anfrage des Landvogts von Monthey wird den Freunden eines Unehelichen, der Gut verkauft, das Recht des Zugs zugelassen, in der Meinung, dass sie sich hiernach auch in beschwerlichen Fällen als Freunde erweisen sollen.  
(Revision v. 1780, Art. 9 § 8.)
65. 1525, Dec. 23. *Nüwe Artickel Kürtzerung des Rechten.*  
(Unten vollständig abgedruckt.)
66. 1527, August. Verbot des Hausierens, weil dabei viele Käufer betrogen werden. Busse 3 lib.  
Oefters wiederholt, gemeinsam mit dem Verbot des Ein dringens umherziehender Gewerbetreibender, wie „Byangger (Payancker), Kesselbietzer,“ in Häuser; so Absch. 1534, Nov. 17; 1558, Dec. 9/18. Aufgenommen in Stat. v. 1571 c. 162 § 2. Dasselbe wieder Absch. 1687, Dec. 10/20; 1756, Dec. 7/17, in Bestätigung „des lieben Landrechts“ und bei 10 lib. Busse. Dies dann in der Revision v. 1780, Art. 19.
67. 1527, Weihnachtslandrath. Verbot des Fürkaufs in der Landschaft mit fremdem Kaufschatz.  
Aehnlich Abschied v. 1539, März 7 und sonst öfter.
68. 1528, Jan. 30. Verbot der Geschenke an die Richter.
69. 1528, Jan. 30. Bestätigung alten Brauchs und Landrechts betr. Ersitzung (Gewerd), besonders der Frist von 40 Jahren gegen Geistliche, von 50 gegen den Bischof und der Gemeinden unter einander, von 30 der Landleute unter sich, und von 10 Jahren um fahrend Gut.  
(Aufgenommen in Stat. v. 1571, c. 68—70.) Hiezu:
70. 1550, Febr. 26. Verbot der Einforderung von versessenen Zinsen und Gütten (Versessungen, remanentiae) über 10 Jahre.
71. 1528, Jan. 30. Priester sollen nur in Nöthen Testamente und weltliche Contracte aufnehmen und schreiben.

72. 1558, Dec. 9/18 erneuert in dem Sinn, dass alle von Priestern aufgenommenen Contracte und Acte unkräftig sind; doch den Parteien in ihren Conventionen unnachtheilig. Vorbehalten Testamente in heischender Noth, welche sie aber einem Notar in den nächsten 6 Wochen angeben sollen. Blos in dem Zenden Gombs wird den Priestern zu stipulieren nachgelassen bis auf die Zeit, dass sie dort besser mit Schreibern versehen sein werden.

Im Wesentlichen gleichlautend Stat. v. 1571, c. 106, erneuert im Absch. v. 1697, Mai 8/21.

73. 1528, Jan. 30. Wenn ein Geistlicher und ein Laie in Stoss und Zwietracht kommen und einer den Frieden bietet (Nr. 32), so sollen ihn beide Theile geben und halten nach gemeinem Landsbrauch.

74. 1528. Jan. 30. Gottesgaben sollen ablösig sein, Niemand soll sein Eigenthum in die Ewigkeit an Kirchen oder Geistliche vergaben.

75. 1528, Jan. 30. Alle Güter, die an Geistliche kommen, bleiben mit den Steuern, Tellen und Kosten den gemeinen Nutz berührend belastet, wie vorher in Laienhand.

76. 1528, Jan. 30. Wucherverbot. Zinsmaximum ein Schilling vom Pfund.

(Aufgenommen in Stat. v. 1571, c. 161.) Hiezu:

77. 1560, Dec. 4/21. Wenn ein Auswärtiger höher als zu 5 % ins Land leibt, so ist das Hauptgut der Landschaft verfallen. Ist den fremden Potestaten mitzutheilen, dass sie ihre Angehörigen darum verständigen.

78. 1563, Jan. 13/17. Der Richter soll von Amts wegen einschreiten, wenn er einen Wucherfall erfährt.

79. 1570, Dec. 11/21. Erneuerung des Verbots.

80. 1571, Mai 23. Uebergangsbestimmung s. oben Einleitung § 5 Anm. 48.

81. 1616, Mai 23/Juni 1. Verbot des Nehmens von mehr als 6 % von Darlehn, bei Strafe des Verfalls des Capitals an den Richter.

(Revision von 1780, Art. 20.)

82. 1619, Weihnachtslandrath. Gestattet ist Zins von 6 lib. ab 100 lib. an baarem Geld, 100 lib. Käse oder Anken von 100 lib. baarem Geld, ein Sittener Sester Wein von 25 lib. Baargelds, ein Sittener Fyschin (fiscelinus) Korn von 15 lib. Baargelds, ein Sittener Fyschin Weizen von 20 lib. Baargelds, ein Fryschgig von 25 lib. Baargelds. Von der confisierten Summe fällt die Hälfte an die Kirche für Spital und ad pios usus, die andre an den, dem es nach

Landrecht zugehört. — Das Capitel hat diesen Beschluss nicht annehmen wollen, weil es viele Zehnten habe abkaufen lassen und das Geld auf Kornzins gestellt, wo ihm dann viel abgehen würde; „welche man biezu nicht hat zwingen wollen, sondern es dabei lassen verbleiben.“

83. 1639, Juni 12/22. Kein Gläubiger soll von künftigem Martini an mehr Kornzins von seinem Schuldner an Korn empfangen als ad ratam des Sechs vom Hundert. Das Korn soll ad ratam gewürdigt werden, wie es am Verfalltag des Zinses auf den Märkten verkauft wird.

84. 1528, Jan. 30. Verminderung der Jahrzeiten.

„Da viel fromme Leute durch die Priester zu Jahrzeitstiftungen gezwungen werden, die doch kaum ihren Kindern zu essen haben zu geben, und viele Güter mit schweren Jahrzeiten beladen sind grösser als die Nutzung des Gutes, so soll, wo solches sich erfindet, mit Rath eines Kirchherren und anderer Ehrenleute eine Milderung geschehen, damit der gute arme Baurmann seine Arbeit nicht müsse verloren haben.“

85. 1528, Jan. 30. Unterwerfung der Geistlichen in Schuld-sachen unter weltliches Gericht.

86. 1528, Jan. 30. Verbot an die Geistlichen, die Erben verstorbener Schuldner für Schulden auf liegendem Gut persönlich mit Bannbriefen zu verfolgen, statt blos das eingesetzte Gut mit Recht anzulangen.

Die Nr. 68, 69, 71, 73—76, 84—86 bilden als „Artikel berührend die Priesterschaft“ ein Ganzes, worüber sich Bischof und Capitel die Antwort vorbehalten haben.

87. 1528, April 30. Ausschluss der Bürger von Sitten, die nicht eingeborene Landleute sind, vom Urtheil über das Blut oder in appellierten Sachen.

Dass unsre lieben Burger von Sitten in keinerlei Urtheil, so vor ihnen über das Blut oder in andern Sachen, so vor sie appelliert wurden, keinen ihrer Burger brauchen dann einerborene Landleute, und wo anders geschehe, wurde man sie von der Urtheil heissen gehen, dann die Landschaft nicht mehr leiden will, dass Ausländische über unser Ehr, Leib und Gut urtheilen sollen.

88. 1528, Dec. 16. Verbot des Fischens in des Andern Zenden bei 3 lib. Busse und Verbot Wehri in der Rhone zu machen, wodurch der Aufgang der Fische gehindert wird (Wegnahme der Wehri auf Kosten des Errichters).

89. 1531, Mai 31. Strafuntersuchung auf Grund Anzeige eines Ehrenmanns.

Der Richter, dem ein Ehrenmann eine Uebelthat anzeigt, soll von ihm eidliche Kundschaft darüber aufnehmen und dann den verzeigten Sächer gefangen setzen und gegen ihn fürfahren und fragen mit dem Seil, wie recht ist.

90. 1547, Dec. 14. Entlassung eines eingekerkerten Angeklagten aus dem Kerker unter Verbürgung der Verwandten nach Ermessen des Gerichts.

91. 1531, Aug. 6, Naters. Vergleich des Landraths mit Ammann, Rath und Gemeinde von Urseren wegen des Zolls, der Fuhrleite oder des Weggelds über die Furka.

(Pfarrarchiv zu Münster, A 5<sup>b</sup>.)

Jeder Walliser soll von jedem „Saum“, so nicht Landgut von Uri ist, zu Urseren für Fuhrleite 3 Angster zahlen, nämlich von dem, was sie in ihr Land führen und da zu ihrer Nothdurft verbrauchen. Fertigt einer Kaufmannsschatz und verkauft solchen aus der Landschaft Wallis, der soll bezahlen, wie alter Brauch ist. Wer mit einem Ross über die Furka ins Wallis oder aus dem Wallis führt, zahlt als Zoll im Wallis einen Pfennig.

Unter gleichem Datum in A. 5 dieses Archivs ein gleicher Vertrag mit Uri, nur statt 3 Angster 2 Kreuzer und statt: wie alter Brauch ist, 2 Schilling.

92. 1531, Weihnachtslandrath. Strafe des Fluchens und des Missbrauchs des Namens Gottes.

Falls der Flucher nicht sofort auf Ermahnung niederrückt und das Erdreich küsst, kommt er ins Halseisen.

Oefter wiederholt, z. B. 1565, Dec. 12/19; 1568, Dec. 9/21; dann aufgenommen in Stat. v. 1571, c. 158 § 2.

93. 1531, Weihnachtslandrath. Strafe des Zutrinkens, 3 lib. für beide Theile.

94. 1534, Nov. 17. Verbot der Bürgschaften von Landleuten für andre Landleute gegen auswärtige Gläubiger.

(Erneuert 1541, Dec. 14 und aufgenommen in Stat. v. 1571, c. 39 § 3.)

95. 1535, Dec. 17. Verbot an die Landrathsmitglieder, einer Partei zu ratzen in Sachen, die vor Bischof und gesessenen Landrath appelliert sind.

96. 1536, Jan. 26. Verbot des Verkaufs von Harnisch oder Bansen ausser Lands bei 3 lib. Busse; jeder Landmann mag solchen verkauften Harnisch anfallen und verbieten.

Erneuert 1540, Dec. 15. Hiezu gehört

97. 1546, Dec. 15. Verbot an die Schmiede, Waffen zu anderm Gebrauche zu verschmieden, bei 3 lib. Busse.

## 98. 1536, April 26. Jagdbann.

Geschlossene Jagdzeit von Fastnacht bis St. Jakobs Tag im Sommer bei 3 lib. Busse.

Wiederholt 1538, Mai 9. Dazu nehme man:

99. 1556, Dec. 9/19. Das in geschlossener Jagdzeit erlegte Wild ist dem Richter des Orts verfallen nebst der Busse von 3 lib. Die nächsten drei Jahre soll kein Hochwild, nämlich Gemsen, Steinböcke, Murmelthiere, erlegt werden.
100. 1559, Dec. 12. Verbot der Jagd auf Steinböcke und Ybschen<sup>1)</sup> für weitere sechs Jahre.
101. 1564, Mai 24/Juni 4. Laut Mandat des Bischofs verfällt, wer einen Steinbock schießt, der grossen Busse von 60 lib. Dem Vogt von St. Maurice wird befohlen, im Bagnethal und den andern hohen Bergen daselbst gleiches Einsehen zu thun, damit solch Edelwild nicht verjagt noch vertrieben werde.
102. 1567, Mai 21/31. Verbot des Erlegens von Steinböcken, Ybschen, Hirtzen und Hindinnen bei 25 lib. Busse (dem Richter 20 und dem Anzeiger 5).
103. 1570, Febr. 8. Erneuerung des Verbots der Hochwildjagd. Wer in einem fremden Zenden jagt, büsst dem Richter des Orts 2 lib. und verfällt das Wild; er wäre denn in einem andern Zenden Alpgemeinder und jagte auf dieser Alp. Erneuert 1574, Dec. 9/17.
104. 1588, Juli 30/Aug. 5. Erneuerung der alten Jagdverordnungen.
105. 1602, Dec. 8/17. Erneuerung des Verbots, Steinböcke „und dergleichen“ zu irgend einer Zeit, das übrige Hochwild, als Gemsen, Murmelthiere, Urhähne, Phasanen, Räb- und Steinhühner zwischen Fastnacht und St. Jakobs Tag zu schießen.
106. 1611, Juni 19/27. Jagdbann für Steinböcke und Hirsche bei 60 lib. Busse durch das ganze Jahr; für Gemsen, grosse Urhähne, Fasanen, Pornysen, Steinhühner, Reckholter- und Haselhühner, Murmenden und alles Federwild bis St. Laurentii Tag bei 25 lib. Busse.
107. 1613, Mai 11. Erneuerung von Nr. 106.
108. 1623, Aug. 6/15. Erneuerung von Nr. 106 mit Hinzufügung des goldenen Helblings zu dem Bann von 60 lib. für Jagen von Steinbock und Hirsch.
109. 1634, Juni 4/20. Erhöhung der Busse für Jagen von

<sup>1)</sup> „Der Steinböcken Weiblin nennt man in Wallis Ybschen“. Seb. Münster, Cosmographie. Vgl. Schweiz. Idiotikon, I, 63.

Steinbock und Hirsch von 60 auf 100 lib. sammt goldenem Helbling, der Angeber erhält den dritten Theil.

110. 1731, Dec. 5/17. Jagdbann von Fastnacht bis St. Laurentii Tag bei 25 lib. Busse.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 12.)

111. 1537, Dec. 19. Verbot von Amtshandlungen der Weibel (Wischen) ausserhalb ihrer Zenden.

112. 1540, Oct. 20. Berechtigung des Landvogts im Unterthanenland, Verbrecher in adlichen Herrschaften, wenn sie der Edelmann nicht straft, gefangen zu setzen.

1541, Dec. 14. Prämie für Raubthiererlegung, s. Nr. 24.

113. 1542, Dec. 21. Festtagheiligung.

Verbot des Wagenfahrens und des Waarenführrens an Sonn- und Festtagen bei 3 lib. Busse halb dem Ortsrichter, halb der Pfarrkirche.

Das Wässern im Kehr ist dagegen gestattet.

114. 1543, Dec. 17. Bussen im Unterthanenland.

Die Unterthanen klagen über zu hohe Bussen. Die Landvögte sollen um Vergehen, darauf die kleine Busse ist, nicht mehr als 10 Gulden nehmen, und um die grossen Bussen über 10 Gulden U. Gn. H. Rechnung geben.

Erneuert 1549, Dec. 11 und 1562, Dec. 9/19.

115. 1543, Dec. 17. Appellationskosten.

Auf Klage über zu schwere Kosten: ein jeder Zenden soll von einer schlechten Urtheil in Appellungen 1 dicken Pfennig und von einer schwereren Urtheil, da ein grosser Process zu verhören ist, 2 dick, und die Richter zweifach, und des Hauptmanns Knechte alle mit einander so viel als ein Zenden nehmen. Die Parteien sollen solch Geld statt der Trostung erlegen, bevor sie ihren Rechtsatz thun. Lohn der Fürsprecher vor Landrath 1 dick. Den Gesandten bei Eid und Ehre verboten Mieth oder Gaben anzunehmen.

116. 1545, Dec. 6. Niederlassung im Wallis.

Fremden keine Niederlassung zu gestatten, sie weisen denn glaubwürdige Mannrechtbriefe und Siegel ihres Herkommens und ehrlichen Abscheids vor. Wiederholt 1556, Dec. 9/16. Vgl. Nr. 231.

117. 1545, Dec. 16. Verbot des übermässigen Trinkens bei 3 lib. Busse.

Die Sammlung v. 1550 (Nr. 154) enthält diesen Abschied blos in der lateinischen Redaction: *cum proh dolor consuetudo inoleverit in bibendo vinum, quod tem-*

perantiae modum excedunt et ob nimiam vini ingurgitationem temulentiam et ebrietatem incurront et tandem salva venia ad ructum provocantur, et quia teste divo Iheronimo sicut fumus apes ita per ructum abigitur gratia spiritus sancti, quo circa senatusconsulto decretum fuit, si quis talem excessum in bibendo committeret, ita ut vinum penes se continere nequiret, sed illud evomeret, etiam si quis alterum ad excessivam vini potationem urgeret seu concitaret, uterque horum poenam trium libr. Maur. iudici loci incurrit irremissibiliter exigendam. Hiezu:

118. 1573, Dec. 9/29. Gleiche Vorschrift mit dem Zusatz: kein Wirth soll dem Gast über ein Hauptmahl mehr als  $\frac{1}{2}$  Mass Weins geben bei 3 lib. Busse.
119. 1546, Dec. 15. Ausschluss der Fremden vom Zuhören bei Gemeindeberathungen.

„um der arglistigen Läufen willen“.

120. 1546, Dec. 15. Fristen in Processen. Zeugnisspflicht. Wer auf die ersten zwei Gebote keinen Tag dagegen nimmt noch zu Tage geht, erhält keinen weiteren Tag, sondern der Richter soll fürfahren und dem Ansprecher um seine Ansprache richten, vorbehalten jedes Zenden Freiheiten und Uebungen. — Unentgeltlichkeit der Zeugnissablegung, wie Stat. v. 1571, c. 2 § 2.
- 1546, Dec. 15. Verbot des Waffenverschmiedens, s. Nr. 97.

121. 1547, Mai 4. Appellationsfrist.

(Wie Stat. v. 1571, c. 34 § 1.)

- 1547, Dec. 14. Verbürgung für Angeklagte, s. Nr. 90.
122. 1548, Juli. Erbfall von Mainmortables nid der Mors.

Bei Erbfall todter Hand soll der Landvogt zu St. Maurice alle liegenden und fahrenden Güter inventarisieren und die nächsten Freunde des Verstorbenen vor den Landrath remittieren, der sich mit ihnen nach Gestalt der Sache gütlich abfinden soll.

Hier stellen wir noch Folgendes zusammen:

123. 1550, Dec. 9/17. Liegendes und fahrendes Gut, das ein thalberiger (taillable) Geistlicher verlassen, gehört ob und nid der Mors dem Bischof, nicht der Landschaft.
124. 1550, Dec. 9/17. Die Vögte in allen Vogteien beziehen von jedem Erbfall todter Hand für ihre Kosten und Mühe ein Viertel der liegenden und fahrenden Güter.
125. 1566, Mai 15/26. Bei Verdacht zu geringer Schätzung des Nachlasses der todten Hand soll der Landvogt die Schätzung revidieren lassen; ergiebt sich die zweite

Schätzung höher, so sollen die ersten Schätzer von Ehren verstossen sein.

126. 1630, Juni 16/Juli 2. Aus Anlass eines Specialfalles wird für ein Gesetz statuiert, dass wo ein thalberiger Fremder in der Landschaft sich niederlässt und ohne Leibeserben stirbt, sein Vermögen der Landschaft verfallen ist, und dem nachjagenden Herrn blos folgen soll, was er beweisen kann dass der Verstorbene von auswärts mitgebracht hat.
127. 1653, Dec. 7/22. Liegende Güter an Orten, die der todten Hand unterliegen, dürfen nicht an Gemeinden nid der Mors verkauft werden, weil sie dadurch immortalisiert und M. Gn. H. ihre billigen Rechte entzogen werden, auch damit die armen Unterthanen jener Orte um so viel bass gemeine Beschwerden abtragen können.
- 128 1664, Jan. 2/12. Der procurator patrimonialis der Stadt Sitten beansprucht die Verlassenschaft eines Thalberigen in Riddes, der Landvogt von St. Maurice ebenso für die Landschaft, denn die todte Hand sei präferierlich und könne durch die Thalberigkeit nicht an einen andern als den Eigenthumsherrn gebracht werden. Als künftige Regel geordnet: besitzt ein Thalberiger freie und daneben der todten Hand unterworfene Güter, so soll der Herr des Thalberigen die freien, der Herr der todten Hand die solchen Beschwerden unterworfenen Güter erben und an sich ziehen.
129. 1664, Mai 7/14. Auf Anfrage des Gubernators von Monthey wird gestattet, dass die nächsten Freunde eines Thalberigen, welche die zwei Drittels des Nachlasses zu zahlen unvermöglich sind, ihr Drittel einem, der kein Freund des Verstorbenen ist, überlassen können und dieser das Albergement an sich ziehen darf.
130. 1672, Mai 11/19. Der Zenden Siders beansprucht den ganzen Nachlass (im ganzen Land) eines in seinem Zenden gestorbenen Thalberigen, das Capitel aber glaubt, dass Güter von solchen, die keinen sichern Herrn haben, dem Richter des Orts, wo sie liegen, zufallen. Diese letztere Ansicht wird bestätigt für Fälle, wo kein feudalischer Herr vorkommt.  
(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 16 § 1.)
131. 1694, Mai 5/15. Auf Anfrage des Landvogts von Monthey entschieden, 1. dass eine thalberige Nichte ihre thalberige Tante, ob sie schon mit einander hausen und unverheilt sind, nicht erben kann, indem in solchem

Fall nur die unvertheilten (indivis) Geschwister einander erben, mit Ausschluss der Geschwisterkinder. Aufgenommen in die Revision v. 1780 Art. 16 § 3. — 2. Nur unvertheilte Geschwister erben das aus ihnen sterbende, nicht auch abgetheilte.

132. 1698, Mai 7/17. Auf Bitte der thalberigen Personen der Castlanei Monthei wird ihnen ein früheres, später nicht mehr gehandhabtes Urtheil erneuert, wonach Eltern ihre ohne Leibeserben sterbenden Kinder erben, wenn sie eines Muoss und Brots mit ihnen sind.
133. 1702, Mai 10/20. Auf Aufrage des Landvogts von Monthei erkannt: 1. ein Kind, das nothgetauft, aber in der Mutter Leib gestorben ist, kann weder erben noch beerbt werden. — 2. Eine Mutter kann von ihrem Kinde das von dessen thalberigen Vater herkommende Gut erben.
- (Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 23.)
134. 1703, Dec. 5/17. Auf Anfrage desselben: thalberige Eheleute mögen ihrer verstorbenen Ehegatten, so freier Condition waren, Nachlass leibdingen secundum franchessias et jura locorum.
135. 1705, Dec. 9/18. Auf Bericht desselben: thalberige Väter, welche unterschiedliche auch verheiratete Kinder haben, dürfen nicht den einen oder andern der Kinder ihr Muttergut verlehnern, um damit die Vertheilung zu vermänteln und consequenter die Landschaft der Verfallenschaft bei Absterben des einen oder andern ohne Leibeserben zu privieren, sondern dergleichen Verlehnungen sind als Vertheilung zu achten.
136. 1706, Mai 26/Juni 4. Gaben freier Personen, welche thalberige Güter haben, werden abgezogen erstlich von den freien Gütern, soweit diese fähig sind, Mangels solcher proportionatim von den thalberigen Gütern und der Fahrniss, versteht sich soweit sie zu gaben fähig.
137. 1713, Mai 17/24. Auf Anfrage des Landvogts zu St. Maurice, ob in den thalberigen Orten, in welchen sie die Freiheit haben als alte Einwohner indivis zu sein, auch die Auswendigen dessen gaudieren können, und welche für alte Einwohner zu achten seien, erkannt: dieses Recht stehe den Auswärtigen nicht zu, und der Termin für alte Einwohner zu achten sei zu 50 Jahren gesetzt.
138. 1713, Mai 17/24. Alle Savoyer, so in den Zenden Wohnung nehmen und Anfangs ihrer Niederlassung keine

Briefe aufgewiesen haben, sind für thalberig zu halten und also nicht fähig ein Testament zu machen.

139. 1736, Mai 9/18. Es ist die Frag auf die Bahn kommen, ob ein Weib freier Condition, das einen thalberigen Mann heiratet, auch thalberig werde, folglich ihr Gut nach ihrem Tod Mangels Kinder an den hohen Herrn zum Fall komme; über diese wichtige Question ist decidirt, dass weil Freiheit und Thalberigkeit Eigenschaften sind, welche der Person anhängig und anerboren, so soll das freie Weib ihre Freiheit, und ein thalberiges Weib, das einen freien Mann heiratet, ihre Thalberigkeit behalten.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 16 § 2.)

140. 1737, Mai 8/18. Schulden verstorbener Thalberiger sind zuerst ab dessen freien liegenden Gütern zu zahlen; wo diese nicht hinreichen, ab den thalberigen, und so auch diese nicht genügen, ab der Fahrniss.

141. 1746, Dec. 7/17. Güter eines verstorbenen Thalberigen oder Fremden, Liegendes und Fahrendes, verfallen in unserm Lande dem Herrn des Orts, wo sie liegen; die aber, welche sie ausser Lands verlassen, gehören dem Herrn des Orts, wo sie sterben.

(Revision v. 1780, Art. 16 § 1.)

142. 1548, Juli. Appellation aus den Vogteien.

Appellation von Urtheilen der Unterrichter in der Landvogtei St. Maurice geht zuerst an den Landvogt und von diesem an U. Gn. H. und gesessenen Landrath. Vgl. dazu:

143. 1552, Dec. 13/22. Appellung aus den Vogteien betreffend: der Bischof begehrte, dass wenn beide Theile sich mit seiner Urtheil begnügen wollen, das zugelassen sei. Erkannt: es wird entsprochen, ausser so der Handel gemeine Landschaft und ihre Ehre betrifft, soll ihn der Bischof vor den H. Hauptmann remittieren.

144. 1615, Dec. 1/16. Aus dem Gouvernement Monthey sollen keine Appellungen an den Bischof gehen, sondern (weil dasselbe laut der Bünde vom Herzog von Savoyen dem Landeshauptmann und den sieben Zenden übergeben worden, sie auch dort einzig hohe Herren sind) allein vor den Landeshauptmann oder seinen Statthalter, und sollen von diesem verhört werden bis an das Urtheil, welches durch den Landeshauptmann und gesessenen Landrath zu fällen ist.

145. 1548, Dec. 12. Verordnung gegen den Missbrauch des Bannes in Schuldsachen.

Wenn ein Schuldner, gegen den ein Geistlicher den Bann verkünden lässt, sich zu Recht erbietet, so soll der Geistliche mit dem Banne nicht fürfahren.

1548, Dec. 12. Zugrecht, s. Nr. 38.

146. 1549, Dec. 11. Tarifierung fremder Münzsorten.

Oft wiederholt. Vgl. auch Additiones v. 1598, Art. 11; ferner:

147. 1641, Mai 26/Juni 7. Verbot des Einbringens leichter Gold- und Silbersorten in das Land. Die Landleute sollen wegen laufender Schulden einer vom andern die Geldsorten, sofern sie um nicht mehr als zwei Gran zu leicht sind, mit Erlegung 5 Kreuzer von jedem Gran annehmen, ebenso die Silbersorten, wenn sie nicht über den achten Theil ihres billigen Gewichts zu leicht sind.

1550, Febr. 26. Verjährung der Zinsrückstände, s. Nr. 70.

148. 1550, Febr. 27. Unzulässigkeit der Uebernahme von Pro-cessvertretungen und Vormundschaften durch Priester.

149. 1550, Febr. 27. Zulassung der schriftlichen Verbote statt der Bannbriefe.

Man mag fürthin anstatt der Bannbriefe schriftliche Verbote fergen (loco censurae ecclesiasticae litteratoriis mandatis procedere) nach Brauch des Zenden, und soll die 10 Tage legen mit dem ersten Bot, und demnach für und für bis zu End, dann mag er exequieren.

150. 1550, Febr. 27. Weisung an die Fürsprecher, sich vor Gericht ihrer natürlichen Sprache zu brauchen, damit es die Parteien verstehen.

151. 1550, Febr. 27. Pflicht der Schreiber, alle ausbedungenen und abgeredeten Ablosungen in die Hauptschrift aufzunehmen, damit Niemand in seinen Rechten betrogen werde.

(Wie Stat. v. 1571, c. 75 und 78.)

1550, Febr. 27. Austagen ins Ausland, s. Nr. 30.

152. 1550, Febr. 27. Pflicht der Zeugen, die Kundschaft persönlich vor Gericht abzugeben, ausser in Händeln, so die Ehre berühren.

153. 1550, Febr. 27. Verbot des Einziehens von Zinsen oder Gütlen durch Geistliche oder Laien ohne einen schriftlichen Titel.

154. 1550, Dec. 11. Sammlung der Abschiede seit 1501 durch Bischof Johannes Jordan.

Die Sammlung enthält die Nr. 32, 116, 119, 37, 38, 66, 87, 88, 113, 92, 96, 97, 111, 117, 35, 115, 120, 121, 142, 114, 70, 153, 148, 145, 149—152, 89, 90, 98 und 23 in der hier angegebenen Reihenfolge.

155. 1550, Dec. 9/17. Pflicht der Unterthanen zu Entrichtung des Laudemiums (Gelübd erkennen) an die Landschaft.

Jeder Unterthan soll innerhalb Jahresfrist alle Contracte, die er abschliesst, bei einem Schreiber seiner Vogtei verschreiben lassen und in Jahresfrist nach der Verschreibung „das Gelübd erkennen“, sonst verfällt das Gut und Lehn der Herrschaft. Kein Schreiber darf einen Contract ausserhalb seiner Vogtei stipulieren, und jede Verschreibung ist dem Landvogte innerhalb Jahresfrist anzuziegen.

156. 1574, Juni. Die Landvögte im Unterthanenland sollen alle Instrumente und Contracte durch heimische Schreiber fertigen lassen und dann versiegeln bei Strafe Ungültigkeit des Contracts. Wiederholt 1586, Mai 25/Juni 4.

157. 1610, Dec. 13/24. Notare ohne Urkundbrief über ihr empfangenes Amt unter fürstlichem Siegel geniessen für ihre Schriften keinen Glauben.

158. 1643, Mai 4/17. Verbot des Stipulierens von Acten durch Schreiber, die nicht Notare sind, bei Strafe Nullität des Actes.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 30.)

159. 1550, Dec. 9/17. Strafe der Ehrbeleidigung und des Meineids.

Es besteht der Unfug, dass einer wiederholt den andern an seiner Ehre angreift und glaubt, er könne laut einer (gar nicht existierenden) Bestimmung des Landrechts jeweilen durch einfachen Widerruf ohne Verletzung seiner Ehre davonkommen. Daher erkannt, was dann in die Stat. v. 1571, c. 45 aufgenommen worden.

Wer einen falschen Eid thut und in Kundschaften zu viel oder wider die Wahrheit zeugt oder die Wahrheit verschweigt, dem soll über die gewöhnlichen Bussen und Rechte U. Gn. H. ein Nagel durch seine meineidige Zunge geschlagen werden und dem Richter verfällt er 3 lib. Busse aus U. Gn. H. Rechten nebst den Kosten.

160. 1550, Dec. 9/17. Strafe des Todtschlages.

Wer einen Todtschlag im Land ob der Mors begeht, hat Stadt, Land und Flecken der sieben Zenden ver-

loren, doch auf Gnade U. Gn. H., und in den Zenden steht er den Freunden zu Rache, sammt dem Flecken, da er den Todtschlag begangen, auch wenn derselbe nid der Mors ist. Bei Todtschlag nid der Mors hat er das Land bis an die Dranse verloren mit dem Flecken, da er den Todtschlag begangen, ohne Gnade U. Gn. H., und steht den Freunden zu Rache.

1550, Dec. 9/17. Thalberige Leute, s. Nr. 123 und 124.

1552, Dec. 13/22. Appellung aus den Vogteien, s. Nr. 143.

161. 1555, Dec. 4/12. Verbot der Verunglimpfung der Richter und der Schmähung des Urtheils des Landraths durch die unterliegende Partei in appellierten Sachen.

1556, Dec. 9/19. Jagdbann, s. Nr. 99.

1558, Juli 13/22. Zugrecht, s. Nr. 39.

162. 1558, Dec. 9/18. Execution in liegende Güter.

Wenn ein Gläubiger Mangels Fahrniss des Schuldners Liegenschaften schätzen muss, sollen solche Güter vom Tage der Schätzung über sechs Wochen verfallen. Vgl. Stat. v. 1571, c. 48 § 4.

1558, Dec. 9/18. Appellation ausser Landes, s. Nr. 31.

1558, Dec. 9/18. Instrumentieren durch Priester, s. Nr. 72.

1559, Juli 26/Aug. 3 und Dec. 12. Zugrecht, s. Nr. 40 und 41.

1559, Dec. 12. Jagdbann, s. Nr. 100.

163. 1560, Juni 6/14. Zeugnissaufnahme.

In Sachen, so Leib, Leben, Ehr und Gut betreffen, soll Kundschaft nicht durch Monition, sondern nur in Beisein des Richters des Orts aufgenommen werden, sonst ist sie ungültig.

164. 1560, Dec. 4/21. Pflicht jedes Domherrn zu Anschaffung eines Doppelhackens sammt Munition,

den er seinen Verwandten hinterlässt, wenn er aus einem Zenden gebürtig ist, sonst aber auf der Valeria lassen muss.

Erneuert 1567, Mai 21/31; 1568, Dec. 9/21 und öfter.

165. 1560, Dec. 4/21. Instanzenzug für die Vogteien.

Entgegen dem Begehr des Vogts von St. Maurice, dass die erste Instanz vor ihm und die zweite vor dem Bischof sei, erkannt: jeder kann vor den Landrath als hohen Herrn getagt werden, ohne dass die erste Instanz vor dem Vogt oder dessen Unterrichter beschehen wäre,

denn der Landrath ist hierin wie der vor ihm gewesene Bischof zu achten.<sup>1)</sup>

Vgl. für die Landleute Nr. 183, Absch. v. 1571.

1560, Dec. 4/21. Wucher, s. Nr. 77.

1560, Dec. 4/21. Zugrecht, s. Nr. 42.

1562, Juni 30. Zugrecht, s. Nr. 43.

166. 1562, Dec. 9/19. Strafe liederlichen Lebens und Schuldenmachens.

Liederliche Personen, die das Ihrige verthun und andre Leute unter falschen Vorspiegelungen ansetzen und um ihren Fürsatz betrügen, sollen am Leib gestraft werden; ebenso wenn solche mit Andern Händel anfangen, sie schädigen und den Schaden nicht bezahlen können.

1563, Jan. 13/17. Wucher, s. Nr. 78.

1563, Juni 16/28. Zugrecht, s. Nr. 44.

167. 1564, Mai 24/Juni 4. Kosten der Hinrichtung von Verbrechern.

Sie sind aus deren Vermögen zu nehmen, und wo dieses nicht reicht, von den Zenden als den Oberherrn zu tragen.

168. 1574, Dec. 9/17. Besoldung des Nachrichters für eine Execution 3 Kronen sammt Zehrung; etwas erhöht 1575, Dec. 9/21. Dagegen:

169. 1631, Dec. Der Scharfrichter verlangt höheren Lohn als bisher für das Enthaupten, weil das Köpfen ein gefährlicher Streich sei. Erkannt: zu der vorigen halben Kronen noch eine andre halbe zuzusetzen.

170. 1579, Mai 29/Juni 6. Lohn des Scharfrichters für Begräbniss von Selbstmördern 1 Krone, man brauche ihn dazu oder nicht, nebst 1 dicken Pfennig für jede Meile Weges. Ausgenommen das Begräbniss von solchen, welche durch Krankheit, Taubsucht, Einfältigkeit oder andere unverdachte Zufälle in solch Unglück kommen, auf welcher Gut eine Obrigkeit darum nichts zu erfordern hat.

---

<sup>1)</sup> Im Archiv der Bürgergemeinde von St. Maurice findet sich ein Landrathsbeschluss v. 20. Dec. 1613, wonach pro omnibus causis (spirituibus demptis) ad nullum aliud forum seu tribunal recurrent (subditi gubernii Sti Mauriti), nisi prius ipsae causae decisae fuerint pro prima instantia coram suis judicibus ordinariis vel pro partium arbitrio coram gubernatoribus nostris, ubi omnes predictae causae terminari debent, priusquam extra limites gubernii divertantur.

171. 1564, Mai 24/Juni 4. Legitimation der Vormünder.

In Sachen Bevormundeter soll kein Schreiber einen Act aufnehmen, ohne den Vogtsbrief des Vormunds eingesehen zu haben.

1564, Mai 24/Juni 4. Jagdbann, s. Nr. 101.

172. 1566, Mai 15/26. Examen der Schreiber nid der Mors.

Da nid der Mors viele ungeschickte Schreiber sind, welche oft zu Schaden der Leute Fehler machen, sollen die seit 10 Jahren angenommenen ein Examen vor gesessenem Landrath bestehen und bis dahin nicht amtieren.

173. 1566, Mai 15/26. Reciprocität gegen Genf in Processen.

Da die Unsern bei Rechtshändeln in Genf mit seltsamen Umschweifen umgezogen werden, so sollen wir die von Genf bei uns auch so halten, damit die Spiesse gleich lang seien.

174. 1566, Mai 15/26. Verfall des Leibgefangs.

(Aufgenommen in Stat. v. 1571, c. 114.)

1566, Mai 15/26. Thalberigkeit, s. Nr. 125.

175. 1567, Mai 21/31. Widerrechtliche Befreiung von Gefangenen.

Strafe: persönliches Darstehen des Befreiers, Verfallen in die grosse Busse und meineidig und ehrlos erklärt.

176. 1567, Mai 21/31. Strafe der Doppelverpfändung von Liegenschaften.

Der Verpfänder, wenn er nicht mit andern Gütern den Schaden ersetzen kann, wird ehr- und treulos erkannt und zahlt dem Richter des Orts gebührliche Busse.

1567, Mai 21/31. Jagdbann, s. Nr. 102.

177. 1567, Dec. 10/21. Verbot der Ladung in das Thal Josaphat.<sup>1)</sup>

Da unverständige Leute zuwider göttlichen und weltlichen Rechten statt der Anrufung des Richters öffentlich an der Canzel mit vielen Ceremonien in das Thal Josaphat laden, soll das gestraft werden wie eine schwere Uebertretung.

Oefter wiederholt, z. B. 1608, Dec. 14/23; 1634, Juni 4/20.

178. 1608, Dec. 14/23. Gleichgestellt wird das Auferkennen unerhörter Eide, wie bei Entzagung des h. Taufs, bei

<sup>1)</sup> Vgl. Osenbrüggen, Studien zur deutschen und schweiz. Rechtsgeschichte, S. 333 f.

Verläugnung Gottes, bei Annehmung zu seinem Herrn die Tüfel Lucifer und Beelzebub; diese unchristlichen Eide wie die Ladung in das Thal J. werden verboten bei Leibesstrafe und 60 lib. Busse.

**179. 1568, Dec. 9/12. Testamente in Pestilenzzeit.**

Da in Zeit der Pestilenz ein Jeder nicht so schnell einen Schreiber überkommt, der Kranke aber sich seines letzten Willers vor den Anwesenden entdecken will und in so schneller Zeit nicht eben alle Betrachtungen führen kann, wie weit er gaben oder testieren möge, auf solches soll der Richter mit seinen Geschworenen in bester Vermittlung ein Einsehen thun, damit das Testament nicht gebrochen werde.

1570, Febr. 8. Jagdbann, s. Nr. 103.

1570, Dec. 11/21. Zugrecht, s. Nr. 45.

1570, Dec. 11/21. Wucher, s. Nr. 79.

**180. 1571, Mai 23. Statuta patriae Vallesii. Landrecht des Bischofs Hildebrand von Riedmatten.**

(Unten vollständig abgedruckt.)

1571, Mai 23. Wucher, s. Nr. 80.

**181. 1571, Dec. 10/18. Ehemündigkeit.**

Wegen Ehemissbräuchen erkannt, dass ein Knab 14 Jahre und ein Mägdlein 12 Jahre alt heiraten mögen, aber Knaben vor 18 und Mädchen vor 16 Jahren nur mit Wissen und Willen ihrer Eltern, Brüder, Vögte oder nächsten Freunde. Auf Begehren solcher Vorständer mag eine geschlossene Ehe widerrufen werden, es wäre denn, dass die Eheleute bis nach erreichtem 18. resp. 16. Jahre in dem Vorsatz beharren oder vor diesen Jahren leibliche Werke im Namen der Ehe begangen hätten.

Auch mag der Bischof Fürsehung thun, dass nicht jedem Fremdling eine fromme Landsmannstochter zur Ehe zu nehmen zugelassen werde, es wäre denn solche Ehe mit leiblichem Werk bekräftigt oder es wollte die Tochter trotz dem Unwillen der Freundschaft in dem Vorsatz verharren, und dass eine fromme Tochter nicht mit einem schnöden unredlichen Bub, der an seinen Ehren nicht aufrecht, er sei fremd oder heimisch, vermählt und betrogen werde. Vgl. Nr. 226 a. E.

**182. 1571, Dec. 10/18. Verbot des Hausens und Speisens von Mördern bei Verlust Leibes und Gutes.**

**183. 1571, Dec. 10/18. Gerichtsstand des Landmanns vor seinem ordentlichen Richter und nicht vor U. Gn. H. oder Landeshauptmann und ihren Statthaltern.**

## 184. 1572, Juni 4/12. Busse der Beleidigung vor Gericht.

Auf ehrverletzlichen Worten von Partei an Partei in offenem Gerichte steht Busse für das erste Mal von 3, für das zweite Mal von 6, für das dritte Mal von 9 lib. Zuckt einer gegen den andern in offenem Gericht das Gewehr oder greift er ihn sonst thätlich an, so soll er drei Tage mit Wasser und Brot gefangen gesetzt werden und 25 lib. Busse sammt allen Kosten zahlen.

(Aufgenommen in Additiones v. 1598, Art. 54.)

## 185. 1588, Dec. 4/11. Dreitägige Gefängnissstrafe bei Wasser und Brot, wenn Parteien in Ihrer Fürstl. Gn. Hof und Gericht einander unzüchten und offenlich die Wahrheit heissen lügen.

## 186. 1591, Dec. 1/11. Der Beleidigte hat das Recht, auf Kosten des Injurianten Urtheilbrief des gerichtlichen Wandels zu begehrn.

## 187. 1599, Juni 12/19. Es geschieht oft, dass wenn die geschmähte Partei zu Wahrung ihres Leumdens vom Bischof Urkund begehrt, der Beleidiger kein Urkund zulassen, sondern solches reparieren will, sprechend: ich hab dieses nicht geredt, will's derhalben auch verbessert han. Da aber aus solchem Missbrauch den übermüthigen Leuten die Thür der Bosheit aufgethan und seinen Nächsten zu schmähen Anlass gegeben wird, beschlossen: dass solche Reparation nur in civilischen, nicht in ehrverletzlichen Sachen statthaben und der Richter dem verletzten Theil auf Begehren einen Urkundbrief geben soll, damit er sein Recht gegen den Theil ersetze.

1573, Dec. 9/29. Verbot übermässigen Trinkens, s. Nr. 118.

1574, Juni. Abfassen der Acte, s. Nr. 156.

1574, Dec. 9/17. Jagdbann, s. Nr. 103.

1574, Dec. 9/17 und 1575, Dec. 9/21. Lohn des Nachrichters, s. Nr. 168.

## 188. 1575, Dec. 9/21. Authentische Interpretation von Stat. v. 1571 c. 41 § 2.

Der Zweifel bestand darüber, ob die mehreren Erbansprecher gleichmässig oder einer mehr denn der ander in Bewerdt soll gehandhabt werden. Erkannt: dass die ehelichen Erben und vorab Kinder und Kindeskinder in Bewerdt des Nachlasses gesetzt und darin geschirmt werden sollen. Die Zulassung dritter Ansprecher verstehe sich, wenn keine Kinder vorhanden und unter den Erben Zwietracht entstehe, dass jeder vermeine der nächste zu sein.

189. 1575, Dec. 9/21. Authentische Interpretation von Stat. v. 1571 c. 131.

S. Einleitung § 5 Anm. 54.

190. 1576, Dec. 12/20. Fortsetzung der Betreibung gegen wegziehende Schuldner.

Schuldner, die nach angehobener Betreibung und Ansagung der Pfändung mit Haushab und Vieh in eine andre Gerichtsbarkeit ziehen, müssen in die Gerichtsbarkeit, wo das erste Gerichtsbott ergangen ist, Pfand und Pfennwerth erstatten.

(Aufgenommen in Additiones v. 1598, Art. 8.)

191. 1577, Mai 15/23. Verbot des Lärchenbohrens.

Etliche Gemeinden erlauben um gering Geld, die Lärch zu bohren und Lertschinen daraus zu saugen; das sei ein grosser Schaden, denn ein Lärch, darans die Lertschinen gezogen, welche des Boums, glich das Geblüt des Menschen, Narung und Uffenthalt ist, villicht und mee dan umb das halb minder lang bestan thut. Erkannt: Gemeinden und Private seien in Benützung ihrer Lärchenwälder frei, doch sollen sie ernstlich gewarnt werden. Kaufen fremde Lärchenbohrer einen Wald zu bohren, so darf jeder Landmann den Zug thun mit Erstattung des ausgegebenen Geldes.

Wiederholt 1579, Mai 29/Juni 6. 1585, Mai 12/18.

Dagegen:

192. 1589, Nov. 26/Dec. 7. wird die Sache den Zenden überlassen, da man sich nicht habe verständigen können.

193. 1627, Dec. 6/24. Erneuerung des Verbots, und später öfter noch.

1577, Dec. 11/19. Raubthierprämie, s. Nr. 25.

194. 1579, Mai 29/Juni 6. Appellation von Urtheilen des Statthalters des Landeshauptmanns.

Sie soll an U. Gn. H. gehen. „Nachdem aber dieselb Urtheil nachmalen für ein gesessen Landrath gezogen, möge und solle unser H. Landeshauptmann darüber erkennen und urtheilen.“

(Aufgenommen in Additiones v. 1598, Art. 4.)

1579, Mai 29/Juni 6. Zugrecht, s. Nr. 46.

1579, Mai 29/Juni 6. Lohn des Scharfrichters, s. Nr. 170.

195. 1579, Sept. 10/17. Pflichten der Vormünder.

Der zum Vormund Erwählte soll einen Eid über getreue Vogteiführung in des Richters Hand thun, alles liegende und fahrende Gut inventarisieren, nichts davon ohne erheischende Noth verkaufen noch verändern. Sind

unerzogene Waisen zu bevogten, so sollen ihre nächsten Freunde vor den Richter getagt und bei ihren Eiden ermahnt werden, den nützesten und füglichsten unter der Freundschaft zum Vogt zu erkiesen, und sobald dieser zum Vogt ernannt ist, soll er in Beisein des Ortsrichters oder etlicher seiner Geschworenen oder Pfleger oder sonst nächster Freunde das Inventar stellen und dem Ortsrichter eine Abschrift desselben geben und jährlich und so oft er dazu ermahnt wird den Verwandten in Beisein des Richters eine fromme aufrechte Rechnung ablegen.

(Aufgenommen in Additiones v. 1598, Art. 33.)

**196. 1580, Mai 3/10. Pflicht zu Uebernahme von Vormundschaft.**

Cap. 62 der Stat. v. 1571 erhält die Modification, dass in schweren Rechtshändeln (Addit. v. 1598, art. 35: in rebus criminalibus) eines Vogtsbedürftigen Niemand, der mit andern Geschäften beladen und dem Vogtskind nicht verwandt ist, bei Eidspflicht über seinen guten Willen Beistand zu thun gezwungen werde.

**197. 1580, Juni 29/Juli 1. Vorladung der Partei zur Urtheils-eröffnung.**

Wenn vor dem Gericht U. Gn. H. ein Bevollmächtigter das Urtheil nicht selbst entgegennehmen will, so soll U. Gn. H. den Tag der Urtheil so weit erstrecken, dass der Gewalthaber seinen Vollmachtgeber berufen, dieser noch einen Tag zu Hause sein und dann zur bestimmten Zeit erscheinen kann. Dann kann die Gegenpartei den Gewalthaber dreimal lassen tagen die Urtheil zu erhören, und so er dann nicht genug thut, soll dem anhaltenden Theil auf der dritten Contumanz sein Begehr zuerkennt werden.

**198. 1581, Dec. 13/20. Ablösung der Gütten.**

Gütten, die vorneher für jährlich ohne Meldung, dass sie ewig oder ablösig erkannt sind, bezahlt worden, sind um den vierten Pfennig theurer ablösbar als die ablösigen, das ist ein Pfund mit 30 Pfunden, auch andre Gütten an Korn, Wein oder anderm, nach Markzahl des Schlags.

(Aufgenommen in Additiones v. 1598, Art. 55.)

**199. 1583, Juni 26/Juli 3. Verbot der vertragsweisen Verpfändung und der pfändungsweise erfolgenden Ausschätzung der Waffen (Gewehr und Harnisch) des Schuldners.**

(Aufgenommen in Additiones v. 1598, Art. 30.)

200. 1583, Juni 26/Juli 3. Authentische Interpretation von Stat. v. 1571 c. 91 § 1 letzter Satz.

Hat die Mutter einem ihrer Kinder von seines treuen Beistands wegen eine Vorgabe gethan und sterben nachher alle ihre Kinder ohne Leibeserben, so fällt das vergabte Muttergut nicht ganz an den Vaterstamm (wie nach c. 91 Landrechts), sondern je zur Hälfte an Vaters- und Mutter-Muttererben, damit nicht Alles aus einem Stamm in den andern falle.

(Aufgenommen in Additiones v. 1598, Art. 46.)

201. 1583, Juni 26/Juli 3. Ehe mit Fremden.

Verbot derselben, bevor der fremde Theil sein Mannrecht, seine eheliche Geburt, sein ehrliches Geschlecht, frommes Wohlverhalten und dass er nicht schon verheiratet sei nachweist. Verbot der Ehe mit Verwandten.

1583, Juni 26/Juli 3 und Dec. 11/20. Zugrecht, s. Nr. 47 und 48.

202. 1583, Dec. 11/20. Erneuerung von c. 87 der Stat. v. 1571.

(Aufgenommen in Additiones v. 1598, Art. 10.) Vgl. dazu:

203. 1713, Mai 17/24. Wer mehr auf ein Gut setzt als es werth ist, soll ehrlos sein, wie denn auch, wer mehr Schulden auftreibt als er fähig ist zu bezahlen, von den gemeinen Rechten verstossen und sechs Jahre lang vom Land bannisiert werden soll.

204. 1722, Dec. 9/19. Erneuerung der alten Abschiede, dass einer, der ohne unvorhergesehenes Unglück, sondern aus übler Haushaltung nicht zu zahlen hat, ehrlos und auf sechs Jahre vom Vaterland verwiesen sein soll. Die Kinder aber, so ihrer Eltern Schulden nicht zahlen und sich nicht Erb tragen wollen, sollen von den Gemeinde-rechten verstossen sein (Stat. v. 1571, c. 100).

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 8.)

205. 1583, Dec. 11/20. Dreimalige Contumaz.

Bei solcher soll der Richter der gehorsamen Partei ihre Ansprache oder Wehrung auf den Ungehorsamen zusprechen.

(Aufgenommen in Additiones v. 1598, Art. 52.)

206. 1584, Mai 13/16. Vollmacht der Anwälte.

Pflicht derselben zu sofortigem Vorlegen ihres Gewaltbriefs bei erstem Erscheinen vor Gericht.

207. 1584, Mai 13/16. Verbot des Vorschlagens von Pfand für baares Geld.

(Aufgenommen in Additiones v. 1598, Art. 9.)

208. 1584, Mai 13/16. Rechtzeitige Proseguierung der Appellation.

Wenn der vor gesessenen Landrath Appellierende innerhalb der 30 nächstfolgenden Gerichtstage seine Beschwerde nicht eingiebt, so fällt die Appellation auf den nächsten ordentlichen Landrath darnach.

209. 1585, Mai 12/18. Aufstellung eines gemeinen Landrichters, *judex generalis*.

Schon die „Kürzerung des Rechten“ v. 1525 § 20 (Nr. 65), dann die Wahlcapitulation v. 1565 (Einleitung § 3 Anm. 37) und wieder der Abschied v. 1579, Mai 29/Juni 6 enthalten das Begehren an den Bischof, einen gemeinen Landrichter aufzustellen, „die wyl sich ofter malen in einer loblichen landschaft zwüschen geistlichen oder weltlichen personen rechtshendel zutragent, darüber man keyn bequemen noch füglichen richter nit hat, vor welchem solcher span one argwon möge vollzogen werden“, und es schon lange ein Desiderat der Altvordern gewesen, einen gemeinen Landrichter zu haben. Der Bischof nimmt sich Bedenkzeit und erklärt auf dem Landrath 1579, Sept. 10/17 seine Einwilligung, sofern der Richter geistlich sei, denn die Priester müssten bei Annehmen der Priesterschaft geloben, keinem weltlichen Richter zu gehorchen; eventuell will er auch einen weltlichen Richter zulassen, „soferr das die rechtsfertigung sich vor dem geistlichen richter übe bis uf urtheil und dannathin sy beed, der geistlich und weltlich richter, die urtheil fällen.“ Die Boten wollen das an ihre Gemeinden bringen. Jetzt, 1585, bringt der bischöfliche Fiskal ob der Mors vor, er habe in der Castlanei Niedergestelen etlichen bischöflichen und geistlichen Rechten als von unehelicher Kinder Geburt und sonst wie an andern Orten der Landschaft nachfragen müssen und gefunden, dass der Castlan des Orts Hand und Verbot an solche Rechte gelegt habe; ersuche daher, dass der Landrath einen unparteiischen Landrichter über solchen Handel erkiese. Erkannt: soll ein gemeiner Landrichter, so man *judicem generalem* nennt, für diese und alle künftigen dergleichen Sachen erwählt werden. Damit aber keine Uneinigkeit mit dem Bischof entstehe, sollen der Official und der Landeshauptmann samentlich solches Amt versehen, so, dass die Rechtshändel sich sollen vollziehen vor dem Official zu Sitten bis zur Urtheil, zu welcher der Landeshauptmann oder sein Statthalter als Mitrichter soll be-

rufen werden, die über solche Spän endlich zu sprechen haben. — Welches U. Gn. H. gefälliglich auch angenommen hat.

210. 1593, Nov. 20/Dec. 8. Dass fortan Ihr Fürstl. Gn. und des H. Landeshauptmanns Diener als durchgehende gemeine Richter um laufende Schulden an allen Orten gemeiner Landschaft in freien und andern Gerichten, wenn sie darum angesucht werden, dem Gläubiger richten mögen, ob und nid der Mors, ohne dass jemand eine Exception nachgelassen wird, ausgenommen Ausschatzung der Pfänder.

1586, Mai 25/Juni 4. Zugrecht, Nr. 49.

211. 1587, Mai 25/Juni 3. Appellation in Arrestsachen.

Wo Güter in Gerichtshand gelegt sind, können die Ansprecher, denen der Richter ihre Ansprachen aberkannt hat, nur einmal appellieren, damit die Expedition und Bezahlung der Ansprecher nicht zu lang aufgehalten werde.

212. 1587, Mai 25/Juni 3. Authentische Interpretation von Stat. v. 1571 c. 28 verglichen mit c. 68.

Die Boten von Brig hatten einen Widerspruch darin gefunden, dass laut c. 28 der durch gerichtliche Execution in ein Gut Eingewiesene nach Jahr und Tag ewige und unwiderrufliche Bewerdt habe, dagegen c. 68 sage, dass 30 Jahre lang Jeder ein liegendes Gut von dem Besitzer erfordern möge. Der Abschied darüber lautet: Erachtet man unmöglich sin allen Spitzfündigkeiten, so die Mönschen erdenken könnend, eine gewisse Regel und Richtschnur zu machen, doch haben sich die Ratsboten hierob ihres Dunkens erlütert, dass wo ein Gut als für ein verkauft Gut wurd angesprochen, nachdem ein anderer dessen durch Passement, Decret und Bewerdungen in Besitz gekommen ist, der solle dafürthin abgewiesen werden und dem Inhaber für Passement gelten. Wo aber einer sich eines Guts schon auf obbemelte Weise in Bewerdt gesetzt hätte und mittler Zeit ein anderer käme, der möchte an Tag bringen, dass es sein recht natürliche und erbliche Gut wäre, er auch solches nicht eher gewusst, sondern in seiner Kindheit oder sonst abwesend vom Land gesin wäre, der möge noch allzeit inwendig 30 Jahren zu dem seinen kommen. Doch will man auf das mal dieses nicht für eine gewisse Satzung gestellt, sondern einem jeden frommen Richter heimgesetzt haben, nach frommer Conscienz und Gestalt der Sachen hierüber zu erkennen und Urtheil zu fällen.

(In diesem Sinn auch aufgenommen in Additiones v. 1598, Art. 23.)

1587, Mai 25/Juni 3. Zugrecht, s. Nr. 50.

213. 1587, Nov. 29/Dec. 5. Gerichtsstand des Wohnorts für laufende Schulden.

Für laufende Schulden dürfen nicht Güter des Schuldners an andern Orten als seinem Wohnort angefallen werden, sondern vor allen Dingen ist der Schuldner da, wo er wohnhaft ist, darum zu suchen; es wäre denn, dass er da nicht zu bezahlen hätte, oder dass nach seinem Tode sich die Schulden auf viele Erben vertheilten und der Gläubiger nicht weiss, welchem oder wie viel er einem jeden heischen soll.

214. 1588, Juli 30/Aug. 5. Kostancaution Fremder.

Ein Fremder, der in einer Ehesache Klage im Land erhoben hat, weigert sich der Trostung (Kostancaution), da sie in Ehesachen nicht könne gefordert werden. Erkannt: da die Fremden an vielen Orten mit ungebührlichen Mitteln sich eindrängen und Landskinder bethörlen, und so sie der Trostung gefreiet, noch weiter Anlass dazu gegeben würde, sollen die Fremden in Ehehändeln wie in civilischen Sachen Trostung stellen.

1588, Juli 30/Aug. 5. Jagdbann, s. Nr. 104.

1588, Dec. 4/11. Injurie vor Gericht, s. Nr. 185.

215. 1588, Dec. 4/11. Processkosten.

Die von der unterliegenden Partei an die siegende zu zahlende Entschädigung wird erhöht, besonders soll für die Heimkehr ebensoviel gerechnet werden als für das Hinfahren zum Gericht, was bisher nicht geschehen. — Vielleicht identisch mit Additiones v. 1598, Art. 1.

1589, Nov. 26/Dec. 7. Lärchenbohren, s. Nr. 192.

- 216 1590, Dec. 4/18. Bevogtung volljähriger einfältiger Personen.

Einfältige Personen sollen durch ihre Verwandten mit Wissen und Willen der Obrigkeit, nöthigenfalls durch letztere selbst mit Vögten versehen werden; ihre Güter sind ohne heischende Noth nicht zu verkaufen bei 25 lib. Busse und Nichtigkeit des Kaufes.

(Aufgenommen in Additiones v. 1598, Art. 34.)

1591, Dec. 1/11. Beleidigung vor Gericht, s. Nr. 186.

1593, Nov. 20/Dec. 8. Gemeinen Landrichter betr., s. Nr. 210.

217. 1594, Dec. 4/12. Nachbarrecht betr. Baumnähe.

Bäume innerhalb 2 Fuss von der Grenze darf der Nachbar mit Abtrag eines gebührlichen Kostens fällen.

(Aufgenommen in Additiones v. 1598, Art. 56.)

1594, Dec. 4/12. Zugrecht, s. Nr. 51.

## 218. 1598, Dec. 5/13. Zoll und Fuhrlohn am Simplon.

Verordnung über Zölle und Fuhrlohn für Kaufmannsgüter und Waaren, die über den Simplon durch das Land Wallis gehen, damit aller Missbrauch und überschwengliche Vortheil der Wirthe, Führer, Karrer und Zolner abgestellt werde.

1599, Juni 12/19. Beleidigung vor Gericht, s. Nr. 187.

## 219. 1602, Juni 23/30. Währschaft bei Verkauf.

Bei Eviction eines verkauften Gutes kann der Käufer nicht kraft Generalpfandrechtes die bereits anderwärts veräusserte Habe des Verkäufers pfänden.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 5.)

1602, Dec. 8/17. Zugrecht, s. Nr. 52.

1602, Dec. 8/17. Jagdbann, s. Nr. 105.

## 220. 1603, Mai 18. Anmeldungspflicht der Pfandgläubiger bei Auskündigung des Schuldners.

Alle Gläubiger, ob sie gleich durch Versatz, Verkauf auf Losung, Bürgschaft oder sonst von ihrem Schuldner wohl versichert sind, sollen ihre Ansprachen doch anmelden und verificieren. Die Unterpfandsgläubiger werden aus den Pfändern bei der Distribution zuerst befriedigt; was übrig bleibt kommt an die Gläubiger der laufenden Schulden dem Datum nach von den ältesten zu den jüngsten.

## 221. 1603, Nov. 30. Eheschliessungsrecht.

Verbot der Ehe zwischen Bluts- und geistlich Verwandten. Dreimalige Auskündigung an Sonn- und Festtagen. Wenn eine rechte Ehe geschlossen ist, soll die sacramentalische Vermählung nicht länger als zwei Monate aufgeschoben werden. Verbot der heimlichen Vermählungen.

## 222. 1604. Ausschluss derer, die an protestantischen Schulen studiert, vom Notariat.

## 223. 1604, Juni 13/22. Aufhebung des Rechts des Bischofs auf den Nachlass der Geistlichen.

„Damit desto williger mancher ehrlicher Landmann seine Kinder zu dem priesterlichen Amt lasse,“ hat der Bischof sich erboten, seine bisher geübte Succession in Erbfällen dahin zu stellen, dass die Güter der Geistlichen inventarisiert und ihm jährlich nach dem Ertrag des Einkommens mit einem Pfennig erkannt werden, nach ihrem Tode aber die erblichen und gewonnenen Güter an ihre Freunde und Nächsten nach Landrecht fallen sollen.

224. 1605, Dec. 4/12. Verbot der kirchlichen Trauung ohne vorhergegangene ordentliche Verkündung.

1606, Mai 19/20. Zugrecht, s. Nr. 53.

225. 1607, Dec. 9/19. Strafe der Ehrbeleidigung gegen Beamte.

Zu Stat. v. 1571 c. 134 wird beigefügt, dass wer das dritte Mal sich so verfehlt, ans Halseisen gestellt werden soll.

226. 1607, Dec. 9/19. Eheversprechen und Eheschliessung.

Zu den Ehesachen ist der Pfarrer oder der Richter des Orts und in deren Mangel zwei ehrliche glaubwürdige Zeugen zu berufen, und wo solches unterlassen wäre und Differenz entstünde, also dass es nicht könnte bezeugt werden, soll es für keine Ehe gehalten werden. Haben zwei Personen einander zur Ehe genommen und den Beischlaf vollzogen, und verläugnet dann das eine von ihnen die versprochene Ehe und dieselbe kann nicht wie obgesagt bezeugt werden, so soll sie für keine Ehe gehalten werden. Kein Fremder soll eine Tochter oder Frau ohne Wissen und Willen ihrer nächsten Freunde zur Ehe nehmen bei Strafe des Halseisens und Vernichtung des Ehetags. Vgl. Nr. 181 a. E. Indessen wird schon 1609 Dec. 14/23 die Strafe des Halseisens in Rücksicht auf die Gefahr des Gegenrechts und weil diese Strafe hässlich und ehrverletzend ist, aufgehoben und ersetzt durch Confiscation des Drittels des Vermögens derselben Tochter oder Frau zu Gunsten ihrer Verwandten.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 14.)

1608, Dec. 14/23. Zugrecht, s. Nr. 54.

1608, Dec. 14/23. Ladung in das Thal Josaphat, s. Nr. 178.

227. 1609, Dec. 14/23. Ausschluss des Gefährdeeids in ehrverletzlichen Rechtshändeln und in criminalibus.

228. 1609, Dec. 14/23. Appellationssumme.

Appellation an den Landrath ausgeschlossen in Sachen unter 60 lib., bei Verlust der Ansprache und der Kosten.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 15.)

229. 1609, Dec. 14/23. Verbot der Vorladung vor den Landrath in erster Instanz, bei Verlust der Ansprache und der Kosten.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 15.)

230. 1644, Dec. 4/21. Dasselbe ausdrücklich für das Gouvernement Monthey eingeschärft, wo der Unfug eingrissen, dass die Unterthanen einander von kleiner Ursach wegen vor gesessenen Landrath pro prima instantia eingetragen. Ausnahme für Sachen, die eine h. Obrigkeit antreffen, und den Unterthanen vergünstigt werde.

1610, Dec. 13/24. Urkundbriefe, s. Nr. 157.

1611, Juni 19/27, u. 1613, Mai 11. Jagdbann, s. Nr. 106  
u. 107.

231. 1614, Dec. 10/21. Bürgeraufnahme Fremder.

Verbot der Aufnahme in Zenden- und Gemeinderecht, wenn sie nicht ihr Mannrecht, Abschied (Entlassung aus fremder Angehörigkeit) und glaubwürdigen Schein ihrer freien Geburt vorlegen, „damit durch thalberige oder leibeigene Personen das Vaterland nicht beschwert werde und gute Geschlechter und Häuser nicht durch sie betrogen werden.“ Vgl. Nr. 116.

232. 1615, Dec. 1/16. Verfahren bei *cessio bonorum*.

Wenn ein Schuldner sein Gut in Rechtshand zu distribuieren giebt, sollen die Gläubiger nach dem Rang ihres Alters für ihre Forderungen bezahlt werden, und wenn noch etwas übrig bleibt, soll für jeden noch das Dritteln pro rata sammt dem Zins davon genommen werden. Reicht aber das Vermögen nicht aus, so ist der Schuldner nach Landrecht zu strafen wie ein Dieb.

233. 1615, Dec. 1/16. Anfall des Guts Unehelicher und Hin- gerichteter in der Landvogtei St. Maurice.

Der Nachlass Unehelicher in der Landvogtei, die ohne Leibeserben sterben und nicht thalberig sind, fällt dem Bischof heim; der Nachlass solcher an Orten, die der Thalberigkeit unterworfen sind, dem Amtmann, als da das territorium thalberig ist, laut der Juristenregel: *quod natura dedit accidens, tolli non debet.* — Die Güter exequierter Personen soll der Landvogt nicht albergieren, sondern sie fallen dem Bischof zu nach Abzug der Kosten und Bussen durch den Amtmann.

1615, Dec. 1/16. Appellung aus den Vogteien, s. Nr. 144.

234. 1616, Mai 23/Juni 1. Verbot des Verkaufs noch nicht angefallener Erbschaften.

Viele Personen verkaufen wegen ihres üblichen Haushaltens Wart und Erbschaft der Eltern um geringen Preis; solcher Verkauf soll ungültig sein und der Käufer hat seine Ansprache verloren. Der Absch. v. 1637, Mai 17/26 verbietet speciell solche Verkäufe durch unmündige Kinder. Allgemein Revision v. 1780, Art. 10 § 1.

235. 1616, Mai 23/Juni 1. Verbot von „*venditiones casuales*.“

„Das ist: Verkäufe unter eim verzwückten Zyl (s. Anm. zu Nr. 51) oder unter den begrifflichen spitzfündigen Beredungen, wodurch manchem kummerlich der halbe Theil des Werths an das Seine wird, und mag in

solchem Fall nach geschehener Verfallniss keinem mehr zugelassen werden darab zu nehmen als die Hauptsumme, Drittel darauf und der billige Kosten.“

Nach der Revision von 1780, Art. 21 handelt es sich um wucherliche Beredungen, namentlich *lex commissoria*.

236. 1616, Mai 23/Juni 1. Verbot von Einzugssteuern u. dgl. von Gemeinden.

Etliche Gemeinden beschweren sich, dass an Orten, wo 10, 20, auch nur 5 oder 6 Häuser sind, eine Gemeinde daraus gemacht wird, welche Satzungen, Bauernzünfte und Burgrechte statuiert des Inhalts, dass wenn ein des Burgrechts oder Geschnidts (wie sie es nennen) der Gemeinde nicht Theilhaftiger durch Kauf, Erbschaft oder Heirat Gut daselbst an sich bringt, er sich um einen grossen Pfennig erkennen muss, u. A. Erkannt: solche Auflagen sind unter Landleuten unzulässig, man soll landlich und brüderlich hausen, und alle Bauernzünfte sollen dem Landrath vorgelegt und die, so dem Landrecht zuwider, abgethan werden.

1616, Mai 23/Juni 1. Zugrecht, s. Nr. 55.

1616, Mai 23/Juni 1. Wucher, s. Nr. 81.

237. 1616, Dec. 12/24. Viehzoll.

Befreiung der Landleute aus den obren Zenden vom Viehzoll für das in den untern Zenden gekaufte Vieh, wenn sie beschwören, dass sie es für eigenen Hausgebrauch kaufen, nicht aber wenn sie es nach Lamparten verkaufen wollen. Trug und List wird mit 3 lib. und Verfallniss des Viehes gebüsst.

238. 1617, Dec. 11/24. Befugniss des Bischofs in Ehe- und Arrestsachen.

In einem Ehehandel hatte der Bischof einen Schied gethan, gegen den die Mannsperson an den Legaten appellierte. Unter Erneuerung des Verbotes des Austagens in die Fremde (Nr. 28 f.) wird geordnet: der Bischof soll fortan eigner Autorität keine Ehe scheiden noch in Ehesachen, so gleicher grosser Consequenz sind, einzig erkennen, sondern mit Rath geistlicher und weltlicher Obrigkeit. Ebenso soll der Bischof oder ein Richter unsrer Landschaft Niemanden eigenen Gewalts, sondern blos mit Rath weltlicher Beisitzer in Haft oder Arrest nehmen, „dawider doch der Bischof protestiert hat.“

239. 1618, Juni 5/15. Processentschädigung in criminalischen, das ist in ehrverletzlichen Sachen.

25 Gros täglich für Zeitversäumniss und Tisch. Fremde,

die das zu wenig finden, sollen gehalten werden wie die Unsern bei ihnen.

1619, Juni 9/22. Zugrecht, s. Nr. 56.

1619, Weihnachtslandrath. Wucher, s. Nr. 82.

240. 1619, December. Ordnung über Tauf-, Gevatter-, Hochzeit-, Begräbnissmahlzeiten, Kleider, zur Beschränkung des Luxus.

Oefter wiederholt. Ausführliches Kleider- und Gasterienmandat z. B. 1688, Mai 12/22.

241. 1619, December. Unzuchtstrafe.

Welche Person im Ehestand einen Bastard bekommt, zahlt für das erste Mal dem procurator fiscalis den Synodalbann von 25 lib. und den Kosten; für das zweite Mal trifft sie Verweisung vom Vaterland während Jahr und Tag; für das dritte Mal hat sie das Leben verwirkt und wird mit dem Schwert hingerichtet, ohne Confiscation ihres Gutes. Gleiche Strafe für die, so zum dritten Mal im Ehebruch betreten wird.

242. 1619, December. Bürgerlicher Tod.

Wenn eine Person wegen ihrer Missethat auf 101 Jahre aus dem Land verwiesen wird, oder dem Rechten nicht erwarten darf, deren Hab und Gut durch Erkenntniss des Rechten in Confiscation geriethe, und sich in Jahr und Tag persönlich nicht stellt, so wird sie für todt gehalten und es mag der unschuldige im Land gebliebene verlassene Ehegatte wieder heiraten, es sei Mann oder Frau.

243. 1619, December. Testamentsrecht. Landrechtsbestätigung.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 22 § 1.)

244. 1619, December. Strafe schwangerer Personen bei Brautgang.

Wenn Verlobte Kirchgang und Verehelichung verschieben, bis das Weib schwanger ist, und darnach das Weibsbild mit grossem Bauch zur Kilchen mit einem Kranz wie eine Magd dahertritt, ist geordnet, dass alsdann das überlebende Ehegemahl sein Leibding verloren haben soll und jedermann erlaubt sei, ihr auf dem Kilchgang den Kranz der Ehren ab dem Haupt zu nehmen und einen strohernen aufzusetzen ihr zur Schmach.

245. 1622, Aug. 6/15. Appellation an den Landrath.

Alle Parteien ob und nid der Mors, so vor den ordentlichen Maien- oder Weihnachtslandrath appellungsweise zu erscheinen remittiert, sollen in den ersten 3

Tagen nach Beginn des Landraths sich beim Landeshauptmann anmelden, den Tag der Remission auf Urtheil anzuhören, und wenn sie das versäumen, wird am 4<sup>ten</sup> Tag dem Widertheil auf sein Begehr und erlangte Contumanz hin ohne Weiteres Recht gesprochen. — Beide Parteien sollen in solchen Appellungen den ganzen Rechtshandel in einen kurzen summarischen Begriff verfassen und diesen in gesessenem Landrath auflegen, damit diese Sachen den Landrath nicht zu lang aufhalten.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 26 § 1.)

1623, Aug. 6/15. Jagdbann, s. Nr. 108.

1626, Dec. 13/23 u. 1627, Dec. 6/24. Raubthierprämien, s. Nr. 26 u. 27.

1627, Dec. 6/24. Lärchenbohren, s. Nr. 193.

246. 1629, Dec. 9/24. Substitutionsrecht.

Etliche Boten haben sich verwundert, dass den Untertanen gestattet sei, bis in 4<sup>ten</sup> Grad zu substituieren (s. unten Nr. 475 c. III), während den Landleuten selbst Hände und Füsse gebunden seien und sie nicht eine einzige Substitution thun dürfen, da doch oft ein Landmann dadurch Kinder, die ihm Leid verursachen, zähmen, oder gute Freunde, die sich um ihn verdient gemacht haben, auf den Fall kinderlosen Absterbens seiner Kinder begaben möchte. Daher wird jedem Landmann, so zu testieren bequem ist, eine einzige Substitution zugelassen, doch unter Beobachtung der Form Landrechts und Revision.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 22 § 2.)

1630, Juni 16/Juli 2. Thalberigkeit, s. Nr. 126.

247. 1630, Dec. 8/24. Tödtung fremder Thiere auf eigenem Boden.

Wer fremde Schafe, Geissen, Schweine, Esel, Böcke in seinen Gärten, Baumgärten, Reben und gesäeten Aeckern findet, darf sie umbringen und ausserdem Schadenersatz vom Eigenthümer fordern, welcher noch dazu dem Richter und dem Ortshüter je 3 lib. bezahlen muss.

248. 1631, Juni 22/Juli 13. Verbot von Amtshandlungen des Statthalters im Lande nid der Mors.

Keinem Landeshauptmannsstatthalter ob oder nid dem Raspilly wohnhaft ist gestattet Mandate an die Untertanen abzusenden, viel weniger Confiscation von Malefizpersonen zu ziehen, denn solches dem Landeshauptmann zugebührt.

1631, Dec. Lohn des Scharfrichters, s. Nr. 169.

## 249. 1632, Juli 26/Aug. 8. Unhauslichkeit der Ehefrau.

Da die Frauen oft unhauslich sind und ein Ursach, dass die Männer ihre und ihrer Frauen Güter verkaufen müssen, nachher sie aber doch die Recompens auf des Mannes Gütern nach Landrecht begehren, statuiert: dass diese Recompens auf Ausspruch der Obrigkeit, wo sie begehrte wird, stehen soll, dieselbe werde wohl wissen, ob die Unhauslichkeit durch den Mann oder durch die Frau geschehen sei.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 27.)

## 250. 1632, Dec. 5/19. Ausschluss der Haftpflicht des Leibdingers für voreheliche Schulden des verstorbenen Ehegatten.

Damit der Leibdinger nicht, wenn er nach Landrecht (Stat. v. 1571, c. 112 § 10) alle Schulden des verstorbenen Gemahls zahlen muss, noch sein eigenes Gut verliere, wird erläutert, dass der Leibdinger die Schulden, die der verstorbene Ehegatte ererbt oder sonst vor der ehemaligen Beiwohnung aufgetrieben, nicht zahlen müsse, sondern nur die Schulden, so die Eheleute während der Ehe aufgetrieben haben.

## 251. 1632, Dec. 5/19. Strafprocess betreffend.

Die Richter in Malefizsachen sollen nicht Examina mit Folter in Criminalsachen aufnehmen ausser in Beisein von 1 oder 2 ihrer verständigsten Assessoren. Die Depositionen der Zeugen sollen einem jeden Wort zu Wort vorgelesen werden.

## 252. 1632, Dec. 5/19. Richterliche Verbannung aus einer Gemeinde bedeutet Landesverweisung.

Oft wiederholt, so 1634, Dec. 3/20 (kein Zenden soll einen Bandisierten annehmen bei 100 Ducaten oder Silberkronen Busse in den Landesseckel); 1714, Dec. 5/15; 1718, Dec. 7/17 (der bannisierende Richter soll berechtigt sein, den Verbrecher durch die übrigen Zenden führen zu lassen ohne vorherige Begehrung und Licenz Transits); 1724, Mai 10/20.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 3.)

## 253. 1633, Dec. 4/19. Ordnung des Verfahrens in Malefizsachen.

(Auf besonderm Blatte in Band XVI der Abschiede hinter dem Abschied des Weihnachtslandraths 1633 eingehetzt.)

Ordnung welche M. G. H. der Landshauptmann und Gesandten von allen siben Zenden in ihrem Wjenacht Landrat diss 1633 Jahrs gemacht, was gestalten nunforth in Criminal und Malefiz Sachen gleich im obern als

im vndern Wallis durch die Richter und Bevelchsleüt bey Unhulden der hohen Oberkeit sölle procediert werden, in Anschauw dass M. G. H. verstendiget, dass die armen Personen bisweilen 24 Stund in der Wannen gewesen.

Und erstlich soll der Richter in Aufnemung aller der Kuntschaften, so Ehr und Gut berüerend, zwen der ansehnlichsten Herren Beysitzeren zu sich beruofen, damit dieselben sehen mögend, was für ein Eyd auch Zufragen den Zeügeren fürgehalten werdent.

(2.) Item dass dieselben Zeüger fromb und aufrecht, dass ihnen auch Eyd und Ehr wol zu vertrauwen seige, dass sie auch kein Beiheyss noch Füntschaft noch einichen Criminal Handel mit der accusierten Person gehebt.

(3.) Mehr dass die Zeüger causam illorum scientiae und offbare circumstantias, warumb sei die Person anklagend, zu sagen wissend.

(4.) Item dass numerus competens der also wie ob qualificierten Zeügeren sich befünde, und dz ad minus zwen von einer matery sagende einhellig seigend.

(5.) Mehr dass der Richter in sölchen Criminal Sachen, wan er die Zeüger examiniert, dise noch yene Person nominiere noch nambse, sonders in genere frage, und also gantz behutsam in Aufnemung der Kuntschaften in sententia detentoria auch in den Proceduren sich erzeige, damit nicht etwa der unschuldig umb Hab und Gut, auch die seinige in höchster Unehr aus Mangel der gebürenden Fürsichtigkeit gerathen, noch umb dz das ihme nyemants als Gott geben noch erwidren mag, gebracht werde.

(6.) Wan sich auch zuträgt, dass in der Procedur einer am Seyl oder sonstig examiniert würd, so soll der Richter noch die H. Beysitzer nicht fragen auswendig deme so in den examinibus begriffen, auch nit sagen: hast du nicht dise noch yene Person im Tantzplatz oder Sinagog gesehen, auch nicht vermelden, du hast disem diss verderbt, dem anderen yenes, zu Abhaltung grosser Weitleyfigkeit und Uebels, so aus disen Zufragen entspringen mögend.

(7.) In der Assignation soll die gefangne Person dreymal aufgezogen werden, sub intervalla, und einiches mal mehr dan ein halbe Stund aufgezogen verbleiben, und soll auch fleissig in acht genommen werden, dass die arme Person voll und recht am Seyl gebunden werde, und dass die Taumen und andere Finger nicht einer vor den andren, sonders gantz gleich angebunden werdent.

(8.) In der andren Assignation aber mögent sub intervalla neün Schütz, yedes mal drey, doch ohne Stein, gegeben werden, und nicht weyters.

(9.) In der dritten Assignation mag der 25pfündig Stein wie vermeldet gebraucht werden.

(10.) In der vierten aber mag der 50pfündig Stein, welchen man hiermit den grossen Stein will verstanden haben, zum dritten mal mit Aufziehen gebraucht werden. Oder aber die Wannen, welche Wannen man nicht anderst brauchen soll als wie volget, namblich dass die Person an derselben nicht lenger als drey mal und yedes mal ein Stund angebunden, auch drey mal auch ein Stund ein yedes mal soll entpunden werden; yedoch sollent die Richter allzeit die Kräft oder Schwachheit der armen gefangenen Personen wol ansehen, hierin auch die Bescheidenheit der Herren Richteren und Beysitzeren nach den Begebenheiten vorbehalten.

(11.) Es sollent auch die geübte Proceduren aller und yeder Assignationen in den Processen wol und deütlich inseriert werden.

(12.) Schliesslich so wollend M. G. H. die Herren Richter ernstlich gemant haben, dz sey im Kosten gleich in Innemung der Kuntschaften, der Proceduren und Executionen so weit möglich verschonen thüend, damit der armen hinderlassenen Weyslinen und Erben desto mehr Gnad kenne bewisen und erzeigt werden.

Welche wie obgemachte Ordnung nicht lautprecht soll gemacht, sonders in gheimb bey und nebent den Ehren Siglen eines yeden Zenden wol inbeschlossen verbleiben, damit man sich dero wan es von Nöhten behelfen und sich darin erspieglen möge.

Johann Fromb.

(Landschreiber.)

(Im Abschied selbst ist bemerkt: „Diese Ordnung ist aber aus bedenklichen Motiven nicht in Abschied gestellt worden, wird aber in jedem Zenden zum Zendensigel gelegt, damit im Notfall sie kann hervorgenommen werden und der Richter sich daran erspiegeln können.“

Der Art. 2 der Revision von 1780 [in der gedruckten Ausgabe der Statuta Vallesiae, Seduni 1843, p. 171 ss.] hat mit diesem Abschied von 1633 viele Uebereinstimmung neben manchen Abweichungen.)

254. 1634, Juni 4/20. Verbot des Ausbedingens einer *quotalitis* als Honorars durch die Fürsprechen.

1634, Juni 4/20. Jagdbann, s. Nr. 109.

1639, Juni 12/22. Wucher, s. Nr. 83.

1641, Mai 26/Juni 7. Zahlung in fremdem Geld, s. Nr. 147.

255. 1641, Dec. 1/15. Taxordnung für Gerichtsdiener, Advocaten und Schreiber.

Neu aufgesetzt unter Erhöhung der Taxen.

256. 1643, Mai 4/17. Verjährung des Rückkaufsrechts in 60 Jahren.

Verkauf sub reacheto perpetuo oder ewiger Ablosung ist dem Landrecht zuwider, welches 30jährigen Besitz schützt, daher die reacheta perpetua sich nicht weiter als auf 60 Jahre erstrecken sollen a dato des Verkaufs. Was aber nach diesem Abschied unter dem Wort der ewigen Ablösung wird verkauft werden, dafür gilt die Frist von 30 Jahren. — Erneuert 1700, Mai 5/14; 1741, Dec. 6/16 (der Landvogt zu Monthey fragt, ob das auch gegen die Minderjährigen gelte; Antwort: ja, denn sie haben Vögte, die für sie sorgen sollen).

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 29.)

1643, Mai 4/17. Notarialische Acte, s. Nr. 158.

257. 1644, Mai 22/Juni 5. Satzung betreffend Lehnrecht.

(Auf besonderem Blatt im Abschiedband XVII bei dem betreffenden Datum eingehaftet.)

Art. 1. *Recognoscendo avantarius homagii ligii non amplius confitebitur se esse hominem ligium, sed responsorem et avantarium feudi homagii ligii sine fidelitate vel sufferta aut eorumdem repraesia aliqua faciendis seu recipiendis, census, redditus, tallias, tributa et alia cuiusvis generis aut speciei emolumenta in praecedentibus recognitionibus contenta annualiter solvendo, prout et laudimia in qualibet recognitionum renovatione de quadraginta in quadraginta annos fienda, scilicet de et pro integro laudimio sextum denarium, in et pro semilaudimio autem medietatem, id est duodecimum denarium, gratia domini feudalis ad eius pietatem et charitatem si minus recipere luberet salva, satisfaciendo, ut cui recognitionum renovationis onus contigerit, illi et laudimiorum perceptio et utilitas eveniat; pro qua quidem fidelitatum, suffertarum et repraesiarum hucusque solitarum necnon excheutarum aut commissionum inde seu earumdem defectu eveniendarum ablatione et exemptione servitium in dictorum*

homagiorum recognitionibus contentum duplicari et sic recognosci ac annualiter solvi debeat.

Art. 2. Presbyterorum spolia omnino et praecise tolluntur nec phiscus quisquis supra aut infra Morgiam eadem exnunc percipere praesumat, ne eidem opponere cogatur.

Art. 3. Permittitur Reverendissimo Domino Episcopo, ut obedientiam desenatim recipiat (nisi jam per oratores desenorum post electionem praestita contentari velit, prout Magnifici Domini Ballivi consimili contentantur), dummodo authenticas literas testimoniales erigat, libertates, immunitates, jura, praeeminentias et usus scripta vel non scripta laudabilium septem desenorum rata grata et inviolata observando, nec alias aut alio modo.

(Diese Artikel sind beschworen von den Gemeinden Savièse, Ayent, Grémisat, Bramois, Mages, Evolène, St. Martin, Vernamesia, Nax und Vex laut beige bundenen Verbalproceszen.

Sie sind bestätigt im Abschied von 1672, Dec. 7/16.)

- 1644, Dec. 4/21. Eintagung vor den Landrath, s. Nr. 230.  
 258. 1648, Mai 4/15. Authentische Interpretation von Stat. v. 1571, c. 116.

Nach diesem c. 116 sollen die Männer „erscheinen“, was sie zu ihren Frauen bringen, wenn sie sich in deren Häuser haushäblich einsetzen; daraus entnehmen etliche, dass nach Tod der Kinder oder Kindskinder Vatererben „erscheinen“ (fidem facere) sollen, was ihnen zuständig sein solle, da doch ein andrer Artikel des Landrechts (c. 41 § 2) laute, dass in Ausfall der Erbschaften Vatererben den Muttererben sollen vorgezogen und in Bewerdt der Güter gesetzt werden. Statuiert: c. 116 erstreckt sich nicht weiter, als wenn es zu dem Fall kommt, dass das Weib vor dem Mann stirbt; sobald aber Kinder und Kindskinder vorhanden und Vater- und Muttergut zusammengefallen, sollen nach Inhalt des andern Cap. Vatererben eingesetzt sein, bis Muttererben erscheinen, was von ihrem Grade herkommt.

- 1653, Dec. 7/22. Güter der todten Hand unterliegend, s. Nr. 127.

259. 1660, Juni 2/15. Natur der assignatae confessiones und hypothecae.

Die auf liegende Güter gesetzten Schulden, so hypothecae und assignatae confessiones heissen, sind in allen Contracten und judiciis für liegendes Gut zu achten.

260. 1700, Dec. 9/18. Da die Unterthanen von Bouveret meist ihre Effecten an laufende und ungesetzte Schuldbriefe anwenden, damit eine Landschaft der Rechte, so sie auf ihre liegenden Güter hat, betrügerisch zu privrieren, so ist statuiert, dass alle Obligationes und Schulden, so die Summ 20 florin übersteigen, unter was Form sie möchten aufgerichtet werden, für gesetzte Schulden und consequenter liegendes Gut sollen geachtet werden, und dass, falls sich bei einem Gläubiger von einem Schuldner mehr als eine dergleichen Schuld befinden wurde, die übrigen auch die Natur der gesetzten annehmen sollen.

1664, Jan. 2/12 und Mai 7/14. Verlassenschaft Thalberiger, s. Nr. 128 u. 129.

261. 1668, Dec. 5/17. Stilus bei Aufrichtung der Satzungsschriften.

In Aufrichtung der Satzungsschriften wird ein ungewohnter Stilus gebraucht, indem man statt einer ledigen Satzung einen ewigen Zins unter gleichfalls immerwährender Ablösung vermittelst Baarzahlung des Capitals und Remenantien thut verbleiben, dergestalt dass wann gleichwohl der Schuldner sich einbildet, er habe ewige Ablosung und Proprietät und überdies könne der Vertrauer (Gläubiger) das Capital nicht einziehen, ist die Sach weit anders und sieht mehr einer Infeudation als einer ledigen Satzung gleich, weil der Creditor durch die Anteriorität der Datum in immerwährendem Possess des Gutes bleibt und jährlich 6 % davon zieht oder sich in Possess setzen lässt. Solches abzustellen ist statuiert, dass wenn dergleichen Instrumente sollten aufgerichtet werden, dieselben dem Richter des Orts confisziert seien mit Busse von 25 lib.

1672, Mai 11/19. Nachlass Thalberiger, s. Nr. 130.

262. 1675, Dec. 4/14. Verbot des schädlichen Tabaksaufens, dadurch nicht allein grosse Feuersgefahr entsteht, sondern auch grosses Geld aus dem Lande gezogen wird. Busse 3 lib. Der beim Tabaksverkauf ertappte Krämer zahlt 25 lib. Busse und aller Tabak bei ihm soll confisziert werden. Der Absch. 1688, Mai 12/22 schliesst ebenfalls den Tabak hohoberkeitlich aus unserm lieben Vaterland gänzlich aus.

1682, Mai 7/16. Zugrecht, s. Nr. 57.

## 263. 1685, Dec. 5/19. Cautionspflicht bei Klagerhebung.

Da sich tägelhaftige Leute befinden, die nichts oder wenig zu verlieren haben und nur trachten, wo sie den Nächsten in Kosten und Schaden bringen können, dem vorzukommen ist statuiert, dass fortan Jeder, so ein Täglich vor einem Landrath führen will, mit einer genug-samen Trostung versehen sein soll.

## 264. 1687, Dec. 10/20. Gerichtsergänzung bei Richterausstand.

Sind nicht genug unparteiische Beisitzer in einem Ort vorhanden, so soll man solche von den nächstgelegenen Orten begehren, und nicht die Sache an ein Gericht in einem andern Zenden bringen.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 35.)

## 265. 1689, Mai 11/18. Richter über Incest.

In der Landvogtei St. Maurice hatte einer einen Incest in tertio gradu begangen, der Fiskal wollte ihn strafen, der Landvogt aber nahm für sich die leibliche Bestrafung in Anspruch. Hiegegen protestierte der Bischof für seine und des Tischs von Sitten Rechte, indem secundus et tertius in incestu keine leibliche Strafe verdiene. Statuiert: Hat I. Hochfürstl. Gnaden solches Recht gehabt und nicht eine leibliche Strafe verfällt, will man es Ihro nicht abnehmen, doch soll ohne Hilfe und Beistand des Richters nicht durch den Fiskal ge-strafft werden.

## 266. 1690, Dec. 6/16. Folgen des Erbverzichts der Kinder.

Wenn von den Kindern einige die Erbschaft antreten, andre nicht, so nehmen die erstern Alles und müssen auch alle Schulden zahlen, nicht blos pro rata ihrer Theile. Die Kinder aber, die sich nicht Erb tragen wollen, sollen zur Strafe der Schmach, die sie ihren Eltern anthun, nicht allein von allen Erbschaften im selbigen Grade bis in den 4<sup>ten</sup> Grad ausgeschlossen, son-dern auch ihres Burgrechtes beraubt sein.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 25. Vgl. übrigens schon Stat. v. 1571, c. 100.)

## 267. 1691, Mai 9/19. Appellation gegen Urtheile des Landvogts.

— geht nicht an den Landeshauptmann, sondern im-mEDIATE vor den souveränischen Stand, weil der Land-vogt den Stand repräsentiert.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 26 § 2.)

## 268. 1691, Mai 9/19. Abzug bei Gutsverkauf an Fremde.

Der Abzug (5%) wird bezahlt dem Richter rei sitae, nicht dem des Orts, wo die Zahlung geschieht.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 32.)

269. 1692, Dec. 10/23. Aufhebung der Gemeinderschaft. . .  
 Sobald die Brüder sich von einander separieren und das Mindeste nicht in commune bonum anwenden, sollen sie für vertheilt gehalten werden.
270. 1693, Dec. 9/19. Abzugsfreiheit von Zenden zu Zenden.  
 Ein Landmann zieht frei von einem Zenden in den andern. Zieht aber ein Landmann oder ein Fremder Güter aus der Landschaft in die Fremde, so zahlt er Abzug nach Landrecht.  
 (Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 32 i. f.)
271. 1693, Dec. 9/19. Erbrecht der Unehelichen.  
 Uneheliche erben weder von Vater noch von Mutter her, doch die billigen Gaben reserviert.  
 (Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 17.)
- 1694, Mai 5/15. Thalberigkeit, s. Nr. 131.
- 1695, Mai 11/20. Zugrecht, s. Nr. 58.
272. 1695, Dec. 7/19. Verbot neuer Pfründen und Stiftungen.  
 Sie dienen zum Ruin des armen gemeinen Manns und zu Nachtheil der Hauptkirchen. Werden entgegen diesem Verbot solche Stiftungen aufgerichtet, so darf bei hoher Strafe Niemand, der auswärts gesessen, von solchen Stiftungsgeldern annehmen und entlehnen, sondern die Stiftung muss die Gelder bei sich im Orte behalten.
273. 1695, Dec. 7/19. Gerichtsstand.  
 Auf die Frage, ob nicht ein Unterschied zwischen Landleuten und Fremden bezüglich des Rechts, dass der Beklagte vor seinem ordentlichen Richter zu suchen, gemacht werden solle: dieses Recht gilt für die Landleute und in dem Unterthanenland zwischen den Unterthanen selbst. Der freie Landmann kann aber den Unterthan pro prima instantia vor dem Bischof oder dem Landeshauptmann oder dessen Statthalter betagen.
- 1698, Mai 7/17. Thalberigkeit, s. Nr. 132.
- 1700, Dec. 9/18. Obligationes, wann liegendes Gut, s. Nr. 260.
- 1702, Mai 10/20. Thalberigkeit, s. Nr. 133.
274. 1703, Mai, 9/19. Verschollenheit.  
 Wenn man von einem, so ausser Landes ist, innerhalb 30 Jahren keine Nachricht hat, soll er für todt censiert werden.  
 (Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 39.)
275. 1703, Dec. 5/17. Competenz der Untercastlane der Landvögte.  
 In mere civilibus erste Instanz. Criminalia und quasi-criminalia gelangen immediate vor das obere Gericht.

1703, Dec. 5/17; 1705 Dec. 9/18; 1706 Mai 26/Juni 4.

Thalberigkeit, s. Nr. 134—136.

276. 1709, Mai 8/18. Erbfolge der Geschwisterkinder.

Die 6 obren Zenden erklären am alten Landrecht festzuhalten (Stat. v. 1571, c. 91 § 1), also Erbrecht in stirpes. Sitten dagegen will in capita succedieren lassen.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 56.)

1709, Dec. 4/18; 1711, Dec. 9/22. Zugrecht, s. Nr. 59 und 60.

277. 1713, Mai 17/24. Verbot der Verpfändung von Gütern in der Vogtei St. Maurice an Berner.

278. 1713, Mai 17/24. Verbot der Culturveränderung zur Umgehung der Grundlasten.

Die von Fully haben auf etliche Bünten und Matten die Tallien gelegt, als ob es Weingärten wären. Statuiert: die alten Ordinanzen werden bestätigt und soll kein Acker noch Matten in Weingärten verkehrt werden bei alter Busse, consequenter diese Maxe auf alten Fuss gesetzt werden.

1713, Mai 17/24. Thalberigkeit, s. Nr. 137 und 138.

1713, Mai 17/24. Strafe des zu starken Schuldenmachens, s. Nr. 203.

279. 1714, Dec. 5/15. Pflicht der Zenden ihre Armen zu erhalten.

280. 1718, Mai 11/21. Notwendigkeit der Institution des Erben in Testamenten, bei Strafe Nullität des Testaments.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 22 § 1 a. E.)

281. 1721, Mai 7/17. Verbot zu hoher Schätzung der von einem Schuldner den Gläubigern dargeschlagenen Güter zu der letzteren Schaden.

282. 1722, Mai 6/16. Rangordnung der Forderungen im Concurse.

Hypothekarforderungen, wenn auch neueren Datums, gehen den unversicherten Forderungen in rechtlichen Distributionen vor. Von zwei auf denselben Lehnsatz Versicherten geht der ältere vor.

283. 1722, Dec. 9/19. Berechnung des „Drittel darauf“ (tertia pars de pluri) in Ausschätzungen (Stat. v. 1571, c. 48, 49).

Es war gefragt worden, ob es das Drittel der Summe sei. So hat man es bei dem in der Revision des Landrechts deutlich enthaltenen Verstand lassen wollen, der

sagt, dass von 20 der Dritteil darauf zu 30 verstanden sein solle.

1722, Dec. 9/19. Uebles Haushalten, s. Nr. 204.

284. 1724, Mai 10/20. Bürgschaft von Ehefrauen.

Kein Weib darf ohne Begleitung und Autorität eines oder zwei von ihren nahen Freunden, und zwar von der Linie, von der ihre Güter kommen, sich für ihren Mann verbürgen, bei Pön der Nichtigkeit solcher Bürgschaft. Weiber, die mit Fremden verheirathet sind, sollen es nur thun können in Beisein und mit Bewilligung des Richters des Orts, bei Pön der Nullität.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 11.)

285. 1724, Mai 10/20. Ausfertigung der Urtheile.

Die Richter sollen den Parteien die Urtheile innerhalb 6 Tagen nach der Ausfällung ausgeben, damit rechtzeitig appelliert werden kann.

286. 1726, Mai 8/20. Erbrecht der Vettern trotz Kloster-gelübde ihres Vaters, des Oheims des Erblassers.

Eine Welt- und Eigenthumsabsage einer Klosterperson soll ihren nepotibus nicht nachtheilig sein, mithin die nepotes gleichwohl durch einen solchen Etter oder Muohm zur Erbschaft geführt werden können.

Eine Randnotiz enthält Folgendes: „Hiewider ist von Rath und Bürgerschaft allhiesiger Stadt protestiert worden“ (der Protest von Sitten findet sich im Absch. 1727 Mai), „welche Protestaz nachwärts im Landrath ist gutgeheissen. Ist also von Stadt und Gemeinden verworfen.“ Doch ist der Absch. v. 1726 in die Revision v. 1780, Art. 24 § 2 aufgenommen.

287. 1726, Dec. 5/18. Ermahnung an alle Richter, verschwenderischen Personen bei Zeiten Vögte zu setzen.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 41.)

288. 1731, Dec. 5/17. Verbot der Vergabungen Seitens in-ländischer Frauen an ihren ausländischen Bräutigam im Brautstuhl ohne Gutheissen ihres Vogts oder, Mangels eines solchen, eines ihrer nächsten Freunde, bei Vernichtung der Gabe.

1731, Dec. 5/17. Jagdbann, s. Nr. 110.

1736, Mai 9/18 und 1737, Mai 8/18. Thalberigkeit, s. Nr. 139 und 140.

289. 1737, Mai 8/18. Unzulässigkeit von Suppliken in prae-judicium tertii, bevor die Widerpartei gebührend getagt (vorgeladen und angehört) ist.

290. 1738, Mai 7/17. Uebergang des Mutterguts in väterliche indivision.

Zu Fully hat ein einziges und einfältiges Kind erstlich seine Mutter geerbt, dann den Vater, und ist dann sammt seinem Gut von des Vaters Schwestern versorgt worden und bei ihnen gestorben. Frage: ob diese Vatersschwestern, die mit dem Vater indivis waren, auch des Kindes Muttergut für unvertheilt an sich ziehen können. Statuiert: das Muttergut sei für dividiert zu achten und solle albergiert werden.

1740, Dec. 6/16. Zugrecht, s. Nr. 61.

291. 1741, Mai 8/18. Verbot des Giftverkaufs.

— bei 25 lib. Busse; ausser durch Hausväter, die immer den Namen des Käufers aufzeichnen sollen.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 42.)

292. 1745, Dec. 7/17. Verbot der verdammlichen Secte der Freimaurer.

Wer sich dieser Secte einverleibt, verliert alle gemeinen und bürgerlichen Rechte und Hab und Gut. Damit sie desto eher entdeckt werden, soll der Anzeiger eine ansehnliche Recompens erhalten.

293. 1746, Mai 4/13. Verkauf von Vogtskindergut.

Vögte sollen Liegenschaften ihrer Vogtskinder nicht an sich ziehen, sondern wenn sie aus genugsamen Ursachen zu deren Verkauf gezwungen sind, sie dem Meistbietenden antragen, bei willkürlicher Strafe. Zugrecht der Nächsten vorbehalten.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 44.)

1746, Dec. 7/17. Thalberigkeit, s. Nr. 141.

294. 1747, Dec. 6/16. Darleihen an Kinder.

Verbot des Gelddarleihens an unhausliche Kinder bei Lebzeiten ihrer Eltern, bei Verlust des Capitals, falls das Kind vor seinen Eltern stirbt. Sterben die Eltern vorher, so soll der Gläubiger nur den Zins eingebüsst haben.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 10 § 2.)

1748, Mai 8/17. Zugrecht, s. Nr. 62.

295. 1750, Mai 6/15. Einkaufsumme ins Landrecht.

Zwei Dublen desenatim für Sportulen, und in die lobl. Zenden 50 Ducatuner, 1 Centner Pulver und so viel Blei in das Landesmagazin. Für Aufnahme als Unterthan im Unterwallis die Hälfte hievon.

296. 1754, Dec. 4/13. Verkäufe an Vogtskinder.

Verbot des Verkaufs von Waaren an Vogtskinder

auf Credit, bei 25 lib. Busse und Verlierung der Ansprache.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 10 § 3.)

297. 1756, Mai 5/14. Kesselschmiede.

Pflicht der Kessler, bei Verkauf kupferner Kessel, an die sie schwere eiserne Ringe gemacht haben, nicht Alles für Kupfer zu verhandeln, sondern anzugeben, wie viel Eisen daran sei, bei Strafe von 25 lib. und Confiscation der Waare.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 45.)

1758, Mai 5/12. Zugrecht, s. Nr. 63.

298. 1760, Mai 7/14. Zulassung zur ärztlichen Praxis.

Verbot an fremde Docter, Scherer und Schreyer, im Lande zu practicieren, ohne vorher von unsren Land-medicis examiniert und approbiert zu sein, bei Strafe Verlusts aller ihrer Habe und bei deren Abgang einer Leibesstrafe.

(Aufgenommen in die Revision v. 1780, Art. 18.)

1761, Dec. 2/11. Zugrecht, s. Nr. 64.

---

Nachlese aus den Additiones v. 1598 und der Revision v. 1780.<sup>1)</sup>

Additiones von 1598.

299. Art. 5. Gestattung von Revisionsbegehren gegen Landrathsurtheile im nächsten Landrath.
300. Art. 12. Austritt der Richter wegen Verwandtschaft bis zum 4. Grad incl.
301. Art. 15. Fremden Krämer wird Recht gehalten für ihre Forderungen wie nach Landrecht für laufende Schulden gerichtet wird, jedoch nur um das Hauptgut ohne den Drittteil darauf und nicht in den Ferien.
302. Art. 16. Verbot an fremde Krämer, den Kaufpreis für ihre Waaren in Hypothekarbriefen verschreiben zu lassen, bei Strafe von 3 lib. und Verfall des Hauptgutes.
303. Art. 17. Verbot an dieselben, vom Kaufpreis ihrer Waaren Zins zu fordern.
304. Art. 19. Beweiskraft der Bücher von Krämer nur bis auf den Betrag von 6 lib. nach Tod des Schuldners.

---

<sup>1)</sup> Artikel erheblicheren Inhalts, die ich nicht datieren kann, sei es dass sie in den Landrathsprotocollen zu Sitten nicht enthalten sind, sei es dass ich sie dort übersehen habe.

- 305. Art. 20. Reciprocität gegenüber Fremden in Belastung des unterliegenden Processgegners mit den Kosten.
- 306. Art. 26. Erhöhung der Processbusse für frivoles Streiten von 3 auf 12 lib.
- 307. Art. 28. Verbot der Arrestnahme für laufende Schulden ohne vorgängige Betreibung.
- 308. Art. 31. Recht des betreibenden Gläubigers, sich statt solcher Gegenstände, auf die in der Aussch tzung kein Drittel geht (Stat. v. 1571, c. 49), andere Pfänder anweisen zu lassen.
- 309. Art. 38. Verjährungsfrist für Darlehn zehn Jahre.
- 310. Art. 50. Ausschluss der Waffen und der Kleider des Ehemanns vom Leibding der Witwe.
- 311. Art. 60. Recht der Eltern, Töchter zu enterben, die unter 20 Jahren ohne ihren Willen heiraten.
- 312. Art. 62. Strafe (6 lib.) derer, welche Verwandte von Hingerichteten darum schmähen.

**Revision von 1780.**

- 313. Art. 2. Verfahren in Criminalsachen, nur theilweise übereinstimmend mit Nr. 253.
- 314. Art. 4. Criminalprocess gegen Flüchtige.
- 315. Art. 6. Collocationsordnung in Concursen.
- 316. Art. 52. Währschaft für Viehhauptm ngel.
- 317. Art. 53. Gesetzliche Hypothek für den Kaufpreis von Liegenschaften.
- 318. Art. 54. Kirchliche Trauung Voraussetzung des Leibdings des  berlebenden Ehegatten.
- 319. Art. 55. Beschränkung des Leibdings des  berlebenden Ehegatten auf die Hälfte der Güter bei beerbter Ehe.
- 320. Art. 57. Anfall des elterlichen Gutes Verschollener an die nach Ablauf der 30 Jahre (Nr. 274) noch lebenden Erbberechtigten.

---

## II. Zenden- und Ortsrechte im Oberwallis.

### A. Der Zenden Sitten.

#### Stadt Sitten.

- 321. Um 1217. Aeltestes Stadtrecht von Sitten.  
(Gr. I Nr. 265.)
- 322. 1256, Febr. 12. Rechte des Seneschals von Sitten.  
(Gr. II Nr. 627.)
- 323. 1269, Mai. Zweites Stadtrecht von Sitten.  
(Gr. II Nr. 751.)

324. 1271, Juli 17. Rechte des Seneschals von Sitten.  
(Gr. II Nr. 777.)
325. 1272, Aug. 7. Rechte des bischöflichen Kämmerers zu Sitten.  
(Gr. II Nr. 795.)
326. 1291, März 1. Rechte des Seneschals zu Sitten.  
(Gr. II Nr. 1014.)
327. 1303, Febr. 11. Vergleich über die Vicedominate zu Sitten, Siders, Visp und Naters.  
(Gr. III Nr. 1187.)
328. 1312, Aug. 2. Vergleich zwischen Bischof und Meier zu Sitten.  
(Gr. III Nr. 1350.)
329. 1338, Juli 4 und 1339, März 12. Drittes Stadtrecht von Sitten.

(In zwei Ausfertigungen von Bischof Philipp vor und nach seinem Amtsantritt, Gr. IV Nr. 1720 und 1741. Das Original der zweiten hat sich seit dieser Publication auf dem Archiv der Bourgeoisie Sitten gefunden. Daselbst auch in schöner Pergamenturkunde die Bestätigung dieses Stadtrechts durch Bischof Wilhelm von Raron v. 18. Dec. 1450.)

330. 1339, Juli 20. Rechte des Seneschals zu Sitten.  
(Gr. IV Nr. 1773.)
331. 1346, März 30. Polizeiverordnungen von Vicedominus und Stadtrath von Sitten.  
(Gr. IV Nr. 1903.)
332. 1382, Dec. 9. Weisthum von Bürgern von Sitten über Zollpflichtigkeit auswärts gekauften Viehes. Lateinisch.  
(Archiv Valeria, Registrum Hugonetii de Trons.)
333. 1414, Jan. 27. Polizeiverordnungen der Bürgerschaft Sitten. Lateinisch.

(Verbunden mit den Nr. 336, 339—341 und 343 vielfach handschriftlich vorhanden, vorab in einem Pergamentheft im Archiv der Bourgeoisie Sitten, Tiroir 22, Nr. 24, 33, auch in dem Bande Manusc. Helvet. II, 87 der Berner Stadtbibliothek und sonst häufig im Privatbesitz von Sittener Familien.)

Der Inhalt betrifft Reinhaltung und Verbauung der Sionne, Unterhalt der Wuhren, Pflicht der Wasseraufseher, Bürgeraufnahmen, Weidgang, Strassenreinigung, Wein-, Salz-, Fisch- und Fleischverkauf u. dgl.

334. 1416, Juli 24. Ermittlung der Brottaxe. *Forma modusve adhibitus in pane venali confiendo juxta pretium bladi.*

(Manuser. der Pfarrei Hérémence.)

335. 1433, Sept. 21. Bischoflicher Entscheid von Streitigkeiten über die Competenzen von Castlan und Salterus (Weibel, Wischen) zu Sitten.

(*Liber instrumentorum de Seduno* [Archiv der Familie de Torrenté] fol. 58 v. Daselbst fol. 56 v. auch ein Spruch des Landeshauptmanns Anton Venetz Namens des Bischofs über die Rechte des Salterus v. Dec. 1534.)

336. 1439, März 10. Gemeindebewilligung der Bürgerschaft über Verhalten der Bürger bei Alarmschlägen (*pulsare le cry-four*). Lateinisch.

(S. Nr. 333.)

337. 1476, April 25. *Recognitiones Domini Vicedomini Sedunensis.*

(Archiv der Bourgeoisie Sitten, Tiroir 22 Nr. 34 Pap. auch sonst vielfach in Privatbesitz.)

Lehnserkennung des Peter v. Chivron für die Vicedominate von Sitten, Siders und Visp, mit Aufzählung der Rechte des Vicedominats.

338. 1487, Oct. 14. Statuten der Bürgerschaft von Sitten für die Bäckerinnung daselbst (*Statuta et capitula pistoriae ministerium concernentia*).

(Archiv der Bourgeoisie Sitten: *Liber de iurisdictione vice-dominatus Sedun.* fol. 63 v.)

339. 1504, April 21. Weisthum der Bürgergemeinde über das Recht der Töchter von Bürgern, die Gemeindenutzungen zu erben, und Ausschluss der nicht während des ganzen Jahres zu Sitten wohnenden Bürger vom Bürgernutzen.

(Archiv der Bourg. Sitten, Orig. Perg. Auch in Nr. 333.)

„quod filiae hereditariae virorum civium Sedun. duntaxat, et non ultra, in burgesia et commodis eiusdem succedere possint, . . . liberi vero eiusdem mulieris succedere minime valeant; mulieres vero in dotem maritatae in eadem burgesia et commodis illius succedere non possunt. — Cives Sed. utriusque sexus, qui in civitate mansionem continuam non faciunt per annum integrum, in bonis communibus gaudere non possunt.“

340. 1509, Oct. 13, und 1516, Jan. 23. Gemeindebewilligung über Bedingungen der Bürgeraufnahme, nebst Formel des Bürgereids. Lateinisch.

(S. Nr. 333.)

341. 1509, Dec. 31. Feuerordnung der Bürgergemeinde für Brandfälle in der Stadt. Lateinisch.

(S. Nr. 333.)

342. 1518, Dec. 8. Verordnung der Bürgerschaft über Schuld-betreibung.

(Unten im Wesentlichen abgedruckt.)

343. 1519, Juli 10. Verbot des Verkaufs von Wasserleitungen ohne das Grundstück.

(S. Nr. 333.)

quod nullus aquam aqueductus Sedun. per territoria de Signiesii et Mulignon citra transeuntem de suis vineis et bonis alicui vendere attentet sub poenis consuetis, nisi cum fundo vendendo huiusmodi aquam habente vendant.

344. 1495—1527. Verordnungen der Gemeinde Sitten meist unwichtiger Natur in einem Papierheft des Bourgeoisearchivs betitelt Compendium Statutorum civitatis Sedunensis.

345. 1529, Mai 20. Beschluss der Bürgergemeinde über Vertheilung einer Almend zu Chandolin.

(Manuscr. des H. Leo v. Riedmatten, enth. die Stat. v. 1339, 1414 und das Landrecht v. 1571.)

Verbot der Veräusserung des den Bürgern Zugetheilten an Auswärtige; Heimfall an die Gemeinde bei Tod des Inhabers ohne Leibeserben oder andere Erben aus der Bürgerschaft; Zugrecht der nächsten Verwandten und der Nachbarn; Ausschluss des Leibdings einer Ehefrau, die nicht Bürgerinn ist, an der portio ihres verstorbenen Mannes; Hälften Antheils einer zwar zu Sitten wohnenden, aber an einen Nichtbürger verheirateten Bürgerinn; Kinder, obschon nicht mehr in väterlicher Gewalt, aber in gemeinsamer Haushaltung mit dem Vater lebend, erhalten keinen Antheil, Geschwister in einer Haushaltung lebend zusammen blos einen Theil, u. s. w.

346. 1559, Aug. 2. Landrathsbeschluss über das Recht der Bürger von Sitten betr. Bestätigung von Bluturtheilen.

(Bourgeoisearchiv, Liber jurium... civit. Sed. fol. 50, Tiroir 22, Nr. 25.)

Der Castlan zu Niedergestelen als Richter der 5 obren Zenden hat einen Uebelthäter vom Leben zum Tod richten lassen, die Stadt Sitten beschwert sich, dass er dieses Urtheil nicht vor der Stadt Castlan und Bürger gebracht habe, dasselbe nach ihrer Stadt Freiheit und altem Herkommen zu bestätigen, zu mindern oder mehren. Auf Einwilligung der 5 obren Zenden wird erkannt, dass fortan solche letzte Urtheile über das Blut in der Castlanei zu Niedergestelen gleichergestalt als in den übrigen Orten und Zenden der Landschaft sollen durch die Burger von Sitten gefällt und geben werden, doch soll diese Bewilligung den 5 Zenden

als Oberherrn von Gestelen an ihrer Oberherrlichkeit und Gerechtigkeit daselbst keinen Abbruch gebären.

347. 1560, Febr. 19. Rechte des Castlans zu Sitten.

(Manuser. der Pfarrei Hérémence, s. Nr. 334.)

Redigiert anlässlich der Veräusserung des Vidomnats durch Niclaus von Chivron an die Stadt Sitten (13. Jan. 1560). Von da an ernannte die Stadt einen Castlan. Es ist eine ausführliche Amtsordnung, deren Hauptinhalt dahin geht, dass der auf 2 Jahre gewählte Castlan die nächtliche und die Wirtschaftspolizei, omnimodam jurisdictionem im Mai und October (wie früher der Vidomne), die Controle über Mass und Gewicht und die Marktpolizei zu üben hat. Seine Busse beträgt 3 lib.

**Seta (Séon, La Soie), bischöfliches Schloss in der Nähe von Sitten.**

348. 1324, Febr. 1. Amtsordnung des Weibels von Seta.

(Gr. III Nr. 1498.)

349. 1338, Sept. 23. Wahl des Castlans von Seta.

(Gr. IV Nr. 1732.)

**Arbaz, Dorf über Sitten, hinter Grimisuat.**

350. 1342, Mai 16. Herrschaftsrechte des Peter von La Tour.

(Gr. IV Nr. 1829.)

351. 1572, März 23. Bauernzunft des Drittels Arbaz über Waldnutzung, Viehtrieb u. dgl.

(Gemeindelade Arbaz, Perg. lat.)

352. 1605, Jan. 19. Bestätigung der Rechte der Gemeinde in Ernennung ihrer Beamten, durch Bischof Adrian.

(Liber Deseni Sedun. Papierband fol. auf dem Staatsarchiv, fol. 187 v.)

**Ayent.**

353. 1597. Usus et consuetudines parrochiae de Ayent.

(Gemeindelade Ayent, Perg. lat.)

Bauernzunft, auch mit Bestimmungen über die Amtsverrichtungen des vicecastellanus, der mistrales, des capitaneus, des banderetus und der procuratores communitatis.

**Eringenthal.**

354. Ende XIII. Jahrh. Consuetudines et recordatio placiti generalis de Herentz et totius vallis.

(Gr. V Nr. 2182.)

355. s. d. Recognitio placiti generalis de Magy.

(Gr. V Nr. 2183.)

356. 1343, Dec. 7. Mahnung des Bischofs, die Canzleirechte des Capitels in Hérens und Mage zu respectieren.

(Gr. IV Nr. 1861.)

357. 1529, April 10. Landratsabschied, dass der procurator fiscalis kein Recht der todten Hand in Herens üben

dürfe, ohne den Beweis desselben erbracht zu haben. Latein.

(Manuser. im Eigenthum des Hrn. Notar Gaspod zu Sitten.)

358. 1533, Mai 13. Verzicht des Bischofs Adrian auf alle Ansprüche an die Bewohner von Evolena und St. Martin betreffs der todten Hand.

(Manuser. wie bei Nr. 357.)

— *ratione servilis conditionis manus mortuae in bonis mobilibus et domus utensilibus hominum, qui sine liberis legitimis ab aqua de Magny interius ex nunc ab humanis decedent.*

359. 1548—1565. Postulate der Thalleute von Herens und Antwort des Bischofs Johannes Jordan darauf bezüglich der Rechte des bischöflichen Grosscastlans und des Vicecastlans in Herens. Latein.

(Liber des. Sed. s. zu Nr. 352, fol. 257 v.)

360. 1558, Juni 5. Bauernzunft von St. Martin (Eringenthal).  
(Unten im Wesentlichen abgedruckt.)

361. 1637, März 18. Verordnung des Bischofs Hildebrand Jost über Wirthschaften in Herens.

(Manuser. wie bei Nr. 357.)

Klagt über die Unzahl von Wirthschaften im Thal, *ex quo tantus ubique efficitur vendentium numerus, ut vix hospes ab hospite discerni queat,*<sup>1)</sup> und stellt strenge Vorschriften über Wirthschaftsbesuch und Zechschulden u. s. w. auf.

Erneuert 1638, Juli 14 und 1640, Sept. 5.

In demselben Manuser. auch eine Verordnung der Gemeinde Evolena v. 16. Febr. 1645 in gleichem Sinne. Lateinisch.

362. 1637, Juni 3. Verbot des Bischofs Hildebrand Jost, dass die Thalleute von Herens sich unter einander vor ihn, den Bischof, schon als erste Instanz vor Gericht ziehen, statt vor den Meier und Castlan des Thales.

(Manuser. wie bei Nr. 357.)

*ne quis alibi quam coram maiore, salthero, vicecastellanis ceterisque officiariis nostris et justitiae ministris vallis nostrae de Herens judicibus subalternis pro prima instantia intentare praesumat causam aut litem civilem valorem decem libr. Maur. non excedentem sub trium libr. poena, appell-*

<sup>1)</sup> Wie sich die Zeiten ändern! Heut zu Tage entbehren die Dörfer, welche auf der Höhe liegen, wie Heremence, der Wirthschaften ganz, und an der nach Evolena führenden Poststrasse sind solche nur vereinzelt in ein paar Ortschaften zu finden.

lationis remedio semper salvo. Die Richter sollen dann aber auch die Processe intra tres aut quattuor assignationes aut comparitiones praecisas determinare, sonst darf jede Partei den angefangenen Process vor den Bischof ziehen.

**Heremencethal.**

363. 1341, Nov. 20. Recognition der Majorie von Heremence von dem Grafen von Savoyen durch Girardus.

(Gr. IV Nr. 1819.)

364. 1571, Dec. 16. Bestätigung der Freiheiten des Heremencethales durch den Landrath.

(Original im Gemeindearchiv v. Heremence, Perg.)

Hauptinhalt: quod homines communitatis et parrochiaie Haerementiae et eorum bona esse et permanere debeant sub generali statuto, usu et consuetudine deseni Sedun. et patriae Vallesii a Morgia Contegii superius, salvo quod nullus hominum dictae communitatis possit dare, donare nec legare in eius testamento nec extra de bonis suis quibuscumque existentibus in dicta parrochia ultra tertiam partem omnium bonorum suorum mobilium et immobilium, salvis juribus et beneplacito Rev. D. Episcopi Sed., suaे mensae episc. et dominorum patriotarum Vallesii, eorum superiorum . . . Item quod homines communitatis vallis et parrochiaie H. a recuperatione terrae a Morgia Contegii inferius citra steterint sub banderia deseni Sedun. et huic banderiae adjuncti et annumerati fuerint. Item quod ab ipsa patriae sub Morgia Contegii inferius felici adeptione citra homines communitatis generaliter neque specialiter nunquam fuerint vocati neque compulsi ad comparendum apud S. Mauritium coram gubernatoribus sive eorum locumtenantibus, quin imo quod soliti fuerint conveniri et evocari coram Rev. D. Episcopis Sed. eorumque locumtenantibus vel officialibus sive coram tribunali ballivatus, sub adjecta tamen conditione, quod homines vallis H. nihilominus annuatim solvere tenentur ad manus gubernatoris Sti Mauritii redditus, usagia, banna, clamas et alia onera de jure magnificis Dominis patriotis a Morgia Contegii superius debita, in quibus recuperandis mandatis gubernatoris parere debeant, sicuti a tempore belli Sabaudiae citra obedire consueverunt.

365. Nach 1665. Compendium jurium, libertatum, usuum et francesiarum Haerementiae communitatis.

(Copie im Staatsarchiv.)

Verfasser ist Antonius de Sirro, capitaneus et maior Haerementiae, maior Vex etc. Inhalt: 1. Communitas habet maioriam vallis H. cum pertinentiis hiis, minutis bannis,

clamis et nona parte excheutarum et bannorum grossorum. 2. Habuit jure acquisiti facti a nobili domino Nicolao de Cheurone dominium merum et mixtum imperium et omnimodam altam, medium et bassam jurisdictionem ac sedem placiti, quae jura domini patriotae ad se retraxerunt. 3. Laut Mandat des Bischofs Adrian v. 14. Oct. 1605 haben die Leute von H. dem Bischof den in der Landschaft Wallis üblichen Eid geleistet, unde apparet, homines H. esse patriotas terrae Vallesii. 4. Freiheit der Thalleute von Grundsteuern ab ihren in der Castlanei Gundis gelegenen Gütern, laut Landrathsabsch. v. 2. Juni 1641. 5. Zugehörigkeit zum Zenden Sitten laut Incorporation v. 19. Juni 1513. 6. Rechte gemäss den Briefen v. 1522, 1528 und 1571 (Nr. 364). 7. Ex antiqua recognitione generali pro officio maioriaque maior percipere debet clamas et minuta banna trium solidorum cum dimidio et in excheutis et bannis grossis sexaginta solidorum tam marciatis quam condemnatis nonam partem, item medietatem omnium utensilium mobilium et ferraturarum cuiuslibet decedentis in dicta maioria sine herede legitimo, et aliam medietatem percipit uxor defuncti, et si non habeat, maior percipit totam. Item percipit maior omnem escam quae tunc reperietur in hospitio defuncti ad expendendam, exceptis petalonibus seriseis et aliis integris. Item percipit panem coctum qui in hospitio defuncti reperietur vel extra hospitium nomine defuncti. Item percipit omnem escam et utensilia ferrea, quae reperientur in hospitiis condemnatorum ad mortem pro furtis vel proditione. 8. Ex arresto generali tento a° 1665 jurisdictione Haerementiae est incorporata maioriae Nendae sub antiquis tamen juribus. Dieser Beschluss findet sich in den Landrathsprotokollen im Weihnachtslandrath 1666, er hängt aber allerdings zusammen mit einer auf dem Maienlandrath 1665 beschlossenen Reorganisation der Verwaltung des Gouvernements St. Maurice und bestimmt, dass der Meier der zwei Jurisdictionen Nenda und Heremence dieselbe Gewalt haben solle, welche früher der Landvogt von St. Maurice gehabt; er solle unverzüglich in beiden Gemeinden Stock und Galgen aufrichten und der sieben Zenden Wappen in Banderolen darauf anbringen. Die Gemeinden erkennen den Meier als ihren rechtmässigen Richter an.

## B. Der Zenden Siders.

366. 1303, Febr. 11. S. Nr. 327.  
 367. 1437, März 24. Vierzigtägige Deliberationsfrist der Witwe für ihre Wahl zwischen Leibding oder Rückbezug der dos.

(Archiv Valeria, Registrum Petermandi de Platea, Nr. 88.)

In einem Einzelfalle als Gewohnheitsrecht von Siders erklärt: *relicta Johannis Roleti in regressu sepulture Johannis eius viri in introitu domus viri sui protestata fuit de eius quarantena, prout mulieres de jure et consuetudine contrate de Sirro facere debent, ut Johanneta relicta durante dicta sua quarantena seu XL diebus habere possit omnimodum avisamentum et electionem renunciandi usufructui bonorum viri sui vel se tenendi ad eius dotem et alia sua jura quecunque.*

### Lens.

368. 1694, Dec. 16. Landräthlicher Schiedsspruch über die Rechte der Castlanei zu Lens und Grone.

(Archiv der Gemeinde Lens, Perg. lat.)

Diese beiden Gemeinden hatten dem Zenden Siders und dessen Grosscastlan die Einsetzung der Vicecastlane bei ihnen und die Erhebung der Taillen von der todten Hand bestritten. Der Spruch lautet zu Gunsten des Zenden: die Vicecastlane sind vom Grosscastlan einzusetzen, die Taillen und alle Bussen und Strafen fallen nicht den Gemeinden zu, sondern werden zwischen dem Grosscastlan und dem Vicecastlan getheilt.

### Vercorin.

369. 1429, Mai 15. Statut zweier Alpgenossenschaften über Vereinigung ihrer Alpen.

(Archiv Valeria, Reg. wie Nr. 367.)

Höchst interessant, obschon nicht eigentlich hieher gehörige Rechtsquelle. Die proprietarii, consortes et comparticipes alpis de Laz Lex (jetzt Lalley) und die propr., cons. et comp. alpis de Gergel (Zarzet) duas eorum alpes cum earum juribus associant, uniunt et affrareschiant ac in futurum communes esse volunt und setzen Regeln über die Nutzung auf.

### Anniviers (Eifischthal).

370. 1460, Aug. 2. Vergleich zwischen Bischof Walther und Hiltprand und Petermann von Raron als Herren des Eifischthales betreffend Ausübung der Regalien daselbst.

(De Gingins, im Archiv f. schweiz. Gesch. III S. 175.)

371. 1466. Bischof Walther bestätigt den Eifischern ihre Freiheiten und Rechte.

(De Gingins, wie Nr. 370, S. 199.)

### C. Der Zenden Leuk.

372. 1310, Jan. 13. Reglement für die Fuhrleute und die Sust zu Leuk.

(Gr. III Nr. 1311.)

Im Archiv der Bürgergemeinde Leuk noch weitere Reglemente ähnlichen Inhalts v. 1372, Febr. 4 und 1458, Jan. 20.

373. 1338, Juli 3. Freiheiten von Stadt und Parrochie Leuk bestätigt durch Bischof Philipp.

(Gr. IV Nr. 1719.)

Erneuert durch Bischof Eduard 1376, März 20, und Andreas v. Gualdo, 1419, Febr. 26.

374. 1339, April 23. Amtsordnung des Salterus zu Leuk.

(Gr. IV Nr. 1754.)

Eine im Wesentlichen gleichlautende von 1376, März 10 (gelegentlich der Belehnung eines neuen Weibels) in den Hommagia de Leuca fol. 35, Archiv der Familie de Torrenté.

375. 1447. Vereinbarung zwischen Bischof Wilhelm und dem Meier von Leuk betr. gerichtliches Vorgehen gegen Hexen, Räuber und andere Uebelthäter (de causis latrocinii, sortilegii et aliorum criminum).

(Archiv Valeria, Liber instrum. de Leuca, fol. 103.)

Veranlasst durch ein Gesuch der Leute von Leuk an den Bischof, er möge dem Meier und dessen Geschworenen vices potestatis suaे geben super sortilegis, latronibus et aliorum diabolicorum artificiorum imbutis per iuris remedia inquirendi, captivandi ac plenariam iusticiam et execucionem faciendi, vom 11 Juni 1447, im lib. instr. de Leuca, fol. 104 v. In einem Schreiben vom 31 Juli 1447 (das. fol. 108 v.) behält der Bischof seiner Jurisdiction homines suos ligios et talliabiles vor.

Burgschaft Leuk (burgesia villæ Leucæ).

376. 1458, Jan. 21. Statut über Gemeinwaldnutzung, Bannwälder, Einhegen der Güter, Recht der Pfändung fremder Thiere auf eigenem Boden, u. A. Lateinisch.

(Berner Stadtbibliothek, Manuser. Helv. II 87.)

377. 1516, Jan. 17. Statut enthaltend die vier Artikel 18, 19, 48 und 16 des Burgrechts von 1563 (Nr. 378.).

(Wie Nr. 376.)

378. 1563, Aug. 24. „Das alt Burgrecht.“

(Unter diesem Titel in einem Copialbuch des Archives der Bürgergemeinde Leuk, fol. 160. Lateinisch.)

Auf Gesuch der Stadt Leuk bestätigt durch den Landrath am 14 Mai 1678.

50 Artikel über Gemeindesachen, und zwar 1—3. Recht

zu Erlass von Statuten; 4. quod nullus possit succedere in burgesiam nisi ex legitima et legali hereditate a patre vel a matre; 5. neu aufgenommene Bürger nehmen erst an den Gemeinderechten Theil, nachdem sie ein Jahr lang die Gemeindelasten getragen (ausser Witwe und Kindern eines verstorbenen Bürgers); 6. Uneheliche vom Bürgerrecht ausgeschlossen; 7. Verbot injuriöser und chicanoser Klagen von Bürgern gegen Bürger; 8. Verbot des Verkaufs von Nutzungsrechten bei Strafe des Bürgerrechtsverlusts; 9. geschlossene Zeit für Mähen auf Almendland; 10 und 11. Pflicht zu Besuch der Gemeindeversammlung und zu Hilfeleistung bei Sturmläuten; 12. Verbot des Ausschwatzens geheimer Beschlüsse; 13. Instandhaltung der Wasserleitungen; 14. Frohnden der Thalberigen; 15. Gehörsam gegen Gemeindebeschlüsse bei Strafe Bürgerrechtsverlustes; 16. Abgabe an die gemeine Jahrzeitstiftung der Burgschaft bei Verkauf des Vermögens aus der Burgschaft heraus; 17. für Bewahrung des Bürgerrechts nothwendig Beibehaltung eines Guts mit Ertrag von wenigstens 20 lib.; 18. Wohnen in der Stadt während  $\frac{2}{3}$  des Jahres giebt noch vollen Genuss der Gemeinderechte, Wohnung während eines halben Jahres halben Genuss, Wohnung während kürzerer Zeit gar keinen; 19. si quis burgensibus seu communitati aliquid fefellerit seu errorem commiserit et veniat coram burgensibus, nullus burgensis pro tali coram dictis burgensibus debeat intercedere sine licentia burgensium, et si quis secus fecerit, sub indignatione burgensium puniatur pignoratione XX sol.; 20. ein Nichtbürger, der die Tochter eines Bürgers heiratet, zahlt der Burgschaft 3 lib., bevor er an den Gemeinderechten Theil nimmt, und mit Tod der Frau verliert er das Bürgerrecht wieder, wenn er keine Kinder von ihr hat; 21. nur Bürger sind zu den Gemeindeämtern wählbar; 22 u. 23: beschränkter Antheil am Almendnutzen vier genannten thalberigen Haushaltungen zugelassen; 24 und 25: Wasser- und Strassenordnung; 26—40. Vorschriften über Holzbezug in den verschiedenen Gemeindewaldungen, Verbot der Veräußerung von Holz aus der Burgschaft, Schonung der Lärchen u. dgl.; 41—44: Vorschriften über Auftrieb von Pferden und Rindern auf die Gemeindeweiden; 45—49. Verbot des Viehauftriebes auf fremdes Land, auf die Strassen und Wege, Pflicht des Einhegns der Güter gegen die Strassen, Pfändungsrecht gegen schädigende Menschen und Thiere; 50. Verbot des Schiessens auf der Almend Rionda von Anfang April bis Michaelis.

**Bad Leuk.**

379. 1548—1565. Badordnung des Bischofs Johann Jordan.  
(Archiv des Dorfes Leuker Bad. Deutsch.)

Da mancherlei Volk einkehrt und etwa unvernünftige Personen ungebührliche Worte oder Werke brauchen und Anreizung zu Unfreundschaft geben, so erneuern wir die schon von unseren Vorgängern seit Herrn Walther Supersax gesetzten Artikel:

1. Um zu verhindern, dass Ehrenleute von des gemeinen Volks jungen Knaben, Töchtern und andern unordentlichen, groben oder unstrafbarlichen Leuten geunruhiget werden, hat der Herr Cardinal zwei neue Bäder aufgerichtet, und festgesetzt, dass in denselben die in seiner Gnaden Häusern wohnen, baden sollen, und darnach andre Ehrenleute.

2. Wer die Bäder besucht, dem ist verboten allerlei Red zu haben, lesen, schreiben, Bücher tragen und anders dgl., was unserm christlichen Glauben zuwider, bei Strafe drei Stunden im Halseisen zu stehen, bis er drei Walliser Pfund zahlt. Bei stärkerem Fehlritt Strafe an Leib und Gut nach unsrer Amtleute Bedünken.

3. Verbot Degen noch Gewehr aufs Bad zu tragen, bei 3 lib. Busse.

4. Freventlichen Aufruhr oder Angriff mit Zorn büsst man mit 10 lib.

5. Wer den Andern im Zorn heisst lügen oder andre schalkhaftige Worte wider einen redet, daraus Frevel erwachsen möchte, soll den Frevel selbst gethan haben und die Busse des Frevels zahlen.

6. Wer von den Unsern hässige oder feindliche Worte gegen unsre Bundesgenossen redet, den wollen wir büßen an Leib und Gut, und wer es hört, soll es dem Badrichter anzeigen; dieser soll den Schuldigen gefangen auf unser Schloss zu Leuk abführen.

7. Wer dem Scherer das Badgeld abträgt, ist 3 lib. verfallen.

8. Welcher Mann ohne Unterkleid und welche Frau ohne Ehrengewand in den Bädern bei Tag oder Nacht erfunden wird, sind verfallen 10 Walliser Schilling.

9. Welcher Mann nach Betglockenzeit in dem obern Frauenkämmerlein ergriffen wird, ist 10 Schilling verfallen.

10. Da oft einer durch Muthwillen heisses Wasser in das Bad lässt, ohne der Badrichter oder gemeiner Badleute Wissen und Willen, gebieten wir dem Scherer, dass er ein

Schloss auf dem Einlass mache; wer dennoch Wasser einlässt, ist 3 lib. verfallen.

11. Verbieten wir unser gemein Bad allen Veltsiechen und Blattrigen, auch faul Schenkel und andre Gebresten, dadurch Ehrenleut Krankheiten empfahen möchten, wenn sie nicht geschauet durch unsre Amtleute zugelassen sind. Gegen Ungehorsame soll zu offner Strafe das Recht erkannt werden, und wollen sie dann nicht gehorsam werden, sollen sie nach Leuk ins Schloss geführt und gestraft werden nach Gestalt der Sache.

12. Niemand soll eine Katze oder einen Hund oder sonst ein Thier ins Bad werfen bei 3 lib. Busse.

13. Niemand soll im Bad ein Badhemd schwenken oder waschen bei 10 Schilling Strafe.

14. Da oft sich auf dem Bad Kleider, Badhemden, Badehren verwechseln und verlieren, so soll, dem solches begegnet, es dem Scherer anzeigen, dieser es öffentlich ausrufen, und wenn die Sache nicht binnen 24 Stunden zurückgegeben wird, der, bei welchem sie gefunden wird, bussfällig sein. Auf Begehren des Eigenthümers soll der Badrichter Suche darnach halten.

Obige Strafcompetenzen hat der Badrichter und der Amtmann sammt dem Scherer.

#### Turtmann.

380. 1479, Febr. 24. Leuk. Bauernzunft über Wald- und Weidenutzung und vorzüglich Feldgang, Vertheilung der Gemeindelasten zwischen Turtmann, Unterems und Ried.

(Gemeindearchiv Turtmann, B 1. Perg. lat.)

381. 1515, März 5. Bauernzunft de hereditate juris burgesiae.

(Gemeindearchiv Turtmann, B 4. Perg. lat.)

382. 1535, Febr. 22 und 1548, April 9. Bauernzunft, Zusätze zu Nr. 381.

(Gemeindearchiv Turtmann, B 5. Perg. lat.)

Endlich sei noch erwähnt:

383. 1553, Juni 2. Statut der Alpgenossenschaft der Alp Larsi über Nutzung an derselben.

(Archiv der Bürgergemeinde Leuk, Perg. lateinisch.)

#### D. Der Zenden Raron.

384. 1434, Febr. 13. Zendenstatut über Processierung der Hexen.

(Pfarrarchiv Raron, A 2. Perg. lateinisch.)

Die Meier von Raron einer- und viele namentlich aufgeführte Landleute nomine totius communitatis Raronie tamquam communitas et communitatem facientes andrererseits super inculpatione et diffamatione certarum personarum artis sortilegii, fetonissarum, incantacionum et huiusmodi concorditer convenerunt in hunc modum. 1. Personen, die von schon Abgeurtheilten oder sonst solcher Sachen beschuldigt sind, sollen cautio de jure stando leisten und im Weigerungsfalle den Zenden verlassen. 2. Niemand soll solche Personen hausen noch ihnen sonst Vorschub leisten. 3. Die Angeschuldigten sollen freien Verkehr mit ihrem Anwalt und Freiheit der Vertheidigung haben. 4. Gegen Flüchtige können die Meier die auswärtige Jurisdiction anrufen. 5. Wenn ein Flüchtiger zurückkehrt und nicht de jure stando cavieren will, so gilt er als überführt und ist dem Meier mit Leib und Gut verfallen.

385. 1548, Jan. 15. *Statut und Freiheit eines loblichen Drittheils von Rahren.*

(Unten vollständig abgedruckt.)

**Ausserberg.**

386. 1454, März 5. Bauernzunft.

(Gemeindearchiv Ausserberg, B 1. Perg. lat.)

Betr. Gemeindeverwaltung (Stimmfähigkeit vom erfüllten 15 Jahre an); Streitigkeiten wegen Viehpfändung sollen im Dorf selbst erledigt, nicht an einen äusseren Richter gebracht werden.

387. 1457, März 3. Gemeindeordnung über Schutz der Almenden, Weidgang u. s. w.

(Gemeindearchiv Ausserberg, B 2. Perg. lat.)

388. 1487, Juni 29. Ordnung über Erwerb des Bürgerrechts.

(Gemeindearchiv Ausserberg, B 3. Perg. lat.)

Ein sog. jus burgense seu civile ähnlich wie Nr. 414 und 415.

**Gampel.**

389. 1536. Bauernzunft von Obergampel.

(Gemeindearchiv Gampel, stark beschädigtes Perg. lat.)

**Drittheil Mörel.**

390. s. d. Rechte des bischöflichen Tischs zu Mörel und Grengiols.

(Gr. II Nr. 1151.)

391. 1322, März 23. Vereinbarung zwischen Bischof Aymo und dem Meier von Mörel J. Buos über Meierthum und Vidonnat daselbst.

(Gr. III Nr. 1439.)

392. 1452, März 19. Vereinbarung zwischen den Gemeinden Mörel und Grengiols über Ernennung des Meiers.

(Documents sur le Vallais [M. Bordier] t. II, ex libro Morgiae.)

... cum novissime dicte communitates acquisierint medietatem iudicii et iurisdictionis maioratus de Morgia et Grengiols, ita quod ipsi in secundo anno seu per medietatem temporis inter se possint eligere maiores. . . . Sie wollen ihn gemeinschaftlich wählen.

393. 1515, Febr. 19. Statut der Gemeinde Mörel über Bürgerrechtserwerb.

(Gemeindearchiv Mörel, B 1. Perg. lat.)

Ein jus burgense s. civile ähnlich wie Nr. 414 und 415.

394. 1515, Febr. 19. Statut über Nutzung der Wälder und Almenden durch die Gemeinden Mörel, Filet und Bister.

(Gemeindearchiv Mörel, B 2. Perg. lat.)

395. 1568, Jan. 12. Uebereinkunft der Gemeinden Mörel und Grengiols mit dem Meier Nicl. Walker über Abtretung des Meierthums.

(A. J. de Rivaz, Op. hist. XV 300.)

N. Walker officium maioratus, cuius solebat jure hereditario paterno esse maior ambarum communitatum, remittit communitatibus cum reservatione laudis principis jam prius obtentae, eo quod officium movetur de feudo mense episcopalis.

## E. Der Zenden Visp.

396. 1224, Oct. 11. Vereinbarung zwischen Bischof Landri und den Leuten von Visp über ihre Tallien.

(Gr. I Nr. 306.)

397. 1303, Febr. 11. S. Nr. 327.

398. 1314, Juli 29. Vereinbarung zwischen Vicedom und Meier zu Visp über ihre beiderseitigen Rechte.

(Gr. III Nr. 1366.)

399. 1531, Jan. 2. Burgrecht von Visp, über Wahl von Aufsehern der Wuhrarbeiten an der Vispach und Gemeindefrohnen zu diesem Zwecke.

(Archiv der Bürgergemeinde Visp, Copialbuch. Latein.)

400. 1543, Oct. 19. Statuta nova burgesiae Vespiae.

(Archiv der Bürgergemeinde Visp, Copialbuch.)

Statuten über Gemeindefrohnen und Almendnutzung der Bürger, nach dem Princip, dass keiner die Nutzung beanspruchen darf, der nicht in der Stadt wohnt, mit Grund-

eigenthum im Werth von wenigstens 60 lib. angesessen ist und seine Gemeindepflichten erfüllt.

401. s. d. Statuta consuetudinaria sive jus burgense burgi Vespiae.

(Berner Stadtbibliothek, Manuscrit. Helvet. II 87.)

Statuten über Wahl und Aufgabe der Gemeindevorsteher (zwei Syndici), über Erwerb des Burgrechts durch Kauf von Grundeigenthum, Verlust desselben durch Veräusserung des Grundbesitzes, über nachbarliche Rechte, Weiderecht, Holzschlag u. dgl.

402. 1564, Juni 25. Alprecht der Getheilen der Alpen in Nautz.

(Archiv der Bürgergemeinde Visp; Perg. lat.)

**Grächen.**

403. 1553, Mai 24. Statuta, jus montanum et pacta (Bauernzunft).

404. 1585, April 19. Dasselbe erweitert.

(Beides Gemeindearchiv Grächen, Perg. latein.)

**Zermatt.**

405. 1571, März 4. Bauernzunft von Zermatt. Deutsch.

(Unten vollständig abgedruckt.)

**Saas.**

406. 1573, Juni 28. Ordnung der Thalleute von Saas über Hegung der Murmelthiere.

(Archiv der Pfarrei Saas im Grund.)

Vallicolae, quatenus munere illo mirifico a pietate Dei ipsis in creatura murium alpinorum collato melius frui valeant, in emolumentum conservationis murium alpinorum fecerunt ordinationes (Verbot der Tödtung und des Verkaufs u. s. w.). So schon frühere Verordnungen, z. B. v. 1539, April 20, und eine dahin zielende Vereinbarung mit den Thalleuten des Anzasker Thals v. 1. Juni 1570.

407. 1794, Sept. 8. Besetzung der Richterstellen.

(Pfarrarchiv Saas im Grund. Perg. Deutsch.)

Vertrag der vier Viertel Saas Fee, Eysten, Grund und Balen, dass die Richterstellen und ledigen Landräthe unter den fünf Gemeinden der lobl. Viertel Saas immer brüderlich laut gezogenem Loos sollen vertheilt sein. Die 5 Gemeinden sind die 4 obigen und Almagel.

---

**F. Der Zenden Brig-Naters.**

408. 1230. Rechte des bischöflichen Meiers zu Naters.

(Gr. I Nr. 369.)

409. 1303, Febr. 11. S. Nr. 327.

410. 1307, November. Bischoflicher Spruch zwischen den Gemeinden Brig-Naters und Simpeln betr. Waarentransport über den Simplon.

(Gr. III Nr. 1262.)

411. 1418, Jan. 3. Ordnungen des Zenden Brig in Erwähnung der Richter, Uebung und Erhaltung des Rechts. Deutsch.

(Original in Brig nicht mehr vorhanden, Copie in Manusc. Helv. II 87 der Berner Stadtbibliothek.)

Wesentlicher Inhalt: 1. Recht des Zenden zu Wahl des Richters (Castlans). Amtszwang für den Gewählten. 2. Eid des Richters. 3. Wahl der Geschworenen (Gerichtsbeisitzer) durch die Gemeinde, aus jeder Gumper<sup>1)</sup> sechs. 4. Zuziehung weiterer sechs in jeder Gump durch die erstgewählten. 5. Eid der Gemeinde in des Richters Hand. 6. Pflicht der Sechs zu Theilnahme an den Berathungen auf des Richters Einladung, 7. zu Uebernahme der Fürsprecherfunction auf Begehrungen einer Partei und Zutheilung des Richters, 8. zur Urtheilfindung auf Gebot des Richters. 9. Lohn der Geschworenen. 10. Wer mit einem Andern Stoss und Span anfängt, zahlt beider Theilen Buss und Straf. „Und so ein armer poss gegen einem wolmögenden rychen ein stoss anhüebe, so soll der rych nit wütter schadens abzutragen dem armen schuldig sin, dan der arm dem rychen hette zue ersetzen, so sich im zuetragen hett.“ 11. Weibelwahl durch Richter und Sechs. 12. Besoldung des Richters aus dem Einkommen des bischöflichen Tischs in der Gemeinde. 13. Auf Schmachreden gegen Richter und Geschworene wegen eines Urtheils steht Ehrlosigkeit und 30 Gulden Busse. 14. Gerichtsbesuchpflicht der Geschworenen bei 1 lib. Busse. 15. Geschlossene Tage für Gebotanlegen und Richten (die Sonntage, die 4 hochzeitlichen Fasten Unser Frauen Tage, Fronleichnamstag, Zwölfboten, St. Moritz, St. Joder und St. Katherinen Tag). 16. Appellationsrecht gegen Zendengerichtsurtheile „nach bruch und übung der landschaft W.“ 17. Bei Diebstal, Raub und anderm Malefiz soll der Richter mit den Geschworenen fleissigen „ursuch“ thun und der dabei gefundene Raub dem Geschädigten unter Abzug der gerichtlichen Ursuchskosten zugestellt werden. 18. Wer ein Jahr Richter (Castlan) gewesen, darf für die nächsten 3 Jahre ablehnen.

<sup>1)</sup> Gumper, comprae sind die schon in der Einleitung § 2 Anm. 33 genannten Ortschaften, welche den Zenden Brig bilden.

19. Wer vom Richter zu Rath und gemeinen Händeln der Landschaft oder des Zenden berufen nicht erscheint oder vor Ende der Berathung davon läuft, büsst 5 Schilling.

Hieran schliesst sich ein Zusatz v. 1445: 20. Wer gegen einen andern Lügen redet, wird so gestraft wie letzterer zu strafen wäre, wenn die lügenhafte Anschuldigung wahrhaftig erfunden wäre. 21. Der Weibel soll nicht mündlich in Abwesenheit des Schuldners pfänden, sondern so er ihn nicht bei Haus und Heim trifft, soll er es dem Hausvolk oder den Nachbarn anzeigen und dann die Pfänder bezeichnen, und seinen Lohn vom Schuldner nehmen. 22. Verbot des Austagens (vor Gericht laden) in einen andern Zenden. 23. Verbot eigenmächtiger Unterwindung fremder Erbschaften.

Zusatz von 1479: 24. Bei Diebstal soll jeder, der etwas darüber weiss, Anzeige an den Richter machen; geschieht das aber absichtlich falscher Weise, so trifft den Anzeiger gleiche Strafe wie sie den überführten Dieb getroffen hätte. Wer nicht anzeigt, was er weiss, gilt als Mithafter im Laster selbigen Diebstahls. Der Richter soll auf Anzeige weiter untersuchen und Zeugen abhören und dann die Sache den Geschworenen vorlegen. Der Hehler gestohlener Habe wie der Dieb bestraft. Verwandte von der Anzeigepflicht frei. 25. Pflicht des Schuldners eines Verstorbenen, den Erben binnen Jahr und Tag seine Schuld anzugeben, sonst ist er als Dieb geachtet.

412. 1516, Aug. 10. Zendenstatuten über Schuldbetreibung.  
(Unten vollständig abgedruckt.)
413. 1540, Oct. 23. Zendenstatut über Strafe des Fluchens, der Sonntagsentheiligung und der Trunkenheit. Allgemeine Rügepflicht bezüglich dieser Vergehen.  
(Berner Stadtbibliothek, Man. Helv. II 87.)

Ueber Fluchen und Trunkenheit die gleichen Vorschriften wie oben Nr. 92 und 117.

#### Naters.

414. 1453, Oct. 14. } Zwei Beschlüsse der Gump Naters über  
415. 1488, Nov. 9. } Bürgerrechtserwerb.  
(Pfarrarchiv Naters. Perg. lat.)

Der in einer Menge Gemeinden des Oberwallis, zumal in Gombs wiederkehrende typische Inhalt dieser Ordnungen ist der: wenn ein Auswärtiger in der Gemeinde liegendes Gut kauft oder durch Verheiratung mit einer Bürgerinn erlangt oder solches erbt, so soll er jus civile s. burgense in *compara recognoscere* und die Recognitionsgebühren zahlen (si

saltem burgenses illum accipere voluerint), nämlich von Liegenschaften im Werthe bis auf 100 lib. 2 rhein. Gulden, bei Mehrwerth von den ersten 100 lib. 4 Gl. und von jedem folgenden 100 1 Gl. Erwirbt er später noch mehr Güter, so zahlt er nichts weiter, wohl aber, wenn er alle zuerst erworbenen wieder veräussert, damit aus dem Bürgerrecht ausscheidet, und später wieder neue erwirbt. Vgl. aber das Verbot solcher Einzugssteuern unter Landleuten im Absch. von 1616 (Nr. 236).

#### Simpeln.

416. 1537, Sept. 8. Beschluss der Gemeinde Alpien (bei Gondo) betr. Heirat von Bürgerinnen mit Lombarden. (Pfarrarchiv Naters. Perg. deutsch.)

Nach Tod solcher mit Lombarden verheirateten Bürgerinnen haben deren Kinder auf den Alpien nichts zu begehren; dieselben (sowohl Knaben als Töchter) sind von den Alpen und Gemeindegütern ausgeschlossen und ebenso von dem Anteil an den Zinsen aus diesen Gütern.

---

#### G. Der Zenden Gombs.

417. 1247, Aug. 8. Leistungen der Landleute an das Meierthum.

(Gr. I Nr. 505.)

418. 1266, Oct. 9. Befreiung der Landleute von der Abgabe am placitum generale.

(Gr. II Nr. 725.)

419. 1344, Oct. 11. Befreiung der Leute des Gombs von dem Besuche der placita zu Mörel und Grengiols.

(Gr. V Nr. 2195.)

420. 1374, Nov. 6. Leistungen von Ernen und Gombs an den Bischof.

(Gr. V Nr. 2159.)

421. 1447, April 15. Schiedsspruch zwischen den Gemeinden Ernen und Münster über Meieramt und Gerichtsbarkeit in Gombs.

(Unten vollständig abgedruckt.)

422. 1549, Juni 30. Landfrieden von Meier und Boten des Zenden Gombs.

(Pfarrarchiv Ernen, A 45. Perg. deutsch.)

„Ich Mauritz zum Brunnen von Ernen dirtzyt meyer und richter eins eerlichen Goms in Wallis obrer und nidrer kilcheri mit sammt den botten von allen viertheylen obge-

meltz zendens (nämlich je 2 für den Viertheil Ernen, für den Viertheil Viesch und Lags, für die Thalschaft Binn, für Belwald und Thal Viesch, für den obern Viertheil der Kilchöre Ernen, für Münster, für den obersten Viertheil, für Reckingen, für die Grafschaft Biel, zusammen also 18 Boten) vormalen zu Bodmen am xxx meyern disers jars in bywäsen der herrn panerherr hauptman och myne zrichters statt-halters radt und gemeind in mechtiger zal versamlet mit uffrechter paner verordnet die harnachgeschr. artickel zu verschryben, habend die obgemelten eerenlüt vereynet für sich und den ganzen zenden Goms hernach geschrieben statut ordnung und constitution.“ 1. Dass keiner sich vom alten Glauben wende und dawider thue; 2. dass jeder bei allen alten löblichen Bräuchen und Landrechten bleibe und sich deren freue, besonders bei dem Landrecht geschrieben zur Zeit des Bischofs Wilhelm von Raron,<sup>1)</sup> „und so auch in verliffnen jaren durch ein lantschaft ein nüw landrecht bschriben und in all zenden gschickt und ussgangen, auch im zenden Goms ein nüwer grichtzbruch angnomen und der selbig in instrument verfasset, soll das selbig landrecht auch grichtzschriften harfür kommen und nit mer geachtet werden dan als ob sy nie gemacht noch ufgricht werin.“ 3. Dass keiner fortan heimliche noch offene Pension, Mieth noch Gaben von fremden Fürsten noch Herrn und von Niemand annehme. 4. Keiner werfe das dem Andern in Arglist vor („in argen werwyssen noch dester würs thun in gricht noch usswendig“) bei Strafe eines Meineids. 5. Vorbehalt, dass der Zenden des Willens wird, mit dem König von Frankreich und allen fremden Herrn gut Freund und Nachbar zu sein.

„Zu bvästigung aller articklen so ist rhat und gmeind einhellicklich mit der paner under dem spyess so uf der prüggen zu Bodmen was, hindurch zogen.“ Wer gegen diese Constitution handelt, ist der Gemeinde mit Leib, Ehr und Gut verfallen. Vorbehalt der Aenderung.

#### 423. 1561, Juni. Beamte für Folterung.

(Pfarrarchiv Ernen, A 51. Perg.)

Nos ballivus pro rev. D. Johanne Jordan ep. notum fieri volumus (da sich keine Leute für Anwendung der Folter gegen Uebelthäter im Gerichtshause zu Ernen fanden, so haben auf unsre Ermahnung die Richter und Geschworenen daselbst sedentes pro tribunali ordiniert), quod saltherus de

<sup>1)</sup> Also den Artikeln von Naters 1446.

Aragno et ille de Monasterio debeant malefactores in domus praetoriae carceribus torturare absque ulla difficultate, quotiescumque de parte nostra aut officiariorum nostrorum fuerint requisiti, ipsorum libertatibus et privilegiis indempniter, excepto si nimis imbecilles fuerint predicti saltheri aut in egritudinem inciderent, quod tunc maior vallis Binduli, amarus in comitatu, amanus vallis Viesch, officarius de Fürgangen omnesque inferiores officiarii deseni Consches de jure id facere teneantur et malefactores torturae seu funi ligare et apponere ligatisque et impositis torturare prout ipsis jussum fuerit.

424. 1561, Sept. 30/Nov. 23. Artikel von Räth und Gemeinden betr. das Meierthum.

(Pfarrarchiv Ernen, A 53. Pfarrarchiv Münster Nr. 53 in einem Vidimus v. 1596. Beides Perg. deutsch.)

Wir Meier, Statthalter, Räth und Gemeinden des Zenden Gombs, als weit unseres Zenden Gericht des Meierthums langet, in Betracht des grossen Missbrauchs bei der Wahl des Zendenrichters (namentlich wegen zu kostspieliger Ehrenabgaben) richten folgende Artikel auf: Nach altem Brauch ist jährlich auf 1. Mai der Richter oder Meier des Zenden zu wählen, und zwar von Jahr zu Jahr zwischen den Kirchhören Ernen und Münster abwechselnd der Meier und dessen Statthalter. Die Meierwahl geschieht zu Ernen in der Hauptkirche St. Gergien aus einem vom Rath von Ernen gemachten Doppelvorschlag; desgleichen in Münster aus einem Vorschlag, wozu jedes Viertheil einen Mann dargiebt. Sofort wird dem Gewählten Gehorsam geschworen. Der Statthalter wird auf gleiche Weise gewählt. Der neu gewählte Meier ist kein Essen zu geben schuldig, er thue es denn guten Willens. Ueberhaupt Abschaffung des Missbrauchs, dass der Richter an Festen und Kirchweihen seine Räthe und Beisitzer zu Gast und kostfrei haben muss. Damit aber reich und arm eines guten unverzogenen Rechts sich erfreue, soll der Richter wie bisher in seinen Kosten richten, und da er nun in Ehrenausgaben erleichtert ist, sich mit Bussen desto milder halten, wiewohl man die alten Bussen bestehen lässt. — Beschlossen in beiden Kirchen Ernen und Münster an obigen Tagen.

425. 1563, Dec. 2. Vereinbarung zwischen Münster und Ernen über gerichtliche und andre Rechte.

(Unten in der Hauptsache abgedruckt.)

426. 1622, Dec. 1. Zendenstatut besonders über Gerichtsstand.  
(Pfarrarchiv Ernen, A 87. Perg. deutsch.)

Statut der Boten der Kilchrien Ernen und Münster (als Rathsversammlung von Gombs). 1. Kein Einwohner soll in weltlichen Händeln aus dem Zendengericht hinaus betagt werden, sondern vor seinem ordentlichen Richter; wer sich durch ein Urtheil beschwert findet, mag Revision begehrn von demselben Richter, der mehr Assessoren zuziehen soll, und wo auch das Urtheil dieser unannehmbar, mag er appellieren an die Gerichtsbank zu Ernen und von dieser weiter nach Landrecht (also an den Landrath). Wer vor ein auswärtiges Gericht lädt, verliert seine Ansprache und die Gemeindenutzungen seines Wohnorts. 2. Kosten der Landrathsboten. 3. Landstrassen u. A.

427. 1680, Jan. 30. Zendenstatut betr. Aemterbesetzung.

(Gemeindearchiv Ernen, A 1. Perg. deutsch.)

Statut der Procuratoren aller Geschnidtnen des ganzen Zenden Gombs über das Recht des Zenden, Boten in beliebiger Zahl in den Landrath zu schicken, Pflicht der Berufung der Gewalthaber der Geschnidtnen zu Besetzung der Aemter, u. dgl.

#### Viertheil Ernen.

428. 1466, Dec. 1. Statut der communitas ville de Aragno über jura civilia, vulgariter burgrecht.

(Gemeindearchiv Ernen, B 1. Perg. lateinisch.)

Gemeindesteuer nach Massgabe der Winterung, Niederrassungsgebühr, Einkauf ins Burgrecht, Holzbezug, Holzfrevelstrafe.

429. 1469, Juli 11/Aug. 15. Statut über Vertheilung der Alpen zwischen Ernen, Niederernen und Mühlebach.

(Gemeindearchiv Ernen, C 2. Perg. lat. C 3 deutsch.)

Ausführliche Alpordnung.

430. 1475, Jan. 11. Statut der Dorfschaft Niederernen über Burgrecht (ähnlich wie Nr. 428).

(Gemeindearchiv Ernen, B 2. Perg. lateinisch.)

431. 1552, Mai 22. Statut für die Alpen genannt die Schwelline.

(Gemeindearchiv Ernen, C 6 und Gemeindearchiv Mühlebach, Nr. 5. Perg. deutsch.)

aufgerichtet von Dorf und Burgschaft Ernen, Dorf und Burgschaft Mühlebach, Dorf und Burgschaft Niederernen Namens der ganzen Gemeinde des Viertheils von Ernen als Gemeinder und Alpgetheilen der Alpen.

432. 1568, Juni 17. Bauernzunft von Ausserbinn.

(Gemeindearchiv Ernen, B 3. Copie, Pap. deutsch.)

Besetzung der Alpen laut Winterung, Verbot des Viehhineindringens, des Wässerns an Sonntagen, Pfänden herum-

- laufenden Viehs, Holzverbote, Wasserreinhaltung, Alpen- und Feuerpolizei.
433. 1577, Juli 14. Bürgerverordnung von Niederernen über Niederlassung, Bürgeraufnahmen, Verbot des Holzverkaufs aus der Gemeinde.  
(Gemeinearchiv Ernen, B 4. Perg. deutsch.)
434. 1592, März 14. Statuten der Gemeinde Mühlebach zu Schirmung ihrer Güter und gemeinen Wälder.  
(Gemeinearchiv Mühlebach, Nr. 4.)
- Hervorzuheben: 1. Wenn einer dem andern Schaden thut mit einem Ross, Maulthier, Esel, Kuh oder Rind, geschieht es bei Tag, so sollen die Pfander des Dorfs von ihm heischen für ein jedes Haupt 1 Gros; bei Nacht, von jedem Haupt 6 Gros. Dann sollen sie bei dem Verletzten den Schaden schätzen. 2. Kein Dorfmann soll sein Haus einem Aeussern verleihen ohne Wissen und Willen der Dorfleute, bei 3 lib. Busse. 3. Man soll künftig einen hübschen und wohlgestalten Dorfstier han, sechs Kühen einen, und das soll umbgan, und welcher nit ein hübschen Stier hette, so sollent die Pfander einen kaufen nach ihrem Gefallen in des Kosten, so ein ungestalten Stier hette. U. s. w.
435. 1621, Juni 12. Bestätigung der alten Burgrechtsordnungen für Ernen, ferner über Holzschleifen, Feuerpolizei u. A.  
(Gemeinearchiv Ernen, B 5. Perg. lateinisch.)
436. 1661, Jan. 23. Holzordnung gegen Ausbeutung der Wälder.  
(Gemeinearchiv Ernen, C 10. Perg. deutsch.)
437. 1760, Aug. 25. Vereinbarung zwischen der Burgschaft Ernen und den andern Vierteln und Gemeinden der Pfarrei Ernen über das Weibelamt.  
(Pfarrarchiv Belwald. Perg. deutsch.)
- Das Weibelthum des Gerichtsbanks zu Ernen soll der Burgschaft daselbst zuständig sein mit allen seinen Rechten, als nämlich dass der Weibel als Diener den Amtmann und übrige Deputierte soll begleiten in allen Gesandtschaften in und ausser Landes, und dass die Gemeinden die bisher gewohnte Besoldung während des Landraths und Rathstagen lassen erfolgen, ausgenommen dass die Burgschaft Ernen einen anständigen Weibelmantel in ihren Kosten soll kaufen und erhalten, welcher das Zendenwappen vorstellen und anzeigen soll.
- Viertheil Viesch.**
438. 1470, Mai 23. Bauernzunft über Wald- und Almend-

polizei, Belegung der Gemeindealpen, Viehpfändung u. dgl.

(Pfarrarchiv Viesch, B 1. Perg. lateinisch.)

439. 1532, Jan. 22. *Jus burgense s. civile dimidii quarterii de Viesch ordinatum ab omnibus in eodem dimidio quarterio bona immobilia possidentibus et repraesentantibus communitatem dimidii quarterii.*

(Gemeindearchiv Viesch, Nr. 10. Perg.)

Ziemlich gleich wie Nr. 414 u. 415. Ausserdem noch Einiges über Aufenthaltsgebühr der fremden Einsassen und Wahl der zwei Gemeindevorsteher (syndici).

#### Thalschaft Binn.

440. 1429, Juli 31. Beschluss der communitas vallis de Bün über Verkauf von Liegenschaften.

(Pfarrarchiv Binn. Perg.)

quod nullus in valle alicui extraneo aliqua bona immobilia vendere debet neque in feudum mittere seu obligare; quod si aliquis talia bona vendere voluerit et non reperiet emptorem in valle, debet eligere quattuor communes viros, qui per eorum juramenta debent taxare illa bona, et si tunc aliquis in valle est qui velit bona habere pro dicta summa, potest habere, et si in valle non esset aliquis, qui velit bona sic taxata habere pro tali pretio, tunc unusquisque potest vendere illa bona cui vult. Si aliquis contra premissa faceret, illa bona communitati de Bün debent esse devoluta.

441. 1447, Mai 3. Alprecht der Gemeinde Binn.

(Pfarrarchiv Binn. Perg. lateinisch.)

Das Statut wird damit motiviert, dass das Thal sehr waldig und nicht fruchtbar genug ist, auch keine grosse Waarenstrasse dadurch geht, welche etwas einbringt, und die sehr starke Bevölkerung nur von den Alpen und den Gemeinweiden ihre Nahrung hat. Daher 1. wer sein Eigenthum im Thal einem Fremden verkauft, kann das dazu gehörige Alprecht nicht mitverkaufen, imo alpagium totum ad bona vendita pertinens esse debet perpetue totius communitatis et parrochianorum vallis. 2. Ebenso bei Erbgang eines Gutes aus der Thalschaft heraus. 3. Ebenso wenn ein Fremder (d. h. Nichtthalangehöriger) Güter durch Zug an sich bringt. — Doch treten solche Erwerber in die Nutzung der Alpen ein, sobald sie im Thal dauernd wohnhaft werden und eigen Feuer und Rauch haben und die Gemeindelasten mittragen.

Dieses Statut ist 1463 vor dem Landrath angefochten worden von Wallisern, welche ausserhalb des Thals wohnen,

aber dort Güter haben: es stehe im Widerspruch mit einem Urtheil des Meiers von Gombs von 1434. Der Landrath erklärte durch Spruch vom 12. Juli 1463 (Pfarrarchiv Binn) Ziffer 2 und 3 der Statuten von 1447 als nichtig secundum patriae Vallesii laudabiles consuetudines, soweit es Erwerbungen von Walliser Landleuten betrifft; bezüglich Ziffer 1 wird für die bisherigen Erwerbungen von Walliser Landleuten das Urtheil von 1434 aufrecht erhalten, wonach die Eigenthümer der Güter die Alpen, Almeinen und Holzschlag secundum taxam bonorum geniessen und dafür auch alle Gemeindelasten gemäss der Taxe tragen sollen; für künftige Veräusserungen dagegen soll die „burzunft“ von 1447 gelten, doch soll der Thalmann, der sein Gut einem Aeussern verkauft, ihm von dieser Bauernzunft Kenntniss geben, sonst haftet er ihm für den Alpnutzen.

#### Belwald.

442. 1555, Febr. 10. Statut der Gemeinde Belwald über jus burgense s. civile (ähnlich wie Nr. 414 und 415).  
 (Pfarrarchiv Belwald, Perg. lateinisch.)
443. 1499, Juni 15. Statut der homines communitatis am Belwald jura et partem habentes in alpe an Richinon über die Nutzung dieser Alp.  
 (Pfarrarchiv Belwald, Perg. lateinisch.)

#### Grafschaft Biel.

444. 1277, März 6. Freiheiten der Leute von Biel.  
 (Gr. II Nr. 849.)
- Nach meiner von dem Original im Pfarrarchiv Biel genommenen Abschrift muss statt: allidotarii quibus wolgariter dicitur eigenletin (bei Gremaud) gelesen werden: alloditarii quibus wlgariter dicitur eigensecin, statt rerum requerendarum: rerum requirendarum, und statt justicia comparare: justicie comparere.
445. 1367, Febr. 10. Vergleich über Gerichtsbarkeit in der Grafschaft Biel.  
 (Pfarrarchiv Biel, Nr. 30. Perg.)

H. Mermetten judex a monte Dei superius pro domino Gyuschardo episcopo Sed. und homines de Gluringen, Ricingen et Büle vergleichen sich darüber, ob die von der Grafschaft unter das Gericht des Mermetten gehören oder unter ihren eigenen Richter, den ihnen der Bischof setzt, dahin: quod dicti de G., de R. et de B. elegerunt inter se sibi ipsis unum judicem, videlicet Aymonem, cui prefatus H. M. judex nomine episcopi jurisdictionem concessit in om-

nibus juribus prout ipsi adhuc habuerunt. Aymo leistet dem Bischof den Amtseid.

446. 1466, Juni 20. Bischöflicher Spruch über Gerichtsbarkeit in der Grafschaft.

(Pfarrarchiv Biel, Nr. 31. Perg.)

Meier und Landleute von Gombs klagen gegen die comunitas comitatus parrochie de Monasterio auf Auslieferung eines der Ketzeri Angeschuldigten zur Aburtheilung, da der Richter der Grafschaft keinen Blutbann habe. Die Bekl. berufen sich für ihr Recht auf mehrere Briefe. Der Bischof giebt den Bekl. Recht, considerato quod homines comitatus ab antiquo erant subditi comiti de Morgia, a quo se redemerunt, excepto quod bis in anno tenebantur ad placitum de Morgia et de Greniols se presentare, a quo per D. Guichardum episcopum liberati sunt; considerato quod non constat quod homines comitatus unquam fuerint judicio maioris parere compulsi, sed quod semper jurisdictionem separatam a maioratu exercuerunt, causas inter se et coram eorum judice promovendo, audiendo, diffiniendo sententialiter, exceptis de executione personarum ultimo supplicio tradendarum.

447. 1551, Dec. 12. Landrathsentscheid über Gerichtsbarkeit in der Grafschaft.

(Pfarrarchiv Biel, Nr. 36. Perg. lateinisch.)

Der bischöfliche Fiskal hat einen Verbrecher aus der Grafschaft nach Sitten gefangen geführt. Auf Beschwerde des Richters in der Grafschaft ergeht die Landrathssen-tenz, dass der Verbrecher, der wegen einer Mordthat zu Ernen in Verhaft war, vom Fiskal wieder dorthin auszuliefern sei.

448. 1562, Nov. 19. Erklärung des Meiers von Gombs zu Gunsten der besondern Gerichtsbarkeit der Grafschaft.

(Pfarrarchiv Biel, Nr. 39. Perg. lateinisch.)

Zwei Verbrecher aus der Grafschaft sind gefangen nach Ernen geführt worden. Der Ammann der Grafschaft eosdem captos super ponte vocato die Herbrigga noluit permettere ut inde ducerentur, nisi per me maiorem sibi data foret idonea cautio, quod premissa fierent quarterii comitatus et ditionis libertatibus et privilegiis indemniter. Quapropter idoneam cautionem dedi, quod huiusmodi transitus debeat nullo modo libertatibus et privilegiis quarterii comitatus prejudicare.

449. 1775, Febr. 1. Vergleich der Grafschaft und der übrigen drei Viertheile der Pfarrei Münster über Zendenrechte.

(Pfarrarchiv Biel, Nr. 53. Deutsch.)

Der Streit betraf Besetzung der Aemter eines Bannerherrn oder Zendenhauptmanns und des Weibels; der Vergleich geht dahin, dass die Grafschaft in Besetzung der Aemter gleich und als Mitbruder mit den drei andern Viertheilen erkannt sei.

**Reckingen.**

450. 1547, Oct. 16. Bauernzunft der Gemeinde Reckingen über Ordnung der Wälder und der Alpen u. dgl.  
(Pfarrarchiv Reckingen, Nr. 97. Perg. lat.)  
Weitere solche Statuten von 1558, 1578, 1608 (über Auswinterung), 1836 daselbst Nr. 74, 75, 98, 76.

**Münster.**

451. 1468, Jan. 14. Bauernzunft der Gemeinde Münster.  
(Gemeinearchiv Münster, Nr. 18. Perg. lateinisch.)  
Betrifft Viehauftreib auf die Alpen (namentlich *quod nullus ascendere debet in alpas cum pluribus pecoribus nisi quantum hyemare potest, exceptis de villa natis quantum emant vel ipsis in pignoribus pro ipsorum creditis fierent*), Holzschlag (verboten ohne Erlaubniss der Gemeindevorsteher), Vorkaufsrecht der Dorfleute bezüglich verkaufter Güter, Pflicht des im Dorfe Liegenschaften kaufenden Auswärtigen im Werthe von 30 lib. oder mehr zur Zahlung eines lib. an das Gemeinwerk. Wer nur bis auf 6 Kühe wintern kann, darf 2 zum Auftrieb auf die Alpen hereinlehnhen (*accommadare*). U. A.
452. 1470, Aug. 13. Spruch des Meiers von Gombs, enthaltend Ausschluss derer von Geschinen von der Nutzung der Alpen in Gombs.  
(Gemeinearchiv Münster, Nr. 2. Perg. lateinisch.)
453. 1540, Jan. 13. Bauernzunft der Gemeinde Münster.  
(Gemeinearchiv Münster, Nr. 8. Perg. Deutsch.)  
Betrifft Wahl der Dorfvierer, Holzhau, Viehauftrieb u. A.
454. 1549, Jan. 1. Statut betr. Bürgerrecht in der Gemeinde Münster.  
(Gemeinearchiv Münster, Nr. 17. Perg. Deutsch.)

Burgrechtsgebühr 10 lib. Zwei oder drei einerborene Dorfleute können die Annahme neuer Bürger wehren oder einem neuen Bürger, der sich nicht recht hält, das Bürgerrecht abkünden gegen Rückgabe der Gebühr. Wenn ein Fremder oder ein gekaufter neuer Bürger liegende Güter kauft und eine unziemliche Ueberschatzung giebt, damit ihm der Kauf bleibe, so kann der Zugsberechtigte die Güter schätzen lassen und den Schätzungspreis erhält der Käufer, die Ueberschatzung bleibt dem Verkäufer. Ein Fremder

oder auch ein Landmann, der Gut von hier wegziehen will, ist mit dem Abzug zu halten, wie man es an seinem Ort hält. Holzungsrecht der Bürger und Einsassen.

455. 1559, Juni 7. Urtheil des Meiers von Gombs, dass Jeder soll Holz hauen nach Gebühr seiner Güter.

(Gemeindearchiv Münster, Nr. 3.)

456. 1560, Nov. 1. Artikel des Viertheils von Münster über Landung und Marchung der Alpen.

(Gemeindearchiv Münster, Nr. 21.)

457. 1587, März 6. Beschluss der Dorfleute von Münster betr. Burgrechtsgebühr (10 lib. und ein Krennen an das Bachhaus und ein guter lederner Wassereimer zum Feuer etc.).

(Gemeindearchiv Münster, Nr. 42.)

458. 1601, Dec. 6. Artikel des Viertheils Münster über Verbot des Weidens von Vieh in den Gütern im Ustag, Viehauftrieb, Holzschlag u. A.

(Gemeindearchiv Münster, Nr. 34.)

#### Alpgenossenschaften.

459. 1240, Oct. 23. Statut der Alpgenossen der Eginenalp über Rechte und Pflichten der Genossen.

(Gr. V Nr. 2170.)

nach der Abschrift, die ich im Pfarrarchiv Reckingen vom Original genommen, muss hinter den Worten *vel pignori obligare* noch beigefügt werden: *sive legare*. Der im Abdruck bei Gr. weggelassene Schlusssatz lautet: *cui si quis contraire presumpserit, maledictionem Dei omnipotentis incurrat et lx libras cum obolo aureo regie potestati persolvat*.

460. 1364, Juni 16. Alprecht der Alpgenossen an der Alp zur Wasen.

(Pfarrarchiv Biel, Nr. 54. Perg. lateinisch.)

Die Alp ist in 10 Theile getheilt zu je 22 Kühen. Den ersten Theil (Loos) haben die Söhne des sel. Claus von Unterwasser für 20 Kühe, die Erben des Jeronimus Bunder für  $\frac{1}{2}$  Kuh und Werner de Fonte für  $1\frac{1}{2}$  Kühe; den zweiten Theil u. s. w. Wer mehr als seinen Anteil aufstreibt, zahlt per Kuh 2 Schilling. Von je 4 Kühen, die man aufstreibt, zahlt man einen Schilling ad alpegium (Alpwerk, Instandhaltung und Ueberwachung der Alp). Kein Stier darf auf die Alp gesetzt werden. U. s. w.

461. 1391, Juni 27. Alpordnung der Alpgenossen von Reckingen, Münster und Ulrichen über die Eginenalp. Vgl. Nr. 459.

(Pfarrarchiv Reckingen, Nr. 11.)

Eine weitere v. 5 Mai 1395 das. Nr. 14.

Es ist das auch eine Privatalp von Genossen aus mehreren Gemeinden des obern Gombs: Die Alp ist geschätzt auf 500 Kühe, 1 Pferd = 2 Kühe, 1 Füllen = 1 Kuh, 2 Galtrinder = 1 Kuh, 5 Kälber = 1 Kuh, 7 Schafe = 1 Kuh. Ein Genosse, der seinen Anteil verkaufen will, muss ihn den Genossen anbieten; will ihn keiner von diesen kaufen, so müssen ihn alle Genossen aus der Gemeinde, aus welcher der Verkäufer ist, nach Preis und Schätzung von Ehrenmännern kaufen. Auftrieb nicht vor St. Johann Bapt. Zu widerhandeln wird durch Pfändung des Viehes für 1 Schilling per Stück gebüsst.

### III. Ortsrechte der Vogteien im Unterwallis.

#### A. Vogtei St. Maurice.

##### St. Maurice.

462. 1296, Jan. 30. Freiheitsbrief (franchesiae) des Grafen Amadeus V von Savoyen für die Stadt St. Maurice.  
(Gr. II Nr. 1082.)
463. 1298, Aug. 4. Einung der Bürgergemeinde von St. Maurice über Nutzung von Wald und Weide.  
(Gr. II Nr. 1111.)
464. 1317, Aug. 5. Freiheitsbrief des Grafen Amadeus V von Savoyen für die Stadt St. Maurice.  
(Gr. III Nr. 1401.)
- In Art. 15 ist laut meiner vom Original genommenen Copie statt coarsinus zu lesen caorsinus.
465. 1319, Mai 10. Chambéry. Graf Amadeus V erklärt, dass ein Fremder, der Liegenschaften in der Stadt St. Maurice erwirbt, die Gemeindesteuern zahlen soll.  
(Archiv der Bürgergemeinde St. Maurice.)
466. 1320, Jan. 31. Statut von Syndici und Bürgerschaft zu St. Maurice über Waarenfuhren.  
(Gr. V Nr. 2187.)
467. 1324, Febr. 3. Bestätigung der franchises von St. Maurice durch Graf Eduard von Savoyen.  
(Gr. III Nr. 1499.)
468. 1330, Jan. 17. Verordnung des Grafen Aymo v. Savoyen betr. die Lombarden (Geldwechsler und Bankiers) zu St. Maurice und Saillon.  
(Gr. III Nr. 1576. V Nr. 2192.)

469. 1340, Febr. 1. Protest der Bürgerschaft gegen Erlassse des Castellans zu Handen des Grafen v. Savoyen.  
(Gr. IV Nr. 1794.)
470. 1350, Jan. 23 und 24. Kundschaft über Abgabenpflicht zu St. Maurice.  
(Gr. IV Nr. 1964.)
471. 1354, Aug. 5. Privileg des Grafen Amadeus VI v. Savoyen über Kriegsdienst der Bürger von St. Maurice.  
(Gr. V Nr. 2020.)
472. 1370, Mai 1. Weisung des Grafen Amadeus VI v. Savoyen an den Castlan zu St. Maurice über Erhebung einer Subsidiensteuer.  
(Gr. V Nr. 2143.)
473. 1382, Jan. 22. Aix. Bestätigung der Freiheitsbriefe v. 1317 und 1324 durch Graf Amadeus VI v. Savoyen mit namentlicher Aufzählung der 23, von den Teisen und Handänderungsgebühren befreiten Häuser.  
(Archiv der Bürgergemeinde St. Maurice. Perg.)  
Ein Affix enthält eine Weisung des Grafen Amadeus an den Castlan zu St. Maurice v. 12. Juni 1315, die Freiheit der immunen Häuser von Teisen zu respectieren und für Verbalinjurien keine Busse zu erheben.
474. 1400, Juni 12. Chambéry. Bestätigung des Statuts von 1298 (Nr. 463) durch Graf Amadeus VIII v. Savoyen.  
(Archiv der Bürgergemeinde St. Maurice. Perg.)
475. 1575, Dec. 10. *Bestätigung alten Gewohnheitsrechtes über Erbgang, Schenkungen und eheliches Güterrecht.*  
(Unten vollständig abgedruckt.)

**Martigny.**

476. 1338, Juli 10. Bestätigung der Freiheiten von Martigny durch den Generalvicar des Bischofs von Sitten.  
(Gr. IV Nr. 1722.)
477. 1340, Sept. 3. Bestätigung der Freiheiten durch Bischof Philipp von Sitten.  
(Gr. IV Nr. 1806.)
478. 1375, April 14. Erneuerung des Rechts freien Verkaufs und Kaufs von Wein und Esswaaren und der Ausfuhr in der ganzen Grafschaft durch Graf Amadeus VI v. Savoyen zu Gunsten der Bürger von Martigny.  
(Gr. V Nr. 2161.)
479. 1392, Juli 31. Ertheilung des Rechts zweier Jahrmärkte

an die Bürger von Martigny durch Gräfinn Bona v. Savoyen.

(Gemeindearchiv Martigny, Affix der Urk. Nr. 480.)

480. 1399, Aug. 18. Hautecombe. Bestätigung der Freiheiten und Rechte der Stadt Sitten für Martigny durch Graf Amadeus VIII v. Savoyen.

(Perg. im Gemeindearchiv Martigny, mit dem Reitersiegel des Grafen an grünseidener Schnur.)

Die Bürger von Martigny haben vorgetragen, dass sie früher unter der bischöflichen Herrschaft der Rechte der Stadt Sitten genossen haben, obschon ihnen dies nie förmlich verbrieft gewesen; seit der Savoyischen Herrschaft seien ihnen darob Schwierigkeiten erwachsen, sie ersuchen daher um förmliche Bestätigung. Dies geschieht, und das Stadtrecht von Sitten von 1338/1339 (Nr. 329) wird ihnen verliehen und in extenso verbrieft. Der Inhalt stimmt übrigens mit Nr. 329 nicht ganz überein, nicht in den Bussen für Körperverletzungen, nicht in der Reihenfolge der Artikel, nicht in manchen Einzelheiten; auch fehlen mehrere Artikel des Stadtrechts von Sitten und sind durch andere ersetzt.

481. 1407, April 7. Chambéry. Bestätigung der Gewohnheiten, welche die Leute der Castlanei Martigny unter den Bischöfen von Sitten hatten, durch Graf Amadeus VIII v. Savoyen.

(Gemeindearchiv Martigny. Perg.)

482. 1447, Aug. 24. Martigny. Bestätigung der Freiheiten von Martigny durch Herzog Ludwig von Savoyen.

(Gemeindearchiv Martigny, Affix der Urk. Nr. 480.)

483. 1466, Nov. 22. Pigneroles. Bestätigung der Freiheiten von Martigny durch Herzog Amadeus IX v. Savoyen.

(Gemeindearchiv Martigny, Affix v. Nr. 480.)

484. 1497, Dec. 22. Sitten. Bestätigung der Freiheiten von Martigny durch Bischof Niclaus Schiner und den Landrat von Wallis.

(Im Wesentlichen unten abgedruckt.)

485. 1580, Jan. 14. Sitten. *Einführung des Landrechts v. 1571 in Martigny durch Bischof und Landrat unter Genehmigung vorbehaltener Gewohnheiten.*

(Unten vollständig abgedruckt.)

486. XVIII Jahrh. Arrêts de la communauté de Martigny.

(Gemeindearchiv Martigny, kleines Papierheft.)

Daraus etwa Nr. 23: in Rücksicht auf eingerissenen Unfug in Besuch der zahlreichen Wirthshäuser wird den Wirthen verboten, für Zechschulden Credit zu geben, und

soll für solche Schulden kein Recht gehalten werden, ausser für die in folgenden Fällen gemachten: lors de la reddition des comptes de tutelle; faisant des fianceailles; pour les assemblées funèbres et anniversaires; si par la persuasion de Messieurs les officiers ou autres bons amis sur quelques différents il y avait quelque accord à faire. — Notez qu'au présent arrest ne sont pas compris les étrangers.

#### Entremont.

487. 1348, Juni 20. Schiedsspruch zwischen dem Bischof von Sitten und dem Grafen von Savoyen und ihren Unternthanen betr. Gültigkeit der von der Canzlei zu Sitten gefertigten Urkunden in den Castlaneien Entremont, Saxon, Saillon und Conthey.  
(Gr. IV Nr. 1940.)
488. 1575, Dec. 16. *Bestätigung alten Gewohnheitsrechtes* betr. *Erbgang u. A. gelegentlich der Einführung des Landrechts v. 1571.*  
(Unten vollständig abgedruckt.)
489. 1583, Juni 29. Nachträgliche Bestätigung einiger in dem Abschiede v. 1575 (Nr. 488) vergessener Artikel.  
(Unten vollständig abgedruckt.)
490. s. d. Usus et consuetudines banderiae Intermontium.  
(Unten vollständig abgedruckt.)
491. 1586, Mai 30. Bestätigung alter Freiheiten der Leute von Entremont durch Bischof Hildebrand und Landrath.  
(Gemeindearchiv Liddes, notarial. Copie.)  
1. Bestätigung des Privilegs von Bischof und Landrath v. 31. Dec. 1477 (s. Einleitung § 4, Anm. 41) betr. Freiheit von den Lasten der Talliabilität und der todten Hand; 2. eines ähnlichen Privilegs von B. Niclaus Schiner und Landrath (Nr. 512); 3. eines Privilegs des B. Walther Supersax zu Gunsten der Leute von Bagne, dass keiner ausserhalb des Thales gefangen geführt, sondern dort abgeurtheilt werden solle, nisi casus vel justitia illud exposcat; 4. Recognitionspflicht der Inhaber adlicher Lehen gegenüber der mensa episcopalis als Oberherrn.

#### Einzelne Ortschaften in Entremont.

St. Brancher, Sti Brancherii (jetzt Sembrancher).

492. 1239, Juli 20. Freiheitsbrief für St. Brancher von Graf Amadeus IV v. Savoyen.  
(Gr. III Nr. 1609.)  
Laut der Abschrift, die ich vom Original in St. Brancher

genommen, wäre zu lesen in Art. 40: *furni vero...* und in Art. 41: *et pro qualibet tensa.*

493. 1322, Nov. 12. Freiheitsbrief für St. Brancher von Graf Amadeus V v. Savoyen.

(Gr. III Nr. 1610.)

Nach der Abschrift, die ich vom Original in St. Brancher genommen, wäre in dem Abdruck bei Gr. zu verbessern: Art. 5: *septem sol. pro banno et passo duos sol. et quatuor den.* Art. 16: *nec infra confines* (statt *nisi i. c.*) Art. 45: *in omnibus exsenis et comitatibus* (statt *communitibus*).

494. 1324, Febr. 7. Bestätigung der Freiheiten von St. Brancher nebst Marktrecht durch Graf Eduard v. Savoyen.

(Gr. III Nr. 1614.)

495. 1380, März 21. Bestätigung der Freiheiten von St. Brancher durch Graf Amadeus VI v. Savoyen.

(Gemeindearchiv St. Brancher, Affix an Nr. 493, Perg.)

496. 1466, März 26. Bestätigung der Freiheiten von St. Brancher durch Herzog Amadeus IX v. Savoyen.

(Wie Nr. 495.)

#### Orsières.

497. 1228, März 27. Grenzbereinigung der Gerichtsbezirke Orsières und Liddes.

(Gr. I Nr. 607.)

498. 1328, Jan. 18, Chambéry. Befreiung der Leute von Orsières von der Pflicht, ihre Verkaufsgegenstände auf den Markt zu St. Brancher zu bringen, durch Graf Eduard v. Savoyen.

(Gemeindearchiv Orsières, Perg. auch Copialbuch.)

Dem Inhalt nach völlig übereinstimmend mit dem gleichzeitigen Privileg für Bagne und Vollège und für Liddes (Nr. 511 und 504). Nur ist in dem Drucke bei Gr. III Nr. 1618 auf der vorletzten und letzten Zeile der S. 606 wohl zu lesen: *ut ipsi, velint vel nolint, veniant ad forum.* So wenigstens in dem Exemplar von Orsières.

499. 1346, Nov. 29. Bourget. Untersagung peinlichen Vorgehens ohne Anklage, durch Graf Amadeus VI v. Savoyen.

(Gemeindearchiv Orsières, Perg.)

Das Schreiben ist gerichtet an *ballivus judex procurator Chablaisii, Gebennensis et Intermontium, castellanoque Intermontium et Sti. Brancherii nostrisque quibuslibet officiariis.* *Ex parte communitatis de Orseriis fuit nobis expositum, quod sepe sine denunciatore quocunque ex officio*

nostre curie fiunt inquisitiones in eosdem, quarum occasione tam pro suis deffensionibus faciendis quam alias dampna quam plurima sustinent et expensis et aliter multimode gravantur, de quibus nullum ad aliquem, cum nullus ut supra denunciator processerit, possunt habere recursum. Die Weisung geht dahin, quod nulla contra ipsos fiat sine denunciatore nisi in terminis et casibus a jure traditis inquisitionis vel inquisitionis processus.

500. 1376, Juli 31. Aosta. Freiheitsbrief von Graf Amadeus VI v. Savoyen für Orsières.

(Unten vollständig abgedruckt.)

501. 1379, Nov. 27. Ripaille. Ertheilung eines Marktrechttes an Orsières durch Graf Amadeus VI.

(Gemeindearchiv Orsières, Copialbuch.)

Ut locus noster Orseriarum copiosius populetur, ac ex denariatis et bonis ibidem congregandis et apportandis valeat opportuno tempore circonstantibus subveniri, (burgensibus) concedimus mercatum publicum die martis cuiuslibet septimane. Ferner: teneantur in villa Orseriarum nundine publice semel in quolibet anno videlicet die festi S. Bartholomei et duobus diebus continue sequentibus. In quibus mercatis et nundinis leyde et alia tributa solita et debita in aliis mercatis convicinis nobis solvi et dari nostris nuntiis ibidem vice nostra recepturis persolvantur per universas personas ad dictas nundinas et mercata venientes de mercandiis et denariatis in ipsis vendendis et emendis. Exceptis burgensibus hominibus et habitatoribus ville de Orseriis, quibus leydas et vendas nobis competentes pro mercandiis et denariatis emendis et vendendis per ipsos abinde in mercatis et nundinis remittimus et quittamus. Salvis nostris tributis et usagiis nobis debitibus. Illos quoque homines qui ad dictas nundinas et mercatum veniant, esse volumus securos per tres dies ante et per tres dies post nundinas eundo, stando et redeundo cum rebus mercandiis et bonis eorundem, ac eisdem privilegiis et libertatibus in ipsis nundinis et foro uti, quibus uterentur in nostris aliis nundinis, diebus scilicet duntaxat nundinarum, exceptis tamen de criminibus gravioribus convictis vel accusatis.

502. 1386, Dec. 14. Erlass der todten Hand an Orsières durch Gräf Finn Bona v. Savoyen.

(Gemeindearchiv Orsières, Copialbuch.)

Die Gräf Finn theilt mit, der Castellan von Entremont habe von den Bewohnern von Orsières beansprucht, omnia bona mobilia, garnimenta et utensilia quorumcunque im-

puberum et indivisorum fratrum ab intestato morientium ad nos insolidum pertinere debere, die Leute von Orsières hätten aber dieses Recht bestritten. Nos volentes eosdem homines favore benevolo pertractare, eos eorumque res et bona de predictis solvimus penitus.

**Liddes.**

503. 1324, Febr. 10. Vergleich über das Mistralamt zu Liddes Seitens mehrerer Prätendenten zu Gunsten des Princips der Einheit des Amtes.  
(Gr. III Nr. 1500.)
504. 1328, Jan. 18. Dasselbe für Liddes was Nr. 498 für Orsières.  
(Gemeinearchiv Liddes, Perg.)
505. 1382, Juni 16. Ripaille. Graf Amadeus VI v. Savoyen befreit die von Liddes von der Pflicht, ihm ein Pferd (somarium) in expeditione s. cavalcata nostra zu stellen.  
(Gemeinearchiv Liddes, Perg.)
506. 1399, Juni 4. Chambéry. Privileg des Grafen Amadeus VIII v. Savoyen für die von Liddes betr. Arrest auf Erbschaften wegen Wucher verdachtet und Abwandlung kleiner Gerichtssachen.  
(Gemeinearchiv Liddes, Perg.)

Es liegt vor zunächst eine Bittschrift derer von Liddes, 1. quod quamvis homines ipsius communitatis de L. sint pauperes et simplices agricole viventes secundum Deum de suo proprio labore, tamen quando aliquis ibi moritur, officiarii vestri sumpto colore usurariorum pro causa heredes sic decendentium multipliciter fatigant allegando talem defunctum contractum usurarium in vita sua celebrasse, licet revera nullos celebraverit, adeo quod necesse est quod heredes se erga vestros officiarios redimant. 2. Item multociens contingit, quod pro modicis causis fiunt querimonie in manibus mistralis loci de parte ad partem et pro qualibet clama clare commissa ipse mistralis recepit sex denarios. Et licet partes postea inter se conveniant et sint in bona tranquillitate et pace, nichilominus officiarii vestri partes injuste molestant, ipsas evocari coram ipsis faciendo responsuras intitulatis nulla denunciatione precedente; et hoc sepe contingit in minimis et vilibus causis, nam contra ipsos formantur inquisiciones nulla denunciatione precedente, et compelluntur dictis inquisitionibus respondere in loco Sti Brancherii qui distat a loco de Liddes per duas leucas salvo pluri, licet temporibus retroactis non erant soliti trahi

extra terminos parrochie de Liddes. Der Graf rescribiert darauf an den Castlan v. St. Brancher, ad 1: er solle keine Erbschaft wegen wucherlicher Contracte mit Beschlag belegen, nisi defunctus fuerit usurarius manifestus vel alias de usuris inter notos et vicinos publice diffamatus. Quo casu bona eius mobilia et credita per inventarium ponatis et de contractibus usurarum per defunctum exercitis informationem veridicam recipiatis et nobis mittatis, ut super ipsa ordinari facere valeamus quod fuerit rationis. 2. Vobis inhibemus, quod quando continget clamas fieri in dicta curia de minoribus et civilibus causis, et postea ambe partes ad concordiam devenerint, occasione dictarum clamorum contra concordatos nullatenus procedatis per inquisitiones et processus vel aliter nisi duntaxat judiciali cognitione precedente.

507. 1455, Aug. 11. Erneuerung des Verbots, die von Liddes wegen geringfügiger Sachen nach St. Brancher zu laden, durch Herzog Ludwig v. Savoyen.

(Gemeindearchiv Liddes, Perg.)

508. 1455, Aug. 12. Instruction des Herzogs Ludwig v. Savoyen an den Vogt von Chablais und den Castlan von St. Brancher über den Begriff „geringfügige Sachen,“ aus Anlass des Verbots Nr. 507.

(Gemeindearchiv Liddes, Perg.)

Clausulam: „pro modicis parvisque debitibus et minimis causis“ declaramus, specificamus et lucidamus, videlicet quod mistralis et castellanus loci de Lides in ipso loco et non alibi de causis a sexaginta solidis et infra primo et antequam ad vos evocari possint cognoscere habeant, et quod post ipsorum cognitionem appellations ad vos devenire debeant.

509. 1511, April 9. Bestätigung alten Gewohnheitsrechtes, dass zu Liddes kinderlose Leute über ihre Fahrniss frei verfügen und testieren dürfen und von ihrem Nachlasse nur 5 sol. an den bischöflichen Tisch zu entrichten sind.

(Gemeindearchiv Liddes, Perg.)

Diese Urk. ist ausgestellt von Cardinal Matthaeus Schiner, Bischof zu Sitten, im Schloss Majoria, entgegen einem Anspruche des procurator fiscalis mensae episcopalis auf Bezug des ganzen Mobiliarnachlasses kraft des Rechtes der todtten Hand, da die Leute servilis conditionis seien.

**Bagnethal.**

510. 1287, Dec. 7. Revers des Grafen Amadeus V v. Sa-  
voyen betr. sein Recht auf Fourage (lo fourro) im  
Bagnethal.

(Gr. II Nr. 973.)

511. 1328, Jan. 18. Dasselbe für Bagne und Vollège was  
Nr. 498 für Orsières.

(Gr. III Nr. 1618.)

512. 1497, April 14. Bestätigung der usus, consuetudines et  
privilegia hominum vallis et mandamenti de Bagnies  
durch Niclaus Schiner Erwählten von Sitten und Land-  
rath der 7 Zenden.

(Gemeindearchiv Liddes, Perg. notarialisch beglaubigte  
Copie, ohne Siegel.)

Nach allgemeiner Bestätigung von omnes et singuli boni  
et laudabiles usus, consuetudines, franchises et libertates  
scriptae et non scriptae und der transactio inter Waltheum  
Supersaxo et patriotas et abbatem Sti Mauritii et commu-  
nitatem de Bagnies wird noch verbrieft: quod nullus cap-  
tus per justitiam deducatur extra castellaniam de Bagnies,  
sed de eodem justitia fiat in valle, nisi casus vel justitia  
extra duci exposceret. Item quod omnia homagia, laudes,  
venditiones et commissiones quorumcunque nobilium seu  
aliarum personarum exceptis alti domini et principis ac  
ecclesie seu horum omnium que moventur et tenentur ex  
retrofeudis ab alto domino et principe ac ecclesia, sint et  
esse debeant cassa et invalida ad tenorem arresti super  
hoc dudum tempore domini Waltheri facti, salvis ipsis  
talibus nobilibus et personis et reservatis simpliciter eorum  
redditibus et usagiis annualibus debitibus absque aliis emo-  
lumentis ratione commissionis laudum et venditionum pe-  
tendis.

513. 1572, Dec. 17. Bestätigung des besondern Gewohnheits-  
rechts betr. Erbfolge für das Bagnethal durch Bischof  
Hildebrand und Landrath.

(Unten abgedruckt.)

**Saxon.**

514. 1348, Juni 20. Schon oben Nr. 487.

515. 1545, Juni 6. Weisthum der Leute von Fully, Saxon  
und Riddes über ihr Erbrecht.

(Unten abgedruckt.)

516. 1567, Mai 24. Landrathsbeschluss betr. Erbfolge zu  
Saxon.

(Copie auf dem Staatsarchiv zu Sitten.)

Die Leute von Saxon bitten um Bestätigung ihres alten Rechtes, über ein Drittheil des Vermögens testieren zu dürfen. Der Beschluss lautet: *quod si quaedam persona existens sub manu mortua infra castellaniam Saxonis morietur intestata, bona remaneant suis liberis legitimis superstibus. Deficientibus hiis tertia pars bonorum decedentis perveniat eius proximioribus heredibus et reliquae duae partes dominis patriotis, hoc addito quod si infra sex hebdomadas post obitum decedentis non veniant dictas duas partes recognoscere, nobis sit eorum tertia pars cum duabus tertiis partibus devoluta. Quae bona possit noster gubernator albergare proximioribus parentibus et consanguineis defuncti; Mangels Recognition kann er sie einem Beliebigen albergieren.* Die Taxation der Güter Behufs Ausscheidung des Theils der Landleute soll sine dolo vorgenommen werden; findet der Gubernator, dass er solle betrogen werden, so hat er die Schätzung zu revidieren und die Schuldigen zu bestrafen.

517. 1570, Mai 9. Landrathsbeschluss bestätigend altes Recht von Saxon bezüglich der Erbfolge.

(Staatsarchiv, Copie.)

Die von Saxon bitten, dass ihnen, da im Brände des Schlosses zu Saxon ein bezüglicher Brief zu Grunde gegangen, das alte Recht bestätigt werde, wonach bei ihnen, obschon thalberig und der todten Hand unterworfen, doch die Eltern ihre ehelichen Kinder erben, gleichwie es auch denen von Riddes gewährt sei. Beschluss: *quod abinceps parentes universaliter, vid. pater et mater, succedant in bonis suorum liberorum decedentium sine liberis legitimis, dummodo non fuerint separati, divisi vel portionati a suis parentibus, non obstante conditione tallibilitatis, in qua nobis subjiciuntur.*

518. 1577, Mai 18. Landrathsbeschluss betr. Bestätigung alten Gewohnheitsrechtes für Riddes und Saxon über Erbfolge gelegentlich der Einführung der Stat. v. 1571 im Unterwallis.

(Unten im Wesentlichen abgedruckt.)

#### Riddes.

519. 1356, Febr. 23. Privileg des Grafen Amadeus VI von Savoyen für die Leute von Fully, Leytron und Riddes.

(Gr. V Nr. 2032.)

520. 1361, Dec. 10. Abkommen des Castlans von Saillon mit

den Leuten von Riddes wegen unterlassener Recognition der Güter bei Handänderung.

(Gemeindearchiv Riddes. Perg. lat.)

Keine eigentliche Rechtssatzung, sondern Verzicht auf commissiones et excheyta thalberiger Güter, welche unter denen von Riddes die Hand geändert haben ohne Entrichtung der laudes.

521. 1471, Dec. 8. Kundenschaft der Leute von Riddes über ihr Erbrecht.

(Gemeindearchiv Riddes. Perg.)

— usus et consuetudo quod parentes superstites suis natis naturalibus et legitimis succedant et alter superstes succedat, ut eschetas bonorum suorum habeant, locum ac thenus habuerunt tam in loco Riddae, in quo sunt omnes paucis exceptis homines talliabiles quam in locis Saxonis et Fulliaci, qui similis sunt conditionis. Et ita semper successerunt, dum tamen ipsi liberi defuncti alios post se non relinquant suos liberos naturales et legitimos vel non essent tempore eorum mortis separati et divisi a parentibus suis.

522. 1545, Juni 6. S. Nr. 515.

523. 1577, Mai 18. S. Nr. 518.

524. 1588, Dec. 7. Pflicht derer von Riddes, Leytron und Saillon zu Marktverkauf in Sitten.

(Liber jurium... civit. Sed. fol. 92. Bourgeoisearchiv Sitten, Tiroir 22 Nr. 25.)

Befehl des Landraths, ihre Früchte auf den Markt zu Sitten zu bringen, und nicht contra vetustissima nostra arresta blada et cuiuscunque speciei legumina ad forum Martigniacense venalia ducere.

Fully.

525. 1356, Febr. 23. S. Nr. 519.

526. 1545, Juni 6. S. Nr. 515.

527. 1567, Mai 24. Landrathsabschied betr. Rechte des Weibels zu Fully auf Nachlass todter Hand.

(Staatsarchiv Sitten, Copie.)

Der Salterus Fulliaci trägt vor, er habe das Recht auf Bezug der domus ustensilia der ohne Leibeserben Sterbenden und der hingerichteten Mörder und Räuber, und wünscht eine Erklärung des Begriffs ustensilia, da oft Streit darüber entstehe. Declaramus, quod illa ustensilia domus esse debeant, ex quibus communiter et dietim ac frequentius in aedibus utuntur, in quibus tamen non computantur aurum,

argentum et cuiuscunque generis pecora, armenta et volatilia, necnon vestimenta et corporis indumenta qualiacunque, item annona utpote bladum et quodcunque genus leguminum, caseus, carnes, butyrum et alia edulium genera, necnon et vinum.

528. 1575, Weihnachtslandrath. Abschied betr. Erbrecht zu Fully.

(Nr. 528—538 Staatsarchiv Sitten, Copie.)

Les pères et mères ne succèdent à leurs enfants que lorsqu'ils sont en entière indivision.

529. 1605. Landrathsabschied betr. Recht der todten Hand bei indivision.

Si les frères restent indivis pour leurs biens hérités, mais restent en domiciles particuliers, s'il fait avance, l'avance tombe en main-morte, mais non les biens indivis.

530. 1615. Landrathsabschied betr. thalberige Personen.

Si les biens francs sont partagés, les taillables sont censés partagés. Les biens taillables des bastards appartiennent au Seigneur Gouverneur. Les taillables ne doivent pas faire des deptes sans la permission du Seigneur Gouverneur.

531. 1644, Dec. 11. Landrathsabschied betr. Erbgang weiterer Verwandter in ein Drittel des Vermögens.

(Inhaltlich gleich Nr. 516.)

532. 1653, Dec. 12. Landrathsabschied: Verbot des Erwerbes von Gütern zu Fully, die der todten Hand unterliegen, durch die Gemeinde und die Kirche.

533. 1688, Mai 20. Landrathsabschied betr. das dem Erbgang offene Drittel von Fahrniss der mainmortables.

Bona mobilia, id est tertia pars, bonorum immobilium naturam sumant, dictaque mobilia, quando casus mortis et excheutae contigerit, juxta rationabilem taxam eorundem debita defuncti et quascunque eapropter expensas factas ordine immobilium ad ratam statutariae supportare debeant. Praesiam nondum maturam nec collectam aut deportatam tanquam fundo inhaerentem albergatariis bonorum decedentis remanere volumus. Praesias collectas ante obitum personarum sub regimine tutelari existentium priorem conditionem mobilium et immobilium sumere volumus, habita prius justa ratione oneris tutelae expensarum atque alimentorum intuitu defunctorum pupillorum, ne quis ex bono officio damnum sentiat.

534. 1701, Dec. 15. Landrathsabschied betr. Albergament thalberiger Güter zu Fully.

Bona talliabilium semper proximiori in gradu, singulariter utrumque repraesentanti, nullo habito respectu unde bona provenerint, albergari debent, non toti frareschiae omnibus indivisim.

535. 1708. Landrathsabschied betr. Voll- und Halbgeburt.

Les frères des deux costés joincts sont préférés à ceux qui ne le sont que d'un costé.

536. 1710. Landrathsabschied betr. Schuldenzahlung verstorbener Thalberiger.

Die thalberigen Güter haften für die Schulden nicht, so lange freie Güter da sind. Die Schulden werden nach dem wahren Werthe der Güter und nicht nach der Schätzung des Albergaments gezahlt.

537. 1715. Landrathsabschied betr. Nachlass Thalberiger.

Wenn man sich frauduloser Weise das Drittel erhalten will, ohne das Albergament zahlen zu können, so kann der Gubernator das Drittel an sich ziehen gegen Bezahlung der Schätzung an den Erben oder Legatar, und dann das Gut einem beliebigen Dritten übergeben.

538. 1735, Mai. Landrathsabschied betr. Veräußerungen einfältiger Leute.

Einfältige (unter Curatel) sollen auch mit Bewilligung ihrer Curatoren keine Güter gültig veräußern können, wenn der Act nicht in Gegenwart und unter Controle des Richters vollzogen wird. Ebenso sind Testamente solcher Leute, welche in gesunden Tagen die Sacramente nicht empfangen haben, ungültig, auch wenn sie noch schnell auf dem Todt bette die Sacramente empfangen, um testieren zu können.

#### Saillon.

539. 1271. Freiheitsbrief des Grafen Philipp von Savoyen für Saillon.

(Gr. V Nr. 2176.)

540. 1316, Dec. 16. Weisung des Richters von Chablais an den Castlan von Conthey betr. Reciprocität der Gemeindetaillen zwischen Leytron und Saillon.

(Gr. III Nr. 1396.)

541. 1330, Jan. 17. S. Nr. 468.

542. 1330, Nov. 26. Chillon. Weisung des Grafen Aymo von Savoyen an den Castlan von Saillon betr. Untersuchungshaft.

(Staatsarchiv Sitten, Copie.)

... tibi praecipimus, quatenus aliquem de burgensibus de S. pro excessibus vel delictis personaliter non capias nec captos detineas, si cautionem idoneam praestare parati fuerint cum effectu de stando juri et judicato solvendo in nostra curia, nisi pro homicidio, latrocinio vel casu productionis aut alio gravi maleficio, pro quo poenam mortis subire deberet.

543. 1352, Nov. 22. Freiheitsbrief des Grafen Amadeus V von Savoyen für Saillon betr. Strafverfahren.

(Gr. V Nr. 2004.)

544. 1751, Dec. 21. Weisthum der Räthe von Saillon und Leytron über Représentationsrecht.

(Staatsarchiv, Copie.)

Les officiers charge ayants des Conseils S. et L. attestont que le droit de représentation at toujours esté pratiqué chez eux, et que les neveux de deux costes conjoints concourront avec leurs oncles qui sont frères germains aux défuncts et représentent la place de leur père, ... pour succéder par souche, c'est à dire par troncs et pas par testes.

#### Leytron.

545. 1290, Febr. 11. Rechte des Weibels zu Leytron.

(Gr. II Nr. 1013. V Nr. 2178.)

546. 1316, Dec. 16. S. Nr. 540.

547. 1356, Febr. 23. S. Nr. 519.

548. 1575, Mai. Landrathsabschied betr. Erbrecht zu Leytron.

(Abschiede, Bd. VI.)

Die von L. beschweren sich, dass der Vogt zu St. Maurice seit kurzer Zeit die fahrende Habe der ohne Leibeserben Sterbenden einziehe, obschon sie die Freiheit haben, dass sie ihre Blutsverwandten bis ins vierte Glied in allen Gütern erben mögen. Geordnet, dass die von L. fortan wie bisher einander erben mögen bis ins vierte Glied der Verwandtschaft.

549. 1575, Dec. 16. Gleiche Urkunde für Leytron wie Nr. 475 für St. Maurice.

(Staatsarchiv, Copie.)

550. 1751, Dec. 21. S. Nr. 544.

#### Isérable (Aceris).

551. 1341, Jan. 21/Febr. 3. Herrschaftsrecht von Isérable

(Gr. IV Nr. 1812.)

552. 1624, März 20. Erneuerung der Freiheiten von Isérable durch Bischof Hildebrand Jost.  
(Unten abgedruckt.)

**Nendaz.**

553. 1417, Oct. 26. Chambéry. Beitragspflicht derer von Nendaz zum Unterhalt der Befestigung von Conthey.  
(Rivaz, Op. hist. XIV 101.)

Ausgestellt von Herzog Amadeus v. Savoyen. Beitragspflicht nach der Hälfte des Werthes ihrer Güter gemäss Schätzung, so, dass die von Conthey nach Verhältniss des Ganzen, die von Nendaz nach Verhältniss der Hälfte zahlen.

554. 1423, Sept. 28. Thonon. Der Herzog Amadeus v. Savoyen setzt fest, dass die von Nendaz an die Kosten der Befestigung von Conthey den sechsten Theil zahlen sollen.

(Rivaz, Op. hist. XIV 143.)

555. 1575, Dec. 16. Gleiche Urkunde für Nendaz wie Nr. 475 für St. Maurice.

(Die Abweichungen unten abgedruckt.)

**Ardon und Chamoson.**

556. 1323, Oct. 20. Einung der Gemeinde Chamoson über Weidenutzung.  
(Gr. III Nr. 1491.)

557. 1339, Juli 22. Herrschaftsrechte des Bischofs zu Ardon und Chamoson.

(Gr. IV Nr. 1777.)

**Veysona.**

558. 1441, Mai 19/23. Vergleich des Bischofs Wilhelm mit der Gemeinde Veysona über Abgaben, Lehenzinse u. A.

(Documents sur le Vallais [M. Bordier] tome II ex libro Consegii. Auch in einem Heft „Registrum 8<sup>um</sup>“ früher im Besitz des † H. Nat. R. Joris in Orsières.)

Freiheiten bezüglich Wahl des mistralis aus den Leuten von V., qui causas ipsorum de V. audire debet. Sie dürfen per ballivum Vallesii, castellanum et saltherum Sedun. seu alium temporalem judicem nur in causa ultimi supplicii evociert werden und sonst blos vor den Bischof, den vicarius generalis oder ihren eigenen ministralis per dominum episcopum deputandus.

**Conthey (Gundis.)**

559. 1302, Mai 7. Freiheitsbrief des Grafen Amadeus V v. Savoyen für Conthey.  
(Gr. III Nr. 1178.)

560. 1324, Jan. 26. Marktrecht für Conthey von Graf Eduard v. Savoyen.  
(Gr. III Nr. 1613.)
561. 1332, Dec. 28. Zulassung der Errichtung von Urkunden der Canzlei Sitten in der Castlanei Conthey, durch Graf Aymo v. Savoyen.  
(Gr. IV Nr. 1634.)
- Bestätigt 1348, Jan. 23 durch Graf Amadeus, Gr. IV Nr. 1931.
562. 1348, Juni 20. S. Nr. 487.
563. 1356, Febr. 24. Modification einiger Artikel der franchises von Conthey durch Graf Amadeus VI v. Savoyen.  
(Gr. V Nr. 2033.)
564. 1364, Juli 5. Weisung des Grafen Amadeus VI v. Savoyen an den Castlan von Conthey und Saillon betr. sein Verhalten wegen Beschwerden der Leute von Vétroz und Daillon.  
(Gr. V Nr. 2088.)
565. 1412, Oct. 23. Cossonay. Freiheitsbrief des Grafen Amadeus VIII v. Savoyen für Conthey.  
(Rivaz, Op. hist. XIV 65.)
- Ausser der allgemeinen Bestätigung der Freiheiten: die Syndici und Bürger von C. mögen neue Bürger aufnehmen. Die Kinder und Nachkommen von Bürgern sind ipso jure Bürger.
566. 1419, April 5. Thonon. Freiheitsbrief des Herzogs Amadeus v. Savoyen für Conthey.  
(Rivaz, Op. hist. XIV 67.)
- Ausser allgemeiner Bestätigung: item quod in tutelis tutores debeant poni ex latere paterno, quia sic consuevimus de jure.
567. 1431, Febr. 16. Thonon. Erlaubniss eines Wochenmarkts jeden Dienstag und eines Jahrmarkts zweimal jährlich zu C. durch Herzog Amadeus VIII v. Savoyen.  
(Urk. im Besitz des H. Leo v. Riedmatten.)
568. 1457, Jan. 22. Chambéry. Bestätigung der franchises von Conthey durch Herzog Ludwig v. Savoyen.  
(Rivaz, Op. hist. XIV 353.)
569. 1562, Febr. 13. Gemeindeordnung von Conthey.  
(Auf besonderm Blatt eingeheftet im Abschiedbande VI.)
- Erlassen von Castlan, Salther, Syndici und ganzer Gemeinde; enthält Verbot des Holzschlags in Bannwäldern bei

25 sol. Busse; Pflicht der communarii zu Gemeindelasten bei Strafe der Pfändung (Widerspruch gegen letztere wird von Richter und Geschworenen ohne Appellation erledigt); Verpflichtung zu den Gemeindelasten für Alle, welche im Dorf Feuer und Herd haben; wer mit seinem Schwiegersohn, seiner Schwiegertochter oder mit Minderjährigen (pupilli) in einem Brot und einem Herd und einer Haushaltung lebt, ist nur für einen Herd verpflichtet.

570. 1577, Dec. 16. *Bestätigung alten Gewohnheitsrechtes zu Conthey betr. Erbrecht und eheliches Güterrecht, durch Bischof Hildebrand und Landrath, gelegentlich der Einführung der Stat. v. 1571 im Unterwallis.*

(Unten vollständig abgedruckt.)

## B. Gouvernement Montheys.

### Montheys.

571. 1329, Mai 3. Amtsordnung der Thorwächter des Schlosses zu Montheys.

(Gr. III Nr. 1561.)

572. 1346, Oct. 25. Recht des Meiers von Montheys auf gefundene Sachen.

(Gr. IV Nr. 1916.)

573. 1352, Mai 11. Freiheitsbrief des Grafen Amadeus VI v. Savoyen für Montheys.

(Gr. V Nr. 1994.)

574. 1352, Nov. 25. Nachtrag zu Nr. 573.

(Gr. V Nr. 2005.)

575. 1401, April 3. Belgoyosi. Bestätigung der Freiheiten von Montheys durch Herzog Galeazzo von Mailand.

(Arch. de la famille de La Vallaz, Liber immunitatum Montheoli, fol. 12.)

576. 1438, Sept. 26. Bourget. Herzog Ludwig v. Savoyen bestätigt den Leuten der Castlanei Montheys das Recht, die Gemeinwälder und die Gemeinweiden zu albergieren.

(wie Nr. 575.)

577. 1449, März 4. Lausanne. Reform einiger Puncte der Gerichtsverwaltung im Mandement Montheys durch Herzog Ludwig v. Savoyen.

(wie Nr. 575, fol. 26 v.)

Officiarii nostri sollen nicht gegen Leute von M. processus formare, bevor der Ankläger gehörige Caution ge-

stellt hat, mit Ausnahme der causae nos et nostros officia-rios concernentes et pro quibus poena sanguinis foret infli-genda, exceptis etiam querelis et denunciationibus forensium qui cavere non tenebuntur. Verbot des Vorladens der Leute von M. vor Gerichte ausserhalb des Mandements, ausser in Fällen, auf denen Todesstrafe steht und für die unsere Beamten besonderen Auftrag von uns haben.

578. 1483, Jan. 21. Tour du Pin. Freiheitsbrief für Monthey von Herzog Karl I v. Savoyen.

(wie Nr. 575, fol. 33.)

579. 1484, Febr. 20. Ripaille. Karl I v. Savoyen bestätigt seine früheren und seines Bruders Philibert der Ge-meinde Monthey ertheilten Freiheiten.

(wie Nr. 575, fol. 37 v.)

580. 1506, Aug. 29. Turin. Freiheitsbrief des Herzogs Karl III v. Savoyen für Monthey.

(Collection Torrenté I.)

1. Ratificamus hominibus de M. bona de feudo nostro moventia, quae a nobis tenent, et remittimus eis laudes, vendas et suffertas nobis propterea debitas omnemque com-missionem et echeutas ratione investiturae infra tempus de-bitum non petitae, ita tamen quod teneantur bona in com-missariorum nostrorum manibus recognoscere quoties fuerint requisiti. 2. Eximimus eos a quibuscumque pedagiis in loco Viviaci et in ducatu Chablesii per quattuor annos proxime continuos. 3. Concedimus eis speciales ferias a festo Sti Johannis Bapt. usque ad festum Sti Michaelis, quibus du-rantibus eorum lites tam coram judice quam castellano et maiore Montheoli in reliqua parte anni motae dormire ac supersedere debeant neque possint aliquae actiones reales aut personales interea intentari exceptis casibus fiscalibus et causas et possessoria super utroque interdicto retinendae scil. et redintegranda concernentibus. 4. Concedimus quod ipsi non possint conveniri coram foro ecclesiastico pro rebus mere profanis.

581. 1537, Dec. 19. Landrathsabschied, bestätigend einige Freiheiten von Monthey auf Bitte der dortigen Bürger.

(Auf besonderm Blatt eingehetzt in den Band II der Ab-schiede zu betr. Datum.)

1. Wer am Gemeindenutzen Theil haben will, muss auch am Gemeinwerk, besonders den Wuhren gegen die Rhone, sich betheiligen. 2. Verjährungszeit für census seu reddi-tus annuales 5 Jahre, quia non est in usu et consuetudine loci faciendum quitandum de talibus rebus. 3. Zinsmaxi-

mum 5% ad formam statutorum dominicalium. 4. Schussprämie für Wölfe, Bären und Eber ein Goldgulden. 5. Ausdehnung der Grenzen des Guberniums v. M. auf Meillerie, St. Gingolph und Abondance. 6. Unstatthaftigkeit der Belastung der vom Stand Wallis herkommenden Lehen mit neuen Lasten.

582. 1567, Mai 21/31. Landrathsabschied betr. Käufe in Monthei.

(Bd. V der Abschiede unter diesem Datum.)

Käufe sollen von den Schreibern nicht stipuliert werden, bevor sie dem Landvogt kundgethan sind und der vierte Pfennig bezahlt ist. Zur Vermeidung von Gefährde Behufs Schmälerung der Abgaben kann der Vogt das Gut schätzen lassen.

583. 1570, Dec. 16. Bestätigung der savoyischen Freiheiten für Monthei durch den Landrath.

(Staatsarchiv, Copie.)

1. Bestätigt werden die drei Briefe Nr. 573, 574 und 577 (mit der Bemerkung, dass wo in denselben castellani loci et mandamenti Montheoli genannt sind, dafür zu setzen ist gubernator noster). 2. Vom Bürgerrechtserwerb ausschlossen sind Uneheliche und Thalberige der Landschaft Wallis, ebenso 3. von Erbschaftserwerb. Im Uebrigen gilt Erbrecht bis zum 4<sup>ten</sup> Verwandtschaftsgrade incl. und Testierfreiheit mit Substitutionsrecht bis zur dritten Substitution. 4. Weinausschank nur den Bürgern von M. und den Landleuten des Oberwallis gestattet. 5. Der Satz betr. gefundene Sachen zugelassen vorbehältlich der Rechte der Gerichtsgewalt. 6. Bezuglich des Satzes der Haftpflicht für Lombarden- und Judenforderungen binnen 3 Jahren wird erklärt, quod unicuique jus et justitiam imploranti, cuiuscunque status vel condicionis fuerit, brevis et expedita justitia ministretur. 7. Besitzentsetzung wird mit 60 Schillingen gebüsst. 8. Bezuglich des Leibdings soll gelten, quod vir superstes omnibus bonis immobilibus uxoris suae sine liberis legitimis eam superviventibus praedefunctae, eius vita durante sub debito inventario uti possit; si vero conjux ipsa praedefuncta relinquat liberos, vir medietate duntaxat bonorum eiusdem utatur. Mulier vero vidua cum vel absque liberis super bonis sui quondam mariti suum victum et vestitum secundum eius statum et bonorum facultatem quamdiu innupta manebit, assequi aut pensionem annualem loco sui ususfructus ad taxam proborum virorum absque aliquo onere debitorum sui mariti percipere debebit,

vel etiam si malit dotem et bona sua quaecunque cum debito augmento dotis ad se retrahere et ad eius libitum facere vita sua durante absque alicuius ususfructus protectione per ipsam facienda, ita tamen quod augmentum dotis post obitum mulieris ad heredes constituentis ipsam dotem revertatur.

584. 1584, Dec. 11. Landrathsbeschluss betr. Erhebung von Laudemien in Monthey.

(Staatsarchiv, Copie.)

Die Thalleute von Val d'Illiez beschweren sich, dass der Gouvernator das Laudemium von allen Acten auf 10 Jahre zurück verlange, auch von Dotalbriefen, Testamenten u. s. f. Geordnet, rückständige Laudemien seien allerdings nachzuzahlen, künftighin sollen Veräusserungen ungültig sein, wenn sie nicht innerhalb drei Monaten seit Abschluss angemeldet werden und die Gebühr entrichtet wird, und dem Laudemium sollen unterworfen sein 1. venditiones bonorum feudalium tam absolute quam sub reacheto perpetuo vel ad tempus; 2. Täusche, Schenkungen unter Lebenden, Abtretung zu Niessbrauch, Dosbestellung; 3. Albergamente über heimgefallene Güter (1 trägt ganzes, 2 und 3 tragen halbes Laudemium). 4. Testamentarische Schenkungen sind frei, ebenso albergamenta facta nomine nostro et communitatum Vallesii. 5. In concambiis in quibus intervenerint turnae, turnae cum feudo obligantur ad integrum laudemium. 6. In venditionibus bonorum feudalium, super quibus venisset impositus census et redditus ex mutuo, debet taxari feudum et ad illius aestimationem laudemium persolvi mutuo illo praetermissso.

585. 1585, Dec. 6. Bestätigung der alten Freiheiten von Monthey und Einführung der Stat. v. 1571 als subsidiären Rechts, durch den Landrath.

(Staatsarchiv, Copie.)

Der Landrath bestätigt zuerst ausdrücklich die Nr. 573, 574, 577 und 583, und fügt dann bei: de cetero vero reducimus et subjugamus eosdem homines subditos nostros castellaniae Montheoli ad observantiam statutorum nostrorum novissime totius patriae applausu et unanimi suffragio confirmatorum die XXIII mensis maii anno MDLXXI, quae statuta praememoratis hominibus abinceps stricta lege tam in judicio quam extra sint et per quoscunque inconcusse observari volumus, nisi in quantum libertates et franchisesiae superius designatae a dictis statutis discrepant, et non ultra nec alias statutis nostris derogatum esse volumus. In praemissis denique franchisesiarum articulis specialiter et generaliter

excipimus et nullo modo comprehensos esse volumus bastardos omnes extra matrimonium et thorum conjugalem natos hominesque nostros talliabiles.

586. 1589, Dec. 2. Landrathsabschied enthaltend Bestätigung einiger Freiheiten von Monthey auf Bitte der Leute daselbst.

(Staatsarchiv, Copie.)

1. Gubernatorem debere syndicum et consiliarios a burgensibus Montheoli constitutos in sententiis ferendis et consultandis vocare et maioris partis eorumdem consilia et opiniones in sententiis a gubernatore latis inserere. 2. Gubernatores tenebuntur singulis diebus Mercurii, quibus curia teneri solet, in ipso bancho curiae et non alio in loco causas litigantium tam civiles quam etiam honorem et bonam famam concernentes audire usque ad appunctionem ad jus. Aliis autem diebus in causis extraordinariis et in sententiis consultandis et ferendis poterint gubernatores partium allegata audire et petenti jus reddere in domo fortis nostra aut alio in loco, modo utriusque parti antequam alteri partium contumacia decernatur, ipse locus et hora cum debito temporis intervallo intimetur. 3. Betreffend das Begehren derer von M., dass der Gouvernator Niemand gefangen setzen könne ohne cognitio der jurati et consiliarii Montheoli, und dass nullae informationes secrete sumi debeant adversus quamcunque personam, nisi fuerint criminosa et ipsa facinora mereantur poenam sanguinis, bleibt es bei bisheriger Uebung, da die von M. uns ihre Freiheit hierin nicht nachgewiesen haben. 4. Dem Begehren, dass keiner in Civil- oder Criminalsachen (ausser wo es an Todesstrafe geht) anders als im Rathhause zu M. arrestiert werde und nicht länger als vom Morgen bis zum Abend bis zu Cautionsleistung, wird in Bezug auf Civilsachen entsprochen, für Criminalsachen aber et pro interesse justitiae et pecuniis nostris kann in platea domus fortis nostrae arrestiert werden. 5. Bestätigung des Wochenmarkts und des freien Verkehrs in Kauf und Verkauf mit unsren Eidgenossen und solchen Orten, wo die von M. genöthigt sind ihren Bedarf zu kaufen. 6. In quantum concernit articulum testamentalis ordinationis personarum talliabilium inter liberos suos superstites et indivisos, admittimus praedicta testamenta, donationes, legata et substitutiones factas a parentibus patre vel matre liberis suis filiis ant filiabus, quae valere debent quamdiu liberi fratres et sorores in communione et indivisi permanserint sine fraude et dolo.

587. 1590, Dec. 12. Landrathsabschied auf Supplik der Leute von Monthey einige Beschwerden betr. Zehntbezug, Urkundenaufstellung, Erhebung der Laudemien, Ausschliessung vom Besuch des Markts zu St. Maurice, Kosten bei Empfang des neu gewählten Gubernators abstellend.

(Staatsarchiv, Copie.)

588. 1716, Mai 13/22. Landrathsabschied, wodurch den Thalberigen der Castlanei Monthey gestattet wird, sich mit 700 Pistolen von der Thalberigkeit des Leibes loszu Kaufen.

(Abschiede Bd. XXII.)

589. 1779, Febr. 28. Ordonnances publiés à Monthey par ordre de la diète du Vallais.

(Manuser. betitelt *Du Fay, annotations de différens actes concernant le Vallais, Herrn Abbé Gremaud gehörig.*)

Diese Publication des Landraths ist eine ausserordentlich ausführliche Aufzählung aller Rechte der Landschaft (de Leurs Excellences du Vallais) und aller an sie zu zahlenden Abgaben und zu machenden Leistungen. Besonders hervorzuheben wäre etwa § 5 des choses judiciales, namentlich ausführlich das Verfahren bei Appellation an den Souverän.

Diese Ordonnance veranlasste eine Petition, worin gesagt wird, sie habe grosse Consternation hervorgerufen, weil sie viele Privilegien nicht anerkenne. Die Beschwerden wurden einlässlich aufgezählt. Darauf erfolgte eine Bestätigung der Privilegien durch den Landrath vom 28. Mai 1785.

590. 1786, Mai 12. Landrathsbeschluss über die Rechte und Privilegien von Monthey.

(Gleicher Manuser. wie Nr. 589, fol. 107 v.)

Nach langer Untersuchung und Prüfung der jura, privilegia, consuetudines et franchises burgesiae ac castellaniae M. erneuert der Landrath die wichtigsten Rechte der alten Briefe.

591. 1787, Dec. 11. Ordinationes supremæ für Monthey.

(Staatsarchiv.)

Revision und Erneuerung verschiedener Gewohnheiten und Rechte derer von M. 1. Pflicht zu Zahlung der Laudemien innerhalb 6 Wochen; 2. Appellationssumme 60 lib.; 3. Ausschluss eines commissarius adjunctus in Criminalsachen; 4. Revision der gerichtlichen Distribution von Concursmassen auf Begehren eines Beschwerden; 5. Verkauf von Häuten und Baumrinden an Fremde gestattet, unter Zugreicht der Einheimischen; 6. Verbot der Ausfuhr von Bauholz; 7. Frei-

heit des Erlegens von schädlichen Thieren; 8. Abzugsgeld (bisher 10 per mille des Vermögens) der nach auswärts heiratenden Töchter ermässigt (erste Classe 2 Dublonen, 2te Cl. 1 Dubl., 3te Cl. 1 Ducaten); 9. Verbot der Ausfuhr von Heu; 10. Aufnahme von Einsassen.

**Val d'Illiez.**

592. 1715, Dec. 4/14. Landrathsabschied gestattend den thalberigen Einwohnern von Val d'Illiez sich von der Thalberigkeit mit 700 Pistolen loszukaufen.  
(Abschiede Band XXII.)  
— auf Vorstellung der Petenten, dass die Unfähigkeit, über ihre Güter zu disponieren, sie ruiniere.
593. 1753, Maienlandrath. Abschied betreffend Pflicht der Auswärtigen, welche Grundbesitz im Val d'Illiez haben, an die Loskaufssumme von der taille beizutragen.  
(Manuscr. Nr. 589, fol. 4.)

**Massonger.**

594. 1330, Nov. 22. Rechte des Vidomnats zu Massonger.  
(Gr. III Nr. 1589.)

**Vionnaz.**

595. 1293—1345. Herrschaftsrecht zu Vionnaz.  
(Gr. IV Nr. 1882.)

**Vouvry.**

596. 1272. Herrschaftsrechte des Grafen v. Savoyen zu Vouvry.  
(Gr. II Nr. 801.)
597. 1578, Dec. 17. Bestätigung althergebrachten Erbrechtes und ehelichen Güterrechtes anlässlich der Einführung der Stat. v. 1571.  
(Unten im Wesentlichen abgedruckt.)

**Port-Valais.**

598. 1580, Dec. 13. Landrathsabschied, enthaltend theilweise Befreiung der Leute zu Port-Valais von der todten Hand.  
(Abschiede Band VII.)

**St. Gingolphe.**

599. 1436, Dec. 29, Abondance. Der Abt von Abondance befreit die von St. Gingolphe von der todten Hand.  
(Rivaz, Op. hist. XIV 325.)
600. 1471, Juli 5, St. Gingolphe. Der Abt von Abondance erlässt denen von St. Gingolphe die Hälfte der doppelten Laudemien, die sie bisher zahlen mussten.  
(Rivaz, Op. hist. XIV 617.)

## Ausgewählte Quellenstücke.

Nr. 15.

### Verordnung der Landleute von Wallis über Hexenverfolgung.

Leuk, 1428, August 7.

(Archiv des C. Freiburg, Copie aus dem Ende des 16. Jahrh.)

Certi articuli per magnificos dominos patriotas  
super arte sortilegii erecti.

Nos Thomas Venech balliuus Vallesii pro reuerendissimo in Christo patre et domino domino Andrea archiepiscopo Collocensi et administratore ecclesie Sedunensis comiteque et prefecto Vallesii notum harum serie facimus vniuersis et singulis presentes litteras inspecturis ac etiam audituris, quod in presenti congregatione et consilio generali tento et habito apud Leucam presenti die per patriotas Vallesii cum communitatibus tam Alamanorum quam etiam Romanorum cum plena potestate desenorum patrie Vallesii et specialiter et maxime ab aqua Morgie Contegii superius ab vtraque parte Rodani venerunt pro bono statu commodo et honore Ecclesie Sedunensis et totius patrie Vallesii et multis arduis negotiis et necessitatibus feliciter ordinandis et singularum personarum et maxime inter alia plura negotia et necessaria in dicto presenti consilio ordinata et conclusa per patriotas fuit ordinatum et conclusum in ipso consilio presenti per ipsos patriotas et nuntios communitatum tam nobiles quam etiam alios probos homines et nuntios predictos super facto artis sortilegii ne eorum maleficia remaneant impugnita, prout infra sequitur.

Primo fuit ordinatum quod in quocumque loco ipsius tam in monte quam etiam in plano reperiatur aliqualis persona vna vel plures cuiuscumque status vel condicionis existant vel existat ab antiquo defamatus et aliqua querela vel grusa de nouo contra ipsum vel ipsos de dicta arte moueatur tam per clamam vel defamacionem trium vel quatuor vicinorum, quod ille vel illi tales persone capiantur et incarcerentur per castellanos et eorum iudices ordinarios, de quorum dominio et iuridictione sunt, et consimiliter fiat de hominibus nobilium habentium dominium et iuridictionem in locis predictis, et fiant processus contra ipsos tales.

Item fuit ordinatum quod tales persone quecumque reperiantur defamate per processus per quinque sex vel septem aut magis vsque ad decem personas ydoneas et non suspectas, quod illi vel ille defamate consimiliter capiantur et ponantur ad turturam.

Item fuit ordinatum quod factis processibus et publica vox et fama vicinorum contra ipsos faceret et nollent fore confiteri eorum demerita, quod tales etiam ponantur ad turturam.

Item fuit ordinatum quod de personis coniunctis et maritatis, quod viro et mulieri qui in premissis reperientur innocentes in huiusmodi arte, quod illi vel illis innocentis sit saluum et reseruatum ius quod habet vel debet habere super bonis alterius qualitercunque et quomodocunque, dum tamen ille talis vel illa faciat iuramentum et prestet ad sancta Dei Evangelia quod nichil sciuit de arte perpetrata per virum aut mulierem verumque sit; quod iuramentum si facere recusauerit, non admittatur ad premissa fienda in presenti articulo contenta.

Item fuit ordinatum quod si dominus noster Sedunensis aut eius balliuus, castellani aut alii eius officiarii aliquam personam caperent occasione artis sortillegii et ille vel illa persona captus vel capta reperiretur curpabilis sic quod persentiam cognitionem foret iuridice condemnatus in corpore vel ere ad comburendum vel alia corporis vel bonorum (a)mis- sione iuridice condemnatus vel condemnata propter sua crima et demerita perpetrata et quodque talis persona condemnata haberet aut bona feuda aut bona feudalia ab aliis dominis et nobilibus mouentia in feudum et de ipsorum iuridictione, quod illi tales nobiles quicunque sint et cuiuscunque condicionis et status existant habeant et debeant contribuere in missionibus et expensis factis et fiendis per dominum et officiarios pro rata feudorum ad equalitatem et que condemnatae commissionem et capere partem pro rata vt supra eisdem cedente, non obstante quod dominus aut balliuus aut eius officiarii facerent executionem corporis quod eisdem nobilibus nec alter preiudicare non debet nec possit in commissione feudorum pro rata vt supra eisdem cedente solutis prius expensis ad equitatem vt supra.

Item ordinatum fuit vt supra quod si forte aliqua persona ab antiquo non defamata in generali et forte nouiter per vnam solam personam combustam iuridice ad mortem defamatur in publico, quod talis non sit capiendus, sed secrete primum inquirendum, vtrum reperiatur in aliquo crimine aut

non, et secundum crimen quod reperietur condempnetur aut absoluetur.

Item consimiliter ordinatum fuit, quod si aliqualis persona per duas alias personas vel plures captas pro arte sortilegii et iuridice iudicatas ad tormenta vel ad mortem comiburendum, quod illa talis persona, cuiuscunque status et conditionis existat, capiatur, detineatur, et fiant processus inquisitionis publice (et) ponatur ad turturam.

Item ordinatum fuit quod captis personis predictis eisdem dentur consiliarii aduocati et copie processuum et inquisitionum contra tales personas factarum et deffensiones eorum secundum quod sua credant interesse.

Item ordinatum fuit quod quecunque persona que accusata fuerit per tres personas iudicatas et condempnatas ad mortem pro arte sortilegii, illa talis persona capiatur et ponatur ad turturam et secundum meritum cause fiat executio et condempnatio vel absolutio.

De quibus omnibus et singulis ut supra ordinatis petierunt plures nobis in dicto consilio et congregacione assistentes vñacum castellanis, maioribus, saltheris et aliis officiariis iurisdictionem in locis predictis exercentibus et habentibus litteras nostras testimoniales, quas eisdem concessimus et copias oportunas in robur et testimonium premissorum. Datum et actum Leuce die septima mensis augusti anno Domini millesimo quatercentesimo vigesimo octauo sub nostro sigillo et expeditione manuali Anthonii de Platea domicelli et Johannis de Lapide notariorum publicorum.

---

### Nr. 16.

#### Landes- und Gerichtsverfassung vereinbart durch Bischof und Landleute von Wallis.

Brig, 1435, März 16.

(Archiv der Bourgeoisie Sion, Copie auf Papier in 4°.)

Nos Andreas Dei et apostolice sedis gratia episcopus Sedunensis per sanctam sedem apostolicam specialiter deputatus, comes et prefectus Vallesii, necnon Thomas Venetz balliuus noster terre Vallesii ac nuncii et procuratores omnium communitatum et desenorum eiusdem patrie nostre Vallesii ad presens generale consilium ad infrascripta peragenda

specialiter et singulariter destinati per dictas communitates, notum facimus tenore presentium vniuersis, quod pro bono pacis vniuersique seruande inter nos, ecclesiam nostram ac ipsas communitates et singulares personas earumdem communitatum, necnon ad euitandum discordias, turbamina ac pericula que occasione infrascriptorum articulorum et dependentiis ex eisdem nunc vel in posterum in patria nostra Vallesii oriri possent, insimul et mutua deliberatione fecimus ac tenore presencium facimus et firmamus conuentiones, articulos et capitula infrascripta.

In primis quod nos episcopus predictus ponamus pone-reque et statuere debeamus officarios spirituales et temporales in patria nostra cum voluntate et consensu earumdem communitatum seu eorum nunciorum.

(2.) Item quod dicte communitates possunt et debent eligere et deputare inter eos duos discretos probos viros et praticos in regalia et consuetudine patrie in consiliarios nobis predicto episcopo pro iuuando et assistendo nobis in iusticiam ministrando et exercendo et pro aliis arduis et grauibus causis occurrentibus decidendis et expediendis concernentibus patriam quam aliis, et hoc de anno in annum. Qui consiliarii in principio anni iurare debent super sanctis Dei Evangelis dare et facere bonum consilium et iustum iudicium. Quibus quidem duobus consiliariis cuiusdam<sup>1)</sup> deseni ut supra nos prefatus episcopus facere debemus expensas victualium, quamdiu ipsi nobiscum manebunt et quoties ad premissa fuerint vocati, et in causis et litigiis pro quibus conuocarentur decidendis expensis litigantium secundum merita causarum. Qui litigantes in principio cause cauere debent idonee pro ipsis expensis.

(3.) Item quod in causis temporalibus quibuscumque nos episcopus iudicare debemus secundum consilium predictorum consiliariorum nostrorum de patria nobis dandorum, scilicet vero in illis causis de quibus partes vel saltem vna partium litigantium non contentaretur de iudicatione et decisione nostra sine consilio et cognitione predictorum consiliariorum nostrorum. Et si ac quando occurrerent et contingerent aliisque cause nobis et eisdem costumariis seu consiliariis nostris nimis onerose ad decidendum, quod tunc per nos aut balliuum nostrum conuocare debemus costumarios de qualibet communitate ad hoc sufficientes et habiles pro dictis causis decidendis nobiscum aut cum balliuo nostro quater in anno, tunc quod super expensis iudicetur secundum merita cause, prehabita super

<sup>1)</sup> Lies: cuiusque oder cuiuscunque.

eisdem expensis a dictis partibus legitima cautione, vti predictum.

(4.) Item nos predictus episcopus non debemus ponere ecclesiasticum interdictum aliqualiter et nullas personas excommunicare nisi principales debitores, fideiussores et culpabiles et non alios.

(5.) Item quicumque appellat aut appellare velit a suo iudice coram quo litigat, debet et potest ab eodem iudice appellare a sentencia per eum lata ad desenum sibi proximius adiacentem siue sit superius siue inferius ad voluntatem appellantis, sicut hactenus est consuetum, et quod tunc exinde grauatus possit appellare ad nos episcopum predictum et a nobis ad communitates desenorum patrie seu eorum nunciorum super hoc congregandorum coram nobis et balliuo nostro. Et eodem modo a balliuo nostro appellari debet ad nos et a nobis ad patriotas vt supra. Cui quidem sentencie finali per ipsas communitates seu ipsarum nuncios ferende stare debent partes sine vltiori appellatione in patria vel alibi facienda.

(6.) Item quod nos predictus episcopus in causis et petitionibus nostris aut ecclesie nostre exorientibus et mouendis inter nos et patriotas aut singulares personas patrie vel e contrario inter ipsos patriotas aut singulares personas et nos, siue tales cause sint spirituales vel temporales, non simus nec esse debeamus iudex, actor seu pars, sed in causis spiritualibus iudicare et determinare ac cognoscere debet officialis noster cum iuuamine cognitione et consilio dominorum de capitulo et aliarum spiritualium personarum secum si opus fuerit sumendarum et conuocandarum non suspectarum sine vltiori appellatione fienda ab eodem. In causis vero et litiibus temporalibus iudicare debet et cognoscere balliuss cum iuratis curie sue non suspectis ad hoc vocandis, vel si necesse fuerit secundum meritum et grauitatem cause cum consilio et cognitione costumariorum pariter vt supra eligendorum et super hoc conuocandorum sine vltiori appellatione ab ipsa sentencia fienda, nisi duntaxat (ad) communitates vel nuncios communitatum patrie vt supra expressum est.

(7.) Item quod si aliqua persona sentiat se excommunicatam minus iuste a domino vel eius officiali ad instanciam procuratoris phiscalis vel alterius cuiuscunque persone, quod ille et illa talis persona caueat et cauere possit in manibus iudicis a quo excommunicata est idonee de iuri stando, et data cautione absoluatur et absoluta denuncietur, nisi duntaxat

pro re confessa iniuncta (?)<sup>1)</sup> et adiudicata. Et nihilominus dicta causa duci et determinari debet ac finiri per predictos officialem vel ballium secundum quod talis causa est spiritualis vel temporalis, saluis in premissis causis appellationum forma ut supra determinata.

(8.) Item nos episcopus predictus promittimus et conuenimus bona fide nostra posita manu ad pectus more prelati, quod nos per nos seu per aliam personam ipsis patriotis vel singularibus personis ipsius patrie in Curia Romana vel alibi vello modo nec sub aliquo colore non impetrabimus nec impetrari seu procurari faciemus in futurum alias excommunicationes, vexationes nec dampna vel impedimenta aliqua nec ad presens.

(9.) Item quod nos episcopus sepedictus debeamus et teneamur constituere vnum duntaxat procuratorem phiscalem ad hoc idoneum, qui in suis causis et officio exercendo nominetur proprio nomine et cognomine ad finem quod vnumquisque coactus iudicio sciat cum quo agat.

(10.) Item quod quelibet communitas ipsius patrie, in qua est consuetudo habere iudices castellanum maiorem vel saltherum, possit et valeat ex nunc in antea prouidere et eligere loco et tempore opportanis de anno in annum vnum probum virum ad ipsum officium castellanatus maioratus vel saltherie exercendum ad tale officium sufficientem et idoneum nobis non suspectum, nosque tunc ipsum electum teneamur et debeamus recipere et confirmare, exceptis iudiciis et officiis bonorum de Turri.

(11.) Item quod nos episcopus prefatus exercere faciamus et ponamus curiam officialatus et iudicature generalis patrie Vallesii in ciuitate Sedunensi duntaxat et non alibi, prout ab antiquo consuetum est.

(12.) Item quod nos episcopus sepedictus non debeamus nec nobis liceat trahere coram nobis alias causas litigiosas inchoatas et existentes coram nostris officiariis spiritualibus vel temporalibus ante finem et sentenciam latam per ipsum iudicem coram quo causa est, nisi duntaxat hoc fiat de consensu et voluntate partium ambarum.

(13.) Item quod quotiescumque contingat aliquem notarium publicum ab humanis decedere, quod nos episcopus teneamur prothocolla et registra ipsius notarii defuncti committere ali-

<sup>1)</sup> Die Handschrift ist undeutlich. Furrer III 213 hat: pro re confessa et iudicata et condemnata; ob auf Grund einer Conjectur oder einer mir unbekannten Handschrift, weiss ich nicht.

cui notario in eodem deseno in quo dicta prothocolla reperientur per notarium defunctum recepta, ad hoc quod vnusquisque pro re sua et necessitate in suo deseno possit ad registra recurrere, necnon nemini suspitioso et recessuro a patria talem commissionem et registra demus.

Que quidem omnia supradicta promittimus nos dicte partes videlicet nos episcopus fide nostra vt prescribitur, nos quoque balliuus et nuncii communitatum nomine nostro et predictarum communitatum patrie fide nostra loco iuramenti habere et obseruare firma et valida nec vnquam opponere vel venire. In quorum omnium fidem, robur et testimonium nos episcopus predictus sigillum regalie nostre nomine nostro et balliuus predictus sigillum suum proprium nomine communitatum predictarum et ad earum requisitionem presentibus duximus appendenda. Datum et actum Brige in domo nostra nostre residentie in pleno consilio patriotarum die sedecima mensis martii anno Domini millesimo quatercentesimo tricesimo quinto. Et ad maioris roboris firmitatem ad instantiam dictarum communitatum sigillum etiam pontificale nostrum vna cum predicto sigillo nostre regalie presentibus duximus appendendum. Datum vt supra.

---

### Nr. 17.

#### Weisthum über Walliser Gewohnheitsrecht.

##### Erste Hälfte des 15. Jahrhunderts.

(Archiv auf Valeria, Copie auf Papier aus dieser Zeit, leider an manchen Stellen corrumpiert und schwer verständlich.)

Consuetudines proborum hominum terre Vallesii ab antiquo obseruate.

I. Primo quod dominus episcopus vel eius officiales seu familiares non possunt nec debeant aliquas mensuras bladi vel vini seu alias mensuras capere cassare vel channare nisi de requisitione proborum hominum loci.

II. Item si aliquis decebat sine nepotibus siue neptibus aut aliis heredibus legitimis, dominus super bona eius quemque non apponat manum per se vel per alium, dum tamen habeat alios proximos vsque ad quartum gradum consanguinitatis ascendendo vel descendendo.

III. Item si aliquis decesserit sine testamento vel alia ordinacione facienda, bona ipsius decedentis mobilia et im-

mobilia primo perueniant ad liberos et vxorem si quos habeat, alioquin ad proximos vsque ad quartum (gradum) consanguinitatis inclusiue, gradibus computatis secundum canonicam equitatem, et si decedens bastardus fuerit, si vsurarius manifestus, et de bonis suis ordinauerit inter viuos vel per donaciones vel alio modo aut in vltima voluntate testando codicillando legando donando causa mortis, ordinacio eius valeat et inconcisa (sic) teneatur, cuiuscumque condicionis existat, siue sit legitimus siue bastardus etiam vsurarius manifestus.

III. Item si aliquis contra aliquem falsum testimonium protulerit, lingua debet sibi extrahi per collum et publice detineatur et demonstretur per spacium vnius diei in loco publico.

V. Item quod aliquod sigillum domini episcopi vel officialis sui seu decani non sit in aliqua villa terre Vallesii nec aliquis iuratus curie qui potestatem habeat citandi viua voce nisi in ciuitate Sedunensi.

VI. Item quod aliquis aliquem citare non possit de proprietate rerum nisi primo iudex secularis sibi defecerit in iustitia facienda.

VII. Item quod dominus episcopus non possit compellere aliquem ire ad caluatam extra terram Vallesii et iuridicionem ecclesie, nisi de ipsis processerit voluntate et nisi esset pro facto proprio ecclesie.

VIII. Item si aliquis iurauerit delato sibi iuramento, non debeat fieri inquisicio quecumque vtrum bene iurauerit vel male.

IX. Item si aliquis vsurarius notorius mutuans denarium pro denario vel aliis (alius) quicumque decesserit sine ordinacione rerum suarum siue testamento, vxor ipsis decedentis vel heredes debent habere possessionem omnium bonorum ipsis decedentis, dum tamen fideiubeant nomine decedentis de faciendo iusticie complementum, nec compelli possunt ad faciendum inuentarium de bonis predictis, nisi eorum fuerit voluntas.

X. Item si aliquis haberet causam contra dominum episcopum vel contra quemcumque alium iudicem vel coram quocumque alio et petat sibi fieri cognitionem proborum hominum de terra Vallesii, dicta cognitione debeat sibi reddi, nisi manifeste constaret ipsum calumpniosse petere cognitionem predictam.

XI. Item si clama fuerit facta de aliqua persona et illa persona bona sua ponat in manu curie pro clamis, quod aliquis dominus vel curia nichil percipere debeat de bonis ipsius

pro clamis vel pro alio donec satisfactum fuerit creditoribus qui querimoniam deposuerint.

XII. Item si aliquis spurius moriatur relictis liberis ex vxore propria, res ipsius sint liberorum eiusdem et vxoris. Si vero nec vxorem nec liberos habeat, de bonis suis ordinare valeat et testari saluo feudo homagii ligii, et si forsitan morietur sine testamento et ordinacione alia, res et bona ipsius sint domini episcopi, ita quod de ipsis bonis satisfacere tenetur creditoribus decedentis; saluo iure nobilium terre si quod haberent in ipsis bastardis.

XIII. Item quod quecumque mulier possit contrahere matrimonium cum quocumque voluerit sine licencia domini.

XIV. Item quod illi qui sunt consueti tenere synnodum in locis consuetis, dictum synodum tenere debent per duos dies et non plus, et in illis duobus diebus debent predicare et ostendere doctrinam Dei videlicet prima die, secunda die debent expedire ea que ibi sunt expedienda, vtpote de causis matrimonialibus, de causis decimarum et aliis causis ad spiritualitatem spectantibus, et non debent aliqua peccunia punire, specialiter de causis occultis inquirere non debent et multominus punire.

Protestantur autem probi homines de aliis eorum bonis consuetudinibus ab antiquo obseruatis, de quibus ad presens non recolunt, quod in ipsarum permaneant firmitate, et quod si recolant aliquod punctum in speciali quod ipsis valeat fore saluum.

Item memento quod reuerendus etc. dominus Guillelmus Dei gracia episcopus Sedunensis<sup>1)</sup> dixit quod ius est quando vñus qui debet alicui aliquod seruicium seu redditum sub spe reempcionis perpetue nullo termino super hoc assignato, quod illud seruicium potest semper redimere a festo beati Martini vsque ad Rogaciones absque seruicio illius anni, sed bene soluere debet seruicium quod cecidit in dicto festo beati Martini et retenta si que sint, non obstante quod in dicta reempcione positum sit cum seruicio illius anni in quo redimeretur. Item dicitur autem quod a Leuca superius dictus terminus durat a dicto festo beati Martini vsque ad festum beati Johannis Baptiste absque eo quod soluat seruicium vt predictum est, et ergo qui velit quod hoc sibi non noceat, faciat ponere in dicta reempcione aliquem certum terminum scilicet a festo beati Martini vsque ad Epiphaniam vel aliter

<sup>1)</sup> Wohl einer der drei Wilhelm von Raron: Wilhelm IV. der Gute 1393—1402, Wilhelm V. 1402—1417, Wilhelm VI. 1437—1451.

vt sibi videbitur cum seruicio anni illius præteriti et retentis, si que forent.

(1.) Primo dicitur *quod est ius*, quando dominus vel iudex ponunt in possessionem vnum hominem de bonis vnius alterius hominis et ille homo debet seruicia de bonis eius quorum alter est positus in possessionem, et illa seruicia succedunt vel precedunt vel sunt antiquiora peticionibus dicti hominis qui est positus in possessionem, quod illa possessio non debet nocere dicto homini qui precedit cum seruiciis suis, quia iudex vel dominus non ponit in possessionem nisi de bonis illius super quem clama erit facta, et si ipse debeat seruicia de bonis eius, hec non sunt bona eius sed illorum quibus seruicia debentur, quia de seruiciis non est positus in possessionem, nisi de bonis alterius hominis.

(2.) Item dicitur *quod ius est*, quando vnum homo scit quod alter est positus per iudicem in possessionem de re supra quam ipse habet seruicium, et hoc non manifestauit illi qui est positus in possessionem vel iudici, quod ille qui est positus in possessionem non debet soluere retenta aliqua vsque quo ei probet seruicium eius, et postea quando probauerit quod seruicium eius precedit alterius iura, postea debet ei seruire, si hoc facit infra XXX annos.

(3.) Item exequutores vnius hominis non habent potestatem nisi per vnum annum et diem, et illa dies est XL dies, super bonis testatoris ad expediendum ordinata testatoris, et hoc est consuetudo Vallesii et ius scriptum.

(4.) Item dicitur *quod ius est*, quod possessio de qua debetur chiminagium et ille homo cuius est possessio vendit eam et tunc dominus feudi petit chiminagium et habet chiminagium, et vendor et emptor habent discordiam inter se ipsos quis eorum debet soluere chiminagium predictum, tunc dicitur quod vendor debet soluere chiminagium, si declaratur in vendicione predicte possessionis, et causam quare quia vendor recedens a vendicione est mortuus, et dominus non cogitur ad petendum dictum chiminagium nisi super possessione et feudo suo.

(5.) Item dicitur *quod ius est*, quod quicumque homo debet chiminagium et chiminagium de iure encheytum deuolutum est domino feudi et tunc dominus petit suum chiminagium debitori suo et ille negat, quo ciens dominus feudi petit chiminagium suum et quandocumque domino feudatori negat chiminagium si de iure est deuolutum, incurrit seu encheytum est domino feudi vt supra pro VII sol. Maur. semel ad misericordiam domini.

(6.) Item quando vnuſ homo habet diem ad querendum consilium de iudice ei datum hoc est quando accipit diem ad habendum consilium, ille homo debet sic querere consilium primo in sua parrochia et tunc in prima subtus se et in alia prima ſupra ſe.

(7.) Item quando vnuſ homo qui petit coram iudice cum instrumento in prima die quod ſemper habere ſecum instrumentum in omnibus aliis diebus coram iudice, alias bene potest amittere causam ſuam et non potest probare poſtea cum hominibus ſic (ſi) hoc non retinet quando petit cum instrumento.

(8.) Item dicitur quod eſt ius, quando vnuſ homo facit alteri homini questionem cum instrumento vel cum testibus, quod feudum quod de eo habet ſit ei commiſſum et deuolutum, ſi ei non ſoluerit in termino ſuper hoc ſtatuto, et ille terminus preteriit quod non ſoluerit ſeruicium et feudum eſt deuolutum, tunc ille homo cui feudum eſt deuolutum accipit feudum ad manus ſuas ſine clama vel poſſeſſione iudicis, tunc non facit per fors illi cui accipit feudum, ſed tamen domino eſt commiſſum de hoc ſuper quod ſe ſine clama in- tromiſit de feudo predicto, licet ſit in instrumento eius quod ſine clama iudicis poſſit accipere dictum feudum, ſed iura domini nemo poſt dare alteri.

(9.) Item dicitur quod ius eſt, quando vnuſ homo traxit iuste de vno alio homine proximitatem eius de vna vendicione poſſeſſionis, quod ille homo tunc ei debet contradicere et inhibere cum testimonio vel instrumento, quod de illa poſſeſſionis vendicione vltierius non intromiſſat ſe quod ſupra recurſum poſtea non habeat, tunc poſtea petere poſt de eo perfors et iniurias, ſi poſtea ſupra vadat et ſe aliqualiter intromiſſat de dicta poſſeſſione que vendita eſt et tracta per proximitatem vt ſupra ſcriptum eſt.

(10.) Item quod feudum de quo datur ſufferta non debet placitum licet ſit feudum ligium vel planum. Item in vſu fructuario vel vſufructuaria eſſe non debent placita.

(11.) Item eſt ius quod quando homo rusticus habet de vno domino feudum homagii ſimplicis vel ſalua fidelitate domini epifcopi, quod ille homo non poſt vendere feudum ſine laude domini, ſi non ſoluerit placitum infra XV dies et non oſtenderit ſeruicium ſuper feudo quando eum vendit quod debet domino, et ſi negat de feudo vel de ſeruicio et ſi non veniat ad domum (dominum?) recognoscere feudum eius quando vult facere extentas eius quando dominus eum conuocat, tunc eſt feudum domino commiſſum et enchyrum pro V

causis predictis, et si se fallit in vna causa predictarum et si non ostendat feudum totum in extentis, tunc eciam est commissum.

(12.) Item dicitur quod ius est, quando vnum homo habet feudum pro seruicio et placito, quod de illo feudo est ius ut supra, excepta vna causa, quod bene potest vendere sine laude domini Sedunensis, tamen debet placitum.

(13.) Item dicitur quod ius est, quando vna femina habet pueros legitimos, quod illa femina non accipit nisi medietatem dotis eius cui dicitur morkengaba, et hoc est ius a Monte Dei superius, et ab aqua Rappilie superius dubitatur.

(14.) Item dicitur quod ius est de aqua cui dicitur Rappilly inferius, quando vna femina que est vidua accipit maritum, quod illi temine vidue de iure non debet dare dotem cui dicitur morkengaba nec crelementum vel augmentum dotis eius de iure nisi de gracia speciali si aliquid detur, et credo quod ita sit a dicta aqua superius interrogata veritate.

(15.) Item dicitur quod ius est de aqua Rappilie inferius, quod vna femina que habet pueros legitimos cum marito eius, quod illa non accipit nisi usufructum super medietate bonorum mariti cum omni honore et honore etc.

(16.) Item dicitur quod ius est, quando vnum homo est condemnatus quod reus est mortis vel quando vadit ad mortem, quod tantum ille iudex in sua parochia in primo debet habere sentenciam et tunc in duabus parochiis vnam superius se prima et aliam sub se prima, et eciam in fine patrie hoc est in parochiis de Conches ille iudex debet ire in primis duabus parochiis subtus se, et hoc est a Leuca superius ius.

(17.) Item dicitur quod ius est, quod vnum vir seu maritus bene potest dare vxori eius secure absque nomine testamenti, sed vxor non potest secure dare marito eius nisi per formam testamenti, et tunc secundum consuetudinem terre Vallesii vxor potest vendere bona eius cum laude mariti eius et postmodum tunc dare marito bona mobilia, quia mulier potest reuocare quando per modum testamenti donatur, ergo valet donacio per modum testamenti facta, quia si vir fecerit potest reuocare.

(18.) Item dicitur quod ius est, quod vnum vir bene potest assetare vel assignare posare vxori sue eius dotem super feudo homagii ligii absque laude domini eius, et vxori post mortem mariti eius debet dare suffertam dominus de feudo homagii, donec sit soluta de dote eius, et sufferta debet esse

secundum valorem feudi, sed tamen ad maximum vlla sufferta magis valere debet quam I flor., hoc de consuetudine terre Vallesii.

(19.) Item dicitur quod ius est, quod vnuis homo qui vult trahere proximitatem eius, illum oportet specialiter quod sit presens, et si non sit in patria tunc si sit prope et si sit longe, infra annum et diem bene potest facere procurator eius qui ille qui est extra patriam, sed alter bene potest eum refutare cum iure si velit, et si ante eum refutet, tamen tunc ille qui est extra patriam non euadat tempus vsque quo procurator eius ad eum possit venire vel mittere nuncium quod ipsemet veniat. Item ille qui emit non debet aliquid detrahere de bonis emptis nec de mobilibus nec de inmobilibus, vsque quod sciat si non sit tractum, et leuator instrumenti non debet eciam ingrossare instrumentum in XV diebus, et si aliquis trahat, ille potest instrumentum contradicere cum iudice seculari et soluere notam.

(20.) Item dicitur quod ius est, quando venditur aliquid de feudo homagii vel de plana iuridicie, quod dominus feudi habet proximitatem ad trahendum dictum feudum suum quando feudatarius eum vendit, ante omnes amicos eius.

(21.) Item dicitur quod est ius, quod pro decimis non debent facere ius iudices seculares, nisi iudices spirituales vel canonici. Hoc est verum.

(22.) Item heredes viri nobilis possunt dimittere feudum homagii ligii vel planum et aliam hereditatem patris eorum accipere non eo mynus, sed tamen non debent se aliquid intromittere de feudo homagii post mortem patris et matris eorum, vel eius si sit filia, illi debet dari sufferta, si velit habere feudum homagii.

(23.) Item heredes vnius viri rustici non possunt dimittere vel relinquere feudum homagii ligii vel planum, si non dimittant omnia bona seu totam hereditatem patris vel matris eorum, vel eius si velint habere aliam hereditatem, tunc oportet eos eciam habere feudum homagii ligii vel plani.

(24.) Item dicitur quod ius est, quando vnuis homo habet usufructum de consuetudine Vallesii, eius bona mobilia non debent poni in scriptis et heredes eius non sunt choacti ad reddendum nisi res hereditarias, et ille homo non debet incidere arbores que portant fructus nec frangere domus nec edificia et est choactus ad manutenendum tecta vbi usufructum eius habet.

(25.) Item si res eius omnia sint mobilia, tunc debent reuerti ad heredes.

(26.) Item dicitur, si homo non habeat nisi mobilia, hoc est sicut hereditas in aliis causis.

(27.) Item quando vñus tutor vult relinquere tutorium eius, tunc debet ire ad illum iudicem qui eum dedit pro tute, et ille iudex debet hoc denunciare in ecclesia quod dictus tutor relinquit tutorium et quod vult reddere computum iudici et amicis in die quam tunc iudex dat, et vult dare alium tutorem illi cuius tutor erat ille qui relinquit tutorium, et si amici non veniant ad diem predictam ipsis assignatam, tunc debet iudex dare tutorem illi vel ille qui vel que de eo indiget et eciam accipere.

(28.) Item dicitur quod ius est, quando vñus homo emit de vno alio homine seruicium super vna possessione et promittit seruicium garentire, et possessio ac feudum postea non valet tantum, tunc debet ille qui vendidit seruicium alteri qui emit seruicium seruire et bonum facere vel ei reddere peccuniam quam habuit ab emptore seruicii pro predicto seruicio, et hoc fuit cognitum in Seduno patri meo.

(29.) Item ius est quod heredes hominis defuncti non sunt choacti de iure ad soluendum clamas et freuiarias et banna si non sunt marciate post mortem eius, et si sunt marciate, tunc est debitum, tunc debent solui.

(30.) Item dicitur quod ius est, quod heredes vt supra non sunt choacti de jure ad soluendum, si homo deffunctus habuerit litem vel lites cum aliquibus personis et quod ei fecerit minas et insidias vel si ei vel eis fregerit treugas seu treues que facte sunt sine pena aliqua, hoc tratum (sic) portat homo mortuus secum in terram in sepulturam.

(31.) Item dicitur quod vñus castellanus vel iudex qui eum loco tenet dominus terre non debet de jure recuperare clamas, postquam reliquit officium eius, sed tamen si clama esset marciata, tunc est debitum, illud debet recuperare de iure.

(32.) Item dicitur quod ius est, vbi vñus tutor vendit de bonis illius vel illorum puerorum cui vel quibus tutor ipse est, quod non valet illa vendicio, nisi habeatur littera domini episcopi de suo decreto, et quod ipse confirmet vendicionem.

(33.) Item dicitur quod ius est, quando vñus homo laudauit coram alio homine et datur actori dies ad probandum peticiones suas vel autem dimittere ad iuramentum alterius vel ipse autem iurare, et si reus tunc non veniat ad illam diem, tunc debet actor dicere ego dimitto ad reum iuramentum, et tunc nemo est pro reo ibi, tunc actor est sic prose-

cutus causam eius et ibi non potest reus nisi actori soluerit expensas vbi ius est laudatum, licet tamen non sit ibi presens, et vbi ius non est laudatum, ibi bene potest reus vel actor soluere expensas quando non est presens, et incipere de nouo, et debet semper soluere expensas secundum taxationem curie iudicis.

(34.) Item dicitur quod ius est, quando vnuus homo dat post mortem eius terciam partem omnium bonorum suorum vel plus, quod tunc illa donacio non debet specialiter ire super hereditatem eius, sed debet se diuidi super mobilia et aquesita eius, licet habeat multum de aquesitis et de mobilibus, si non dat specialiter supra mobilia et aquesita.

---

Nr. 18.

**Die Artikel von Naters.**

1446, Januar 28.

Diese wird im Zusammenhang der folgende Band bringen.

---

Nr. 20.

**Capitulation des Bischofs Jost von Silenen.**

Naters, 1487, Mai 18.

(Archiv auf Valeria, gleichzeitige Copie auf Papier, sign. B 23. Eine andere Copie im Pfarrarchiv zu Ernen A 35.)

In nomine Domini amen. Per hoc presens et publicum instrumentum cunctis pateat euidenter et sit manifestum, quod anno a nativitate eiusdem millesimo CCCC° LXXXVII° indictione quinta cum eodem anno sumpta die vero XVIII mensis maii apud Brigam fuerunt personaliter constituti in consilio generali patriotarum Vallesii nuncii omnium desenorum dictae patrie Vallesii, qui ex matura inter eos habita deliberatione quandam supplicationem reuerendo in Christo patri et domino nostro domino Jodoco de Sillinon Dei et apostolice sedis gratia episcopo Sedunensi prefecto et comiti Vallesii exhibuerunt, cuius tenor sequitur et est talis: Nuncii desenorum patrie Vallesii in consilio generali congregati supplicant reu.º domino nostro domino Jodoco de Sillinon Dei gratia episcopo Sedun. prefecto et comiti Vallesii obseruari et adimpleri per eum deinceps eisdem patriotis capitula infrascripta.

Et primo, quod promissiones facte per dominum Albinum militem fratrem domini episcopi et certos alios suos parentes et amicos contente in articulis confectis tempore postulationis et promotionis prefati domini episcopi per integrum et inconcusse obseruentur, quorum effectus sequitur. et est talis.

(1.) Et primo quod ipse reuerendus dominus noster episcopus per se et eius vicarios et locumtenentes exerceat iurisdictionem spiritualem seorsum et temporalem quoque separatim a spirituali, et in causis temporalibus habeat ferre sentencias cum consilio laicorum sicut antiquitus erat consuetum, et non per solemnitates legum et iurium ciuilium neque per stilum iuris scripti, sed secundum bonos consumarios eorumdem locorum.

(2.) Item quod in causis appellationum in temporalibus sentencie ipsius reu*i* domini episcopi seu eius locumtenentis reuideantur per ius consuetudinarium per consumariorum patrie cognitionem in consiliis generalibus, sicut etiam fuit consuetum ab antiquo.

(3.) Item quod ipse reuerendus dominus noster Sedunensis episcopus personalem habeat residenciam in hac patria Vallesii vita eius durante nec resignet alicui alteri episcopatum Sedun. vlo modo preter consensum venerabilis capituli Sedun. et patriarcharum Vallesii.

(4.) Item supplicant quod testamenta sacerdotum ruralium et capellanorum rite et racionabiliter facta per modum per eos testatum obseruentur per prefatum dominum episcopum et eius seruitores, dum tamen prefatum dominum episcopum de ipsorum bonis in aliquo racionabiliter recognoscant, prout ab antiquo fuit consuetum.

(5.) Item si aliquis dictorum sacerdotum ruralium et capellanorum intestatus decedat, tunc prefatus dominus episcopus tantum eorum bona mobilia acquisita et lucrata petere possit et non alia, exceptis bonis bastardorum sacerdotum, que casu premisso accidente pertinent prefato domino episcopo.

(6.) Item quod donaciones ryte facte et fiende secundum patrie consuetudinem per aliquos donatores liberis eorum bastardis et naturalibus aut aliis personis sub condicionibus in huiusmodi donacionibus contentis obseruentur, et ipse condiciones apposite et apponende in eorum viribus subsstant.

(7.) Item quod prefatus dominus episcopus nullam personam patrie sue Vallesii incarcerari faciat sine cognitione precedente, dum tamen personalem caucionem prestare offerat, nisi pro crimine capitali reperiretur in fuga.

(8.) Item quod prefatus dominus episcopus circa penas delinquencium non excedat statuta et antiquam obseruatam consuetudinem patrie Vallesii, et quod mite et gracie procedat secundum demerita delictorum, necnon libertates et franchises, bonos vsus et consuetudines omnium et singulorum locorum patrie Vallesii obseruare et per officarios suos obseruari facere dignetur.

(9.) Item quod prefatus dominus episcopus procuret cum effectu, vt summa peccunialis debita dominis Friburgensibus eis soluatur in tantum quod valida quittantia inde ab eisdem dominis habeatur per patriotas iuxta formam arresti pridem facti inter prefatum dominum episcopum et patriotas Vallesii vna cum retentis si que debeantur.

(10.) Item quod prefatus dominus episcopus ex nunc infuturum non debeat mouere aut fieri procurare aliquod bellum aut aliquod arduum negocium concernens patriam Vallesii sine consensu et voluntate omnium patriotarum aut nunciorum a communitatibus patrie huius deputatorum.

(11.) Item quod precia sigillorum sentenciarum et decretorum ex nunc non debeat augmentare, sed illa recipere et dimittere secundum que hucusque solui fuerunt consueta.

(12.) Item quod prefatus dominus episcopus ex nunc homicidas a patria profugos, qui cum parentibus et amicis interfici concordauerunt, admittere velit pro decenti et moderata compositione secundum antiquam consuetudinem curie Sedunensis.

(13.) Item quod prefatus dominus episcopus exinde super aliqua persona manus non apponat violentas, sed errantes per formam iusticie corrigat.

(14.) Item quod prefatus dominus episcopus exinde sumariam iusticiam ministret et ministrari faciat tam contra Georgium super Saxo quam contra quascunque personas, semotis omnibus fauoribus.

(15.) Item quod solucionem pedagiorum dimittat secundum antiquam consuetudinem in talibus obseruatam et in suis locis.

Et pro premissis per prefatum dominum episcopum obseruandis prefati nuncii patriotarum remittunt et quittant prefato domino episcopo querelas quas se habere dicebant de certis aliis tractacionibus nimis rygorosis in personis et bonis certorum patriotarum.

Qua quidem supplicacione sic porrecta et eius tenore per prefatum reuerendum dominum nostrum Sedun. episcopum mature considerato, super supplicatis laudem pariter et con-

sensem apposuit, prout in literis suis dominicalibus subinsertis continetur.

Nos Jodocus de Sillinon Dei et apostolice sedis gracia episcopus Sedunensis prefectus et comes Vallesii prudentibus et sapientibus viris nunciis omnium desenorum patrie Vallesii salutem benignolenciam et honorem. Visa supplicatione vestra nobis vestri parte in consilio generali patrie nostre exhibita in articulis suprascriptis vobis placere cupientes quantum possumus, ideo omnia et singula in eadem supplicatione et articulis seu capitulis contenta laudamus, ratificamus et approbamus ac obseruare necnon per officiarios nostros obseruari volumus inconcusse, ut nobis beniuoli sitis et in parendo prompctiores; protestantes tamen et expresse reseruantes in omnibus et singulis premissis articulis, quod ubi cunque sciremus iuridice ostendere, quod premissa in aliqua sui parte vel partibus essent contra libertates, iura seu priuilegia et franchises ecclesie nostre Sedunensis, quod ea in illis parte et partibus seruare non teneamur neque volumus, prout eciam in nostra institucione sollempniter promisimus.

Datum in castro nostro saxi de Narres die et anno premissis.

Super quibus premissis has literas sub sigillo nostri prelibati episcopi Sedunensis duximus concedendas; necnon predicti nuncii patriotarum iusserunt illas per infranominatos notarios ad opus eiusdem domini episcopi pro suo interesse preceperunt confici scribi et subsignari in fidem et robur premissorum. Anthonius Willenci, Georgius Maioris, Johannes de Prensseriis, Georgius Nansetus.

Die von diesem Johannes de Prensseriis ausgefertigte, im Archiv zu Ernen befindliche Copie hat noch folgenden Zusatz:

Nos Franciscus de Platea balliuns patrie Vallesii notum facimus . . . quod dicti nuncii communitatum predictarum vnanimiter conuenerunt et promiserunt eorum fide media loco iuramenti . . . quod quilibet desenus expensis suis propriis per viam iusticie debeat manutinere, defendere et protegere contra quascunque personas premissas litteras arresti et appunctuamenti et contenta in eisdem aut eorum aliqua infringere volentes aut illis contra ire vel facere volentes. . . . Datum et actum Brige subtus susta die XVIII<sup>a</sup> maii anno Domini M<sup>o</sup> CCCC<sup>o</sup> LXXXVII<sup>o</sup> presentibus Petro Funtiner, Thöni Helenbarter familiaribus nostris et Petro de Platea de Grimisia et notariis infrascriptis . . .

Georgius Maior not.

Mauricius Kleinmann not.

Johannes de Prensseriis not.

Sig. impr. domini balliui.

Nr. 21.

## Landsatzungen der sieben Zenden des Wallis.

Sitten, 1496, April 19.

(Abschiednotizen bis 1499, Convolut auf dem Gemeindearchiv Sitten. Perg. und Pap. mehrfach.)

Nos communitates omnium desenorum patrie Vallesii in vnum in prato fori ciuitatis Sedunensis congregate pro reformatione et statu reipublice ac commodo patrie vnanimiter ordinauimus et fecimus statuta et ordinationes que sequuntur, quas perpetue in futurum volumus inuiolabiliter obseruari iuramentis nostris manibus eleuatis prestitis.

(1.) Et primo quod Reuerendissimus Dominus Episcopus Sedunensis, qui pro tempore fuerit, non habeat nec habere debeat nisi duos procuratores phiscales, vnum pro Romanis et alium pro Alamannis, qui solitam habeant residentiam in ciuitate Sedunensi et nullos substituere possint publicos nec secretos procuratores nec solicitatores, qui quidem procuratores phiscales non debeat formare processus contra aliquas personas nisi de causis publicis et que ex voce et fama probari possint, et huiusmodi causarum phiscalium debeat esse iudex in delictis spiritualibus dominus vicarius Sedunensis, in prophanis vero balliuus Vallesii aut iudex deseni in quo accusatus moram trahet; et postquam pars intitulata processui responderit et cautionem ydoneam de iuri stando prestiterit, debeat eydem concedi copia processus et admitti ad suas faciendas defensiones.

(2.) Item quod nullus debeat pro quocunque crimine detineri neque captiuari, nisi clama vel cognitio super inde precesserit specialis, vel reperiatur in maleficio quod exigat detentionem corporalem, aut esset fugitius.

(3.) Item quod quando aliqua persona patrie Vallesii aliquam fecerit donationem vel concessionem de certis bonis suis tam mobilibus quam immobilibus liberis suis naturalibus et bastardis sub condicione quod si decederent sine liberis legitimis a suis corporibus procreatis, eo casu quod bona donata vel concessa reuerti debeat ad donatorem seu eius heredes, tunc talis condicio apposita locum et effectum habere debeat et per Episcopum Sedunensem inconcusse obseruari et nullathenus infringi, alia vero bona et acquisita ipsorum naturalium et bastardorum Episcopo Sedunensi iure regalie patrie Vallesii deuoluantur; et quod ipsi naturales et bastardi rite et legitime secundum consuetudinem patrie Vallesii atque loci in quo residebunt possint facere donationes de bonis

eorundem; si vero fiant donationes perpetue eysdem natura-  
libus et bastardis absque quauis condicione et decesserint  
absque liberis legitimis et intestati, tunc eorum bona eidem  
domino Episcopo Sedunensi deuoluantur.

(4.) Item quod pro simplici adulterio Episcopus Sedunen-  
sis tantum exigat tres libras, pro incestu vero non excedat  
XXV libras, sed eandem penam misericorditer moderare  
velit.

(5.) In simplici vero fornicatione non exigatur pena  
peccunialis, sed ecclesiarum curati et rectores habeant potes-  
tatem absoluendi, prout sic ab antiquo extitit consuetum.

(6.) Item quod sacerdotes seculares patrie huius Vallesii  
beneficiati et non beneficiati possint secundum huius patrie  
consuetudinem et libertates locorum, in quibus eos residere  
contigerit, condere testamenta, que testamenta ut premitti-  
tur facta per Episcopum Sedunensem non infringantur, dum  
tamen dicti sacerdotes ipsum dominum Episcopum in suis  
testamentis recognouerint de aliqua summa moderata secun-  
dum suorum beneficiorum qualitatem; si qui vero sacerdotes  
patriote intestati decedant, Episcopus Sedunensis tantum  
recipiat eius bona mobilia, que ab ecclesia processerint et  
non ex hereditate, extraneorum vero sacerdotum in hac patria  
commorantium, si intestati decesserint, omnia eorum bona  
tam mobilia quam immobilia Episcopus Sedunensis tamquam  
sibi deuoluta licite apprehendere valeat, prout sic ab antiquo  
fuit obseruatum.

(7.) Item quod Episcopus Sedunensis pro sigillis senten-  
tiarum diffinitiuarum in causis regalie pro simplici debito  
recipiat vnum florenum Renensem et pro aliis diffinitiuis  
sententiis bonorum immobilium duos Renenses, in causis vero  
communitatum quattuor florenos Renenses pro sigillis senten-  
tiarum diffinitiuarum recipiat.

(8.) Item super expensis manutenentie patrie inferioris  
Episcopus Sedunensis et communitates predicte huiusmodi ex-  
pensas supportare debeant prout prius extitit ordinatum, et  
quod in breui ibidem fiant recognitiones feudorum et censuum,  
de commissionibus vero dictorum feudorum Episcopus Sedu-  
nensis et patriote insequantur apunctuamentum prius super  
inde factum; quando autem oratores mitterentur extra patriam  
pro iuribus mense episcopalibus et commodo reipublice, debeat  
Episcopus Sedunensis supportare medietatem expensarum et  
patriote aliam medietatem.

(9.) Item quod conphiscatio bonorum mobilium, que fit  
propter crimen furti et simplicis homicidii, pertineat Episcopo

**Sedunensi tamquam alto Domino et Principi, de qua iudex qui facit exequutionem percipere debet expensas moderatas et bannum trium librarum; bona autem immobilia non confiscantur; sed si non sufficientia mobilia pro expensis officiarii, tunc potest capere de bonis immobilibus, usque suas moderatas consequatur expensas, saluis libertatibus et consuetudinibus singulorum locorum dicte patrie. Debeatque pro furto commisso parti lese et dampnificate super bonis immobilibus furis debita emenda et satisfactio fieri.**

(10.) Item quod detenti pro aliquo crimine vel maleficio non debeant duci ad carceres extra desenum, in quo moram trahere consueuerint, sed iudex illius loci iuxta exigentiam criminis in eodem deseno faciat exequutionem, prout ab antiquo solitum est, nisi casus esset tam arduus quod esset talis incarcерatus coram domino Episcopo remittendus cum consilio patriotarum.

(11.) Item quod dominus Episcopus Sedunensis per suos officiarios et procuratores non debeat facere fieri aliquas secretas inquisitiones contra aliquas particulares personas nisi pro criminibus honorem et conphiscationem corporis et bonorum concernentibus.

(12.) Item quod dominus Episcopus Sedunensis pro sigillo litterarum dimissoriarum ad sacros ordines recipiendorum confiendarum recipiat pro sigillo decem solidos.

(13.) Item quod dominus Episcopus Sedunensis vnicuique ius patronatus habenti tam ecclesiarum parochialium altarium et capellarum huiusmodi iure patronatus gaudere vti et frui permittat, et ad ipsius patroni presentationem, dum fuerit requisitus, presentatum instituat in huiusmodi beneficio, dum ydoneus et sufficiens fuerit repertus, et pro sigillo institutionis simplicis capelle vel altaris accipiat vnum Renensem et pro curis ad gratiam moderatam ipsius domini Episcopi.

(14.) Item quod vnumquisque creditor a suo debitore recipiat solutionem secundum usum deseni in quo debitor residebit, si sic inter partes fuerit conuentum, et si debitor a creditore fuerit citatus in curiis domini Episcopi Sedunensis aut eius officialis pro aliquo simili debito, possit debitor presentare in manibus alicuius officiarii solutum creditor iuxta consuetudinem deseni, et si creditor de eadem presentatione contentari nollet, sed vellet ulterius in dieta compare, condempnetur creditor debitori in expensis.

(15.) Item quod singule communitates desenorum patrie Vallesii possint inter eos eligere suos officiarios, qui dum per communitatem loci fuerint vnanimiter aut a maiori parte

communitatis electi et prefato domino Episcopo presentati, ipse dominus Episcopus debeat ipsos confirmare, nisi foret causa legitima in aduersum, videlicet quod non reperiretur ydoneus.

(16.) Item insequendo tenorem statutorum patrie huius Vallesii, quod si sit aliquis habens bona paterna et materna hereditaria decedens intestatus sine liberis legitimis a suo proprio corpore procreatis superstitibus, bona paterna pertineant proximioribus suis ex latere paterno et bona materna proximioribus ex latere materno, quamuis illi duo proximi non sint in pari gradu illius mortui, quia omnis hereditas eo casu reuerti debet ad latus et lineam vnde processit, et si ex parte patris non reperiantur parentes ant consanguiney, illa hereditas peruenire debet parentibus maternis, et econtra eodem modo de bonis maternis, vsque ad quartum gradum inclusiue.

(17.) Item quod dominus Episcopus Sedunensis dum requisitus fuerit non recuset dispensationes et licencias dare super viatico celebrare in diebus patrociniorum et dedicacionum ecclesiarum, et pro sigillis talium dispensationum misericorditer procedat, vbi vero concerneret vtilitatem reipublice, quod nil inde recipiat.

(18.) Item quod dominus Episcopus Sedunensis familiares suos presertim ministrantes iustitiam in causis debitorum in curia sua habeat et teneat et non in aliis locis patrie, qui nullos ponant substitutos.

(19.) Item quod famuli domini balliui debeant facere continuam residentiam in curia domini Episcopi aut eius balliui et non alibi, qui debeant capere moderatum salaryum videlicet de qualibet leuca tres ambr. cum expensis; etiam si plures causas tractaret, plus non recipiat.

(20.) Item quod sentencie diffinitiue a quibus appellatur coram patriotis Vallesii debeant reuideri in consilio generali patriotarum per dominum ballium cum consilio eorundem et sigillo ipsius domini balliui sigillari, in quibus dominus Episcopus dum sibi placuerit habeat interesse.

(21.) Item quod dominus Episcopus per totam eius patriam Vallesii non debeat arrestare neque inhibere aliquas denariatas venales nisi de consensu suorum patriotarum.

(22.) Item quod omnia et singula theolonia et datia debeant per totam patriam Vallesii remanere sub taxa ab antiquo vsitata et obseruata.

(23.) Item quod patriote Vallesii a Morgia Contegii inferius commorantes infra limites totius patrie gaudere et frui

possint et debeant capitulis suprascriptis et aliis bonis vsibus prout ceteri patriote gaudere solent.

(24.) Item super mina argentea vallis de Bagnyes ordinatum est et arrestatum, quod Episcopus Sedunensis, qui pro tempore fuerit, pro iure suo regalie quod sibi in ipsa mina spectare et pertinere posset, debeat habere decimam argenti dicte mine, et ulterius habere possit dum voluerit mercatum argenti aptati et purificati pretio septem florenorum Renensium sibique liceat de eodem argento facere monetam.

(25.) Item quod Episcopus Sedunensis et sui officiarii teneantur et debeant attendere et obseruare cum effectu et inconcusse singulis desenis et locis patrie Vallesii suas libertates, franchises et eorum bonos vsus et consuetudines ab antiquo obseruatas.

(26.) Item quod dominus Episcopus Sedunensis non debeat tenere nec habere sigillum nisi in ciuitate Sedunensi et in loco vbi personaliter interfuerit.

(27.) Item quod dominus Episcopus Episcopatum Sedunensem non possit nec debeat alicui persone nec in fauorem alicuius resignare sine consensu et voluntate venerabilis capituli Sedunensis et omnium communitatum desenorum patrie Vallesii.

Quibusquidem capitulis impresestia predictarum communitatum lectis et aperte expositis ac per easdem communitates laudatis et ratificatis ac obseruari promissis prouidi viri Georgius Supersaxo notarius ciuis Sedunensis, Gaspardus ze Lowinen olim maior de Consches, Willelmus filius Ansermi uff der Heccon, Hans Wizen deseni de Consches amici et consanguinei reuerendissimi patris et domini domini Nicolai Schiners episcopi electi ecclesie Sedunensis se sponte constituerunt fideiussores de ratificando, confirmando et approbando atque sigillando premissa omnia et singula capitula suprascripta, quam primum a sancta sede apostolica fuerit in episcopum confirmatus.

Actum Seduni in prato fori die XIX<sup>a</sup> mensis aprilis anno Domini millesimo quatercentesimo nonagesimo sexto sub sigillorum omnium desenorum patrie Vallesii apensione et manualibus signetis notariorum infrascriptorum in robur, fidem et veritatis testimonium omnium et singulorum premissorum.